



1904 · II. BAND 8. HEFT · AUGUST

EDUARD BERNSTEIN · DER INTERNATIONALE CONGRESS IN AMSTERDAM UND DIE SOCIALISTISCHE TAKTIK

Wie auf früheren internationalen Socialistencongressen, so wird auch auf dem Congress in Amsterdam die Frage der socialistischen Tactik ihre Rolle spielen. Sie bildet einen Punct der Tagesordnung, und es wird nicht an Anträgen fehlen, ein für allemal bindende Sätze über die Tactik der Socialdemokratie in den verschiedenen Ländern aufzustellen. Vornehmlich wird es sich dabei wieder um die Frage der generellen Stellung zu den bürgerlichen Parteien, das heisst der Zulässigkeit von Compromissen und Bündnissen, sowie um die specielle Frage der Zulässigkeit einer Teilnahme von Socialisten an bürgerlichen Regierungen handeln.

In ersterer Hinsicht, in Bezug auf die Frage der Compromisse und Bündnisse, ist es nun allerdings wenig wahrscheinlich, dass sich in Amsterdam eine irgendwie nennenswerte Zahl von Delegierten geneigt zeigen wird, einem generellen Verbot von solchen zuzustimmen, sofern überhaupt ein dahingehender Antrag gestellt werden sollte. Es gibt kaum eine socialistische Partei, die damit nicht ihrer eigenen Geschichte, ihrer eigenen Praxis ins Gesicht schlagen würde. Zwar ist auf internationalen Congressen die Versuchung ziemlich gross, in der Aufstellung von Verneinungen ein gutes Stück weiter zu gehen, als man auf nationalen Congressen zu gehen entschlossen ist, weil die Umsetzung der Beschlüsse in die Praxis da in weiterem Felde liegt, die Dinge sich abstracter darstellen, als wenn man zu Hause berät. Aber die Gefahr, dieser Versuchung zu erliegen, ist doch im Laufe der Jahre immer geringer geworden, und wir wollen hoffen, dass Amsterdam in dieser Hinsicht einen weiteren Fortschritt markieren wird.

Die realistische Erfassung und Behandlung der Zeitprobleme ist heute in der Regel auf nationalen oder Landescongressen besser verbürgt, als auf internationalen Congressen. Allerdings kommen die ersteren dafür leichter in Gefahr, in dieser Beziehung des Guten zu viel zu tun.

Sollen internationale Beschlüsse etwas gegen diese Tendenzen auswirken, so müssen sie davor gesichert sein, blosser Verallgemeinerungen von Stimmungs ausdrücken oder unzulänglichen Erfahrungen zu sein. Was dabei herauskommt, wenn man auf Grund von Stimmungen oder ungenügend eindringenden Urteilen Beschlüsse fasst, hat das Schicksal des Brüsseler Beschlusses gegen die Stück- und Accordarbeit gezeigt. Er ist toter Buchstabe geblieben, und in neuerer Zeit bricht sich im Gegensatz zu ihm auch auf dem Festlande die Erkenntnis immer stärker Bahn, dass nicht Beseitigung der Stück- und Accordarbeit, sondern Änderung der Stück- und Accordarbeitssysteme auf Grund von Mindestlohntarifen und festen, durch Vereinbarung der Centralverbände normierten Stücklohntarifen die der tatsächlichen Entwicklung der Industrie entsprechende Forderung sei.

Man kann nun selbstverständlich von keinem Congress verlangen, dass seine Beschlüsse über die gegebene Erkenntnis hinausgehen, endgiltige Wahrheiten letzter Instanz ausdrücken. Es ist noch kein Vorwurf, geirrt zu haben, solange der Irrtum durch die ungenügend vorliegende Erkenntnis bedingt war. Aber jeder Congress muss danach streben, in seinen Beschlüssen auf der vollen Höhe der zur Zeit möglichen Erkenntnis zu stehen.

Das war jedoch bei der Resolution des Pariser Congresses von 1900 über die Regierungsfrage nicht der Fall. Allerdings war ihrer Annahme eine lebhaft, mit grossem Talent geführte Discussion vorausgegangen. Aber diese Discussion war alles andere, als eine freie und unbefangene gewesen. Sie war vollständig unter dem Einfluss eines Augenblicksereignisses vor sich gegangen: dem Eintritt des französischen Socialisten Millerand in das Ministerium Waldeck-Rousseau. Ob es die Delegierten des Congresses wollten oder nicht, ihre Stellungnahme zu der allgemeinen oder principiellen Frage, die der Congress zu entscheiden hatte, war stark beeinflusst durch die concrete und Augenblicksfrage, die in jenen Tagen die Gemüter in der socialistischen Partei erregte. Die acute Spaltung im Lager der französischen Socialisten hatte weit über die Grenzen Frankreichs hinaus Wellen geworfen. Nachdem die sich als marxistisch bezeichnende Section der französischen Socialdemokratie scharfe Stellung in der Frage genommen, wurde diese selbst vielfach als eine Angelegenheit behandelt, bei der es sich um den Gegensatz *Marxismus* oder *irgend ein antimarxistischer Socialismus* drehe, wobei denn — es muss das offen ausgesprochen werden — persönliche Beziehungen auch noch ihre Rolle spielten. Das Ende vom Liede, die sogenannte *Resolution Kautsky*, war ein Wechselbalg; sie gab nicht die Formel der allgemeinen geschichtlichen Tendenzen und Aufgaben, an deren Hand der Specialfall zu prüfen war, sondern sie gab nur der Diagonale der Stellung der Mehrheit des Congresses zur speciellen Millerand-Frage eine allgemein klingende Formel.

Ich habe die logischen und historischen Widersprüche dieser Resolution damals in dieser Zeitschrift gekennzeichnet¹⁾ und müsste mich hier einfach wiederholen, wollte ich darlegen, was ich heute, nach vier Jahren, über sie denke. Wie sie damals schon keinen einigermassen theoretisch denkenden Socialisten befriedigte, denjenigen, dessen Namen sie trägt, nicht aus-

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Paris und Mainz* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1900, pag. 700 ff.

genommen, so wird sie auch heute allgemein nur als ein Notbefehl betrachtet, den man, je eher je besser, durch etwas solider Fundiertes und logischer Aufgebautes zu ersetzen suchen muss.

Ist aber begründete Aussicht gegeben, dass man diesmal zu einer weniger von Augenblicksströmungen beeinflussten Resolution gelangen wird, als vor vier Jahren?

Manchem wird das als unzweifelhaft sicher erscheinen. Ist doch der Fall Millerand, der damals in verschiedener Hinsicht die Debatte trübte, jetzt so gut wie beseitigt, wo Millerand selbst mit der Fraction der französischen Socialdemokratie zerfallen ist, die ihn 1900 energisch unterstützte. Wie sollte es da nicht möglich sein, die Frage ohne jede Nebenbeziehung zu stellen und klar zu beantworten?

Möglich wäre es schon, aber nur unter einer Voraussetzung. Nämlich, wenn man sich allseitig die Tatsache vor Augen hält, dass der Fall Millerand von Anfang bis zu Ende ungeeignet war, als typisches Beispiel für die aufgeworfene Frage zu gelten.

Ich vertrete diese Ansicht nicht erst jetzt, wo die Frage Millerand eine, auch für Millerands bisherige Freunde unerquickliche Wendung genommen hat. Von Anbeginn an habe ich, soweit die Sache an mich heran trat, streng zwischen der allgemeinen Frage (der Teilnahme von Socialisten an Coalitionsministerien) und dem Specialfall Millerand unterschieden. Dieser war für die erstere insofern anormal, als Millerand nicht im Auftrage und nach eingehender Vorberatung mit seiner Partei in das Ministerium Waldeck-Rousseau eingetreten war, sondern den Schritt aus eigener Initiative unternommen und nur von dem schon endgiltig gefassten Entschluss seinen engeren Parteifreunden Mitteilung gemacht hatte. Seine Partei respective Fraction liess den Schritt als vollendete Tatsache über sich ergehen, aber sie hatte ihn nicht in freier Entscheidung selbst beschlossen. Damit war sie von vornherein Millerand gegenüber in eine schiefe Position gekommen, die sich später noch dadurch verschlimmerte, dass man die Parteizugehörigkeit Millerands für die Dauer seiner Ministerschaft quasi suspendierte und so seine Verantwortung gegenüber seiner Partei, statt sie zu festigen, lockerte.

Man braucht sich nur die Frage vorzulegen, was beim Fall Millerand notwendige Folge der Annahme eines Ministerpostens war und was in der Persönlichkeit Millerands und den Besonderlichkeiten seines Verhältnisses zu seiner Partei wurzelnde Zufälligkeiten waren, um zu erkennen, warum die Ergebnisse dieses Falles nicht für die Gewinnung einer grundsätzlichen Regel zur vorliegenden Frage massgebend sein können. Für die grundsätzliche Regel sind nur die notwendigen Wirkungen der in Frage kommenden Massnahme von Bedeutung, den zufälligen Wirkungen ist durch bedingende Vorschriften zu begegnen.

Wissen wir aus der Erfahrung, dass eine Massnahme, wie etwa das Einflüssen einer Dosis Blausäure unter allen Umständen mit Notwendigkeit den Tod des betreffenden Menschen zur Folge hat, so werden wir durch Gesetz verboten, jemand Blausäure zu geben. Wissen wir aber von anderen Stoffen, dass sie im allgemeinen zwar zuträglich oder heilsam,

unter gewissen Umständen sogar zur Erhaltung des Lebens u n e n t b e h r l i c h , aber, wenn in abnormen Mengen oder bei abnormen Körperzuständen genossen, schädlich respective tödlich sind, so werden wir auf diese m ö g l i c h e Wirkung hin noch kein generelles Verbot verfügen. Das muss auch für unsere Frage der leitende Gesichtspunct sein. Dass man beim Baden verunglücken kann, ist noch kein Grund, überhaupt nicht ins Wasser zu gehen, sondern nur ein Grund, gewisse Badevorschriften zu beobachten. In diesem Sinne erklärte Schreiber dieses damals, nichts dagegen zu haben, »dass man für den Eintritt von Socialisten in gemischte Ministerien gewisse bedingende Regeln aufstellt,« setzte aber hinzu, dass diese Regeln nicht impossibilistisch sein, noch »auf Fälle von Z w a n g s l a g e n dürfen beschränken wollen, was nach allen gegebenen Vorzeichen voraussichtlich der N o r m a l f a l l einer wichtigen Phase in der gesellschaftlichen Entwicklung sein wird«.

Das ist für mich der Kernpunct der Frage. Geht man von der Voraussetzung aus, dass die gesellschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit zu fortschreitender Verschlechterung der politischen Einrichtungen und damit zu Zuspitzung der F o r m e n der politischen Kämpfe führt, so dass die Verwirklichung der socialistischen Ziele nur durch das Mittel einer gewaltsamen socialen Katastrophe denkbar ist, welche der Socialdemokratie mit einem Schlage die volle politische Herrschaft in die Hände gibt, so mag man den Gedanken einer Coalition mit bürgerlich-fortgeschrittenen Parteien zur Bildung einer R e g i e r u n g als utopistisch und irreführend verwerfen. Hält man eine andere Entwicklung für möglich und verwirft man den Reformweg nicht grundsätzlich, so wird man auch die Möglichkeit ins Auge fassen müssen, dass eine solche Coalition eines Tages unvermeidlich werden kann, und sich nur über die Bedingungen klar zu werden suchen, unter denen die Socialdemokratie in eine solche Coalition sich wird einlassen können, ohne Schaden an Leib und Seele zu nehmen.

Man kann nun allerdings noch eine dritte Möglichkeit in Betracht ziehen. Nämlich, dass zwar die Entwicklung sich im wesentlichen im fortschrittlichen Sinne vollziehen, dass auch eine politische Cooperation der Socialdemokratie mit bürgerlichen Parteien für Regierungszwecke eines Tages angebracht sein mag, dass aber eine solche Cooperation gar nicht die Form anzunehmen braucht, dass die Socialdemokratie Mitglieder der Regierung stellt, sondern — wie dies im gegenwärtigen Moment in Frankreich der Fall ist — den bürgerlich-demokratischen Parteien die Regierung überlässt und sie so lange gegen die antidemokratischen Mächte unterstützt, als sie eine wirklich fortschrittliche Politik treiben beziehungsweise gewisse Versprechungen erfüllen, von denen die Unterstützung abhängig gemacht wurde. So dass also die Socialdemokratie zugleich für den jeweilig möglichen Fortschritt wirkt und doch dabei ihre volle Unabhängigkeit bewahrt.

Unleugbar hat eine solche Constellation ihre grossen Vorteile und wird unter gegebenen Umständen dem Eintritt in die Regierung vorzuziehen sein. Aber sie ist darum doch nicht das letzte Wort der Entwicklung innerhalb der noch wesentlich bürgerlichen Ordnung, noch würde, wenn das Verhältnis andauert, die Sache sehr viel anders sein, als bei einer directen Teilnahme von Socialisten an der Regierung. Eine Partei ist für

eine Regierung, der sie im Parlament bei jeder entscheidenden Abstimmung — und das würde hier unvermeidlich werden — ihre Stimme gibt, genau so mitverantwortlich, wie für eine Regierung, der Mitglieder von ihr angehören. Der Unterschied ist dann nur noch nominell, nicht materiell. Denn Teilnahme an der Regierung macht eine Partei noch nicht zur Hörigen ihrer Verbündeten; man kann auch als Mitglied einer Coalition seine volle Unabhängigkeit bewahren. Bündnisse sind lösbar. Es wird sich gegebenenfalls also fragen, ob nicht die Socialdemokratie dadurch, dass sie an der bloss formell grösseren Unabhängigkeit krampfhaft festhält, dem Schein zu Liebe ihrer schöpferischen Kraft selbst Abbruch tut. Inwiefern dies der Fall, kann nur aus der jeweiligen Situation unter Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände und Kräfte ermesst werden. Es widerspricht aller entwicklungstheoretischen Geschichtsauffassung, in diesen Dingen allen Ländern und allen Zeiten ein für allemal eine gebundene Marschroute vorschreiben zu wollen. Ich habe mich stets dagegen erklärt, auch zur Zeit, wo ich noch für sehr orthodox galt, und wenn die im Laufe der Zeit gemachten Erfahrungen mich in einer Anschauung bestärkt haben, so in derjenigen, der ich im Jahre 1893 nach dem Züricher Congress in den Worten Ausdruck gab: »Aus diesem Grunde [Verschiedenheit der politischen, wirtschaftlichen etc. Umstände in den verschiedenen Ländern] scheiden meines Erachtens Fragen der Taktik aus der Reihe der auf internationalen Congressen zu entscheidenden Fragen aus. Es ist unmöglich, eine für alle Länder gleichmässig geltende Richtschnur aufzustellen. Was für das eine Land richtig ist, kann für das andere falsch sein, was für das eine mit geringen Schwierigkeiten verbunden ist, für das andere im gegebenen Moment nur mit unverhältnismässig grossen Opfern durchzuführen sein.«²⁾)

Soll in Amsterdam eine Resolution in dieser Frage gefasst werden, die positiv formuliert ist, ohne deshalb Gefahr zu laufen, bei der ersten Gelegenheit unter dem Druck der tatsächlich wirkenden Factoren des politischen Lebens über den Haufen geworfen zu werden, und die vor der wissenschaftlichen Betrachtung der Classen- und Parteikämpfe besteht, so würde sie meines Dafürhaltens etwa so zu lauten haben:

Die Entwicklung des politischen Lebens der Länder vorgeschrittener socialer Entwicklung bringt es mit sich, dass Momente eintreten, wo die bürgerlichen Parteien in zwei grosse Lager gespalten sind: eine conservative Coalition, die alle ruckschrittlich gesinnten oder an der Erhaltung überlebter und fortschrittsfeindlich wirkender Einrichtungen interessierten Elemente umfasst, und eine fortschrittsfreundliche, zu Zugeständnissen an die Arbeiterclass geneigte Coalition von bürgerlichen Reformern aller Art; während die Socialdemokratie zwar beiden Coalitionen noch an Zahl und Mass nachsteht, aber schon zwischen ihnen das Zünglein in der Wage bildet, so dass diejenige bürgerliche Coalition, der sie sich feindselig gegenüberstellt, der Möglichkeit beraubt wird, eine parlamentarische Mehrheit und damit eine Regierung zu bilden.

Aus solcher Situation den grösstmöglichen Vorteil für die Arbeiterclass zu ziehen, gebieten der Socialdemokratie ihre Natur und Beruf als Partei der arbeitenden Classen.

²⁾ Vergl. meinen Artikel *Die Grenzen des Nutzens und Einflusses internationaler Congresses* in der *Neuen Zeit*, 1892-1893, II. Bd., pag. 649.

Der Kampf gegen die rückschrittlich wirkenden Kräfte bringt die Socialdemokratie bei solcher Sachlage stets wieder in die Notwendigkeit, den bürgerlich-radicalen Parteien irgend welche Hilfe zu leisten. Dies namentlich in parlamentarisch regierten Ländern oder Republiken, wo es sich gegebenenfalls darum handeln wird, ob die conservative oder die radicale Partei die Regierung und alle mit ihr verbundenen Machtmittel in die Hand bekommen soll. Je nachdem werden alsdann die radicalen Parteien geneigt sein, mit der Socialdemokratie Bündnisse einzugehen, um sich die Regierung für längere Dauer zu sichern, und in dieser Absicht der Socialdemokratie Zugeständnisse aller Art, darunter auch Anteil an der Regierung, anbieten.

Alle diese Anerbietungen sind so lange ungefährlich, als die Socialdemokratie eine geschlossene Partei mit bestimmten, durch ihr Wesen als Partei der Arbeiterklasse bedingten Grundsätzen und Forderungen bildet. Sind diese Voraussetzungen gegeben, so muss es ihr in jedem Moment überlassen bleiben, selbständig zu prüfen, ob und inwieweit die Umstände und die für die Arbeiterklasse zu erwartenden Vorteile ein Eingehen auf diese Anerbietungen empfehlenswert machen. Ihr im Voraus hierüber bindende Vorschriften machen, heisst factisch nur die Furcht ausdrücken, dass die Socialdemokratie nicht jene Mündigkeit besitzt, die zur Freiheit der Entschliessung befähigt. Mit jeder Machtstellung ist ein Stück Verantwortung verbunden, und jeder Machtzuwachs bedeutet grössere Verantwortung. Es sind also unzweifelhaft mit der directen oder nur indirecten (durch die Unterstützung der Regierung) erworbenen Machtsteigerung allerhand Unbequemlichkeiten verbunden, die aus der grösseren Verantwortung erwachsen. Es ziemt aber einer Partei, welche sich berufen weiss, die Gesellschaft zu regenerieren, vor solchen Verantwortungen nicht zurückzuschrecken, sondern ihre Entschliessungen lediglich von der Erwägung bestimmen zu lassen, ob die einzunehmende Position ihre Möglichkeit, die Interessen der Arbeiterklasse und des allgemeinen socialen Fortschritts wesentlich zu fördern, mehrt oder nicht. Sie hat nur bei allen diesen Entschliessungen darauf zu achten, dass die grundsätzliche, aus ihrem Charakter als Arbeiterpartei sich ergebende Unabhängigkeit, Geschlossenheit und Disciplin der Partei keinen Eintrag erleidet. In der Wahrung dieser Eigenschaften, nicht aber in Formalitäten der politischen Haltung liegt das Geheimnis der Macht der Socialdemokratie.

In ähnlicher Weise sollte auch die auf der Tagesordnung des Congresses stehende Frage des Generalstrikes behandelt werden. Ich weiss nicht, der wievielte internationale Congress es ist, der mit dieser, sich nachgerade zur Seeschlange auswachsenden Frage heimgesucht wird. Und warum? Doch nur, weil in einzelnen Ländern Leute sitzen, die vom Congress sei es ein Pronunciamento für, sei es ein solches gegen den Generalstrike zu erhalten wünschen. Der Congress kann aber vernünftigerweise sich weder für noch gegen den Generalstrike aussprechen, weil die Möglichkeiten oder die Angemessenheit eines solchen ganz von örtlichen Verhältnissen abhängen. Der Generalstrike ist eine Form des Kampfes für gewerkschaftliche oder politische Zwecke — je nachdem ein Ersatz für den Barricadenkampf oder auch ein Vorspiel für einen solchen. Wie es nun Unsinn wäre, generell den Barricadenkampf zu empfehlen, ebenso widersinnig wäre es, schlechtweg den Barricadenkampf zu verbieten. Denn es sind immer noch Verhältnisse denkbar, wo einem Volk, das sich nicht gutwillig entrechten lassen will, keine Wahl bleibt, als in irgend eine Weise den Widerstand im Kampf auf der Strasse zu versuchen. Ob ein solcher angezeigt ist oder irgend welche Aussicht auf Erfolg darbietet, das muss man dem Volke selbst zu entscheiden überlassen; denn da spielen geschichtliche Überlieferungen, Natur und Verteilung der Parteien, Machtmittel der Gewalthaber, Technik der Waffen, Bau der Strassen und Häuser etc. eine so grosse Rolle, dass in einem Falle der Barricadenkampf der helle Wahnsinn, im anderen keineswegs von vornherein aus-

MAX SCHIPPEL · AUER

U nser Nazi! Wir haben ihn nun bereits manchen Monat im Parteileben entbehren müssen!

Doch wir hören, seit geraumer Zeit schon und von den verschiedensten Seiten, dass ihm, dessen Nervenkraft mit den herbstlich fallenden Blättern plötzlich sich zu erschöpfen schien, die alte geistige Frische zurückkehrte, dass er zwar der Ruhe und des Schutzes vor politischem Kampf und Streit nach wie vor bedürfe — und wer wollte ihm diese Ruhe nicht gönnen? —, dass jedoch kein Anlass mehr sei zu Befürchtungen, wie sie in der bangen Zwischenzeit mancher von uns innerlich nicht ganz zu überwinden vermochte. *Quod felix faustumque sit!*

Welch ein seltsames, seltenes Menschenschicksal hat der Mann erfahren, der so lange, wie keiner vor ihm, die wichtigste Stelle in der deutschen Arbeiterpartei bekleidete: in der Partei, die heute in Deutschland die meisten Anhänger zählt! Gegenwärtig einer der namhaftesten Führer von weit über drei Millionen Wählern — und dieser selbe Mann stand noch mit an der bescheidenen Wiege dieser umfassendsten politischen Organisation Deutschlands! Er selber war zu jener Zeit nichts, als ein blutjunger armer Sattlergesell, einer aus dem grossen namenlosen Volk, dem die Satten und Herrschenden kaum die kümmerlichsten Bildungsbrocken der (damaligen!) bayerischen Volksschule mit auf den Lebensweg gegeben hatten, der für sein Emporringen ausschliesslich angewiesen war auf seinen eigenen Fleiss und Fortbildungseifer und auf seine eigene Begabung. Das war Ignaz Auer, als es auch ihn, wie so viele seinesgleichen, in den Strudel der ersten Arbeiterbewegung hineinzog. In Passau, in dessen Nähe er, auf dem Lande, 1846 geboren war, soll er es schon Ende der sechziger Jahre bis zum Vorsitzenden eines Arbeitervereins gebracht haben, eines jener zunächst liberal-demokratischen Vereine, die »überall wie die Pilze nach einem warmen Sommerregen aus dem Boden« schossen¹⁾. Wie so viele andere gelangte Auer allmählich zu immer ausgeprägteren socialistischen Anschauungen. In München und Augsburg wirkt er zwischen 1869 und 1871 bereits als öffentlicher Redner. Bald führt ihn die Wanderschaft nach Norddeutschland, bis ihm 1872 in Berlin die entscheidende Schicksalsstunde schlägt. Er wird Mitglied der *Eisenacher*, und von da ab beginnt auch seine Laufbahn als Parteiführer — eine Laufbahn, wie sie in Glück und Unglück, in Erfolgen und Enttäuschungen, aber zuletzt doch immer wieder in unablässigem Aufwärts- und Vorwärtsdringen nur wenigen beschieden war. Tag für Tag und Jahr für Jahr, in Tageslicht und nächtigem Dunkel, in stillerem Entfalten, wie in Sturm und Wetterschein ist dieser blonde, hochgewachsene Spross des bayerischen Waldes mit der deutschen Arbeiterbewegung selber gross geworden, grösser, als manch einer, der den Blick der breiten Öffentlichkeit viel mehr auf sich lenkte. Jede Stufe der geistigen Entwicklung der Partei hat der ehemalige dörperliche Handwerksgehilfe miterlebt — wirklich innerlich erlebt und als eigene persönliche Entwicklungsstufe mit durchgemacht; jedes Steigen der grossen socialistischen Flut hob auch sein Lebensschifflein. Aber Nehmen und Geben verschmolz hier zu einer unlösbaren Schicksalsgemeinschaft: wo im Laufe der Jahrzehnte an das alte, unscheinbar dürftige Heim der Partei Erweiterungsbau um Erweiterungsbau sich ansetzte, da trägt auch irgend ein Grund- und Eckstein die Spuren von Auers Hand. Kaum jemandes Leben war, seit mehr denn dreissig Jahren, in dieser Art mit der Parteigeschichte verflochten. War es ein Wunder, dass zuletzt von allen Seiten die Fäden der eigentlichen Parteiorganisation und

¹⁾ Vergl. Bebel's Aufsatz *Ignaz Auer* in der *Hülle*, 1902, pag. 377.

Organisationsbetätigung in seiner Hand mehr, als in jeder anderen. zusammen-liefen?

Dennoch wussten es hauptsächlich nur engere Kreise, was Ignaz Auer ihnen und der Socialdemokratie war. Nach aussen hin, vor allem auf der Schaubühne des Reichstages, ist er schon seit Jahren mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Aber an den Vorbedingungen zu einem bedeutenden Parlamentarier hat es ihm wahrlich nicht gefehlt. Es gab sogar in der deutschen Volksvertretung wenige, die als Redner eine so tiefe Wirkung erzielten, die als Debatter so viel Leben wecken konnten, die stets so allseitige Beachtung fanden. In den achtziger Jahren, bei den ersten und wichtigsten Arbeiterschutzanläufen, bei den heissen und erbitterten Kämpfen um das Socialistengesetz und dessen Handhabung begegnen wir denn auch Auer recht häufig als eigentlichem Fraktionsredner. In den neunziger Jahren hat er bei den Berlepsch-Vorlagen und beim Umsturzgesetz nochmals eine ausserordentliche Tätigkeit entfaltet, zum Teil jedoch schon mehr in der Stille der Ausschüsse, als im Plenum — in der Wahlprüfungscommission übte er gleichfalls bis vor ein paar Jahren einen nicht zu unterschätzenden Einfluss aus. Wer sich aus eigener Anschauung seines rednerischen Eingreifens erinnert: beim Hafenarbeiterstrike, beim Umsturzgesetz, bei der Kritik von behördlichen Übergriffen, in Sachsen, bei Wahlen — der wird auf das lebhafteste bedauern, dass Auer immer seltener derartige Proben seines glänzenden parlamentarischen Könnens ablegte. Die störende Belastung mit anderen, vom parlamentarischen Gebiet weitabliegenden Arbeiten, die zunehmend fühlbare Nervenabspannung, die lähmende Müdigkeit, die er so selten ganz abzuschütteln vermochte, dazu eine — bei Volksrednern und Volksvertretern nicht häufige — hochentwickelte Selbstkritik, ein Bestreben, entweder das Beste oder lieber gar nichts zu geben, und daneben immer wieder ein gewisses Misstrauen gegen die eigene Kraft und Leistungsfähigkeit, endlich eine hochgesteigerte Objectivität, was den sachlichen Standpunct und den persönlichen Wert des politischen Gegners anlangt — das alles, in Verbindung mit einer leidigen, wachsenden Gehörsschwäche, brachte Auer schliesslich dazu, sich bei parlamentarischen Redeturnieren und Schaustellungen mit einer bescheideneren Rolle zu begnügen.

Um so vielseitiger und tiefer war sein Einfluss als Parteisecretair. Es ist gewiss richtig, dass Parteibewegungen nicht *gemacht* und Parteien nicht *regiert* werden; wer an der Spitze den blossen obersten Befehlshaber herauskehren wollte, würde sehr bald aufgehört haben, an der Spitze zu stehen. Aber andererseits bildet, gerade bei uns, eine Parteileitung so oft das Zünglein an der Wage, sie unterhält so viele Verbindungen mit Organisationen, literarischen und journalistischen Unternehmungen und massgebenden Persönlichkeiten an allen Orten, ihr Rat wird so oft eingeholt, ihre Casse so oft in Anspruch genommen, dass sich der stillen und ruhigen, aber zähen und zielbewussten Tätigkeit eines im Parteileben erfahrenen, die Personen und Verhältnisse klar überblickenden, geistig überlegenen Mannes ein reiches, ein schier unbegrenztes und unabschbares Feld der Wirksamkeit eröffnet — wenig sichtbar nach aussen hin, oft im Warnen und Verhindern bedeutsamer, als im Anregen und Selbstschaffen, aber sicherlich von eminentestem Werte für den Fortgang und die Richtung einer Bewegung, die noch so sehr im Gären und Werden ist und die erst allmählich festere und dauerndere Formen angenommen hat und weiter annimmt. Gewiss, auch Auer war im Parteivorstand und im Parteibureau nur ein Mitglied eines mehrköpfigen, unter Umständen sogar recht vielköpfigen Collegiums. Aber die beiden anderen Vertreter des Parteibureaus, Pfannkuch und Gerisch, standen ihm, wenn ich nicht irre, in ihren Anschauungen stets sehr nahe; und das tagtäglich die eigentlichen Geschäfte abwickelnde und führende Bureau

wird unter solchen Umständen selbstverständlich zum festen Rückgrat des ganzen Vorstandes. So stand Auer an einer centralen Stelle, die kein zweiter so wie er auszufüllen vermocht hätte. Eine seltene Fähigkeit zur Menschenbeurteilung, eine in Jahrzehnten erworbene ausserordentliche Kenntniss der Personen und Strömungen in der Partei, ein starker Sinn für das Wirkliche und Erreichbare und eine ebenso starke Abneigung gegen alles Scheinwesen und Blendwerk von Phrasen und Illusionen bildeten den Grundstock seines Einflusses. Wesentlich zu Hilfe kam ihm im Umgang mit oft recht schwer zu behandelnden Elementen eine starke Beimischung von Pffiffigkeit — halb Bauernschlauheit, halb Wanderburschenverschlagenheit — dazu ein prächtiger Humor, gewöhnlich weniger verletzend, als entwaffnend, überhaupt eine derb-volkstümliche Ader, die er selbst als *Staatsmann* und *Diplomat* stets behalten hat. Dass er nicht immer mit der Tür ins Haus fallen konnte, dass eine Sache oft nur in vielseitigen Anläufen und auf Umwegen vorwärts zu bringen war, hat ihn erklärlicherweise auch dem Vorwurf der Falschheit ausgesetzt — durchaus mit Unrecht. Schon das tiefe, echte Empfinden, das in ersten Situationen stets an ihm zu beobachten war und das mitunter erschütternden Ausdruck fand, widerlegt einen solchen Vorwurf. Meines Erachtens hätte Auer sogar vieles in seinem Leben leichter tragen können, wenn ihn nicht immer zugleich so starke Gefühls- und Gemütsbeziehungen mit seiner Wirksamkeit verknüpft hätten.

Und auch seine Gegner — selbst in ruhigen, geschweige denn in Conflictzeiten schafft jeder Einfluss Gegner — werden zugestehen müssen, dass Auer sein wichtiges Amt stets nach seinem besten Wissen und Können ausgeübt hat, dass ihm die Sache jederzeit höher stand, als die Befriedigung persönlicher Eitelkeit und Rechthaberei oder gar der Beifall von eitlen Coterieen und kleintlichen Rechthabern.

Es steckt in der Tat viel von einem geborenen politischen Führer in dem *self-made*-Mann: viel von der Fähigkeit, untergeordnete Meinungsdifferenzen auszugleichen und zu übersehen, Reibungsflächen und Empfindlichkeiten bei auftauchenden Streitfällen zu vermindern und die im wesentlichen gleichstrebenden Elemente immer wieder zu einer grossen gemeinsamen Action zusammenzubringen. Zeit seines Lebens hat Auer wohl nichts von dem widerlichen, zerrüttenden Sectierergeist an sich gehabt, dem der Streit, ob Gottvater und Gottsohn gleich ewig waren, oder ob der eine nicht doch etwas später kommen musste, wichtiger dünkte, als alle realen Fortschritte des Christentums als Culturbeugung. Aber seine Kenntniss der Massen und der Parteigeschichte hat Auer andererseits gelehrt, mit welcher Erbitterung gerade Kämpfe um alte liebgeordnete Formeln und Symbole ausgefochten werden, und vor allem, wie verheerend Streitigkeiten gerade bei uns wirken — in ganz anderem Masse, als bei anderen Parteien. Er war daher fast immer der Friedensmahner und deshalb häufig für Kampfhähne unbequem — der *Beschwichtigungshofrat*, wie man gespottet hat. Doch auch dafür wird die Partei ihm Dank zollen, wenn nicht immer gleich morgen schon, dann später in ruhigeren Zeiten — oder auch später, wenn man durch Schaden klug geworden ist. Seit seiner Mitwirkung an der Einigung zwischen *Eisenechern* und *Lassalleanern* zieht sich diese vermittelnde, versöhnende Tätigkeit wie ein roter Faden durch Auers Leben, und sie ist wahrlich nicht die schlechteste Seite seines Lebenswerkes.

Noch vor einem zweiten hat er die deutsche Arbeiterbewegung, fast mit mütterlicher Sorge, stets zu bewahren gesucht: vor der Wiederkehr eines rechtlichen Ausnahmezustandes, ähnlich dem unter dem Socialistengesetz. Er hat, wie wenige, alle Bitternisse jener Zeit selber ausgekostet. Niemand hat unter den Ausgewiesenen und den ihrer Existenz Beraubten so viele Freunde und Bekannte gezählt, wie er. Niemand hat die Desorganisation jedes normalen Partei-

lebens, die gefährliche Demoralisation unter der Polizei- und Spitzelwirtschaft, die jahrelange Unterbrechung der gesunden geistigen Fortentwicklung der ganzen Arbeiterclassenpolitik klarer gesehen und schmerzlicher empfunden, als er²⁾. Die Scharfmacher auf beiden Seiten, nach oben, aber auch nach unten, hatten daher keinen unermüdlicheren Widersacher, als ihn. Naturgemäss ist auch diese Seite seines Wirkens in der jüngsten Zeit mehr und mehr zurückgetreten: doch auch sie gehört notwendig zum Bilde des Mannes.

Leider musste die Partei schon seit Jahren mit einer wenig festen Gesundheit Auers rechnen. Ein schlimmer Unstern schien jedesmal im letzten Augenblick die völlige Genesung zu vereiteln. Aber die Partei hat nicht zu viele solcher Männer, sie kann den einen schwerer fast, als irgend einen anderen, entbehren. Und darum, denken wir, wird er bald wieder mitten unter uns stehen: als lebensvolles Bindeglied zwischen Gewordenem und Werdeadem, als alzeit getreuer Eckehart der deutschen Arbeiterbewegung, als unser aller Freund und Berater — unser Nazi.

XX

LEONIDA BISSOLATI · NACH BOLOGNA

Nach dem Parteitag von Bologna, der, wie bekannt, das Feld lebhaftester Kämpfe war, machte sich eine gewisse Abspannung in der socialistischen Partei Italiens fühlbar. Die Revolutionäre hatten die Macht errungen, und die Reformisten hatten sich entschieden, ruhig ihren Weg fortzusetzen, zufrieden damit, constatieren zu können, dass fast die Hälfte der Partei ihre Ideen und ihre Methoden billigte. Fürs erste boten die äusseren Umstände weder Stoff noch Gelegenheit zu Differenzen, begünstigten vielmehr die Einhelligkeit beider Richtungen in der Action. Die ganze parlamentarische Fraction war tatsächlich geschlossen in der Opposition gegen die Regierung, es fehlte somit der erste und augenscheinliche Grund zu Divergenzen, die, wie man sich erinnern wird, entstanden waren, als die socialistischen Abgeordneten wiederholt ihre Stimmen für die Regierung abgaben, um das von der Reaction bedrohte Coalitions- und Strikerecht zu verteidigen. Die unter dem Cabinet Zanardelli erworbene Kraft der Organisationen, die breite Ausübung der öffentlichen Freiheiten, an die sich fast alle socialen Schichten gewöhnt hatten, auf der andern Seite die veränderte Haltung der reactionären Parteien, welche nun erklärten, die schon wütend gegen die Arbeiterfreiheiten gezüchten Waffen niederlegen zu wollen — alles dies hatte den Hauptgrund beseitigt, der die socialistische Fraction veranlasst hatte, im Interesse der Arbeiterclassen die Regierung zu unterstützen. Es schien jetzt sicher, dass der scharfe Wind der Reaction vorübergegangen sei, dass das Cabinet Giolitti, wie jedes andere Cabinet, durch die Macht der Tatsachen gezwungen werden würde, die Rechte des Proletariats zu respectieren, auch ohne auf die socialistischen Stimmen angewiesen zu sein, um sich halten zu können. Und während es so überflüssig war die Regierung Giolittis zu unterstützen, war es andererseits notwendig, sie zu bekämpfen, weil sie, da sie ihrem Wesen nach eine unorganische Vermengung aller unsicheren Elemente aus allen bürgerlichen Parteien, von den Liberalen bis zu den Conservativen, darstellte, sich als unfähig erwies, auch nur eine derjenigen radicalen Reformen durchzuführen, die die Vorbedingung für den Fortschritt der socialistischen Action sind.

Aus diesen Gründen befand sich die Fraction — obgleich sie in ihrer Mehrheit aus Reformisten besteht — in der Oppositionsstellung, wie sie die Intransi-

²⁾ Vergl. unter anderm Auers Schrift *Von Gotha bis Wjden Berha* 1901

genten und die radicalen Revolutionäre wünschten. Diese wünschten freilich, dass die Opposition der socialistischen Fraction gegen die Regierung ein anderes Motiv haben solle: nämlich einfach dieses, dass es sich um eine bürgerliche Regierung handle; sie wollten also eine systematische Opposition gegen jede mögliche Regierung, während die Opposition der Fraction gegen das Cabinet Giolitti nicht die principielle Möglichkeit einer Unterstützung einer anderen, von der jetzigen abweichenden Regierung ausschliesst. Doch waren schliesslich die Revolutionäre ganz zufrieden damit, sich mit den Reformisten in der Opposition vereint zu sehen, und sie drückten diese ihre Zufriedenheit mehrere Male im *Avanti* aus.

So schien denn nach den Stürmen des Parteitages eine Art Friedensbogen am Parteihimmel sich zu zeigen. Umsomehr, als die beiden Richtungen, ausser in der gemeinsamen Opposition gegen die Regierung, auch andere Berührungspunkte in ihrer Stellungnahme gegenüber den bedeutendsten und dringendsten Problemen des nationalen Lebens gefunden hatten. Vor allem gegenüber der Militairfrage. Bekanntlich ist Italien unter allen europäischen Staaten am höchsten mit militairischen Ausgaben belastet, und dies nicht allein im Verhältnis zum Reichtum des Landes, sondern auch im Vergleich zu dem, was im Budget für sonstige öffentliche Ausgaben übrig bleibt. Schon vor einigen Jahren hat die socialistische Fraction eine energische Agitation im Parlament und in Volksversammlungen für die Herabsetzung der militairischen Ausgaben begonnen. Auch in diesem Kampf gegen den Moloch Militarismus hatten sich die Verschiedenheiten der beiden Richtungen gezeigt: während die Revolutionäre sich darauf beschränkten, den Krieg *principiell* zu bekämpfen, indem sie all seine Schrecken und das Törichte der internationalen Conflictte zeigten, waren die Reformisten, obgleich sie nicht darauf verzichteten, den Militarismus an der Wurzel anzugreifen, bestrebt, zu beweisen, dass, selbst wenn man der Unmöglichkeit einer sofortigen Abrüstung Rechnung trägt, man doch ein militairisches System einführen könne, das auf die Defensive gerichtet wäre und das sehr viel weniger kostspielig sein würde. Schon vor zwei Jahren hatten sie dem Parlament einen Vorschlag zur Umformung des Heerwesens unterbreitet, wonach die Landesverteidigung verstärkt, die Armee aber demokratisirt und eine Ersparnis von circa 60 Millionen erzielt werden konnte. Die Revolutionäre hatten diesen Vorschlag lebhaft bekämpft, indem sie behaupteten, die socialistische Partei habe dadurch den Militarismus anerkannt. Die Reformisten wieder hatten leichtes Spiel, zu erwidern, dass, wenn dieser Einwand richtig wäre, die Socialisten nie irgend eine Form der Umwandlung, nicht einmal auf dem Felde der Arbeit, annehmen dürften; selbst ein Abkommen über die Löhne und die Arbeitszeit müsste dann nach der Argumentation der Revolutionäre als Act der Anerkennung des Lohnsystems zurückgewiesen werden. In dieser Art wurde die Polemik fortgesetzt. Nun begann in den letzten Monaten sich innerhalb der militairischen Kreise das Streben zu zeigen, höheren Sold zu verlangen und so der Nation noch grössere Opfer aufzuerlegen. Diese Erscheinung fiel zusammen mit der überraschenden Schwenkung in der äusseren Politik. Seit Jahren hatten die herrschenden Classen Deutschland und Oesterreich gegenüber eine Bedientenpolitik beobachtet, während sie Frankreich provocierten; jetzt, nachdem die Macht der Tatsachen die italienisch-französische Annäherung herbeigeführt hatte, drehten sie den Spiess um. Es bestätigte sich das, was Jaurès in Frankreich und der Schreiber dieses in Italien vorausgesehen hatten, als sie — zum grossen Ärgernis für die den Formeln der alten bürgerlichen Demokratie ergebenen Revolutionäre — darauf bestanden hatten, die Bande des Dreibundes nicht zu zerreißen, sondern vielmehr durch ein harmonisches Zusammenbestehen

des selben mit der italienisch-französischen Freundschaft eine Garantie für den Frieden zu schaffen. Nach und nach, als das Spiel der italienischen Militaristen offenkundig wurde, erwuchs beiden socialistischen Richtungen die gemeinsame Pflicht, Front zu machen gegenüber der unmittelbaren Gefahr, die das italienische Volk bedrohte: der Gefahr, einem Krieg mit Oesterreich ausgesetzt zu sein oder die Last der militärischen Ausgaben erhöht zu sehen. Und in der That fanden sich die beiden Richtungen vollkommen solidarisch in dem Bestreben, die künstliche Stimmungsmache gegen Oesterreich abzuwehren, indem sie sich mit gleicher Energie gemeinsam den Plänen der militaristischen Clique entgegenstellten.

Aber auch in anderen Punkten fanden sich die Revolutionäre und die Reformisten zu unmittelbarem Handeln vereinigt. Es mag hier genügen, deren zwei anzuführen. In Italien steht die Eisenbahnfrage vor der Tür: in diesem Sommer endigen die Verträge, durch die der Betrieb der Staatseisenbahnen an Privatunternehmer übergeben worden war. Schon seit langer Zeit hatte die reformistische Gruppe — und durch sie die parlamentarische Fraction — die Notwendigkeit der Verstaatlichung dieses grossen öffentlichen Verkehrszweiges betont. Die Revolutionäre hatten indessen, in Hinblick auf die gegenwärtigen Zustände in Italien, die höhere Nützlichkeit des Systems der privaten Unternehmung proclamiert. Arturo Labriola hatte diese These in seinem Referat für den Parteitag von Imola /1902/ verfochten, im Gegensatz zum Abgeordneten Nofri, der für die Überführung in eigene Regie eintrat. Vor etwa einem Vierteljahr jedoch einigten sich Reformisten und Revolutionäre auf einen Vorschlag von Nofri, der den Betrieb der Eisenbahnen durch eine Verwaltung vorsieht, die gebildet wird zu einem Teil vom Staat, zum andern von den Benutzern der Eisenbahnen, das heisst den Körperschaften, die den Handel, die Industrie und die Arbeit vertreten, also den Handels-, Landwirtschafts- und Arbeitskammern. Dieser Vorschlag soll die Grundlage für die Agitation im Lande und den Kampf im Parlament abgeben.

Auch die Religionsfrage, die sich in den letzten Monaten bei uns zugespitzt hat, nicht so sehr infolge der bekannten Note des Vaticans, als wegen der sichtbaren Tendenz unserer officiellen Welt, die Wiederversöhnung mit dem Papst anzubahnen. Auch diese Frage gab die Gelegenheit zu einer Einigung der beiden socialistischen Richtungen. Alle beide fühlen in gleicher Weise, dass die Macht des Klerus ein Haupthindernis für die Entwicklung der bürgerlichen Cultur und infolgedessen auch für die Entwicklung des Proletariats bilde. Der enthusiastische Empfang, den die italienischen Reformisten wie Revolutionäre dem Präsidenten Loubet in Rom bereiteten, bedeutete gerade, dass alle Socialisten die Notwendigkeit empfinden — und nicht nur für Frankreich —, alle Kräfte des socialistischen Proletariats mit denen des liberalen Bürgertums zu vereinigen, um die Gefahr des Klerikalismus abzuwehren.

Aber noch weit mehr. Die alte Unterscheidung der beiden Richtungen, die man als *Transigens* und *Intransigens* bei den Wahlen festlegen wollte, begann bei den tatsächlichen Proben ihre Erkünsteltheit zu zeigen. Die Reformisten hatten immer betont, dass man bei den Wahlen weder die Bündnisbereitschaft noch die Bündnisablehnung vorschreiben dürfe, dass man vielmehr es jedem Kreise überlassen müsse, sich entsprechend der örtlichen Notwendigkeit und der Haltung der bürgerlichen Parteien, mit denen man in Berührung kam, zu verhalten. Die Revolutionäre dagegen proclamierten den Grundsatz, dass jede Alliance mit bürgerlichen Parteien ein Verrat am Socialismus sei. Nun ist kürzlich folgendes passiert: In Reggio Emilia, einem der Hauptcentren des Reformismus, wurde ein gewaltiger Wahlkampf gekämpft: es standen dort die Socialisten auf der einen, die gesamten Kräfte der bürgerlichen Parteien auf

der anderen Seite — und zur selben Zeit schlossen in Neapel, bis jetzt die Hochburg des reinsten und glühendsten Revolutionarismus, die Socialisten ein Bündnis für die Communalwahlen nicht allein mit den Republikanern, sondern auch mit den radicalen Monarchisten. Nach diesen beiden Tatsachen, die sich ergänzen und gegenseitig illustrieren, können nur noch die Verrannten an eine Teilung der Partei in *Transigente* und *Intransigente* glauben. Das Princip der Freiheit bei den Wahlen, welches die Reformisten stets vertreten haben, hat schliesslich in der Handlungsweise der selben Revolutionäre triumphiert, die im gleichen Augenblicke das Recht für sich beansprucht haben, — *Transigente* zu sein.

× × ×

Alles dieses — und man könnte noch weitere Tatsachen dafür anführen — beweist die Wahrheit dessen, was ich oben sagte, nämlich dass sich in der Partei auf dem Gebiet der praktischen Action eine Einigkeit bildete, die sicherlich mehr dem Druck der äusseren Verhältnisse, als dem Willen der Menschen zu danken war.

Und doch sieht man, wie dieser Wille sich dem Gang der Dinge entgegenstemmt. Aus dem in dieser Zeitschrift erschienenen lichtvollen Artikel von Claudio Treves *Der Parteitag in Bologna* wird man sich erinnern, dass alle socialistischen Cirkel an jenem Parteitage teilgenommen hatten, auch die, die sich infolge heftiger Zusammenstösse der *beiden Tendenzen* von der officiellen Parteiorganisation losgelöst hatten, weil eben die Unmöglichkeit vorlag, mit Personen, die man aus principiellen Differenzen so leidenschaftlich bekämpft hatte, zusammen zu arbeiten. Es waren dies die bekannten, zum grössten Teil reformistischen, autonomen Cirkel, welche der Parteitag den anderen gleichgestellt hatte, womit er anerkannte, dass sie aus Socialisten gebildet seien, die in ihrem Wirken auf dem Boden des Parteiprogramms ständen. Wenn die neue revolutionäre Parteileitung dieses gute Einvernehmen nicht in einer Anwendung kleinlicher Autoritätssucht getrübt hätte, wären wohl, wenn auch nicht gleich alle, so doch ein grosser Teil der autonomen Cirkel allmählich und unter dem Einfluss der oben angeführten äusseren Umstände freiwillig zu der alten Organisation zurückgekehrt, und wo dies unmöglich erschienen wäre, hätte sich zwischen der officiellen und den autonomen Organisationen mittels Verständigungscomités eine föderative Verbindung gebildet.

Indessen, die Parteileitung fürchtete, nicht *revolutionär* genug zu erscheinen, wenn sie nicht eine jacobinische Autorität entfaltete. Sie beschloss also: die autonomen Cirkel müssen sich mit den anderen vereinen und verschmelzen. Um ihrer in Wahrheit sectierischen Entscheidung eine demokratische Färbung zu geben, legte sie der Partei ein Referendum vor, in dem die Frage ungefähr so gestellt war: wollt Ihr die Einigkeit der Partei, ja oder nein? Ganz natürlich antwortete die grosse Mehrheit mit *Ja*. Aber es war ein durch List erhaltenes *Ja*, denn in Wirklichkeit hätte die Frage ganz anders gestellt werden müssen. Auch die Autonomisten wollen die Einigkeit der Partei, aber sie glauben, dass wahre und aufrichtige Einigkeit in vielen Orten durch die föderative Constitution eher zu erreichen sei, als durch eine erzwungene einheitliche Organisation. Die Ungereimtheit dieses Referendums war so augenscheinlich, und die schlechten Wirkungen dieses Autoritätsactes waren so klar, dass, als die Parteileitung sich versammelte, um über die Resultate des Referendums zu beschliessen, Enrico Ferri — der jedoch die Verantwortung trägt, diesen Geist sectierischen Jacobinismus ermutigt und gestärkt zu haben — selbst vorschlug, man möge Milderungen und einen Weg der Versöhnung wählen, um zu verhindern, dass die Handlungsweise der Parteileitung den Anschein der Vergewaltigung einer Richtung durch die andere habe. Aber es war

nutzlos; die Parteileitung befehlt, obgleich nur mit geringer Majorität, den autonomen Cirkeln, in der officiellen Organisation aufzugehen, unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei, wenn sie nicht binnen drei Monaten gehorcht hätten. Man beachte, dass zu den autonomen Cirkeln Leute wie Treves, Bonomi, Turati und andere gehörten, die ihr ganzes Leben der Partei gewidmet hatten. Es war vorauszusehen, dass dieser Gewaltact der Parteileitung nur den Widerstand der reformistischen Organisationen herausfordern würde, und man kann damit rechnen, dass die Parteileitung diese nach Ablauf der Frist als ausgeschlossen erklären wird. Indessen beschlossen die in Mailand versammelten Vertreter der Minorität des Parteitages zu Bologna folgende Resolution:

»Die von dem zu Bologna ernannten Comité der Minorität des socialistischen Parteitages einberufene Versammlung erklärt:

dass die sogenannten *reformistischen* Cirkel von Mailand und anderen Orten, welche durch den gegenwärtigen Beschluss der Parteileitung aus der officiellen Parteioorganisation auszuschliessen sein würden, nicht ausgeschlossen werden sollen, weil sie das socialistische Programm minder innehalten oder weil ihre Handlungsweise mit demselben unvereinbar ist, sondern im Gegenteil deshalb, weil sie dieses Programm mit ihm die wesentliche Einheit der Partei gegen die boshaften Angriffe der kleinen Minderheit verteidigt haben, die durch die *Avanguardia Socialista* vertreten werden; in diesem Blatte Zerwürfnisse sät und die Partei herabsetzt, indem sie in systematischer Weise Misstrauen gegen die erprobten Kämpfer und die bisher befolgten Grundsätze der Partei hervorruft;

dass die logische und moralische Unmöglichkeit für die obengenannten Cirkel, in derselben örtlichen Organisation mit Elementen zusammen zu leben, deren fast ausschliessliche Function darin besteht, jede Betätigung zu lähmen, so augenscheinlich ist, dass sie niemand mehr verborgen bleiben kann: dies wurde auch von der socialistischen Parlamentsfraction kürzlich einstimmig anerkannt, indem die selbe es zurückwies, zwei Vertreter der genannten Cirkel auszuschliessen — wie es die Logik verlangt hätte —, obgleich die selben für sich und ihre Genossen definitiv erklärten, in keinem Falle in die ihnen feindlichen örtlichen Organisationen wieder einzutreten; dass es deshalb Pflicht dieser Cirkel ist, ihre socialistische Arbeit fortzusetzen, welches auch die formalen Bedingungen wären, die ihnen von der Parteileitung vorgeschrieben würden, und dass es Pflicht aller Socialisten sei, die die Berechtigung ihrer Existenz und ihrer Arbeit anerkennen, ihre Solidarität mit ihnen zu erklären über alle rechtlichen Bedenken und Scherbengerichtselüste hinaus, weil die Sache der einen auch die der anderen und die des Socialismus überhaupt sei.

Sie bestätigt den Sectionen ihr Recht auf autonome Existenz und stellt fest, dass sie aus rein formalen, und nicht aus principellen oder taktischen Gründen von der officiellen Organisation der Partei ausgeschlossen werden wurden.

Sie erklärt ihre volle Solidarität mit den selben und schlägt vor, mit ihnen dauernde und brüderliche Beziehungen zu unterhalten, um die gemeinsame socialistische Arbeit zu fördern.

Viele werden sich wundern, dass die Reformisten nicht der Situation die Stirn gezeigt haben, dass sie die ihnen von der Parteileitung gebotene Herausforderung nicht aufgegriffen und dass sie nicht alle Reformisten aufgefordert haben, aus der officiellen Organisation auszutreten und sich um diejenigen zu scharen, die ausgestossen sein werden, um mit ihnen eine neue Partei gegenüber der alten zu bilden. Aber wer die Dinge leidenschaftlos und kalt prüft, wird finden, dass sie handelten, wie sie sollten und mussten. Sie taten nichts anderes, als dass sie den Gewaltmassregeln der Parteileitung zu fügen sich weigerten, ohne dadurch die Spaltung der Partei beschleunigen oder vergrössern zu wollen. Wenn in der Tat die Spaltung, die wirkliche, grosse Spaltung kommen muss, kann sie nicht wegen einer kleinlichen Frage, wie diese der inneren Organisation kommen, obgleich bei Gelegenheit der Anwendung der besonderen Methoden jeder Richtung mancher Fall bedeutend und

entscheidend für das öffentliche Leben wird. Wenn zum Beispiel in den Jahren 1901 und 1902, als die socialistische Fraction das Ministerium Zanardelli unterstützte, um so die Strikefreiheit und die Arbeiterorganisationen zu schützen und die Erfolge der Obstruction zu verteidigen, wenn in jener Zeit bereits ein Zwiespalt zwischen Revolutionären und Reformisten entwickelt gewesen wäre, so hätte man die Spaltung der Partei in zwei bestimmte und entgegengesetzte Richtungen als nützlich und fruchtbar empfunden, weil dann die proletarischen Massen gezwungen gewesen wären, selber zu entscheiden, von welcher der beiden Richtungen ihre Interessen besser vertreten werden. In einem solchen Falle wäre die Spaltung weder ein akademischer oder philosophischer Streit, noch eine bureaukratische Zwitterigkeit.

Das reformistische Comité, dessen Resolution wir angeführt haben, hat es — und zwar unseres Erachtens ganz mit Recht — vermieden, heute eine künstliche Spaltung zu schaffen. Obgleich es wahr ist, dass die Ursache der Spaltung in den Tiefen und man möchte fast sagen: in den organischen Principien beider Richtungen liegt, sind doch die Zeiten, die unser Land gegenwärtig zu bestehen hat — ich habe sie am Eingang meines Artikels zu skizzieren versucht — nicht günstig, um den Gegensatz zwischen den beiden Richtungen in der Wirklichkeit des politischen Lebens hervorbrechen zu lassen und um jetzt von den Massen gehört und verstanden zu werden. Darum haben die Reformisten sich darauf beschränkt, die Gewaltmassregel der Parteilcitung zurückzuweisen und das Daseinsrecht der reformistischen Tendenz in der Partei zu behaupten; sie ziehen es vor, ihre Kräfte intact zu erhalten und nicht in sinnlosem Kleinkrieg zu verausgaben. Vielleicht, dass die Ereignisse in einer näheren oder ferneren Zukunft eine wirkliche Spaltung nötig machen: menschliche Kräfte werden jedenfalls nicht im stande sein, sie zu verhindern, wenn sie reif ist, noch sie zu beschleunigen, wenn ihr die Vorbedingungen fehlen. Mit ihrer jetzigen Zurückhaltung haben die Reformisten einen politischen Tact bewiesen, der der revolutionären Parteilcitung gefehlt hat.

× × ×

Vorläufig haben wir folgende Situation: Einige reformistische Gruppen werden ausserhalb der Reihen der officiellen Partei bleiben. Doch in der Partei selbst werden zahlreiche Kreise und noch zahlreichere Personen fühlen und erklären, dass sie die Ideen und Methoden der Ausgeschlossenen billigen, und ihre Handlungen werden damit übereinstimmen. Aber die Masse derer, die ausserhalb der Cirkel sind, die grosse proletarische Masse, wird zunächst nicht Stellung nehmen, sondern abwarten, ob eine Tatsache sie vielleicht einmal zwingt, sich für eine oder die andere Richtung zu entscheiden. Wenn ich meine persönliche Überzeugung ausdrücken darf, so muss ich sagen, dass die Masse sich wohl noch für lange Zeit hinaus weder für die eine, noch für die andere Richtung absolut und endgiltig entscheiden wird. Denn es gibt Momente, in denen der radicale Revolutionarismus vor grösster Bedeutung ist, und es gibt andere Momente, in denen sich die reformistische Politik unwiderstehlich aufzwingt. Instinctiv anarchistisch ist das Empfinden der Arbeiter im Moment ihres ersten Erwachens, wenn sie zum ersten Male die Tradition der Unterwerfung brechen und plötzlich zum Bewusstsein der Ausbeutung gelangen, deren Opfer sie sind. Und wie ist ihre psychologische Verfassung, wenn sie nach einer erfolgreichen Widerstandsbewegung gezwungen sind, ihren Eroberungsmarsch vor der Unbeugsamkeit der ökonomischen Gesetze der capitalistischen Welt zu verlangsamen? Das unvorhergesehene Hindernis, das ihre allzu optimistischen Berechnungen stört, wirft in ihre Herzen die Entmutigung, den Pessimismus, den Wunsch, das Hindernis mit einem gewaltsamen

Handstreich zu zerschmettern. Doch auf solche Momente folgen andere, in denen die Arbeiter in sich die Kräfte fühlen, der Aufgabe gewachsen zu sein, obgleich sie die ganze Schwierigkeit und den unvermeidlich langsamen Gang ihrer Durchführung, die mühevoll Lösung des complicierten Problems erkennen, das die Geschichte ihnen anvertraut hat. Das ist die reformistische Psychologie der Massen, die den einfachen Impulsen des primitiven Widerstandes die geduldige und stark gegründete Organisation zufügt, in der sich Widerstand und zähe Arbeit verbinden; die reformistische Psychologie der Massen, die sich anschickt, die Gemeinden zu erobern, um innerhalb der selben das bisschen Socialismus, das heute möglich ist, zu verwirklichen; die die Teilnahme an der politischen Macht als eine der mächtigsten Waffen ihrer Verteidigung, als eines der wirksamsten Mittel für die sociale Umgestaltung zu betrachten beginnt.

Es gilt vielleicht für alle Nationen, sicher jedoch für Italien, dass diese psychologischen Momente sich nicht allein in der Zeit abwechseln, sondern sich auch gleichzeitig neben einander im Raum verwirklichen. Deshalb sagte ich, dass die Massen als solche sich für lange Zeit weder für die revolutionäre noch für die reformistische Richtung in absoluter, allgemeiner und endgültiger Weise entscheiden werden. Diese Erwägung sollte sowohl den Reformisten, als auch den Revolutionären die Verpflichtung auferlegen, sich gegenwärtig in ihrer besonderen Tätigkeit zu respectieren, und sie hätte genügen sollen, um die zur Zeit revolutionäre Parteileitung von einem Gewaltact abzuhalten, der keine anderen Früchte tragen kann, als unnütze Erregung.

XX

HENRI VAN KOL · ÜBER COLONIALPOLITIK

Zum Punct *Colonialpolitik* des internationalen socialistischen Congresses ist von einer von der socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands eingesetzten Commission die folgende Resolution formuliert worden, die dem Congress zur Annahme empfohlen wird:

»Der internationale socialistische Congress in Amsterdam erklärt eine Stellungnahme der Socialdemokraten zur Frage der Colonialpolitik für geboten, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die historische Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass mehrere Länder in den Besitz von Colonieen gelangt sind, die wirtschaftlich sehr eng mit dem Mutterland zusammenhängen, staatlich aber nicht gewohnt sind, sich auf irgend eine Weise selbst zu regieren, die man daher ihrem eigenen Schicksal nicht überlassen konnte, schon aus dem einfachen Grunde, weil die internationalen Verhältnisse dies nicht gestatten.

2. Der moderne Capitalismus treibt die civilisierten Staaten dazu, ihr Gebiet fortwährend zu vergrössern, um neue Absatzmärkte für ihre Producte zu erschliessen und neue Gegenden ausfindig zu machen, wo die Capitalien gunstig angelegt werden können. Da diese Eroberungspolitik, oft von Verbrechen und Plunderungen begleitet, keinen anderen Zweck hat, als den der Befriedigung des unersättlichen capitalistischen Golddurstes, da sie ferner zu ständig steigenden militärischen Ausgaben nötigt, so muss sie unausgesetzt bekämpft werden. Sie treibt die Völker zum Protectionismus und zum Chauvinismus, die eine nie versiegende Quelle internationaler Conflicte darstellen, sie vergrössert die druckende Last des Proletariats und verzögert die Befreiung des selben.

3. Die neuen Bedürfnisse, welche nach dem Siege der Arbeiterklasse und nach der ökonomischen Befreiung der selben sich einstellen werden, werden sogar unter dem socialistischen Zukunftsregime Colonialbesitz erfordern. Die modernen Nationen werden keine Landstriche entbehren können, welche gewisse für die Industrie, sowie

für den Consum der Menschheit notwendige überseeische Rohstoffe und Erzeugnisse liefern — solange man sich diese nicht durch Austausch gegen inländische Producte verschaffen kann.

Die socialdemokratische Partei, welche in ihrer Action auf der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Classenkampf fusst und ihren Grundsätzen, Zielen und Tendenzen gemäss jegliche Ausbeutung und Unterdrückung von Personen, Classen und Völkern streng verurteilt, stellt als Grundlage für ihre Colonialpolitik folgende Regeln auf:

Weil der Capitalismus eine unumgängliche Phase der ökonomischen Entwicklung bildet, die auch die Colonieen werden durchmachen müssen, muss die Entfaltung des industriellen Capitalismus ermöglicht werden, wenn nötig, mit Aufopferung veralteter (gemeindlicher oder feudaler) Eigentumsformen.

Zu gleicher Zeit aber hat die Socialdemokratie mit allen Kräften gegen den verderblichen Einfluss zu kämpfen, den die capitalistische Entwicklung auf das coloniale Proletariat ausübt, um so mehr, als letzteres voraussichtlich zu einem solchen Kampfe selbst noch nicht fähig sein wird.

Sowohl um die Lage der Arbeiter zu verbessern, als um zu verhindern, dass alles Vermögen aus den Colonieen geführt wird, die dadurch verarmen würden, wird Staatsbetrieb von solchen Unternehmungen, die sich dazu eignen, neben dem Privatbetrieb nützlich und erforderlich sein, und dies sowohl zur Beschleunigung des capitalistischen Entwicklungsprocesses, wie auch zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des einheimischen Arbeiters.

Es wird mithin die Aufgabe der Socialdemokratie sein, in allen Colonieen, wo ein modernes Proletariat entsteht, die Organisation des selben zu fördern, um dessen Widerstandsfähigkeit im Kampfe mit dem Capitalismus zu erhöhen, und durch Aufbesserung der Löhne die Gefahr zu beseitigen, die für die alten capitalistischen Länder in der mörderischen Concurrenz der billigen Arbeitskräfte dieser primitiven Völker liegt.

Die Eingeborenen zur demokratischen Selbstregierung zu erziehen, soll das vornehmste Ziel unserer Colonialpolitik sein, deren Einzelheiten in einem nationalen Programm für jede besondere coloniale Gruppe näher ausgeführt werden sollen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erachtet der Congress in Amsterdam es als die Aufgabe der socialistischen Parteien aller Länder:

1. mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die capitalistische Eroberungspolitik zu bekämpfen,
2. in einem Programm die in ihrer socialistischen Colonialpolitik zu befolgenden Grundsätze niederzulegen, die auf der im obigen ausgedrückten Grundlage beruhen.

Diese Resolution will ich durch nachstehende Ausführungen, die meinen Bericht an den Congress in Amsterdam bilden, näher zu erläutern suchen.

× × ×

Die Colonialpolitik drückt der Geschichte unserer Zeit ihr Gepräge auf. Eng verknüpft mit der gesellschaftlichen Organisation des XX. Jahrhunderts wird sie ein entscheidender Factor in der Zukunft der Menschheit sein. Der sich überall zeigende Hang nach Ausbreitung der Colonieen ist eine Folge der Entwicklung unserer capitalistischen Gesellschaft, und die Socialdemokratie wird sich schon an der Lösung dieser höchst wichtigen Frage beteiligen müssen. Sie wird Stellung nehmen müssen zu diesem Kampfe um die Eroberung der Erde und wird sich wohl dabei bestimmen lassen durch die verschiedenen Motive, welche in obiger Resolution formuliert sind.

Die historische Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass mehrere Länder in den Besitz von Colonieen gelangt sind, die wirtschaftlich sehr eng mit dem Mutterland zusammenhängen, staatlich aber nicht gewohnt sind, sich auf irgend eine Weise selbst zu regieren, die man daher ihrem eigenen Schicksal nicht überlassen könnte, schon aus dem einfachen Grunde, weil die internationalen Verhältnisse dies nicht gestatten.

Colonieen¹⁾ bestehen und werden noch viele Jahrhunderte lang da sein; ihre

¹⁾ Unter dieser üblichen Bezeichnung verstehen wir im nachfolgenden weder die eigentliche Colonisation oder Ansiedlungen, noch die Militär- oder Strafcologieen, wir werden das Wort *Colonieen* lediglich im dem Sinne von Besitzungen in den tropischen Gegenden gebrauchen.

Existenz ist unauflöslich mit der Weltgeschichte verwebt. Man wird für jeden einzelnen Fall entscheiden müssen, ob irgend ein Land seine überseeischen Besitzungen behalten solle. Ausschlaggebend dafür sind die zwischen dem Mutterland und den Colonieen bestehenden Beziehungen, welche sich aus der Geschichte, aus deren wirtschaftlicher und politischer Entwicklung ergeben. In den meisten Fällen wird man die alten Colonieen nicht preisgeben können, weil sie sich selbst nicht zu regieren vermögen und, durch jahrhundertelange Bevormundung geschwächt, der Anarchie und dem Elend anheimfallen würden. Das schwache und unwissende Kind, das unsere Hilfe nicht entbehren kann, gänzlich verlassen hiesse es zum Opfer einer schrankenlosen Ausbeutung machen oder anderen Herrschern überliefern. Die hinter uns liegende Geschichte nötigt uns, mit gewissenhafter Sorgfalt die Interessen der Eingeborenen zu überwachen, die schon zu lange durch den rücksichtslosesten Capitalismus ausgebeutet worden sind. Der Socialismus wird erst die Bedingungen schaffen müssen, unter denen der mehr oder weniger barbarische Zustand einer hohen Cultur, einer wirklichen Civilisation weichen wird.

In gewissen Fällen ist eine sittliche, heilige Pflicht zu erfüllen, eine Schuld auszugleichen. Dies ist der Fall mit der holländischen Colonie Java, welche Holland vor einem Bankerott gerettet hat und woher Hunderte von Millionen, die Frucht der Arbeit und der Frondienste, in die Staatscasse wanderten, der Colonie, der Holland den grössten Teil seines Nationalvermögens, ein gutes Stück der Entwicklung seines Handels und seiner Schifffahrt und zum grossen Teil das Aufkommen seiner Industrie verdankt. Auf Java ist Hollands Bedeutung zurückzuführen, diese Colonie hat Holland zu seinem wichtigen Platz in der Reihe der Nationen verholfen. Java war die einzige Colonie in der ganzen Welt, welche durch mehr als drei Jahrhunderte ihre riesigen Gewinne dem Mutterlande schenkte, das dort nur Verfall und Armut dafür zurückgelassen hat. Diese schrankenlose Ausbeutung schreit nach Vergeltung. Holland soll wenigstens zum Teil die Ehrenschuld tilgen, den Schwachen stärken, dem Unterdrückten aufhelfen, Wohlstand schaffen dort, wo es Elend gesät hat. Die Schande der Vergangenheit kann und wird nicht ausgelöscht werden, ehe wir diesen Millionen von Enterbten eine glücklichere Zukunft gesichert haben, so dass am Tage, wo aus dem Kinde ein Mann geworden, Java frei leben und sich der Selbstregierung erfreuen kann.

Der moderne Capitalismus treibt die civilisierten Staaten dazu, ihr Gebiet fortwährend zu vergrössern, um neue Absatzmärkte für ihre Producte zu erschliessen und neue Gegenden ausfindig zu machen, wo die Capitalien günstig angelegt werden können. Da diese Eroberungspolitik, oft von Verbrechen und Plünderungen begleitet, keinen anderen Zweck hat, als den der Befriedigung des unersättlichen capitalistischen Golddurstes, da sie ferner zu ständig steigenden militairischen Ausgaben nötigt, so muss sie unausgesetzt bekämpft werden. Sie treibt die Völker zum Protectionismus und zum Chauvinismus, die eine nie versiegende Quelle internationaler Conflicte darstellen, sie vergrössert die drückende Last des Proletariats und verzögert die Befreiung des selben.

Das moderne capitalistische Productionssystem und im Zusammenhang damit das rapide Wachstum der Productivkräfte, die fortwährende Verbesserung der Maschinen, die Anwendung des Dampfes und der Elektricität im Dienste der Industrie, die enormen Fortschritte des Verkehrswesens und die fortschreitende Entwicklung des Creditwesens müssten unaufhaltsam zur gesellschaftlichen Vollblütigkeit, zur riesenhaftesten Überproduction führen. Die capitalistischen Länder producieren weit mehr, als sie verkaufen können, und die Reichtümer nehmen schneller zu, als die Möglichkeit, sie zu benutzen; deutlicher, als jemals, zeigt sich die Anarchie unserer socialen Organisation. Die civilisierte Welt ist zu klein geworden; es sind zu viel Arbeiter und Maschinen vorhanden, als dass sie alle Platz finden könnten. Geld und Ware suchen einen Ausweg in entfernte Länder, um den beständig drohenden Krisen zu entfliehen. Die Fabriken sind zur Production gezwungen, sei es auch mit Verlust.

um nicht das Heer der Arbeitslosen in gefahrdrohender Weise zu vergrössern und die gewaltsame Revolution hervorzurufen. »Die sociale Revolution oder der Imperialismus, das ist die einzige Wahl, die uns bleibt!«, erklärte der Kanzler der Vereinigten Staaten von America am 14. Juni 1898 im Senat. Und Cecil Rhodes ahnte das selbe, als er 1897 eines Abends, von einer Arbeitslosenversammlung im Londoner Osten heimkehrend, ausrief: »Um den vierzig Millionen Einwohnern des Vereinigten Königreiches den Bürgerkrieg zu ersparen, müssen wir neue Länder erschliessen!« Die Colonieen sollen also als ein Sicherheitsventil dienen gegen den Druck des Proletariats: der Capitalismus braucht Raum, um nicht auseinanderzuplatzen. Die Industrie braucht neue Absatzmärkte, das Capital neue Arbeitsfelder, und dies alles hofft man in den tropischen Ländern zu finden. Allein man übertreibt in dieser Hinsicht die Wichtigkeit des Colonialbesitzes; es ist richtig, dass die Colonieen einen Markt bilden können für die Industrieproducte, die in Europa nicht abgesetzt werden können, doch wird dieser Absatz immer verhältnismässig gering sein, und der Welthandel folgt nicht mehr der Fahne.

Von dem gesamten Einfuhrhandel der Welt bekommt America (abgesehen von den Vereinigten Staaten) nicht mehr als 6,6%, Asien (China einbegriffen) 9%, Australien 2,9% und Africa 3,7%, und davon geht wiederum nur ein Teil nach den Colonieen. Den gesamten Welthandel hat man im Jahre 1901 auf 115 000 Millionen Francs²⁾ geschätzt, und daran sind die holländischen Colonieen nur mit 950 Millionen, die französischen mit 911 und die deutschen mit 71 Millionen beteiligt. Nur England besitzt Colonieen, welche beträchtlich in die Wagschale fallen: ihr Handel beläuft sich insgesamt auf 13 180 Millionen Francs³⁾, das ist ungefähr 38,5% des gesamten Handels des Reiches überhaupt. Während 1900 die Ausfuhr Englands nach seinen Colonieen 33% der Gesamtausfuhr betrug, sandte Frankreich nur 11,4% seiner Producte nach seinen überseeischen Besitzungen; von allen Waren, welche die französische Grenze passierten, rührten nur 9,3% von den französischen Colonieen her, während Grossbritannien 22% seiner Gesamteinfuhr aus den Colonieen bezog.

Es waren indessen weniger die Colonieen, die dem englischen Handel einen solchen Aufschwung gaben, als vielmehr die Vorherrschaft der britischen Industrie, die bis vor kurzem jeder Concurrrenz trotzte. Bismarck hatte recht, wenn er meinte, der Handel hänge nicht von der Landeshoheit ab, das eigentliche Mutterland der Colonieen sei die Industrie, und der einzige Beherrscher des Meeres sei der Handel. Spanien, mit seinem ausgebreiteten Colonialbesitze, hat niemals eine grosse Bedeutung in Handel und Industrie gehabt; die Industrie Belgiens und der Schweiz hat sich, ohne Colonieen, weit mehr entwickelt, als die des Colonialstaats Holland. Frankreich ist trotz seiner colonialen Ausdehnung von Deutschland sowohl auf industriellem wie auf commerciellem Gebiete überholt worden, während doch der Handel Deutschlands mit seinen Colonieen nur 1% des Gesamthandels dieses Reiches ausmacht. Die enorme Entwickelung der Schifffahrt zeigt ebensowenig einen vorherrschenden Einfluss des Colonialbesitzes: England mit seinen Colonieen geht hier voran mit 51% der gesamten Tonnenzahl; Deutschland und die Vereinigten Staaten folgen mit 9,3 und 9,1%; dann kommt Norwegen mit 6,1% und viel niedriger auf der Liste Italien mit 3,2%, Russland mit 2,4%, Schweden mit 2,2, Spanien mit 2,3 und Japan und Dänemark mit 1,9%, während die Handelsflotte Hollands, eines der mächtigsten Colonialstaaten der Welt, nur die zwölfte im Range ist, mit 456 000 Tonnen oder 1,7% der Gesamtzahl von 27 416 000 Tonnen. Java, diese grosse, fruchtbare und dichtbevölkerte Insel, führte in dem Zeitraum von 1897 bis 1901 jährlich nur für 244 Millionen Francs ein, das ist für 9 Francs auf den Kopf eines jeden Einwohners; der Gesamthandel

²⁾ Hiervon entfallen 63,6% auf Europa, 10,9% auf Asien, 3,9% auf Africa, 18,1% auf America und 3,5% auf Australien.

³⁾ Von diesem Betrage kommen 2000 Millionen auf Canada und 3027 Millionen auf den australischen Staatenbund, also 24% auf fast unabhängige Länder.

Javas (18 Francs pro Kopf) bildet nur $\frac{1}{60}$ des holländischen Handels. Die Colonieen kaufen eben vom Mutterlande nur die Producte, welche sie brauchen und selber nicht producieren können; auch kaufen sie diese nur dann, wenn die Preise im Mutterlande — die Frachtpesen einbegriffen — niedriger sind, als anderswo. Zudem sind ihre Bedürfnisse gering und werden niemals den Handel beträchtlich ernähren können. Auch die Ausfuhr, pro Kopf berechnet, zeigt keinen Zusammenhang mit der Ausdehnung des Colonialbesitzes. Diese ist nach Holland (mit 657 Francs), für Belgien (285), die Schweiz (269) und Dänemark (212) grösser, als für England (195 Francs). Der Gesamthandel ist für alle diese Länder, wie auch für Schweden, Argentinien, Deutschland und Norwegen grösser, als derjenige Frankreichs mit seinem Colonieenareal von mehr als 6 Millionen Quadratkilometer. Man kauft und verkauft dort, wo die Bedingungen am vorteilhaftesten sind, und wendet sich mehr und mehr ab vom Mutterlande. Während British Indien im Jahre 1891-1892 für 805 Millionen Francs Ware nach England schickte, verminderte sich diese Zahl bis auf 720 Millionen im Jahre 1901-1902, was einen Verlust von 9,6% ausmacht; während derselben Zeit wuchs die Ausfuhr nach den übrigen englischen Colonieen von 520 auf 600 Millionen, das ist um 20%, und nach fremden Ländern von 1233 auf 1610 Millionen oder um 30,9%. Die Gesamtausfuhr Indiens im Jahre 1901-1902 wurde auf 2990 Millionen Francs, das ist 29,3% von der des Vereinigten Königreichs, berechnet, während die Einfuhr nur 11,2% der englischen betrug, und dies bei einer Bevölkerung, die 7mal so gross ist, wie die des Mutterlandes. Der Gesamthandel von British Indien beträgt nur 11 Francs pro Kopf, der Englands 401 Francs, also das 36fache! Und das europäische Capital, welches ein fruchtbares Arbeitsfeld in diesen Ländern findet, in denen das capitalistische Productionssystem noch im Werden begriffen ist, wird den Handel mit dem Mutterlande noch verringern, sobald die Colonieen ihren eigenen Bedürfnissen Genüge leisten können. Solange die Handelsfreiheit das leitende Princip bleibt, wird der Handel nimmer der Fahne folgen können, und die Hekatomben von Menschenleben, die die Eroberung neuer Colonieen gekostet hat, werden nutzlos sein.

Das Gold hat sich zu Millionen und Abermillionen über die Colonieen ergossen, wo die Arbeit wohlfeil ist und die natürlichen Reichtümer überquellend und wo die capitalistische Ausbeutung von keiner Bremsvorrichtung zurückgehalten wird. Das Gold kennt keine Entfernungen; es verbreitet sich in rasender Eile über alle Teile der Erdkugel, wo Gewinn in Aussicht ist, und bisweilen verwandelt es wie durch einen Zauberstab ein ackerbauendes Land in ein Industriezentrum. Die Eroberung neuer Gebiete für die Ausnutzung und Anwendung der Capitalien ist mehr noch, als das Bedürfnis nach neuen Absatzmärkten, Ursache der modernen Colonialexpansion. Das Gold kennt kein Vaterland. Von den 75 Milliarden Francs, welche die Speculation den Minen Transvaals gespendet hat, rührten zwei Drittel von deutschen und französischen Capitalisten her. Ungefähr 30 Milliarden französischen Capitals finden in der Fremde ihre Anwendung und werfen an Zinsen jährlich 1000 bis 1200 Millionen ab. In Südamerika sind 1750 Millionen deutschen, in Argentinien 5000 Millionen englischen Capitals angelegt; 350 Millionen belgischen Capitals ernähren die russische Industrie. Das englische Capital, das in der Fremde untergebracht ist, hat man auf 50 Milliarden berechnet, die im Jahre 1902 — und dies war ein ungünstiges Jahr — einen Gewinn von 1560 Millionen abwarfen; mehr als 16 Milliarden gingen nach den Colonieen, was einen Jahrestribut von 760 Millionen Francs erheischt.

Seit der Mitte des XIX. Jahrhunderts sind also grosse Capitalien nach fremden Ländern gesandt, um dort Erträgnisse abzuwerfen. Sie haben dort den jungfräulichen Boden bearbeitet, das Eingeweide der Erde durchsucht und die Erdoberfläche mit industriellen Anlagen bedeckt. Der Mehrwert ist nach Europa zurückgekehrt; die Einfuhr überseeischer Producte hat sich gemehrt, aber die Ausfuhr unserer Industrieproducte ist merklich verringert, und die Preise sind gesunken. Von 1860 bis 1890 hat sich die Ausfuhr Englands verdreifacht, aber von 1890 bis 1897 ist sie von

6.6 bis auf 5,8 Milliarden Francs zurückgegangen, trotz der Ausdehnung seiner Colonien. Das industrielle Übergewicht Englands hat vielleicht seinen Höhepunkt bereits erreicht, aber sein Ansehen auf dem Geldmarkt steigt noch immer und vermehrt seine Reichtümer. Um ihrer Geldgier zu genügen, brauchen die Capitalisten neue Colonien, die imperialistische Spinne streckt ihre Netze überallhin, um neue Länder zu umspannen. Während Europa zu Anfang des XVI. Jahrhunderts kaum 6% der Erdoberfläche besass, hat es heutzutage 70% in Besitz genommen, wovon zwei Siebentel das britische Weltreich ausmachen. Africa ist in Stücke zerschnitten; rings um den Stillen Ocean und ebenso in der Mitte Asiens ringt man um die Beute; Süd-america gleitet den fatalen Abhang hinab, und selbst die Polarländer wird der Ausdehnungshunger der civilisierten Länder nicht schonen.

Wir Socialisten verurteilen unwiderruflich jede gewaltsame Expansion, jede Eroberung durch die Waffen, die keinem anderen Zweck dient, als der Befriedigung des capitalistischen Golddurstes. »Die Kanone schafft kein Recht«, hat der chinesische Staatsmann Li Hung Tschang richtig gesagt, »wohl aber der freie Wille eines Volkes.« Der Vorwand, die Civilisation verbreiten zu wollen, ist überaus fadenscheinig, ein Schleier, welcher die wahren Beweggründe verdecken soll; *civilisieren* bedeutet in dieser capitalistischen Gesellschaft nichts, als andere Rassen, welche dem modernen Imperialismus zum Opfer fallen, vernichten, demoralisieren und ausbeuten.

Der Capitalismus führt zum Imperialismus, und dieser wieder zum Militarismus, der die Völker zu Grunde richtet und ihnen das Mark aus den Knochen saugt. Und deshalb erklären wir unversöhnlichen Krieg der capitalistischen Colonialpolitik, welche die herrschenden Classen stärkt, die Capitalisten auf Kosten der Arbeiter bereichert, die Möglichkeit der Ausbeutung der Producenten vergrößert, den Militarismus begünstigt und, in Austausch gegen geringfügige Vorteile, der arbeitenden Classe, deren Befreiung sie verzögert, unerträgliche Lasten aufbürdet. Die Ausgaben zu militärischen Zwecken verschlingen allein in Europa — welches im Fall eines Krieges 4 Millionen Soldaten bewaffnen kann — mehr als 8 Milliarden Francs pro Jahr. Fortgerissen von imperialistischen Begierden, hat sich Deutschland eine Flotte geschaffen, welche jährlich 203 Millionen Francs kostet; die französische Marine erheischt 300 Millionen, die englische 875 Millionen; Russland gab im Jahre 1903 260 Millionen Francs für seine Flotte aus, die Vereinigten Staaten 410 Millionen. Bloss an Kosten für die Verteidigung zu Wasser und zu Lande vergeuden diese fünf Länder allein 5160 Millionen Francs jährlich, und ganz Europa 7370 Millionen. Die Staatsschulden steigen also mit Riesenschritten⁴⁾, und alle Lasten drücken auf die Schultern des Volkes, das man nach Herzenslust schinden kann. Der immer heftiger werdende industrielle Kampf, in dem die ganze Staatsmacht einer Handvoll Capitalisten zur Verfügung steht, ist eine unversiegbare Quelle kriegerischer Conflict und führt immer neue Anlässe zu Kriegen an allen Orten auf der ganzen Erde herbei. Infolge der sich immer steigenden Massenproduction ist die Warenausfuhr eine Lebensfrage für die Culturvölker geworden. Da man nun auf allen Märkten Concurrenten begegnet, ist künstliche Verstärkung geboten. Der Freihandel muss dem Schutzzoll weichen. Das Ideal des Freihandels, von dem es einst hiess, er werde internationale Harmonie ohne Missgunst oder Krieg schaffen, wobei die internationale Arbeitsteilung eine Epoche des Friedens und der Eintracht unter den Völkern herbeiführen würde, wurde durch die harte Wirklichkeit zertreten. Die capitalistischen Verbände, in der Form der Trusts oder Cartelle, welche über Milliarden verfügen, erdrücken die Schwachen, behaupten die inländischen Märkte und wissen — wo nötig, durch die Gewalt der

⁴⁾ Die Gesamtschuld der Culturstaaten wird auf 180 Milliarden veranschlagt und erfordert eine jährliche Abgabe von mindestens 5500 Millionen Francs. Unter dem Ministerium Salisbury sind die militärischen Ausgaben um 40% gestiegen, sie bilden schon die Hälfte des gesamten Budgets. Aus 674 Millionen im Jahre 1883 sind im Jahre 1903 2623 Millionen Francs geworden, das heisst, sie haben sich innerhalb 20 Jahren vervierfacht.

Waffen — sich neue zu erobern; die coloniale Expansionspolitik beherrscht die ganze Welt. Von dem Wahne getrieben, der Handel folge der Fahne, suchte man allenthalben Colonieen zu erwerben, welche als Absatzmärkte dienen konnten. Weder die Wüsten Africas, noch die Täler Chinas, noch die Inseln des Stillen Oceans entkamen diesem unersättlichen Ausdehnungshunger. Der Kampf um Absatzmärkte für Producte und Capitalien wälzt sich wie ein feuriges, gieriges Ungeheuer über Festland und Meere. Auf dem Schachbrett der beiden Halbkugeln stehen die Heere des industriellen Krieges kampfbereit. Überall liegt Zündstoff aufgehäuft, und ein Funke kann das Pulver zur Explosion bringen und einen Weltbrand verursachen. Es bilden sich Zollverbände, und das Schutzzollsystem trieb zum Imperialismus. Solange England die Hoffnung hegen konnte, das einzige industrielle Centrum in einer Ackerbau treibenden Welt zu werden, blieb das Vaterland Peels und Cobdens der Lehre des Freihandels treu. Aber seit dem Tage, wo die industrielle Konkurrenz Deutschlands und der Vereinigten Staaten die Vorherrschaft Englands gefährdete, kam die Idee auf, die über die ganze Erde zerstreuten englischen Colonieen zu einem Bunde zu vereinigen. Disraeli, der noch 1852 schrieb: »Die Colonieen sind Muhlsteine an unserem Halse«, wurde der Vater des Imperialismus. Ein *Greater Britain* sollte geschaffen werden, ein politischer und militairischer Handelsverband, der alle angelsächsischen Stämme unter eine Fahne bringen sollte. Und Chamberlain schildert mit feurigen Worten dieses Weltreich, »das alle Weltgegenden umfassen soll und dessen Gründung so viel Opfer an Gut und Blut erfordert«, dieses grosse Reich, wo jeder Einwohner alles finden werde, was er brauche, um zu leben, zu arbeiten und glücklich zu sein, und das Grossbritannien zur Weltherrschaft verhelfen werde! Dieser Appell an den Chauvinismus, diese Hypertrophie des Nationalstolzes findet mit jedem Tage neue Anhänger.⁵⁾

Diese imperialistischen Neigungen verleihen dem Colonialbesitz einen neuen Wert, und das alte System des Handelsmonopols erhebt sich zum Teil wieder aus der Asche. Die coloniale Expansion wird aufs neue einen hohen Flug nehmen, indem sie die Lasten der Arbeiterklasse erschwert, während den Grossindustriellen, den Handelsfirmen, den Schiffahrtsgesellschaften, denen man Subsidien zuerteilt, den Speculanten in Concessionen, einigen hohen Beamten oder den Couponabschneidern die Vorteile zufallen. Die Colonieen bilden also »einen kostspieligen Luxus« (Molinari) für alle europäischen Nationen. Der Colonialetat Frankreichs stieg von 20 Millionen Francs im Jahre 1858 auf 100 Millionen im Jahre 1900 und bildet mit den Kosten für militairische Expeditionen eine jährliche Ausgabe von 175 Millionen Francs für das Mutterland, das nur für 170 Millionen Francs an Waren (oder 4,5% seines Exports) dorthin sandte. Deutschland musste 1903 ein coloniales Deficit von 39 300 000 Francs bezahlen, während es dafür nur geringfügige commercielle und industrielle Vorteile eintauschte.⁶⁾ Fügt man noch die Ausgaben für Armee und Marine hinzu, so wird man gestehen, dass die Kosten des Imperialismus eine erdrückende Last für das Proletariat geworden sind und dass dieser Imperialismus die socialen Reformen verhindert.

Und trotz alledem: Muss aller Colonialbesitz verurteilt werden — in jedem Falle, zu allen Zeiten und überall?

X

»Die neuen Bedürfnisse, welche nach dem Siege der Arbeiterklasse und nach der ökonomischen Befreiung der selben sich einstellen werden, werden sogar unter dem socialistischen Zukunftsregime Colonialbesitz erfordern. Die modernen Nationen werden keine Landstriche entbehren können, welche gewisse für die Industrie, sowie für den Consum der Menschheit notwendige überseeische Rohstoffe und Erzeugnisse

⁵⁾ Im Jahre 1901 belief sich der Seehandel dieses englischen Reiches auf 34 Millionen Francs: $2\frac{1}{2}$ mal so gross, wie der Handel Deutschlands, fast die Hälfte des ganzen Welthandels. Die Capacität der englischen Handelsflotte beträgt schon 14 Millionen Tonnen netto, das ist 51% der der ganzen Welt.

⁶⁾ Der Gesamthandel der deutschen Colonieen betrug 1901 nur 71 Millionen Francs, er bestand zum grossen Teil aus Alkohol für die Eingebornen und Lebensmitteln für die Regierungsbeamten.

liefern — solange man sich diese nicht durch Austausch gegen inländische Produkte verschaffen kann.

Sogar der socialistische Zukunftsstaat wird also seine Colonialpolitik haben müssen zur Regelung der Verhältnisse zwischen den auf einer höheren Stufe der ökonomischen Entwicklung befindlichen Ländern und den hinter diesen zurückstehenden Völkern. Für den keineswegs unmöglichen Fall, dass die gemässigten Zonen übervölkert werden sollten und man die tropischen Länder unbedingt brauchte, weil sie der alten Welt Lebensmittel und Rohstoffe verschaffen müssten, wird die Menschheit neue Fragen zu lösen haben. In den Jahren 1870 bis 1900 haben schon mehr als 20 Millionen Menschen Europa verlassen, und dennoch wächst die europäische Bevölkerung um 0,88 % jährlich. Vielleicht werden die Culturvölker, nachdem sie die sociale Gleichheit sich errungen haben, in dem zu engen Panzer der alten Welt ersticken, während in anderen Erdgegenden noch Platz unter der Sonne ist für Millionen von Menschen.) Sollen wir also die Hälfte der Erde der Willkür der noch in dem Zustande der Kindheit befindlichen Völker überlassen, die die kolossalen Reichtümer im Boden ihrer Länder brachliegen, die fruchtbarsten Teile unsres Planeten unbebaut lassen? Oder sollen wir im Interesse der Menschheit eingreifen, damit die Erde, welche dem ganzen menschlichen Geschlecht gehört, allen Bewohnern die Mittel, zu leben, verschaffe? Muss man nicht unter der *Vergesellschaftung der Produktionsmittel* das verstehen, dass alle Mittel, zu leben und zu arbeiten, allen gehören sollen? Die Zukunft wird hierüber entscheiden, aber schon in der jetzigen Gesellschaft ist der Colonialbesitz unvermeidlich. Der moderne Mensch kann nicht mehr leben ohne die Produkte der tropischen Gegenden, ohne die Rohstoffe, die der Industrie unentbehrlich sind (Kattun, Djatibholz, Kautschuk, Elfenbein, Zinn u. s. w.), ohne die Lebensmittel, welche man sonst gar nicht oder nur äusserst schwer erlangen kann (Kaffee, Tee, Tabak, Muscatnuss, Chinin u. s. w.). Der grösste Teil der Erde eignet sich nicht zum Ackerbau, und im Hinblick auf den Tag, wo die Culturländer den Bedürfnissen des menschlichen Geschlechtes nicht mehr genügen, soll verhindert werden, dass primitive Völker die gemeinschaftlichen Reichtümer vergeuden, indem sie Wälder verbrennen, Landstriche verwüsten, Tiere ausröten. Wie Wilhelm Liebknecht am 21. Juni 1899 im Reichstag sagte: eine Colonialpolitik, welche die Erde bevölkern, die Cultur und die Menschheit fördern würde, wäre gerechtfertigt. Liebknecht fürchtete freilich, dass die Zeit dazu noch nicht gekommen sei.

Es ist wahrscheinlich oder möglich, dass die Colonieen nur eine vorübergehende Erscheinung in der Weltgeschichte sein werden. Sobald die farbigen Menschenrassen eine höhere Bildung, eine weitere ökonomische Entwicklung erreicht haben werden, sobald Industrie und Ackerbau bei ihnen sich ausdehnen und ein geregelter Tauschhandel mit ihnen möglich sein wird, werden sie ein Recht auf Unabhängigkeit oder diese selbst schon errungen haben. Aber eine lange Zeit trennt uns noch von dieser Epoche menschlicher Solidarität: wo die ganze Erde nur einen Weltbund cooperativer und associierter Produktionskräfte bilden wird, die allgemeine Organisation der Völkerverbrüderung. Es wäre aber utopisch gedacht, wollte man bis zum Ausbruch der socialistischen Epoche jegliche coloniale Ausbreitung aufzuhalten streben. Wir müssen im Gegenteil für jeden einzelnen Fall den Nutzen und die Nachteile einer colonialen Besetzung gegen einander abwägen, nachdem man die Frage unter den oben angegebenen Gesichtspuncten geprüft hat. Eine Colonie kann nützlich, aber auch verhängnisvoll sein. Wenn die Last, welche sich das Mutterland aufgebürdet hat, zu schwer wird, kann es darunter zusammenbrechen. Im allgemeinen übertreibt die Bourgeoisie die Vorteile und vergisst, dass in den

7) Die 1550 Millionen Erdbewohner sind zerstreut über 137 Millionen Quadratkilometer, also 11,6 auf einen Quadratkilometer. Europa zählt 40,5 Bewohner auf denselben Flächenraum, und diese Anzahl wird bei der jetzigen Bevölkerungszunahme im Jahre 1950 verdoppelt sein.

meisten Fällen derselbe Gewinn möglich wäre ohne die Inbesitznahme von Colonieen, deren Wert weder die Nachteile blutiger Eroberungskriege, noch das damit verbundene Auflodern des Rassen- und Völkerhasses aufwiegt.

„Die socialdemokratische Partei, welche in ihrer Action auf der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Classenkampf fusst und ihren Grundsätzen, Zielen und Tendenzen gemäss jegliche Ausbeutung und Unterdrückung von Personen, Classen und Völkern streng verurteilt, stellt als Grundlage für ihre Colonialpolitik folgende Regeln auf:

Weil der Capitalismus eine unumgängliche Phase der ökonomischen Entwicklung bildet, die auch die Colonieen werden durchmachen müssen, muss die Entfaltung des industriellen Capitalismus ermöglicht werden, wenn nötig, mit Aufopferung veralteter (gemeindlicher oder feudaler) Eigentumsformen.

Zu gleicher Zeit aber hat die Socialdemokratie mit allen Kräften gegen den verderblichen Einfluss zu kämpfen, den die capitalistische Entwicklung auf das coloniale Proletariat ausübt, um so mehr, als letzteres voraussichtlich zu einem solchen Kampfe selbst noch nicht fähig sein wird.

Die Marxsche Annahme, manche Länder könnten — wenigstens zum Teil — die capitalistische Epoche in ihrer ökonomischen Entwicklung überspringen, hat sich als unrichtig erwiesen, die primitiven Völker erreichen die Cultur nur, wenn sie diesen Calvarienberg ersteigen. Es ist mithin unsere Pflicht, die Entwicklung des Capitalismus nicht aufzuhalten, weil er eine unvermeidliche Phase in der Geschichte der Menschheit bildet; wir können sogar diesen Process erleichtern, indem wir seine Wehen zu lindern versuchen.

Es ist immer der Unterschied im Auge zu behalten zwischen der Taktik, die der Socialismus einem werdenden, und der, die er einem verkümmerten und sterbenden Capitalismus gegenüber zu beobachten hat. Der Übergang vom Stadium des Ackerbaues, in dem die Mehrzahl der Colonieen sich noch befindet, in den des industriellen Capitalismus, ist unvermeidlich; das Feudalsystem wird in den Colonieen verschwinden, wie es in Europa und anderwärts verschwunden ist; nichts und niemand wird das hindern können. Man kann im allgemeinen in der Colonialpolitik drei verschiedene Exploitationsperioden unterscheiden: In der Anfangszeit eignet sich der Eroberer einfach die natürlichen Reichtümer (Gold und tropische Producte) an, er betrügt und plündert den Eingeborenen; es ist dies die Periode des Handelscapitalismus, der Exploitation zu gunsten einer Regierung oder von Privatpersonen. Sodann kommt die Anlage von Pflanzungen und die Ausbeutung der Arbeitskraft der Eingeborenen, welche man durch gütliche Uebereinkunft oder Gewalt nutzt. Waren für den europäischen Markt (Kaffee, Zucker, Tabak, Gewürznelken, Indigo u. s. w.) zu producieren, und endlich sucht man durch Errichtung von Fabriken, Anlage von Eisenbahnen und intensive Bodencultur den industriellen Capitalismus in diese tropischen Gegenden zu verpflanzen. Die aufgezwungenen Culturen verschwinden, die Ländereien der Eingeborenen werden in Concession gegeben, und die europäischen Capitalien halten ihren Einzug und bringen mit sich die intensive Cultur und die Grossindustrie mit ihren Maschinen.

Die Vernichtung des Feudalsystems, welche sich in Frankreich auf gewaltsame Weise während der grossen Revolution, und in Deutschland langsam und ohne Erschütterung im XIX. Jahrhundert vollzogen hat¹⁾, welche in Russland noch nicht beendet ist und in Japan in schwindelnder Eile vor sich geht, wird in den Colonieen ziemlich sicher die Gestalt einer langsamen Anpassung des Productionssystems an die Productionsmittel annehmen, ohne gewaltige Erschütterung. Die Bedeutung des Ackerbaues wird abnehmen, Industrien werden überall emporkommen in diesen Ländern, wo die Rohstoffe in grosser Menge gefunden werden und die Arbeit so wohlfeil ist. Arbeiter, welche mit einem niedrigen Lohne zufrieden sind, finden

¹⁾ 1848 lebte beinahe $\frac{2}{3}$ (64 %) der Bevölkerung Deutschlands vom Ackerbau; heutzutage kaum 35 %.

sich dort vor oder werden importiert, und das industrielle Capital, das den Colonieen noch fehlt, wird vom überfließenden Europa die Hülle und Fülle geliefert werden.

Allein die Entstehung eines eigentlichen Proletariats wird in den meisten Colonieen — Japan hat sich immer seine Unabhängigkeit zu bewahren gewusst — nur schwerlich vor sich gehen. Die Eingeborenen, welche wenig Bedürfnisse haben, und in Gegenden leben, wo es so leicht ist, sich Lebensmittel zu beschaffen, werden sich nicht so leicht dem Joch des Capitalisten unterwerfen. Die ökonomische Entwicklung wird also eine andere Gestalt annehmen, als in Europa, und da die äusserste Proletarisierung umgangen wird, so wird der Classenkampf dort in weniger ungestümen Formen auftreten. Das heutige Colonialsystem hat hervorgerufen »die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung«, wovon Marx spricht, aber ohne »die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des capitalistischen Productionsprocesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterclassen«. Der Einfluss der socialistischen Partei im Mutterlande wird also versuchen müssen, die Eingeborenen zu schützen und vor schrecklichem Elend zu bewahren durch sociale Reformen oder durch Übertragung eines Theils der Betriebe an den Staat. Auf diese Weise können wir, ohne den Gang der Entwicklung zu stören, deren Schmerzen lindern und einem Elend vorbeugen, welches sich schon in den abscheulichen Hungersnöten in Indien offenbart. Und dabei wird es gänzlich unnötig sein — ebensowenig, wie bei dem europäischen landwirtschaftlichen Kleinbesitz — den Process der Proletarisierung zu beschleunigen und den Eingeborenen den Boden fortzunehmen. Im Gegentheil, man soll ihre Last erleichtern, ihre Ausbeutung bekämpfen und ihre Pauperisierung durch Fremde verhindern. Und dies um so mehr, als es zweifelhaft ist, ob die Eingeborenen, wenn man ihnen die Arbeitsmittel entzieht, jemals — oder wenigstens auf längere Zeit hinaus — ein pflichtbewusstes Proletariat bilden werden; denn es kommt hier auch die Rassenfrage, der Einfluss der Geschichte in Betracht. Wenn wir die Eingeborenen schützen und verteidigen, werden wir ihre Sympathieen gewinnen, wenn wir sie proletarisieren, machen wir sie zu unseren Feinden, zu einer Masse von entarteten Slaven, keiner energischen Action fähig, vom Elend demoralisiert, an Leib und Seele zu Grunde gerichtet. Einer zügellosen Ausbeutung preisgegeben, werden die Colonieen niemals eine organische Arbeiterclassen, welche selbst sich ihre Befreiung zu erringen weiss, hervorbringen. Eine grausame Ausbeutung zu verhindern, die Eingeborenen zu schützen, die Raubgier der Capitalisten zu hemmen und soviel wie möglich ein bewusstes und socialistisches Proletariat zu erziehen, das einmal sich seiner Unabhängigkeit wird freuen können, das ist die Pflicht, die die Geschichte uns auferlegt, eine Aufgabe, die wir erfüllen können. Getrieben von einem unersättlichen Egoismus, fortgerissen durch den Durst nach Reichtum, schrecken die Colonialcapitalisten vor nichts zurück bei der Ausbeutung der Eingeborenen; schon haben sie unzählige Frevel, abscheuliche Grausamkeiten begangen, Ströme von Blut vergossen, überall Elend und Zerstörung gesät. Man wird diese blinde Jagd nach dem Golde zügeln, die Entartung der Eingeborenen verhindern und deren materielle, intellectuelle und sittliche Hebung begünstigen müssen. Und zu diesem Zweck soll der Staat eingreifen.

»Sowohl um die Lage der Arbeiter zu verbessern, als um zu verhindern, dass alles Vermögen aus den Colonieen geführt wird, die dadurch verarmen würden, wird Staatsbetrieb von solchen Unternehmungen, die sich dazu eignen, neben dem Privatbetrieb nützlich und erforderlich sein, und dies sowohl zur Beschleunigung des capitalistischen Entwicklungsprocesses, wie auch zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des einheimischen Arbeiters.«

Obwohl man der Privatinitiative einen gehörigen Spielraum lassen kann, wird die Staatsintervention die ökonomische Entwicklung der Colonieen beträchtlich beschleunigen können, das Schicksal der Eingeborenen bessern und der Trockenlegung

von Millionen ein Ende machen, welche die Hauptursache der schrecklichen Hungersnöte in British Indien und auf Java gewesen ist. Enorme Landstücke liegen noch unbebaut, ansehnliche Schätze sind noch im Schosse der Erde verborgen, aber die Capitalisten kümmern sich nur um augenblicklichen Vorteil und haben dies alles vernachlässigt, die Reichtümer des Bodens nur in geringem Maasse benutzt. Die Elemente zur Entstehung eines autochthonen Capitalismus fehlen: der beständige Ortswechsel und das Fortschleppen des Mehrwerts ausser Landes hemmen den Fortschritt des europäischen Capitalismus, der nur einen geringen Ertrag aus dem fruchtbaren Boden der von der Natur so reichlich begünstigten Landstriche zu ziehen gewusst hat. Die Hilfe der Regierung, welche mehr die Zukunft, als das Jetzt im Auge behält, ist also unentbehrlich, aber es wäre ungerecht, nur auf Staatskosten den Boden nutzbar zu machen, Bewässerungscanäle zu graben, Wege im Innern zu bauen u. s. w.; dadurch würden die Eingeborenen den Gewinn bezahlen, der den fremden Capitalisten zufließen würde, anstatt die allgemeine Wohlfahrt der Bewohner zu fördern.

Ein grosser Teil der Exploitation von Minen und Wäldern, von Eisenbahnen und Bewässerungsanlagen, ja selbst die grossen Culturen, welche die Form von Monopolen annehmen, sowie die Industrien, welche besonders dazu geeignet sind, können vom Staate direct an sich gezogen werden. Der Staat wird, wie Engels vorausgesetzt hat, mehr und mehr die Leitung der Production übernehmen, und die Productionsmittel werden mehr und mehr in die Hände des Staats, der Gemeinde oder anderer gesellschaftlicher Organe übergehen. Die Ersetzung des Feudalsystems und des Ackerbaues durch die capitalistische und industrielle Productionsform wird auf diese Weise fortwährend und ununterbrochen stattfinden, mit Schonung der Rechte und Interessen der Eingeborenen. Es wird dies für die Colonieen ein erster Schritt sein auf dem Wege der Socialisierung der Productionsmittel. Die Gefahren des Staats-socialismus, welche vielleicht in autokratisch regierten Ländern bestehen, sind nicht zu fürchten, denn der Einfluss der Socialdemokratie wird schliesslich überwiegen. Infolge des Staatsbetriebs wird der Gewinn der Production in der Colonie selbst verbleiben und den Bewohnern der selben anheimfallen, deren Kaufkraft dadurch erhöht wird, was wieder die Schaffung neuer Industrien ermöglicht. Wird erst ein Ende gemacht mit den lächerlich niedrigen Löhnen, welche den colonialen Arbeitern bezahlt werden, die man oft durch *Kulicontracte* in einem Zustande mehr oder weniger verschleierter Slaverie hält, so werden die Bedürfnisse der Eingeborenen steigen, diese werden sich ihrer Rechte bewusst werden und sich organisieren um sie zu verteidigen. Der Socialismus wird seinen Einzug halten, die Unterdrückten von heute morgen zur Befreiung führen und sie erziehen zur Selbstregierung. Eine Zeitlang werden vielleicht die Colonieen und das Mutterland, durch Sympathie oder gemeinschaftliche Interessen verbunden, einen in sich geschlossenen Staat bilden, der all seinen Bedürfnissen selbst genügen kann: ein ökonomisches und politisches Ganze auf der Basis einer demokratischen Gleichheit und Rechtseinheit unter den unterschiedlichen Rassen und Völkern. Die Staatsunternehmungen keinerlei Gewinn bezweckend, der öffentlichen Controle unterworfen, können die Eingeborenen schützen gegen die Degenerierung, die ihnen von dem Privatunternehmertum droht; sie können den Bewohnern dieser reichen Länder mehr Wohlfahrt schaffen und sie durch eine weise und wohlthätige Bevormundung auf den Weg der Entwicklung führen.

Es wird mithin die Aufgabe der Socialdemokratie sein, in allen Colonieen, wo ein modernes Proletariat entsteht, die Organisation des selben zu fördern, um dessen Widerstandsfähigkeit im Kampfe mit dem Capitalismus zu erhöhen, und durch Verbesserung der Löhne die Gefahr zu beseitigen, die für die alten capitalistischen Länder in der mörderischen Concurrenz der billigen Arbeitskräfte dieser primitiven Völker liegt.

Das moderne Proletariat zu organisieren überall, wo es sich bildet, ist die Pflicht des demokratischen Socialismus, das beste und sicherste Mittel, die Bevölkerung der Colonieen zu höherer Cultur zu bringen. Wir Socialisten, die wir frei sind von allen Rassenvorurteilen, hegen in unserem Herzen eine unbegrenzte Hoffnung auf die Zukunft dieser sogenannten *minderwertigen* Rassen. Was sie heute sind, sind wir ehemals gewesen; was wir geworden sind, können sie werden in einer Zukunft, die vielleicht weit weniger entfernt ist, als viele denken, weil die Entwicklung der Menschheit in immer schnellerem Tempo sich vollzieht. Es wird die Zeit kommen, wo die heisse Zone der Erdkugel bewohnt ist von schwarzen und gelben Rassen, die sich nicht länger der blonden Rasse gegenüber *minderwertig* fühlen und die auch unserer Vormundschaft nicht länger bedürfen, weil sie sich selbst regieren können. Die Concurrrenz wird von der Weltcooperation besetzt sein; die Association der Productivkräfte wird zur Föderation der ganzen Erde führen, und in diesem Sinne beschleunigt die Colonialpolitik, trotz ihrer Mängel, ja trotz ihrer Frevel, die Entwicklung der Menschheit einer schöneren Zukunft entgegen, wo an die Stelle der Nation die Weltgemeinschaft tritt, die die Solidarität der Interessen alle menschlichen Wesen umfassen wird.

Aber dies alles gehört zur entfernten Zukunft. Auf längere Zeit hinaus wird man sich noch zu verteidigen haben gegen veraltete Productionsformen, und heute schon sollen die Arbeiter der Culturländer sich sicherstellen gegen die mörderische Concurrrenz der colonialen Arbeitskräfte. Ebensogut, wie das americanische Getreide, wird man die africanische und asiatische Arbeitskraft auf unsere Märkte werfen, und der europäische Arbeiter wird den Streit zu führen haben gegen die lächerlich niedrigen Löhne, womit Chinesen, Hindu und Neger zufrieden sind. Diese werden ihn aus den Fabriken in Europa verjagen, oder ihre wohlfeilen Producte werden dort das Heer der Arbeitslosen vergrössern. Der Weber von Lancashire wird zu kämpfen haben mit dem Hungerleider am Ganges, der deutsche Fabrikarbeiter mit dem japanischen Proletariat, der belgische Minenarbeiter mit den armen Mongolen, und alle diese Asiaten sind den Europäern weit überlegen in der Kunst des Unrechtduldens und des Hungerleidens. Es gibt nur einen Ausweg aus diesem schrecklichen Zustande, und der ist: die Widerstandsfähigkeit des Colonialproletariats zu stärken, seine Bedürfnisse und seinen Lohn zu erhöhen und es zum Classenkampf zu organisieren, es dadurch zu unterrichten und zu schützen gegen die Excesse der capitalistischen Ausbeutung.

Es besteht also eine Interessensolidarität zwischen dem Proletariat beider Welttheile, und auch hier ist das Streben des Socialismus eine Bürgschaft der allgemeinen Entwicklung. Denn wenn man die ökonomische Entwicklung begünstigt durch die Emancipation des Colonialproletariats, wird man die unentbehrliche Grundlage schaffen für die Cultur und den Collectivismus der Zukunft.

«Die Eingeborenen zur demokratischen Selbstregierung zu erziehen, soll das vornehmste Ziel unserer Colonialpolitik sein, deren Einzelheiten in einem nationalen Programm für jede besondere coloniale Gruppe näher ausgeführt werden sollen.»

Beinahe aller Colonialbesitz beruht auf Gewalt und auf dem Rechte des Stärkeren. Die vollständige Unterwerfung der Eingeborenen, eine ausgeklügelte staatliche Organisation und die Abwesenheit jeder Selbstregierung oder Selbstverwaltung der besiegten Völker bildeten die Regel. Eine kleinliche und enge Colonialpolitik, auf Egoismus und Tyrannei gegründet, machte die europäischen Regierungen blind für die Klagen der *minderwertigen* Rassen, welche man ohne Mitleid ausbeutete oder ausrottete. Anstatt das organisch Gewordene, die Frucht einer jahrhundertelangen Entwicklung, zu schonen, vernichtete man, oft auf rohe Weise, die Einrichtungen der Eingeborenen, um sie durch die unsrigen zu ersetzen, die in einem anderen Klima und unter anderen ökonomischen Bedingungen entstanden sind. Die Mehrzahl der Posten blieb den Eingeborenen verschlossen, die besten, reichlich dotierten öffent-

lichen Settlen gab man den Nachkömmlingen einer fremden Rasse, die nur gekommen waren, um reich zu werden und dann wieder nach ihrem eigenen Lande zurückzukehren. Hier wird es wiederum das Proletariat sein, welches die historische Aufgabe übernimmt, die der Bourgeoisie zu schwer war. Und nicht nur wird es die ökonomische Entwicklung fördern müssen, es wird auch die politische Erziehung dieser exotischen Völker zu bewerkstelligen haben. Die Socialdemokratie wird in den Colonien die Schwachen zu stützen, die Unentwickelten zu unterrichten und das uns anvertraute Kind zu einem kräftigen Manne zu erziehen haben, der unserer Hilfe nicht länger bedarf. In den meisten Fällen wird ein aufgeklärtes Protectorat, welches so viel wie möglich die einheimischen Einrichtungen unangetastet lässt, genügen, um die Colonien zur demokratischen Selbstregierung reif zu machen.

Die langsame, aber fortwährende Ausbreitung der Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft wird ebenfalls die Aufgabe der arbeitenden Classe sein, die somit eine wichtige weltpolitische Rolle zu spielen hat. Alles weist darauf hin, dass die Zukunft sich bewegt in der Richtung einer engeren Verbindung zwischen den Rassen und Völkern der Erde: Dampf und Elektrizität haben die Entfernungen verkürzt, der Handel und das Reisen bringen die Menschen öfter mit einander in Berührung, die Rassenvorurteile werden schwächer; die Religionen bilden keine Scheidewand mehr zwischen den Menschen; grosse ökonomische Mächte, wie die Trusts und Cartelle, organisieren die Menschheit, und sogar die imperialistische Politik wird trotz allem und allem zur Föderation der Völker führen, dem Endziel der socialistischen Colonialpolitik. Den Boden zu bereiten für dieses neue Zeitalter, die Rechte der Eingeborenen zu schützen, das Glück dort hinzubringen, wo die Bourgeoisie das Elend gesät hat, das ist unsere Aufgabe. Und wenn einmal die reife Frucht vom Baume fällt, wird es der Arbeit der Socialdemokratie zu verdanken sein, dass — wenigstens zum Teil — die Fehler der capitalistischen Colonialpolitik gebessert, ihre Schulden bezahlt und ihre Frevel gebüsst sind.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erachtet der Congress in Amsterdam es als die Aufgabe der socialistischen Parteien aller Länder:

1. mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die capitalistische Eroberungspolitik zu bekämpfen,
2. in einem Programm die in ihrer socialistischen Colonialpolitik zu befolgenden Grundsätze niederzulegen, die auf der im obigen ausgedrückten Grundlage beruhen.

XX

HJALMAR BRANTING · SCHWEDEN VOR EINER NEUEN STIMMRECHTSCAMPAGNE

Die Frage der Stimmenrechtsreform in Schweden geht mit einer Langsamkeit vorwärts, die zum Tempo der Industrialisierung des Landes und zu der daraus sich ergebenden Notwendigkeit, die modernen socialen Probleme schnellstens in Angriff zu nehmen, in gar keinem Verhältnisse steht. Noch immer ist das Wahlgesetz das selbe, nach dem 1866 unsere Väter zum erstenmal nach der Aufhebung der mittelalterlichen Vierstandeverfassung gewählt haben und dessen charakteristische Bestimmung ein Census von 800 Kronen (etwa 900 Mark) ist. Noch immer beträgt die Zahl der zur zweiten Kammer Stimmberechtigten nur 7,4 % der Bevölkerung — in Deutschland trotz des höheren Wahlalters etwa 20 % —; die absoluten Zahlen waren im Jahre 1902: für das Land 285 765, für die Städte 96 310, insgesamt also 382 075 Stimmberechtigte von etwa 1 200 000 vollmündigen Männern.

Seit der grossen Volksbewegung vom Frühling 1902, die in dem dreitägigen Massenstrike für das allgemeine Stimmrecht gipfelte¹⁾, erkennen alle Parteien im Lande nicht nur die Unhaltbarkeit der jetzigen Stimmrechtsverhältnisse an, sondern auch die Notwendigkeit einer Lösung durch Einführung des allgemeinen Stimmrechts. Das war eben das politische Resultat jener grossen Demonstration der schwedischen Arbeiterklasse, dass unsere alte Stimmrechtsfrage in eine neue Phase getreten ist. Das Problem heisst jetzt: wie ist das allgemeine Stimmrecht in Schweden zu organisieren? Während vor 1902 alle sogenannten *Realpolitiker* das allgemeine Stimmrecht als ein schönes, aber leider praktisch unerreichbares Ideal in ihren politischen Combinationen beiseite liessen und die Stimmrechtsreform immer nur als eine — grössere oder geringere — Ermässigung des Census sich vorstellten, lautet das Problem jetzt: wie ist das allgemeine Stimmrecht in Schweden zu etablieren? Es hiesse jedoch die Natur der herrschenden Classen verkenen, wollte man sich vorstellen, dass mit dieser Aufgabe des principiellen Widerstandes gegen das allgemeine Stimmrecht schon eine loyale Durchführung des selben zu erwarten sei. Die conservative Partei der ersten Kammer — die Spitzen des Agrariertums, der Grossindustriellen und der Bureaukratie —, die im Mai 1902 der Volksstimmung gegenüber die neue Parole *Übertrumpfen wir die Liberalen, bieten wir eine vollständige, nicht nur eine partielle Reform, nehmen wir also das allgemeine Wahlrecht an!* ausgab, hat sich von Anfang an eine Hintertür, aus sogenannten *Garantieren* gegen das allgemeine Stimmrecht bestehend, offengehalten. Auch den Bauern, den liberalen fast ebenso, wie den konservativen, sind die Traditionen des Census in Fleisch und Blut übergegangen: wer nicht seine directen Steuern gezahlt hat, dem hilft es nach dieser Vorstellung wenig, dass er seiner Wehrpflicht genügt und die drückenden indirecten Steuern dauernd trägt, er ist des Stimmrechts ebenso wenig würdig, wie der ganz arme Mann, dem keine Steuern aufgebürdet werden können. So bleiben im jetzigen Schweden, obgleich das allgemeine Stimmrecht principiell gesiegt hat und gewissermassen ausser Discussion steht, die Arbeiter mit einigen Liberal-Radicalen die einzigen, welche das wirkliche, europäisch anerkannte Princip des allgemeinen Stimmrechts hochhalten und ohne Vorbehalt zur Geltung bringen wollen. Sie müssen jetzt ihren Kampf für das *e h r l i c h e*, wirkliche allgemeine Wahlrecht gegen das mit allerlei *Garantieren* verbrämte und eingeschränkte weiterführen. Und so kam es, dass im Mai 1904 die gesamte Linke der zweiten Kammer mit Hilfe einiger intransigenter Conservativer einen Regierungsentwurf, der zum erstenmal eine Art von allgemeinem Stimmrecht statuierte und der von der ersten Kammer schon gutgeheissen war, zu Fall brachte.

Sehen wir uns jetzt diese verschiedenen *Garantieren* etwas näher an.

Eine ganze Gruppe solcher Bedingungen der schlimmsten Art, welche die erste Kammer im Mai 1902 in ihr Programm für eine Stimmrechtsreform hineingesetzt hatte — zum Beispiel ein Pluralwahlssystem à la Belgien oder ein Classenwahlssystem à la Preussen — wurde von der zweiten Kammer ohne weiteres *g e t r i c h e n*. Von einigen erzagrarischnen Kreisen abgesehen, ist auch von dieser Art von Rückwärtsreformiererei seitdem kaum mehr die Rede gewesen. Die speciellen Bestrebungen der Majorität der ersten Kammer haben eine andere Richtung genommen, und zwar derart, dass man neue Erweiterungen der schon ganz ausserordentlichen Machtbefugnisse der ersten Kammer der zweiten gegenüber zu erreichen sucht. Im Jahre 1902 waren die Majoritäten beider darin einig, der Regierung folgenden Vorschlag zur Erwägung zu über-

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Die Generalstrikeprobe in Schweden* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1902. I. Bd., pag. 420 ff.

weisen: allgemeines Stimmrecht für alle Bürger, die die ihnen auferlegten Steuern an Staat und Gemeinde entrichtet und ihrer Wehrpflicht genügt haben, Ausgleich von Stadt und Land, Erhöhung des Wahlrechtsalters von 21 auf 25 Jahre und, wenn möglich, Proportionalwahlverfahren. Die Regierung des Herrn Bostrom, die im Sommer 1902 gebildet wurde, erklärte sich sogleich bereit, alle jene Beschränkungen zu acceptieren; nur die Frage der Proportionalwahlen wurde behufs näheren Studiums einer besonderen Commission von Parlamentariern und Fachleuten überwiesen.

Die Arbeiter hatten indessen nicht gezögert, ihrerseits gegen die verfälschenden *Garanticien* dieses sogenannten *allgemeinen* Stimmrechts Stellung zu nehmen. Der Ausgleich von Land und Stadt wäre gerecht, wenn die Wahlen nach allgemeinem Stimmrecht vorgennommen werden würden — die städtische Bevölkerung besitzt in Schweden, als Compensation für die Aufhebung des freien Standes der Bürgerschaft, 80 Repräsentanten in der zweiten Kammer, obschon ihr nach der Kopffzahl nur 50 zukämen — eine solche Verschiebung zu gunsten der rückständigen ländlichen Elemente mache es indessen um so mehr nötig, keine anderen Einschränkungen zu bewilligen. Die Heraufsetzung des Wahlrechtsalters sei eine Verstärkung des in Schweden ohnedies schon viel zu ausgeprägten Greisenregiments und daher als fortschrittsfeindlich energisch zu bekämpfen. Um die Erfüllung der Wehrpflicht zu erzwingen, besitze der Staat bessere Mittel, als den Verlust der Bürgerrechte. Die gefährlichste von allen *Garanticien* sei jedoch die Forderung der bezahlten Steuern, speciell zur *Commune*. Principiell sei dies ein Stückchen Census, das sich mit allgemeinem Stimmrecht gar nicht vertrage, und praktisch würden durch diese Bestimmung besonders die Reihen der industriellen Arbeiter der grossen Städte, wo die Steuern hoch sind und oft nicht bezahlt werden können, massenhaft decimiert werden. In der Tat zeigt die officielle Statistik, dass 160 000 schwedische Bürger wegen rückständiger Steuern ihr Wahlrecht verlieren würden, und nichts würde die kommunalen Behörden daran hindern, die Steuern für die Arbeiter so in die Höhe zu schrauben, dass noch mehrere, die jetzt zahlen, nicht mehr mithalten könnten.

Eigentlich brennend wurde die Stimmrechtsfrage erst, nachdem die Proportionalwahlcommission als Frucht ihrer Arbeit im Herbste 1903 den Entwurf eines ganz neuen Wahlmodus vorgelegt hatte. Es war dies ein modificiertes belgisches System, mit grossen Wahlkreisen, officiellen Parteilisten und Wahlzetteln, jedoch mit dem Recht für jeden Wähler, sich auch unter den Namen auf verschiedenen Listen nach Belieben einige auszuwählen oder auch nur für einen einzigen Candidaten zu stimmen. In technischer Hinsicht war das System sehr gewissenhaft construiert; die Einwände sind jedoch nimmer widerlegt worden, dass die Freiheit des Wählers, unter Candidaten verschiedener Parteien seine Stimme zu verteilen, wenn wirklich angewandt, zu paradoxen Zufallsresultaten führen könne, und ebenso, dass das Fehlen einer fest nominierten Ordnung unter den verschiedenen Parteicandidaten allerlei Cliquenmanöver begünstige. Leider hatte sich die Commission darauf beschränkt, ihre Aufgabe als eine rein technische zu betrachten und in ihrer principiellen Einleitung, die mit Klarheit und Schärfe die bekannten Gründe für das Proportionalwahlverfahren entwickelt, mit keiner Silbe die Tatsache erwähnt, dass wir in Schweden zwei Kammern haben, die verfassungsmässig *in* allen Fragen die gleiche Befugnis und Gewalt besitzen. Die Regierung, die den Vorschlag der Commission zu dem ihrigen machte und wärmstens empfahl, stellte sich auch, als ob sie gar nicht verstünde, dass auch die principiellen Anhänger des Proportionalwahlrechts die grössten Bedenken hegen müssten, ein solches System nur für die zweite, volksgewählte Kammer einzuführen, dagegen die compacte reactionare Mehr-

heit in der ersten Kammer in ungestörtem Besitze ihrer Positionen zu lassen. Wenn es einer conservativen Minderheit unter den Wählern der zweiten Kammer recht ist, im Verhältnis zu ihrer Stärke auch vertreten zu sein, so muss es einer fortschrittlichen Minderheit unter den Wählern der ersten Kammer billig sein, die ihr gebührenden Plätze zu bekommen. Wie die Verhältnisse in Schweden liegen, muss an diesem Anspruch um so mehr energisch festgehalten werden, als bei uns nicht einmal das Budget nur von der zweiten Kammer abhängig ist; wenn die Kammern zum Beispiel zu militairischen Zwecken verschiedene Beträge bewilligen, so wird eine *gemeinsame* Abstimmung vorgenommen, worin die einfache Mehrheit entscheidet. Die zweite Kammer hat zwar 230 Mitglieder gegen nur 150 der ersten, in vielen Fällen sind aber die letzteren fast einstimmig für die höheren Ausgaben, und es ist dann nur nötig, dass sie in der zweiten Kammer einen *Annex* von etwa 50 Mann haben, um ihren Willen gegen die übergrosse Mehrheit der Nation durchzudrücken.

Socialistischerseits wurde schon im Sommer 1903, ehe noch der Commissionsvorschlag veröffentlicht war, auf die zwingende Notwendigkeit hingewiesen, nicht die zweite Kammer durch Proportionalwahlen zu zersplitttern, wenn das gleiche System nicht auch für die erste Kammer zur Anwendung käme. Dieser Haupteinwand gegen ein partielles und infolgedessen irreführendes Proportionalwahlverfahren ist im Volke schnell verstanden worden, und auch die Liberalen haben ihn aufgenommen. Die Conservativen dagegen, und in erster Linie die erste Kammer selbst, haben durch ihr Verhalten zur Evidenz gezeigt, dass ihnen die Proportionalwahlen nichts sind, als ein *Parteiinteresse*. Die erste Kammer wollte nichts davon wissen, das Princip, dessen Gerechtigkeit sie in höchsten Tönen anpries, auf sich selbst anzuwenden; sie lehnte es sogar ab, das Proportionalverfahren für die Commissionen des Reichstags einzuführen — nur bei der Erweiterung der Zahl der Wahlberechtigten zur zweiten Kammer sei es eine notwendige *Garantie*, dass die Interessen der Besitzenden, die schon durch die Existenz einer so übermächtigen ersten Kammer viel zu stark vertreten sind, auch in der zweiten Kammer den *gefährlichen* neuen Arbeiterwählern gegenüber unter allen Umständen eine stattliche Zahl von Vertretern behielten! Man will also die Proportionalwahl zu einer *Garantie* gegen eventuelle Volksgerichte wie in Sachsen verkehren — das ist das Geheimnis der Schwärmerei unserer schwedischen Conservativen für dieses Wahlsystem, dessen principielle Gerechtigkeit, wann es ehrlich in einem demokratischen Gemeinwesen zur Anwendung gelangt, von uns schwedischen Socialisten nie bestritten worden ist.

Natürlich sind neben jenen principiellen Bedenken auch andere Einwände gegen das neue Wahlsystem geltend gemacht worden: die allzu grossen Wahlkreise, das Zusammenwerfen von Stadt und Land, die allzu grosse Macht der Parteausschüsse, die Schwierigkeiten für den einfachen Wähler, die Wirkung seiner Stimmabgabe zu berechnen, u. s. w. In fast allen Schichten des Volkes hat man sich auch ganz bestimmt gegen alle diese revolutionierenden Neuerungen, deren Notwendigkeit bei einer Erweiterung des Wahlrechts gar nicht einleuchtend war, ablehnend verhalten, und die übergrosse Mehrheit der Volksversammlungen aller politischen Richtungen hat sich dagegen erklärt. Im Reichstage lagen jedoch die Dinge anders. Aus den oben entwickelten Gründen sah die erste Kammer das Proportionalverfahren bei der Zusammensetzung der zweiten Kammer, das ihr daselbst einen immer gehorsamen *Annex* sicher verbürgte, als eine treffliche Garantie ihrer eigenen Macht an. Um die Abneigung der Bauern der zweiten Kammer zu überwinden, predigte man ihnen, dass das allgemeine Stimmrecht ohne *Garantien*, in Wahlkreisen ungefähr wie die bisherigen, jeder einen Abgeordneten stellend, ihre alte politische Macht

mit einem Schlage zerstören und das Land den socialdemokratischen *Hetzern* rettungslos ausliefern würde. Nur durch die Proportionalwahlen sei den Bauern eine weitere Vertretung im Reichstage trotz der Überschwemmung durch die Arbeiter gesichert. Um den Wert jener Ammenmärchen richtig zu schätzen, seien hier die officiellen Zahlen mitgeteilt, die die Verteilung der männlichen Bevölkerung über 25 Jahre darstellen. Es waren beschäftigt:

in der Landwirtschaft	
Gutsbesitzer und Bauern	207 689
Pächter (meistens von Parcellen)	127 280
Arbeiter aller Art	127 232
Aufscher und dergleichen	8 623
zur See (als Fischer oder Seeleute)	24 452
in der Industrie	
Fabrikanten, Handwerksmeister	106 484 ¹⁾
Ingenieure, Buchhalter etc.	7 139
Arbeiter	170 570 ²⁾
im Handel	
im öffentlichen Dienst (auch Lehrer, Ärzte etc.)	45 925
Arbeiter unbestimmter Art	82 804
Rentiers	79 949
in Armenhäusern und Gefängnissen	4 531
in sonstiger Art	18 806
	75 510
insgesamt	1 197 300.

Die kolossale Zahl der Bauern und kleinen Pächter — zusammen mehr als ein Drittel der Bevölkerung — springt in die Augen. Die Industriearbeiter sind gar nicht so zahlreich, und trotzdem sollen gerade gegen sie alle diese Garantien nötig sein!

Die Socialdemokraten führten nun im Lande eine lebhaftige Campagne gegen das *Garantieinstimmrecht*, das zwar eine Erweiterung der Zahl der Wähler bis zu etwa 950 000 bedeuten würde, gleichzeitig aber dafür sorgte, dass der Wille des arbeitenden Volkes so ziemlich neutralisiert würde. Die Liberalen folgten und legten einen besonderen Wahlgesetzentwurf vor, der jedoch von dem rechten Flügel der Partei als zu weitgehend bezeichnet wurde: sie hatten gewünscht, dass man die *Garantie* von bezahlten Communalsteuern noch eingefügt hatte! Im Mai dieses Jahres kam es im Reichstage zur Entscheidung. Die erste Kammer nahm die Regierungsvorlage mit der principiell entscheidenden Einschränkung, dass nur Steuerzahler stimmberechtigt werden sollten, an; also alle die früher erwähnten *Garantien*, einschliesslich der Proportionalwahlen nur zur zweiten Kammer, und noch dazu die Entrechtung von etwa 60 000 armen Bürgern, die jedoch ohne öffentliche Armenunterstützung ihr Leben fristeten — und das wurde als *allgemeines Stimmrecht* vorgeführt! In der zweiten Kammer wurde dieser Mischmasch mit 116 Stimmen gegen 108 verworfen; dagegen stimmten die 4 Socialdemokraten, etwa 95 Liberalen verschiedener Nuancen, den Rest bildeten conservative Bauern, welche von den Segnungen der Proportionalwahlen in den weiten Landschaften Schwedens sich nicht hatten überzeugen lassen. Die anderen Vorlagen hatten folgendes Schicksal: Die socialdemokratische (ohne Garantien) wurde gegen 43 Stimmen, die liberale (ohne die schlimmsten Garantien) gegen 79 Stimmen verworfen. In der nächsten Abstimmung siegte aber, mit 116 Stimmen gegen 109, die Vorlage des rechten liberalen Flügels: keine Proportionalwahlen, aber bezahlte Steuern, auch zu der Commune.

¹⁾ Diese Zahl ist zu gross: mehrere Arbeiter sind mitgerechnet.

²⁾ Diese Zahl ist zu klein.

Die beiden Kammern hatten also ganz verschiedenartige Beschlüsse gefasst, die Stimmrechtsreform war wieder einmal gefallen — und das Volk atmete erleichtert auf. Der Versuch, ein *allgemeines Stimmrecht* nach konservativem Ideal uns aufzueroctroyieren, war für diesmal vereitelt. Die Regierung, die, obgleich etwas liberal angehaucht, in dieser vitalen Frage von der ganzen konservativen Partei unterstützt wird, hat aber schon erklärt, dass sie im nächsten Jahre einen neuen Versuch beabsichtige, um, wenn möglich, die Wähler bei den Neuwahlen vom Herbst 1905 vor ein *fait accompli* zu stellen: eine Wahlrechtsreform, die unverändert angenommen werden muss, wenn die Frage nicht weitere drei Jahre verschleppt werden soll.

In der nächsten Reichstagsession, im Frühling 1905, wird also darüber entschieden werden, ob in Schweden eine nach den Interessen der *conservativen* Partei zugeschnittene Wahlreform gegen den bestimmten Willen des Volkes und in erster Linie der jetzt vom Stimmrecht Ausgeschlossenen angenommen wird oder ob es den vereinten fortschrittlichen Elementen noch einmal gelingt, diese Gefahr abzuwenden. Der Kampf wird diesmal viel härter entbrennen; wissen ja doch alle, dass die neuen Wahlen höchstwahrscheinlich für die zweite Kammer eine weitere Verschiebung nach links, was eine radicalere Stimmrechtsreform bedeutet, bringen werden. Die Situation zeigt daher die Absonderlichkeit, dass die früheren konservativen Stimmrechtsfeinde auf eine Wahlreform, die sich mit dem Namen des *allgemeinen Stimmrechts* schmückt, eifrig drängen, die wichtigsten treuen Kämpfer für das allgemeine Stimmrecht dagegen, um die Reform vor dem *Garantieanhängsel* möglichst zu bewahren, auf einen Aufschub hinarbeiten.

Die Conservativen fordern jetzt die Regierungsliberalen — es gibt natürlich immer solche — auf, mit ihnen eine gemeinsame Campagne für die Proportionalwahlen zu führen. Die liberale Partei hat ihrerseits beschlossen, für den zunächst bevorstehenden Kampf sich auf den Standpunct ihres rechten Flügels rückwärtszuconcentrieren. Wahrscheinlich wird sie auch in der Frage der Wahlkreiseinteilung zu weiteren Concessionen sich geneigt zeigen, um die Bauern zu beruhigen. Der Kampf zwischen den beiden grossen Reichstagsparteien wird sich also zu einem Kampfe um die Proportionalwahlen gestalten.

Und die Arbeiter? Ihnen kann es zunächst nur um einen *Aufschub* zu tun sein. Selbstverständlich müssen sie die Regierungsvorlage, worin die Proportionalwahlen zu einer konservativen Garantie verdreht worden sind, im Interesse der allgemeinen demokratischen Entwicklung bekämpfen, obgleich sie sich sagen müssen, dass die nächsten Folgen für die Partei gar nicht so schlimm sein würden: etwa 20 Socialdemokraten, vielleicht noch mehr, würden sogleich in die neue zweite Kammer einziehen. Fast eben so wenig können sie sich aber für eine Stimmrechtsreform nach liberalem *Garantiecu-*muster begeistern. In den grossen Städten würde die selbe die Zustände ganz auf dem *status quo* lassen, denn da ist es nicht der 800-Kronen-Census, sondern sind es die Schwierigkeiten, die allzu hohen Communalsteuern zu entrichten, die die Arbeiterwähler decimieren.

Es ist indessen ganz natürlich, dass ein so negatives Programm, das nach der parlamentarischen Lage zunächst nur darauf abzielen kann, Verpfuschungen zu verhüten, bei den schwedischen Arbeitern, die so lange für das Stimmrecht gekämpft haben, die Frage hervorrufen muss, ob denn mit *ausserparlamentarischen Mitteln* vielleicht etwas mehr zu erreichen wäre. Der glückliche Ausfall des politischen Massenstrikes im Jahre 1902 muss Gedanken an eine ernsthafte Wiederholung nahe legen. Ein Massenstrikte von zwei oder drei Wochen würde, so will man gern glauben, der Stimmrechtsfrage im Reichstage ein ganz anderes und besseres Gesicht geben.

Kein Zweifel, dass jetzt solche Gedanken eine grosse Verbreitung unter den Arbeitern gewonnen haben, und von der kleinen, aber lauten Schar unserer sogenannten *Jungsocialisten*, die nach anarchistischem Muster den Generalstreike als socialrevolutionäre Tat feiern, werden sie eifrigst propagiert. Andererseits ist es offensichtlich, dass ein politischer Massenstreike unter den jetzigen Verhältnissen für die ganze Arbeiterbewegung ein ernstes Unterfangen sein würde. Das ganze Unternehmertum würde einen solchen Schritt als eine Kriegserklärung auffassen und danach handeln, und die Organisation der Unternehmer steht heute in Schweden ganz anders da, als 1902. Sie würde ganz sicher alles aufbieten, um die Arbeiterorganisationen, welche einen solchen Schritt gewagt, für eine längere Zeit lahmzulegen oder gar zu sprengen. Die Repressalien (Aussperrungen und Boycotts) würden rücksichtslos angewandt werden, und die Arbeiter könnten auf gar keine Unterstützung bei den anderen Gesellschaftsclassen rechnen, die es gar nicht verstehen würden, dass die Arbeiter solche Störungen wegen Einzelheiten in einem Stimmrechtsvorschlage hervorgerufen wollten. Ob wirklich diesem Reichstage etwas Positives abgetrotzt werden könnte, ist auch mehr als zweifelhaft; ganz sicher ist dagegen, dass dann bei den nächsten Wahlen die Aussichten der Socialdemokratie, neue Sitze zu gewinnen oder auch nur die alten zu behaupten, fast vernichtet wären; es ist sogar sehr fraglich, ob unter solchen Umständen überhaupt die linke Seite einige Gewinne erzielen könnte. Endlich ist es nur zu wahrscheinlich, dass ein dauernder Massenstreike zu Conflicten zwischen Strikenden und Strikebrechern führen würden, die der Polizei und dem Militair einen Vorwand gäben, mit bewaffneter Gewalt einzuschreiten. Kurz: Ein politischer Massenstreike, in das Schweden von 1905 hineingeschleudert, würde ohne zwingenden Grund und mit sehr minimalen Aussichten auf Erfolg das ganze mühselig errichtete Gebäude der schwedischen Arbeiterbewegung einer Gefahr aussetzen.

Es wird die Sache des Parteitages vom Februar 1905 sein, das Für und Wider einer solchen ausserordentlichen Massregel definitiv abzuwägen. Um indessen dem Congress etwas mehr, als blosse Vermutungen über die Stimmung der Massen bieten zu können, veranstaltet der Parteivorstand in diesen Tagen unter den organisierten Arbeitern Schwedens eine *U m f r a g e*, wie sie sich zu einem eventuellen Massenstreike stellen würden. Sechs Fragen werden ihnen vorgelegt:

1. Betrachten Sie überhaupt den politischen Massenstreike als ein unter Umständen geeignetes Kampfmittel?
2. Sind Sie bereit, wenn der Parteitag einen Massenstreike in näherer Zukunft beschliessen würde, für unbestimmte Zeit an einem solchen zum Zweck einer befriedigenden Lösung der Stimmrechtsfrage teilzunehmen?
3. Sind Sie bereit, ohne Entschädigung an diesem eventuellen Strike teilzunehmen?
4. Sind Sie der Ansicht, dass die gewerkschaftliche Organisation bei eventuellen Repressalien Hilfe leisten muss?
5. Sind Sie bereit, auch wenn die Gewerkschaften erklären würden, eine solche Verpflichtung nicht übernehmen zu können, an dem eventuellen Strike teilzunehmen?
6. Sind Sie bereit, einen Tagelohn zu einem Fonds herzugeben, wovon den Bürgern, die ohne eigenes Verschulden vielleicht von den Behörden drangsalirt werden, für Gerichtskosten und dergleichen Unterstützung geleistet werden könnte?

Ein Fonds von etwa 80 000 Kronen mit der Aufgabe, wie sie in Punct 6 angegeben, war vor dem Massenstreike von 1902 gesammelt worden. Der selbe wurde jedoch durch die Conflicten nach dem Strike stark mitgenommen. Die

Punkte 4 und 5 sind nötig, weil 1902 ausdrücklich beschlossen worden war, die Gewerkschaften in diesen rein politischen Strike nicht hineinzuziehen, und die meisten Gewerkschaftsführer werden ganz gewiss auch heute der gleichen Meinung sein. Die drei ersten Punkte bedürfen keines Commentars.

Die Fragen werden durch Vermittelung der Organisationen den Mitgliedern zu individueller, geheimer Beantwortung vorgelegt. Man wünscht die grösstmögliche Teilnahme an der Enquête. Ausser den etwa 50 000 Gewerkschaftsmitgliedern, deren Vereine zugleich der socialdemokratischen Partei angehören, werden auch die 20- bis 30 000 formell ausserhalb der Partei stehenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um Antwort gebeten.

Man kann folglich in der nächsten Zeit, im Anschluss an die hier behandelten ernstesten Fragen, eine rege Discussion in der schwedischen Arbeiterwelt über die zunächst zu befolgende Taktik erwarten. Es ist zu hoffen, dass, wie immer bisher, die Besonnenheit den Sieg davonträgt, dass die schwedische Arbeiterschaft, ohne den Gegnern durch irgend welche Abschwörung des politischen Massenstrikes einen Freibrief für die Zukunft auszustellen, die ganze vorliegende Situation nüchtern zu prüfen versteht und die grössten und gefährlichsten Mittel für einen Moment aufspart, wo wirklich etwas Grosses für die Befreiung des Proletariats durch einen kühnen Appell an die Solidarität der Arbeiter errungen werden kann.

XX

ASSEN ZANKOW · DER SOCIALISMUS IN BULGARIEN

Noch vor einem Vierteljahrhundert seufzte Bulgarien unter dem türkischen Joch, ein ökonomisch und politisch weit rückständiges, von der europäischen Cultur kaum berührtes Land. Der Kleinbetrieb, die noch weit überwiegende Productionsform, litt unter der immer mehr wachsenden Geschäftsstockung; die am Anfang des verflossenen Jahrhunderts aufblühenden Gewerbe wurden von der Concurrenz der westeuropäischen Grossindustrie bedrängt, deren Producte trotz aller Hindernisse ins Land strömten. Nicht minder schwer litt die Landwirtschaft, die Grundlage des Volkslebens, unter den enorm hohen Steuern, die seit einigen Decennien nicht mehr *in natura*, sondern bar und obenein auf Grund eines elenden Steuersystems erhoben wurden. Räuberhanden, die das Land durchstreiften und deren der ohnmächtige Sultansstaat nicht Herr zu werden vermochte, verhinderten die Ausbreitung des Handels; ihn schädigte auch der Mangel an Wegen, die ausschliesslich zu militärischen Zwecken ausgebaut wurden. Die unglaublichen Greuelthaten der türkischen Polizei trugen noch mehr dazu bei, in der *Rajah*, das heisst der *gehorsamen* bulgarischen Bevölkerung eine allgemeine revolutionäre Gärung hervorzurufen.

Natürlicherweise fiel die grösste Rolle in den blutigen Aufständen, die der Befreiung Bulgariens vorangingen, den besitzlosen Arbeitern zu, die kein Eigentum mehr fesselte und die daher ihr blosses Leben gern auf dem Altar der Vaterlandsfreiheit opferten. Daher erscheint die Ideenwelt des nationalen Freiheitskampfes von den proletarischen Idealen beeinflusst. Gerade der communistisch gesinnte Revolutionär Christo Botew, der unleugbar mit der heutigen bulgarischen Socialdemokratie nahe verwandt ist, erscheint als der vorzüglichste Vertreter dieser Freiheitsbewegung. Die meisten aus der grossen Volksmasse hervorgegangenen bulgarischen Revolutionäre waren schlechthin eifrige Patrioten, die ihr Vaterland mit den Waffen von den Ketten des asiatischen Tyrannen befreien wollten. Sie waren erhabene Charaktere und einsame Naturen, aber selbstverständlich nicht weithlickende Politiker oder Philosophen. Echte Kinder ihrer Zeit, konnten sie kein socialistisches System aussinnen oder auch nur annehmen. So viele eigentumslose Proletarier auch der Zersetzungs-

process der Naturalwirtschaft schuf, so zehrte doch der Kampf um die nationale Freiheit alle revolutionären Kräfte auf, er verschmolz alles Fühlen und Denken in einer Glut von Gerechtigkeitsgefühl und Willensstärke. Von einer Arbeiterbewegung im modernen Sinne kann in Bulgarien bis Ende der siebziger Jahre keine Rede sein.

1878 wurde die Befreiung Bulgariens proclamirt. Das neue Fürstentum erhielt eine liberale Verfassung, eine formell demokratische Regierung, die durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht berufen war, eine Verwaltung nach dem Muster der westeuropäischen Culturstaaten. Die drückende Steuerlast hörte zunächst auf, und die Misswirtschaft der türkischen Adligen und Beamten verschwand: eine Belebung des Volkslebens machte sich auf jedem Gebiet bemerkbar.

Aber mit der Befreiung war auch dem das primitive Volksleben zerstörenden westeuropäischen Capitalismus Thor und Tür geöffnet. Die Grenzen standen für jede Einfuhr offen; die grössere Sicherheit des Geschäftsverkehrs lockte fremdes Capital ins Land; Wege wurden verbessert und neue gebaut. Der verfeinerte Geschmack des freien Bürgers verlangte stärker nach den westeuropäischen Luxuswaren, die noch obendrein billiger waren, als die heimischen Producte. So zerstörte die Concurrenz des ausländischen Grossbetriebes das Kleingewerbe Bulgariens, die Grundlage seiner Volkswirtschaft. Die neue Verwaltungsmaschinerie war sehr schwerfällig und kostspielig und entsprach weder den bescheidenen Mitteln, noch den Bedürfnissen des jungen Staates. Die Staatshaushaltskosten stiegen überraschend schnell und mussten beim Fehlen entwickelter Industrien fast ausschliesslich von der Landwirtschaft bezahlt werden. Eine wieder wachsende Steuerlast fiel schwer auf die bäuerliche Bevölkerung, die über 73% der gesamten Einwohnerschaft umfasste. Bald war der Steuerdruck schärfer, als unter der türkischen Herrschaft, und der landwirtschaftliche Kleinbetrieb glitt unaufhaltsam die schiefe Ebene des wirtschaftlichen Ruins hinunter. Mit dem Wachsen der Steuern und Lebensbedürfnisse ging das Fallen der Getreidepreise infolge der überseeischen Concurrenz Hand in Hand. Die Verschuldung der Bauerngüter schritt fort. Der Hauptsteuerzahler wurde immer zahlungsunfähiger. Die Steuerrückstände nahmen von Jahr zu Jahr zu, und das Deficit der Staatseasse wuchs in gleichem Masse. Um es zu decken, nahm die Regierung mit Hilfe fremder Bankgesellschaften grosse Anleihen auf. Ein Teil der Gelder wurde allerdings zum Bau von Eisenbahnen und ähnlichen Anlagen verwendet, die heute übrigens auch noch wenig rentabel sind, der grösste Teil aber ist zu unproductiven Zwecken verschwendet worden.

Nachdem einmal die Finanzen in Unordnung und die Regierung in ihrer Tätigkeit durch Geldnot gelähmt waren, konnten diese, selbst sofern sie es wollten, keine auf Hebung des Volkswohls gerichtete Politik treiben. Sie waren fortan einzig und allein darum besorgt, ihr und ihrer Parteifreunde Eigeninteresse zu befriedigen. Nun hatte der verderbliche Siegeszug des Capitalismus viele Leute aus ihrem Berufe herausgeworfen, ohne dass neue Industrien diesen überflüssig gewordenen Händen Beschäftigung gegeben hätten. So wuchs die Armee der arbeitslosen Stellenjäger ganz gewaltig, wurde ein einflussreicher Factor in unserem öffentlichen Leben. Aus dieser Masse nehmen die verschiedenen Regierungsparteien ihre Anhängerschaft, mit ihr machen sie die Wahlen. Nicht nach den Principien eines Programms zu gemeinsamem Handeln bilden sich Parteien, sondern Privatinteressen und gegenseitige Verpflichtungen ketten sie zusammen. Jede Oppositionspartei greift die Misswirtschaft und Gesetzwidrigkeiten der Regierung aufs schärfste an und verspricht dem Volke eine ganze Reihe wohlthätiger Reformen. Sobald sie aber zur Herrschaft kommt, geht sie denselben Weg, wie ihre Vorläuferin.

Kurz: grosses Elend auf dem Lande, allgemeine Not im Volke, stetiges Wachsen des Proletariats und die dadurch bedingte Unstetigkeit in der Regierung sind die

Hauptzüge des Bildes vom freien Bulgarien. Zwanzig Jahre einer solchen ökonomischen und politischen Entwicklung mussten dem vom Westen herübergetragenen Socialismus kräftigen Boden bereiten.

Nach der Befreiung, als das Ziel erreicht war, dem alle Denkenden und Kämpfenden im Lande zugestrebte hatten, spaltete sich die Intelligenz in zwei feindliche Lager. Ihre oberen Schichten schlossen sich den regierenden Kreisen an und ersetzten die ehemalige Begeisterung für das Volkwohl durch gewöhnlichen Eigennutz. Aber die Volksschullehrer und die studierende Jugend, die unteren Schichten der Gebildeten, blieben dem revolutionären Geiste treu, und je grösser die Übergriffe der Beamten, je schlechter die Volkslage wurde, desto weiter griffen freiheitliche Ideen im Sinne Botews um sich. Die jungen Leute traten zusammen und gründeten einen Selbstbildungsverein, indem sie sich unterhielten, *gemeinnützige* Broschüren lasen und besprachen und Vorträge hielten. Doch blieb die Bewegung damals, Ende der achtziger Jahre, auf die engen Vereinskreise beschränkt. Nur an einzelnen Orten gründeten die Vereine (*Krugoeks*) öffentliche Lesesäle oder gaben im Laufe des Jahres einige Theatervorstellungen.

Zur selben Zeit kehrten Studenten vom Auslande mit socialistischen Ideen zurück. Bald standen sie im Mittelpunkt der *Krugoek*bewegung. Aber die meisten von ihnen gingen zu den *höheren Schichten* der Intelligenz über, sobald sie in das rohe Leben hinaustraten, das ihren Gedankenschlossern nicht ähnelte. Immerhin blieben manche ihren Jugendidealen treu und verschafften sich eine bessere socialistische Bildung. Besonders stark wurde die Bewegung Ende der achtziger Jahre unter dem tyrannischen Regime Stambulows. Stambulow selbst erkannte am besten die Gefahren, die ihm von der socialistischen Idee drohten, und suchte sie deshalb mit allen möglichen Gewaltmassregeln zu unterdrücken. Aber ehe ihm das gelang, erfolgte sein Sturz. In dieser Zeit sahen die *Krugoeks*, insbesondere die grösseren in Gabrowo, Schumen, Drjanowo, Tirnowo, Sewliewo, Kasanlyk u. s. w., die Notwendigkeit ein, sich eine einheitliche Organisation zu geben und gemeinsam eine planmässige Tätigkeit in der Öffentlichkeit aufzunehmen. Der freundschaftliche Verkehr, der schon unter den Mitgliedern bestand, erleichterte die Ausführung dieses Gedankens. So traten *zwölf Apostel* des Socialismus 1890 in Busludja zusammen, aber hier, wie 1891 in Tirnowo, hinderten sachliche Differenzen die Herbeiführung einer völligen Einheitlichkeit in der Organisation. Und als anlässlich der Staatsausstellung in Plowdiw die Vertreter der *Krugoeks* wieder eine Versammlung abhielten, gingen aus den Streitigkeiten und Debatten hauptsächlich zwei Richtungen hervor, die zur Gründung zweier verschiedener Organisationen führten. Die eine, mit N. Gabrowsky und Dr. Blagoew an der Spitze stellte den politischen Kampf der Arbeiterklasse in den Vordergrund und constituirte sich im Frühling des nächsten Jahres auf ihrem Congress in Tirnowo endgiltig als socialdemokratische Partei. Die andere glaubte, dass zunächst vorwiegend wirtschaftliche Vereinigungen gebildet werden müssten; sie hielt ihre constituierende Versammlung im Sommer des selben Jahres, 1893, in Schumen ab, nannte sich *Sajus*, das heisst Verein, und wählte Janko Sakasow, K. Bosweliew und Lw. Dabew zu ihren Führern. Dieser redigierte auch mit Chr. Mutahow zusammen das Vereinsblatt, den *Drugar* (*Freund*); als wissenschaftliches Organ diente die von Sakasow schon 1891 begründete Zeitschrift *Den* (*Tag*). Die 1893 begründete Parteizeitung erschien unter der Redaction Gabrowskys in Tirnowo; sie führte den Titel *Rabotnik* (*Arbeiter*).

So führten die beiden Richtungen vereinzelt den Kampf, mehr unter einander, als gegen den gemeinsamen Feind, bis im Januar 1894 die erregte politische Lage, die zu geschlossenem Widerstand gegen die Reaction drängte, und die Erschöpfung der finanziellen Kräfte der beiden kämpfenden Teile Einigungsverhandlungen veranlassten. Die Verschmelzung der Organisationen war um so eher möglich, als weder die eine den ökonomischen, noch die andere den politischen Kampf des Arbeiters grundsätzlich

verwarf; nur der persönliche Hader musste aufhören. Im Juli des selben Jahres fand der Einigungscongress in Sofia statt, der einen Statutenentwurf und eine dem Erfurter Programm ähnliche Principienerklärung annahm.

Die Partei machte nun stetige Fortschritte, wuchs an Zahl und Kraft. Sie zählte 1900 in 64 Ortsgruppen 1761, 1901 in 67 Gruppen 2180, 1902 in 73 Ortsgruppen 2507 Mitglieder; ihre 7 Abgeordneten vertraten in der jetzt geschlossenen Kammer 20 300 Wähler. Der Partei zur Seite standen noch an 1300 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die über ein Vereinsvermögen von rund 10 000 Francs verfügten, sowie vier unter unmittelbarer Leitung der Partei stehende Genossenschaften.

Der erste Vorläufer der socialistischen Literatur war 1886 Dabews mehr demokratische, als ausgeprägt socialistische Zeitschrift *Rossija (Tau)* gewesen; von ihr erschienen 18 Nummern, dann wurde sie verboten. Heute besitzt der bulgarische Socialismus eine Reihe von Originalbroschüren, die hauptsächlich die Behauptung seiner Gegner widerlegen sollen, dass der Socialismus in diesem Lande keinen Boden habe, und besonders eine grosse Zahl von Übersetzungen der besten socialistischen Werke; so von Marx' *Elend der Philosophie* und 18. *Brimaire*, Engels' *Entstehung der Familie*, Bebels *Frau* und Kautskys *Karl Marx' ökonomische Lehren*, schliesslich von Bernsteins *Voraussetzungen* und Kautskys Antikritik, sowie von Arbeiten Plechanows, Lafargues und anderer. Dadurch haben die Socialisten nicht wenig zur Bereicherung des bulgarischen Büchermarktes beigetragen; ihre Werke fanden auch den vergleichsweise besten Absatz, wengleich selten mehr als 2000 Exemplare einer Schrift verkauft wurden. Die socialistischen Zeitschriften *Obsto Djelo (Gemeinsame Tat)*, *Nowo Wreme (Neue Zeit)*, *Trud (Arbeit)* und *Rabotnicesko Djelo (Arbeiter-tat)* kamen kaum über 1000 Abonnenten hinaus, das Parteiorgan *Rabotnicesko Borba (Arbeiterkampf)* hatte mit 3000 Abonnenten schon eine grosse Verbreitung. Einen wirklich bedeutenden Erfolg erzielt aber die wichtigste Agitationschrift der Partei, der *Rote Volkskalender*, von der jährlich 30 000 Exemplare abgesetzt wurden.

Auch der geistige Einfluss der Partei auf unser Gesellschaftsleben wurde mit ihrem Anwachsen grösser und grösser. So gab zu Beginn der jetzt abgelaufenen Legislaturperiode der Ministerpräsident durch eine tiefe Verbeugung vor unserer Parlamentsfraction einen Beweis der Achtung, die sich die *Partei der Nichtsteuer und Schwindler* von gestern schon heute bei dem liberalen Bürgertum erworben hat.

Aber all dies Glück ist der Partei nicht für lange Zeit beschieden gewesen — im Februar 1903 spaltete sie sich.

Nach der Ansicht derer, die die Spaltung herbeiführten, war sie durch principielle Unterschiede notwendig geworden, die ein weiteres Zusammenarbeiten zur Unmöglichkeit machten. Einige Bemerkungen über Entstehung und Verlauf des Streites werden zeigen, welcher Art die *principiellen* Ursachen dieses verhängnisvollen Streites sind.

Vor einigen Jahren stiftete Sakasow neben der *Nowo Wreme* eine neue Zeitschrift, der er den Titel *Obsto Djelo* gab. Kaum waren nun die ersten paar Hefte des neuen Blattes erschienen, so fiel der Redacteur der *Nowo Wreme*, Dimiter Blagoew, über die neuen »unmarxistischen und unsocialistischen« Ansichten Sakosows her, und auch die Parteileitung schlug Lärm, Sakosow sei ketzerisch vom Marxismus abgefallen. Gerade zu dieser Zeit war in Deutschland Bernstein aufgetreten und die Ausrottung des Ketzerglaubens in Mode. So unternahm es Blagoew, in Sakasow den bulgarischen Bernstein niederzuzwingen. Sakasow wiederum warf Blagoew vor, dass bei ihm der Marxismus zu leblosen Formeln erstarrt sei und keine Vertiefung der Lehre mehr gestatte, während er (Sakasow) den Marxismus erweitern und im Lichte seiner Methoden die bulgarische Wirklichkeit erforschen wolle. So ging die Polemik, die teilweise in einen persönlichen Ton ausartete, hin und her. Leider blieb der Streit nicht auf die Literatur beschränkt, er sprang auf die Parteitage über und füllte die Zeit der beiden letzten vollständig aus. Die *Principien- und Disciplinwächter*

der Partei um Blagoew strengten alle ihre Kräfte an, um dem Congress eine Sakasows Richtung verurteilende Resolution aufzuzwingen, es gelang ihnen indessen nicht.

Auf dem Parteitag zu Pljewe /1901/ drehte sich der Streit um die Äusserung Sakasows, man solle den Marxismus *erweitern*. Die Blagoewisten deuteten sie dahin, dass Sakasow *breite Volksarbeit* leisten wolle, und stellten nun die Frage so: Soll die Partei enge Arbeit leisten für die Erziehung ihrer Anhänger und die Organisation des städtischen Proletariats oder eine breite, auf die Heranziehung fremder Elemente aus dem Bauernstand und Kleinbürgertum gerichtete, eine Politik, die rasche, aber vorübergehende und unsichere Gewinne verspricht? Daher wurden die Sakasowisten *breite* oder *weitherzige*, die Blagoewisten *engherzige* oder *beschränkte* Socialisten getauft. Sakasow appelliert in seinem *Obsto Djelo* an die producierenden Volksschichten, die ein gemeinsames Interesse hätten, das bestehende politische Regime zu stürzen. Also, so folgerte man, ignoriert er den Classenkampf, der das Zusammenarbeiten der verschiedenen Volksschichten ausschliesst: er predigt eine Harmonie der Classen, statt die Classengegensätze aufzuzeigen. Gewiss ist die Volksmasse in höchstem Masse unzufrieden, gewiss wird sie sich von einer geschickten Demagogie leicht fortreissen lassen. Aber die Menge der bloss Unzufriedenen aus dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft, die bei der Partei ihre Zuflucht sucht, hat keine rein proletarische Denkweise, unterwirft sich keiner rein socialistischen Disciplin; sie kommt mit all ihren Vorurteilen und all ihrer Feigheit zur Partei, bleibt als Bleigewicht an ihr hängen und ist die grösste Gefahr für deren Principientreue. Die Partei entartet, wenn sie in den Dörfern Wählerfolge sucht und die Organisation der städtischen Arbeiter vernachlässigt. Nur insofern soll die Partei ihre Tätigkeit auf die anderen Kreise ausdehnen, als diese schon dem Expropriationsprocess verfallen und damit der socialistischen Ideenwelt zugänglich geworden sind.

Diesem Gedankengang traten die Sakasowisten nun keineswegs principiell feindlich gegenüber; sie ergänzten ihn nur: Gewiss ist die städtische Arbeiterschaft das Rückgrat der Partei, ihre Gewinnung, Aufklärung und Erziehung deren erstes Gebot. Auch sie wollen den Kampf mit socialistisch geschulten Truppen im Geiste des Socialismus führen. Aber eine politische Partei, die keine religiöse Secte sein will, darf unter keinen Umständen auf die Teilnahme am politischen Kampf verzichten. Es gibt Momente, wo die gewöhnliche Organisationstätigkeit aufgegeben werden muss. Dann verlässt der Socialismus sein gewöhnliches Flussbett, ergiesst sich breit hin über das Land und reisst alles mit sich. Der Socialismus ist oft genötigt, im Kampf der Demokratie in der ersten Reihe zu stehen und die Geschäfte der Bourgeoisie zu besorgen; denn er ist die wichtigste Kampfkraft gegen die bestehende politische Ordnung. In diesem Kampf lernt er unter dem wechselseitigen Einfluss der verschiedenen Parteien und Volksschichten die Formeln den Tatsachen opfern, ohne dass er Gefahr läuft, sich selbst zu verlieren, solange die Intelligenz ihm anhängt und seine Theorien ihre überzeugende Kraft behalten. So hat er tatsächlich an der Volksbewegung zum Sturze Stambulows lebhaft teilgenommen.

Nun legte Blagoew eine Resolution vor, die den städtisch-proletarischen Charakter der Partei betonte; sie wurde fast einstimmig angenommen — auch Sakasow stimmte für sie, und wenn einige seiner Freunde sie ablehnten, so geschah es nur im Hinblick auf ihre praktische Bedeutungslosigkeit und die Absicht des Antragstellers, der sakasowistischen Bewegung einen Schlag zu versetzen. — Immerhin war die Absicht der *Engherzigen* vereitelt.

Nicht besser erging es ihnen auf dem Parteitag zu Tirnowo /1902/. Hier bildeten die Äusserungen aus Reden Sakasows in der Nationalversammlung die Angriffspunkte. Sakasow hatte einmal erklärt, dass wir Socialdemokraten nicht gegen alle Formen des Eigentums seien, sondern nur gegen diejenigen seiner Arten, die als Productionsmittel zur Ausbeutung des Arbeiters verwendet werden können. Ein anderes Mal hatte er die bürgerlichen Parteien ermahnt, den Fürsten in die ihm von der Ver-

fassung vorgezeichneten Grenzen zurückzuweisen und hierbei die von unserer Verfassung acceptierte Theorie des Constitutionalismus (*le roi regne, mais il ne gouverne pas*) entwickelt. Die Blagoewisten hielten ihm nun zum ersten Punct entgegen, dass die Socialdemokratie jedes Privateigentum an den Productionsmitteln verwerfe. Sakasow berief sich für seine These auf Kautskysche Citate. Zum zweiten Punct warf man Sakasow vor, dass er, auf eine unsocialistische Theorie gestützt, der Bourgeoisfractionen einen Rat gegeben habe, den zu erteilen nicht seine Aufgabe gewesen sei. Nicht den in Wirklichkeit machtlosen Fürsten, sondern die ökonomischen Zustände hätte er bekämpfen sollen. Von der Resolution, die die-mal Blagoew vortrug, strich der Parteitag die Sätze, die einen Tadel gegen Sakasow enthielten, und nahm den Rest des Vorschlages an, der betonte, dass die Partei nach wie vor auf ihrem früheren Standpunct stehe. So konnten die Sakasowisten dafür stimmen, die ja immer behauptet hatten, dass sie keine Änderung des Programms oder auch nur der Taktik wünschten. Die Blagoewisten aber waren wiederum mit dem Resultat unzufrieden.

Sie entfalteten daher nach dem Congress eine rege Tätigkeit, um die grösste der *zweiherzigen* Ortsgruppen, die von Sofia, zu erobern. Als aber auch hier ihre Versuche scheiterten, entschlossen sie sich zu einem Gewaltact. Sie gründeten einen neuen, viel kleineren Ortsverein und liessen ihn durch die blagoewistische Mehrheit des Centralcomités bestätigen; die alte Ortsgruppe wurde einfach für nicht vorhanden erklärt, in Erwägung dessen, dass sie des socialistischen Namens unwürdig geworden sei.

Durch diese flagrante Verletzung des Organisationsstatuts wurde das Signal zur Spaltung der ganzen Partei gegeben. Parteivorstand, Parlamentsfraction und viele Provinzialverbände gingen auseinander. Die Mehrheit des Centralcomités forderte durch Circulare die Ortsvereine auf, den *verräterischen Opportunismus* im Stuch zu lassen, um sich dem *revolutionären Socialismus* der Blagoewisten anzuschliessen — um der Rettung der Partei willen. Die Sakasowisten dagegen, wie auch die meisten angesehenen Parteigenossen, die nicht an dem Streit beteiligt waren, beschworen die Partei, einig zu bleiben. Die bestehenden Unterschiede seien keineswegs principielle Natur oder gross genug, um ihretwegen die Kraft der Bewegung zu gefährden. Nun nahmen die Ortsvereine für die eine oder andere Richtung Partei; doch wurde ihre Stellungnahme wenig von principiellen Gesichtspuncten bestimmt. Die gegenseitigen Beschimpfungen machten bald jede Verständigung unmöglich. Besonders heftig waren die *Engherzigen*, die sich von ihrem *revolutionären* Vorgehen einen besseren Erfolg versprochen hatten. Zwei gesonderte Congresses, der der *Engherzigen* zu Russe und der der *Weitherzigen* zu Sofia, bestätigten die Spaltung. Heute streiten sich die beiden socialdemokratischen Parteien um die Herrschaft. Aber die Mehrheit der Partei ist tatsächlich in der Organisation der *Weitherzigen*. Das Parteiorgan *Rabotniceska Borba*, hat gegenwärtig über 2000 Abonnenten, das frühere Parteiorgan, die *Rabotnicesky Wjestnik*, kaum 1500, um mehr als die Hälfte weniger, als einst. Von den vier Genossenschaften ist jetzt nur die Bäckerei in Philipopel im Besitz der *Engherzigen*, die kürzlich eröffnete in Sofia und je ein Laden in Kasanlyk und Jambol in dem der *Weitherzigen*.

Ein lebhafter Streit beider Richtungen entstand über die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften; er drehte sich um die Frage, ob diese sich parteipolitisch oder neutral verhalten sollen. Die *Engherzigen* haben die Gewerkschaften gespalten, oder vielmehr: ihre Anhänger sind aus den selben ausgetreten und haben neue, lebensunfähige kleine Vereine gegründet. Wenigstens in Sofia. In der Provinz, wo sie die Mehrheit ihrer Gewerkschafter auf ihrer Seite haben, sind die anderen ausgeschlossen worden. Was die Neutralitätsfrage anlangt, so sind die Meinungen darüber auch bei den *Weitherzigen* sehr geteilt; man verteidigt die Neutralität mit Gründen, wie sie in Deutschland Bebel, von Elm und andere vorgebracht haben, und jedenfalls wünscht niemand ein formelles Band zwischen Partei und Gewerkschaft, wie es die

Engherzigen verlangen. Die Gewerkschaften von Sofia haben eine *Centralcommission der Gewerkschaften Bulgariens* gegründet, die sich die Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung, die Gründung von centralistischen Fachverbänden, zum Ziel setzt und ähnliche Aufgaben hat, wie die deutsche *Generalcommission*. Die *Engherzigen* haben ihrerseits einen *Gewerkschaftsbund* ins Leben gerufen. Von beiden Organisationen sind für die nächste Zeit Gewerkschaftscongresse einberufen worden.

Worin besteht nun eigentlich der Gegensatz zwischen beiden Richtungen? Von vornherein muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass keine der beiden ihre Ansichten über die Streitfragen klar dargelegt hat. Es ist viel geschrieben, aber wenig, wenn überhaupt etwas gesagt worden. Sakasows Anschauungen über die gegenwärtigen politischen Zustände und die daraus für die fortschrittlich gesinnten Parteien erwachsenden Aufgaben lassen sich dahin zusammenfassen: Bulgarien ist trotz seiner liberalen Verfassung, die nur auf dem Papier steht, tatsächlich ein Bureaukratenstaat. Gewalttat und Rechtlosigkeit sind die Principien, nach denen das Land heute regiert wird. Die Regierungen erschöpfen alle Quellen des Nationalreichtums, ziehen den Staat in unproductive Unternehmungen hinein, schwächen die Productivkraft durch die enormen Steuerlasten und vernichten das Handwerk, ohne durch das von ihnen zusammengestohlene Capital die Erde wieder zu befruchten, der es entzogen ist. Dieses Regime stumpft die Intelligenz und den Charakter der Arbeitenden ab und erzeugt in Stadt und Land eine hungrige Menge, die für jeden und alles zu haben ist, um ihr bisschen Brot vom Staat oder der Gemeinde zu bekommen. Alle Schichten der Nation, ausser einer winzigen Minderheit von Volksdieben, haben ein dauerndes Interesse daran, dieser Wirtschaft ein Ende zu machen. Da ist zunächst die Bauernschaft, deren planmässige Organisierung sehr wohl möglich ist. Ferner die städtische Handwerkerschaft, die sich nach staatlichem Schutz des Gewerbes sehnt. An dritter Stelle kommen die Kreise der Handeltreibenden und Industriellen in Betracht, die vom Staate eine Wirtschaftspolitik zum Schutze ihrer Interessen verlangen. Endlich tritt die junge Arbeiterbewegung auf den Plan, dieser unerschrockene und opferwillige Kämpfer für die Freiheit. Natürlich sind die ökonomischen Interessen der am Kampf um die Demokratie beteiligten Classen sehr verschieden, oft geradezu gegensätzlich. Das hindert aber ihren gemeinsamen Kampf um die Demokratie nicht; denn erst auf ihrer Grundlage wird der Kampf der Sonderinteressen recht möglich sein.

Was stellte nun Blagoew der Auffassung Sakasows entgegen? Zunächst warf er ihm vor, dass er nicht auf dem Boden des Marx'schen historischen Materialismus stände. Alle seine Aufrufe zu einer Verbindung der Classen seien umsonst; man müsse die ökonomische Entwicklung abwarten, die von selbst vor sich gehe und von selbst die Staatsform sprengen werde. Ferner überschätze Sakasow die Leistungsfähigkeit der verschiedenen nach seiner Ansicht revolutionären Schichten. Die Bauern und die Handwerker kämen, als reactionäre Classen, schon gar nicht in Betracht. Und die Interessen der Bourgeoisie würden gerade von der monarchischen Gewalt am besten wahrgenommen, diese habe also kein Interesse an einer freiheitlichen Entwicklung. Als einzig revolutionäre Classe bleibe ausschliesslich das städtische Proletariat übrig. Blagoew zieht bei seiner Deductionen die ökonomische und politische Zurückgebliebenheit unseres Landes überhaupt nicht in Betracht. Die Anhänger Sakasows können ihnen mit den Worten der *Iskra*, des russischen Parteiorgans Plechanowscher Richtung, kurz antworten: »Alle diese Socialisten vergessen, dass die Interessen des Selbstherrschertums nur unter gewissen Umständen und mit gewissen Interessen des wohlhabenden Clasen, aber nicht mit den Interessen aller dieser Classen überhaupt, sondern mit denen gewisser ihrer Schichten zusammenfallen. Die Interessen anderer Schichten der Bourgeoisie, sowie die besser verstandenen Interessen der ganzen Bourgeoisie, der ganzen Entwicklung des Capitalismus überhaupt, machen die liberale Opposition gegen die Autokratie unumgänglich. Wenn zum Beispiel das Selbst-

herrschartum der Bourgeoisie die Möglichkeit sichert, die größten Formen der Ausbeutung anzuwenden, so stellt sie andererseits der breiten Entwicklung der Productivkräfte tausend Hindernisse entgegen. . . .

Wenn die *Engherzigen* auf dem bisher von ihnen eingeschlagenen Wege fortschreiten, so ist die Gefahr vorhanden, dass sie sich mehr und mehr zu einer sich abschliessenden, fanatischen Secte entwickeln. Jedenfalls tobt jetzt der Zwiß zwischen den beiden Fractionen der Socialdemokratie fort, die auf diese Weise gleich schwach der bureaukratisch-militaristischen Reaction gegenüberstehen, deren Hochflut sich heute über das Land ergießt. Arbeiten wir daran, dass die nächste Zeit eine Änderung in der Lage des Socialismus in Bulgarien bringt!

XX

JAKOB HERTZ · INTERNATIONALER ARBEITERSCHUTZ

Auf dem internationalen Congress für Arbeiterschutz, der im August 1897 in Zürich stattfand, wurde nach einem Referat des Regierungsrats Th. Curti-Sanct Gallen eine Resolution angenommen, in der es hiess:

»Die Teilnehmer des Congresses werden aufgefordert, in der Presse und in den Parlamenten die Regierungen zur Errichtung eines internationalen Arbeiterschutzamtes einzuladen. Als dessen Aufgaben werden in Aussicht genommen:

- a) die Sammlung, Herausgabe und Mitteilung an die interessierten Amtsstellen, sowie die Verbreitung durch den Buchhandel aller auf den Arbeiterschutz sich beziehenden Gesetze und anderen wichtigen amtlichen Veröffentlichungen zugleich in englischer, französischer und deutscher Sprache und ferner in ihrer Ursprache, wenn diese keine der drei genannten ist;
- b) die international vergleichende Bearbeitung der Arbeiterstatistik (oder Socialstatistik überhaupt);
- c) die Abfassung eines Jahresberichtes über die von den gesetzgebenden und Verwaltungsbehörden für die Fortbildung des Arbeiterschutzes entwickelte Tätigkeit;
- d) die Erteilung von Auskunft und die Mitteilung orientierender Literatur;
- e) die Veranstaltung von Congressen zur Beratung über den Fortgang der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Der Congress spricht den Wunsch aus, dass das internationale Arbeiterschutzamt errichtet werden soll, sobald drei Staaten sich hierzu bereit erklären.»

Wesentlich im Rahmen dieser Resolution bewegten sich die Verhandlungen der Socialpolitiker, die Juli 1900 im *Musée Social* in Paris tagten. Das Ergebnis der damaligen Beratungen war die Gründung der *Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz*. Die Vereinigung hat sich statutarisch genau die Aufgaben gestellt, die in der obigen Resolution des Züricher Congresses genannt sind. Zum Sitz der Vereinigung wurde die Schweiz bestimmt und zum provisorischen Präsidenten Herr Heinrich Scherrer, der den Züricher Congress geleitet hatte, gewählt.

Das erste Jahr ihres Bestandes widmete die Vereinigung dem Ausbau der Organisation und den Vorarbeiten, die erforderlich waren, um das internationale Arbeitsamt ins Leben zu rufen. Alsdann fand am 27. und 28. September 1901 in Basel die constituierende Versammlung statt. Zur Zeit besteht die Vereinigung aus acht Landessectionen, die die Schweiz, Deutschland, Österreich, Ungarn, Holland, Frankreich und Italien repräsentieren. Die Sectionen sind in ihrer Organisation, der Art und Weise, wie dem Umfang ihrer Tätigkeit autonom. Es wird nur verlangt, dass ihre Satzungen dem leitenden Ausschusse unterbreitet werden; sie werden genehmigt, wenn sie den Tendenzen der Vereinigung nicht widersprechen. Die zu weit gehende Autonomie der Sectionen führt dazu, dass diese einen von einander durchaus verschiedenen Landescharakter annehmen müssen, ein übler Umstand, der von ausschlaggebender Be-

deutung für die Stellungnahme der Vereinigung gegenüber einzelnen Postulaten des Arbeiterschutzes sein muss, indem grundsätzliche Divergenzen unter den Sectionen entstehen, welche die Tätigkeit des internationalen Arbeitsamtes hemmen und ein einheitliches Auftreten der Gesamtvereinigung geradezu unmöglich machen werden.

Schon ein rascher Überblick über die kurze Geschichte der Vereinigung zeigt solche Divergenzen. Zuerst, etwa einen Monat vor der Pariser Versammlung, wurde die schweizerische Section durch Professor Reichesberg und Bundesrat Frey in Bern gegründet. Die Gründung der deutschen Section förderten hauptsächlich Professor Schmoller und Freiherr von Berlepsch. Die am 6. Januar 1901 ins Leben gerufene *Gesellschaft für sociale Reform* trat als deutsche Section der Vereinigung bei. Die Ziele und die Tätigkeit dieser Gesellschaft sind den Lesern dieser Zeitschrift bekannt. Die im Januar 1901 gegründete österreichische Section nennt sich *Österreichische Gesellschaft für Arbeiterschutz*, sie ist ein nichtpolitischer Verein und hat den Zweck, durch Aufklärung Bestrebungen, die auf den weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes und der Wohlfahrtspflege gerichtet sind, zu unterstützen, sowie insbesondere die Bildung eines privaten internationalen Bureaus für Arbeiterschutz zu fördern. Dank den Bestimmungen des österreichischen Vereinsgesetzes ist es der Gesellschaft untersagt, sich einem internationalen Verbands anzugliedern. Diese Klippe bemüht sich die Gesellschaft durch eine statutarische Bestimmung zu umschiffen, die besagt, dass die Gesellschaft mit der *Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz* »in ständige Verbindung« tritt. Als Tätigkeitsprogramm stellte ihr Ausschuss auf: Behandlung der Wohnungsfrage, Studium des Betriebsschutzes, Agitation zur Verbesserung der Vorschriften der Gewerbeordnung über das Verbot des Trucsystems, Organisierung der Heimarbeiterinnen, Erlangung von Gesetzen zum Schutz der Handelsangestellten und über die Wirksamkeit der österreichischen Bergarbeiterausschüsse, sowie einer Reihe weiterer socialpolitischer Massnahmen, so der Ausbau des socialen Versicherungswesens, die Reform der Unfallversicherung, die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung; auch die Ausgestaltung des Genossenschaftswesens etc. gehört zum Aufgabenkreis der Gesellschaft. Am 1. Juni 1901 wurde die ungarische Section gegründet, sie nennt sich *Arbeiterschutzsection der socialwissenschaftlichen Gesellschaft*. Als ihr Ziel bestimmte sie: die Hebung der Lage der ungarischen landwirtschaftlichen, gewerblichen und Handelsarbeiter durch den weiteren Ausbau der Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterclassen und durch die Förderung ihrer Bestrebungen. Die belgische Section besteht aus 60 Mitgliedern und will sich insbesondere mit internationalen Fragen befassen. Die französische Section ist bestrebt, alle Einwohner Frankreichs zu vereinigen, die geneigt sind, die Erweiterung und Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung zu fördern. Sie zählte Anfang September 1901 113 Mitglieder. Die holländische Section acceptierte die internationalen Statuten als Sectionstatuten. Ausserdem existiert noch eine italienische Section.

Im ersten Jahre ihres Bestehens ist es der *Internationalen Vereinigung* gelungen, eines ihrer Ziele zu verwirklichen. Es ist dies die Schaffung des internationalen Arbeitsamtes in Basel. Der schweizerische Bundesrat bewilligte demselben eine jährliche Subvention im Betrage von 8000 Francs, während die Baseler Regierung ihm Räumlichkeiten und Einrichtung in einem der Stadt Basel gehörigen Hause unentgeltlich zur Verfügung stellte. Mit der Leitung des Amtes wurde Professor Bauer in Basel betraut. Das Arbeitsamt hat am 1. Mai 1901 seine Tätigkeit begonnen. Professor Bauer bemühte sich, zunächst Beziehungen zu den Regierungen verschiedener Länder anzubahnen behufs

Erlangung der einschlägigen Gesetze und Vorschriften, wie auch um deren Aufmerksamkeit auf das Amt als auf eine zuverlässige Auskunftsstelle in Sachen der Arbeiterschutzgesetzgebung zu lenken. Fünfzehn Staaten haben bisher das internationale Arbeitsamt als eine Einrichtung von halböffentlichem Charakter anerkannt und sind mit ihm in Verbindung getreten. Ebenso suchte das Amt in Verbindung zu treten mit Arbeiter- und Unternehmerorganisationen verschiedener Länder und in einer Reihe von Staaten ständige Correspondenten zu gewinnen.

Nachdem alle Vorarbeiten erledigt waren, konnte die constituierende Versammlung der *Internationalen Vereinigung* am 27. und 28. September 1901 nach Basel einberufen werden. An dieser Versammlung nahmen Delegierte sämtlicher Sectionen, mit Ausnahme Ungarns, teil. Amtliche Vertreter entsandten der schweizerische Bundesrat und die Regierungen von Frankreich, Italien und Holland. Zu Vorstandsmitgliedern der *Internationalen Vereinigung* wurden gewählt: als Präsident H. Scherrer, Nationalrat in Sanct Gallen, als Vicepräsident Curti, Regierungsrat in Sanct Gallen, als Secretair und Director des Arbeitsamtes Professor Dr. Bauer in Basel und als Schatzmeister Regierungsrat Speiser in Basel.

Aus den Verhandlungen sei folgendes erwähnt: Die Frage, für welche Gebiete der Socialpolitik eine internationale Verständigung besonders zu verlangen sei, wird vom Director des Arbeitsamtes dahin beantwortet, dass als solche Gebiete diejenigen Betriebe zu gelten hätten, welche der internationalen Concurrenz ausgesetzt seien oder dem Weltverkehr dienen. Insbesondere wird folgendes als hierher gehörig bezeichnet: 1. Vorschriften über die Technik des Arbeiterschutzes und Hygiene; 2. Schutz der Arbeitsruhe; 3. Vorschriften über die Heimarbeit; 4. Regelung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter im Dienste des Weltverkehrs (Hafen-, Dock-, Eisenbahn-, Kohlenarbeiter); 5. Massregeln zur Verhinderung internationaler Arbeiterausstände oder deren Beilegung durch ein internationales Schiedsgericht; 6. internationale Organisation der Arbeitsvermittlung; 7. sociale Versicherungen, insbesondere Arbeitslosenversicherung; 8. Schutz des auswandernden Arbeiters. Es wurden ferner die folgenden Beschlüsse nach Antrag einer Commission gefasst: Den Sectionen wird empfohlen, den Verkehr des Arbeitsamtes mit Arbeiter- und Unternehmerverbänden und den Austausch ihrer Drucksachen gegen solche des internationalen Arbeitsamtes in jeder Weise zu fördern. Die Aufkündigung in Fragen des Arbeiterschutzes soll grundsätzlich an die Regierungen und an Sectionsmitglieder unentgeltlich erfolgen. Die Tätigkeit des Arbeitsamtes hat sich auf die Durchführung rein wissenschaftlicher Arbeiten zu beschränken. Dies Ziel soll mittels eines periodisch erscheinenden Organs, des *Bulletins des internationalen Arbeitsamtes*, erreicht werden. Das selbe soll folgendes behandeln respective publicieren: a. Titel und Inhalt der Arbeiterschutzgesetze aller Länder mit Hinweis auf die Originalquellen; b. die parlamentarischen Arbeiten der verschiedenen Länder in Bezug auf den Arbeiterschutz; c. die Beschlüsse der in Betracht kommenden nationalen und internationalen Verbände; d. die Beschlüsse der nationalen Berufsorganisationen der Arbeiter und der Unternehmer; e. nach Massgabe der verfügbaren Mittel die Texte oder Auszüge aus neuen Gesetzen und Verordnungen in Bezug auf den Arbeiterschutz; f. eine Bibliographie der officiellen und jener privaten Publicationen, die quellenmässigen Charakter haben. Es sollen ferner vergleichende Untersuchungen über die Nachtarbeit der Frauen in den Industrien verschiedener Länder angestellt werden; gleichzeitig damit soll untersucht werden, welche Folgen die Nachtarbeit der Frauen داشته, wo ein gesetzliches Verbot solcher Arbeit besteht. Endlich soll ein einheitliches Schema der Unfallstatistik in den verschiedenen Ländern aufgestellt

und eine Untersuchung über die Gesetzgebung und Reglementierung aller gesundheitsgefährlichen Industrien, insbesondere über die Verhältnisse in den Betrieben, die Bleiweiss oder weissen Phosphor producieren oder verwenden, veranstaltet werden.

Seit der constituierenden Basler Versammlung sind jetzt drei Jahre verflossen, und die Frage ist berechtigt: was hat im Laufe dieser Zeit das damals geschaffene internationale Arbeitsamt geleistet, welche von den aufgestellten Zielen hat es verwirklicht? Auf diese Frage erhalten wir aus den Publicationen des Arbeitsamts Antwort. Das *Bulletin des internationalen Arbeitsamts* hat Anfang 1902 zu erscheinen begonnen, zunächst nur in deutscher und französischer Sprache; es stellt eine wertvolle Quelle zum Studium der Arbeiterschutzgesetze dar. Es publiciert die Texte aller neuen betreffenden Gesetze und Verordnungen, es zeigt, welche langsamen Fortschritte die sociale Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern des Erdkreises nimmt, mit welcher Zähigkeit der Capitalismus seine Positionen verteidigt, und wie nur dort, wo neben dem Capitalismus eine starke Organisation der Arbeiterklasse vorhanden ist, einige Erfolge errungen werden können. Aus dem reichhaltigen Inhalt des *Bulletins* kann hier referierend nur einiges mitgeteilt werden; wir wollen in aller Kürze von dem Fortgang der Arbeiterschutzgesetzgebung in den wichtigsten Culturstaaten das wesentlichste notieren.

Die socialpolitischen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen im Deutschen Reich, in den einzelnen deutschen Staaten und Gemeinden sind in den *Socialistischen Monatsheften*, vor allem in den Rubriken *Socialpolitik* und *Sociale Communalpolitik* der Rundschau, fortlaufend registriert und behandelt worden. Hier seien nur einige der selben erwähnt. Am 1. April 1903 tritt die neue Seemannsordnung in Kraft, am 1. Januar 1904 das Kinderschutzgesetz; die Wirksamkeit des letztern wird durch eine Bundesratsverordnung vom 17. December 1903 in zum Teil bedenklicher Weise eingeschränkt, wozu noch weitere Ausnahmen kommen, die durch die Bundesstaaten Preussen, Bayern, Sachsen, Baden, Hessen und Hamburg statuiert werden. Von weiteren Gesetzen sei noch der Krankenversicherungsnovelle und des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte gedacht.

In Frankreich stellt eine Verordnung vom 28. März 1902 ein Verzeichnis von Berufsarten auf, in denen erwachsene männliche Arbeiter zeitweilig über die gesetzliche (10½stündige) Arbeitszeit verwendet werden dürfen; die Überzeit darf nicht mehr als 2 Stunden täglich betragen. Durch das Gesetz vom 22. März 1902 werden einzelne Artikel des Haftpflichtgesetzes vom 9. April 1898 revidiert; die wichtigsten Neuerungen sind: 1. das Gesetz statuiert für bleibenden Nachteil die Umwandlung der Entschädigung in eine Rente, 2. es beschleunigt den Gang des administrativen Erhebungsverfahrens, 3. es verbietet die Vornahme einer gerichtlichen Untersuchung durch den behandelnden, den Betriebs- oder Vertrauensarzt einer Versicherungsgesellschaft, 4. es dehnt die Verjährungsfrist zu gunsten des Verunglückten aus, 5. es erleichtert dem letzteren das gerichtliche Verfahren durch Ausdehnung des Gerichts- und Appellationsverfahrens auf das Armenrecht. Bezüglich der Bleiverwendung verfügt der Handelsminister unterm 18. Juli 1902: bei Malerarbeiten und in Malerwerkstätten darf Bleiweiss nur in flüssiger Form verwendet werden; die Hände dürfen dabei mit den Farben nicht in directe Berührung gelangen; das Schaben und Abbürsten von Bleiweissfarben in trockenem Verfahren ist verboten; bei feuchtem Verfahren sind seitens des Unternehmers den Arbeitern besondere Überkleider zur Verfügung zu stellen und Reinigungsvorkehrungen zu treffen. Unter dem 21. August 1902 erlässt das Marineministerium das Verbot der Verwendung von Bleiweiss bei allen auf Rechnung der Marineverwaltung ausgeführten Anstricharbeiten, der gleiche Erlass enthält auch das Verbot des Ankaufs pulverisierten Schweinfurtergrüns für Rechnung der Marineverwaltung. Die selbe Verwaltung statuiert durch Erlass vom 7. Januar 1903 in allen staatlichen Marinebetrieben definitiv den achtstündigen Normalarbeitstag. Durch Verordnung vom 21. März 1902 hat der gesetzliche Arbeiterschutz in Algier Eingang gefunden; er betrifft 11 887 Betriebe mit 51 502 Arbeitern

(3520 weibliche und 3996 jugendliche Personen unter 18 Jahre). Das Gesetz entspricht mit wenigen Ausnahmen dem für Frankreich geltenden.

In England werden durch das Fabrik- und Werkstättengesetz von 1901 der Kinderschutz ausgedehnt (Verbot aller Arbeit für Kinder unter 12 Jahren, früher unter 11 Jahren), der Arbeitsschluss in den Textilfabriken am Sonnabend auf 12 Uhr (früher 1 Uhr) mittags festgesetzt, eine wirksamere Controle der Heimarbeit, ein Verbot des Bäckereibetriebs in Kellerräumen und Schutzbestimmungen für Dockarbeiter beim Laden und Löschen der Schiffe statuiert. Im Februar 1902 erlassene Vorschriften, betreffend die keramische Industrie, bestimmen: Frauen, Jugendliche und Kinder dürfen bei bleigefährlichen Proceduren gar nicht verwendet werden; ferner wird eine Reihe einschneidender hygienischer Vorschriften den Unternehmern zur Pflicht gemacht. Das Gegenteil von Arbeiterschutz bedeuten die zwei Erlasse vom 29. Juni und 14. Juli 1902, welche die Überzeitarbeit von Frauen und jugendlichen Personen in Butter- und Käsefabriken, Milchmeiereien und Conservenfabriken bis 10 Uhr nachts, am Sonnabend bis 2 Uhr nachmittags und am Sonntag von 6 bis 9 Uhr morgens gestatten. Ebenfalls als ein Rückschritt muss angesehen werden die Ausnahmefugnis, jugendliche Personen über 12 Jahre in den mit Blei- und Zinkgruben verbundenen Spurwerken zur Nachtarbeit heranziehen zu dürfen. Das 1901 erlassene Landarbeiterschutzgesetz für Ostindien normiert den Arbeitsvertrag, enthält Bestimmungen über Transport, Krankenpflege und Unterkunft der Arbeiter und stellt eine höchstens vierjährige Verbindlichkeit seitens des angeworbenen Arbeiters fest. In Neuschottland (Canada) ist am 1. Januar 1902 das erste Fabrikgesetz in Kraft getreten. Der Arbeiterschutz erstreckt sich auf motorisch betriebene, sowie auf einige andere Betriebe; Familienbetriebe und Reparaturarbeiten sind ungeschützt. Das 14. Lebensjahr ist das minimal zulässige; Kindern und Frauen ist Nachtarbeit verboten. Vorschriften über Fabrikhygiene, Unfallschutz, Inspection u. s. w. In der Colonie Victoria hat die Regierung am 8. April 1902 einige wichtige Verordnungen publicirt: Minimallohnsätze für ungelernete Arbeiter, wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden; für jede Überstunde ist der Lohn um ein Viertel zu erhöhen. In Westaustralien ist am 19. Februar 1902 ein Gesetz, betreffend Einigungsämter und Schiedsgerichte in gewerblichen Streitigkeiten, erlassen worden. Das Gesetz ist wesentlich dem neuseeländischen nachgemacht. In Neusüdwaales ist das Lehrlingswesen durch Gesetz vom 5. November 1901 codificiert worden.

Im Jahre 1901 revidiert Österreich das Bergbaugesetz von 1884; im Kohlenbergbau wird statt der bisherigen 12stündigen die 9stündige Schichtdauer einschliesslich Ein- und Ausfuhr eingeführt, im Erz-, Graphit-, Asphalt- und Salzbergbau verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Durch Gesetz vom 25. Februar 1902 wird die Verwendung von Kindern unter 14 Jahren im Hausiergewerbe verboten. Ein Gesetz vom 8. Juli 1902 gewährt für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen eine 24jährige Steuerbefreiung; dieses Vorrecht geniessen Arbeiterfamilienhäuser, die von öffentlichen, gemeinnützigen oder Arbeitercorporationen, Anstalten und Baugenossenschaften oder von Arbeitgebern für ihre Arbeiter errichtet und an die selben verkauft werden. Das Gesetz bestimmt Minima der Bodenfläche der Wohnräume, es verbietet Aftermieten und Aufnahme von Schlafgängern, sowie den Ausschank und Verschleiss alkoholischer Getränke u. s. w. In Niederösterreich ist durch Statthaltereierlass vom 1. September 1902 das Wohnungswesen der namentlich aus Ungarn zugewandten Feldarbeiter geregelt worden; verboten sind Massquartiere für Personen beiderlei Geschlechts, das Schlafen in Etagebetten oder auf dem Fussboden; die Einhaltung eines Mindestluft- und Flächenraumes, Sicherstellung der Heizbarkeit im Winter, hinreichenden Trinkwassers und genügender Abtritte wird den Gemeindesanitätsbehörden aufgetragen.

Dänemark hat das Fabrikgesetz vom 23. Mai 1873 im Jahre 1901 gründlich revidiert: Es unterstellt alle Betriebe in Handwerk und Industrie mit über 5 Arbeitern der Inspectionspflicht; Kinder unter 12 Jahren dürfen in den selben nicht beschäftigt werden (bisher unter 10 Jahren in fabrikmässigen Betrieben). Kinder von 12 bis 14 Jahren nur $5\frac{1}{2}$ Stunden, jugendliche Arbeiter von 15 bis 18 Jahren höchstens 10 Stunden (bisher 12 Stunden). Bei gesundheitsschädlichen Betrieben kann die Altersgrenze erhöht und Frauenarbeit verboten werden. Für jeden Arbeiter sollen wenigstens 8 Kubikmeter Luftraum — sehr wenig, da in der Regel aus einem

solchen Minimum eine Norm gemacht wird — verfügbar sein. Als eine begutachtende Instanz wird ein Arbeitsrat geschaffen. Nach den Bestimmungen des dänischen Altersunterstützungsgesetzes vom 9. April 1891 ist jeder über 60 Jahre alte dänische Staatsangehörige, der nicht mehr im Stande ist, für sich oder für diejenigen, deren volle Versorgung ihm obliegt, die seinem Lebensunterhalt notwendigen Mittel zu beschaffen, zum Bezuge einer Altersunterstützung berechtigt. Die Kosten dieser Unterstützung fallen zu einer Hälfte zu Lasten der Wohngemeinde des Rentenempfängers, zur anderen Hälfte zu Lasten des Staates, dessen Gesamtleistung aber gesetzlich mit 2 Millionen Kronen limitiert wurde. Durch das Gesetz vom 9. April 1899 wurde diese Grenze auf $2\frac{1}{2}$ Millionen Kronen erhöht.

In Italien tritt das Gesetz über Frauen- und Kinderarbeit vom 19. Juni 1902 an Stelle desjenigen vom 11. Februar 1886. Das neue Gesetz erstreckt sich auf Fabriken, Werkstätten, Berg- und Bauarbeiten. Dem Wunsche, die höchst gesundheitsschädliche Arbeit in den Reisfeldern zu regeln, kommt das Gesetz dadurch entgegen, dass das Verbot der Verwendung geschützter Personen bei gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Arbeiten im Verordnungswege auch dann Platz greifen kann, wenn diese nicht in Fabriken oder Bergwerken stattfinden. Als Minimalalter in geschützten Betrieben galt seit 1886 das vollendete 9. Altersjahr in Fabriken, das 10. in Bergwerken; für Kinder unter 12 Jahren war ein 8stündiger Maximalarbeitstag fixiert. Diese Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft schränkt das neue Gesetz einigermaßen ein. Es verlangt für Fabrikkinder das vollendete 12. und für in Bergwerken arbeitende das 13. Lebensjahr, für die letzteren Kinder wird, von 1905 angefangen, das zulässige Alter auf das 14. Jahr erhöht. Für Unterfünfzehnjährige wird ein ärztliches Tauglichkeitszeugnis und die Bestätigung des Elementarschulbesuches verlangt. Die Arbeitszeit der 12- bis 15jährigen wird auf 11 Stunden eingeschränkt und ihnen Nachtarbeit verboten, jedoch kann die Arbeitszeit auf 12 Stunden erhöht und das Verbot der Nachtarbeit durch einen ministeriellen Erlass aufgehoben werden (!). Ungefähr von gleichem Wert ist der Frauenschutz: 11stündige Arbeitszeit, 24stündige Sonntagsruhe, Nachtarbeit erlaubt, wird erst 1807 abgeschafft (!). Für Wöchnerinnen besteht nach der Niederkunft (vor der Niederkunft nichts!) ein einmonatliches Verwendungsverbot, kann aber auf gemeindeärztliches Zeugnis auf 3 Wochen reduziert werden. Als Mutterschaftsschutz bestimmt das Gesetz, dass in Fabriken, die 50 und mehr Arbeiterinnen beschäftigen, ein Raum zum Stillen der Säuglinge den Müttern zur Verfügung zu stellen sei — der Wert dieser Bestimmung lässt sich in der Tat kaum ermessen! Die Durchführung des Gesetzes liegt den dem Handelsministerium unterstehenden Inspectoren ob. Die italienische Regierung hat im December 1901 beschlossen, ein Arbeitsamt zu schaffen, und die Commission, die den betreffenden Gesetzentwurf des Ministeriums zu prüfen hatte, schlug vor, dieses Amt möge sich mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel in Verbindung setzen, um an einer socialen Fortschrittsarbeit mitzuwirken, »die keine Tränen kosten und den Bedrängten Trost bringen wird«. Dieser etwas pomphaften Ankündigung entspricht das $1\frac{1}{2}$ Jahre später erlassene Gesetz freilich nicht sehr. Am 29. Juli 1902 hat das italienische Centralarbeitsamt seine Tätigkeit begonnen. Das neue Haftpflichtgesetz vom 29. Juni 1903 setzt folgende Entschädigungsminima fest: bei Tod 2500 Lire, bei dauernder und vollständiger Invalidität 3000, bei dauernder partieller Invalidität 500 Lire, bei zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit den halben Lohn.

Ungefähr von gleichem Wert ist das erste belgische, vom Senat am 24. December 1903 gutgeheissene Unfallversicherungsgesetz. Es gewährt die Hälfte des Lohnausfalls und beim Tode des Arbeiters ein Capital im Werte einer Leibrente von 30% des Jahreslohns.

Sogar in Russland ist am 14. Januar 1904 ein Haftpflichtgesetz in Kraft getreten.

Auf der zweiten, am 26. und 27. September 1902 zu Cöln abgehaltenen Generalversammlung des *Comités der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz* waren sämtliche acht Sectionen vertreten: Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Niederlande, Italien und die Schweiz, ferner die Regierungen von Luxemburg, Schweden, Norwegen und der Vatican. Frauenarbeit und einige gewerbliche Vergiftungen bildeten den wesentlichen

Gegenstand der Verhandlungen, und es wurden die folgenden beiden Resolutionen gefasst:

»Der Stand der Gesetzgebung über die Frauennachtarbeit in den meisten industriell entwickelten Staaten und, wie die vorliegenden Berichte der Sectionen ergeben, der Einfluss dieser Gesetzgebung auf die Lage der Industrie im allgemeinen, auf die der Unternehmungen und der Arbeiter im besonderen, rechtfertigt grundsätzlich das allgemeine Verbot der Nachtarbeit der Frauen. Das Comité beauftragt eine Commission, die Wege zu suchen, um diesem grundsätzlichen allgemeinen Verbot Geltung zu verschaffen, und zu prüfen, wie die zur Zeit von diesem Verbot bestehenden Ausnahmen ehestens beseitigt werden können. Die Commission soll innerhalb zwei Jahren ihren Bericht erstatten. Jede Section hat das Recht, zu derselben zwei Delegierte zu wählen. Die Commission wird zu ihren Beratungen Sachverständige aus den Kreisen der Arbeiter und der Arbeitgeber zuziehen. Die Regierungen werden von den bevorstehenden Sitzungen der Commission rechtzeitig verständigt, damit sie sich bei derselben vertreten lassen können.«

1. Die grossen Gefahren, welche für die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Verarbeitung respective Benutzung des weissen Phosphors und des Bleis erwachsen, erheischen die Einsetzung einer Commission, welche Mittel und Wege suchen soll, um das Verbot des weissen Phosphors auf internationalem Wege herbeizuführen und den Gebrauch des Bleies, soweit irgend möglich, zu unterdrücken. 2. Diese Arbeiten sind der zu Punkt 1 eingesetzten Commission zuzuweisen. 3. Das internationale Comité wird unverzüglich durch sein Bureau bei den Staats- und öffentlichen Behörden dahin wirken, dass bei den durch die letzteren zu vergebenden öffentlichen Arbeiten die Verwendung des Bleiweisses gänzlich verboten werde.«

Warum das internationale Arbeitsamt das so eminent schädliche und vielfach verarbeitete Quecksilber gänzlich übersehen hat, ist mir nicht recht verständlich.

Eine gute Frucht braucht zur Reife Zeit, eine socialpolitische Frucht hat das Besondere an sich, dass deren Reifwerden Jahre bis Jahrzehnte verlangt, so sehen wir heute, nach zwei Jahren, die beiden in Cöln beschlossenen Resolutionen als *pia desideria* dastehen. Allerdings muss anerkannt werden, dass das internationale Amt in Basel sich alle Mühe gegeben hat, die Arbeiten zu fördern. Diese Bemühungen liegen offensichtlich in den beiden gediegenen und umfangreichen vom Director des internationalen Arbeitsamts Professor Bauer herausgegebenen Publicationen *Die gewerbliche Nachtarbeit der Frauen* und *Gesundheitsgefährliche Industrien* vor, die in den betreffenden Rubriken der Rundschau dieser Zeitschrift bereits gewürdigt sind. Auf Grund der zweiten Arbeit petitionierte die deutsche *Gesellschaft für sociale Reform* im April 1904 an den Bundesrat um entsprechende gesetzgeberische Massnahmen. Um auch die Cölner Resolution einigermassen international zu ordnen, ersuchte die Commission des internationalen Arbeiteramts den schweizerischen Bundesrat, beide Fragen einem internationalen Arbeiterschuttcongress vorzulegen. Diesem Gesuche hat die schweizerische Executive in dem Sinn entsprochen, dass sie in Aussicht genommen hat, Mai 1905 nach Bern eine solche Conferenz der Regierungen einzuberufen.

Aus dem auf der Cölner Generalversammlung vom Präsidenten Scherrer erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, dass die Bemühungen, weitere Landessectionen zu schaffen, erfolglos geblieben waren. Auch war die Mitgliederzunahme im ganzen keine erhebliche. Das zeugt davon, dass die Arbeiterorganisationen den Bestrebungen des internationalen Arbeitsamtes reserviert entgegenstehen. Daran ist wohl der zu stark ausgesprochene gouvernementale Charakter des Amtes schuld: Excellenzen und Proletarier divergieren etwas zu stark. Über die Tätigkeit der einzelnen Sectionen wusste der Präsidentschaftsbericht nicht viel Positives anzugeben. Einen eigentlichen Erfolg hatte lediglich die französische Section aufzuweisen, die sich insbesondere mit der Arbeiterfrage in den

Colonieen beschäftigt hatte und deren Vorgehen der Erlass der oben erwähnten algerischen Arbeiterschutzverordnungen vom März 1902 teilweise zuzuschreiben ist. Aus dem Berichte des Directors des internationalen Arbeitsamts darf als das Wichtigste die Herausgabe und sehr gute Redaction des *Bulletins* lobend erwähnt werden.

Im Jahre 1903 hat keine Generalversammlung der *internationalen Vereinigung* stattgefunden; nur zwei Comitésitzungen in Bern, von denen aber nichts Bemerkenswerthes zu melden ist. Die Delegiertenversammlung für 1904 soll vom 25. bis 28. September in Basel abgehalten werden. Die Hauptgegenstände der Tagesordnung werden die Fortführung der Verhandlungen über Massnahmen gegen Blei und Phosphor, sowie die Vorbesprechung über die Versicherung ausländischer Arbeiter, der Schutz der jugendlichen und der Heimarbeiter bilden. Im weitem wird sich die Tagung mit dem in diesem Jahre zu stande gekommenen internationalen Arbeitsvertrag zwischen Frankreich und Italien, endlich mit der Frage der endgiltigen Einberufung der internationalen Regierungskonferenz für Arbeiterschutz und der Feststellung der Postulate für denselben seitens des internationalen Arbeitsamts zu befassen haben.

»Das internationale Arbeitsamt ist ein wissenschaftliches Institut; es hat die ihm durch das Statut der *Internationalen Vereinigung* beziehungsweise die ihm auf Grund desselben durch das Comité der Vereinigung zugewiesenen Aufgaben durchzuführen . . . Das internationale Arbeitsamt wird den Charakter strengster politischer Neutralität wahren.« So kennzeichnet das in Cöln beschlossene *Reglement* das internationale Arbeitsamt. Ohne Zweifel wird das Amt wichtige Anregungen geben, wertvolles wissenschaftliches Material sammeln und bearbeiten und Auskunft über alle Fragen des Arbeiterschutzes erteilen können; aber um das zu werden, was Theodor Curti in seinem Referat am internationalen Arbeiterschutzcongress in Zürich im Jahre 1897 verlangte, nämlich ein *internationales Arbeiterschutzamt*, wird das Amt den engen theoretischen Begriff *exacter Wissenschaftlichkeit* genauer noch präzisieren und neben wissenschaftlichen Arbeiten praktische Bestätigung und Propaganda für jede Richtung der Arbeiterschutzbewegung fördern müssen. Insbesondere wird es danach streben müssen, engere Beziehungen zu dem organisierten Proletariat und deren berufener Vertretung, den socialdemokratischen Parteien aller Länder, zu suchen und zu finden. Erst dann wird es einem internationalen Arbeiterschutzamt möglich werden, gewisse international gültige Normen nicht nur als wissenschaftliche Wünsche zu postulieren, sondern zu beleben und durch die Tat durchzuführen.

XX

IVANOE BONOMI · DIE LÄNDLICHE ARBEITERBEWEGUNG IN ITALIEN

Die wichtigste Erscheinung im socialen Leben Italiens während der letzten Jahre ist unbedingt die Massenbewegung der Landarbeiter. In keinem anderen Staate Europas ist es den Landarbeitern gelungen, sich wie die Industriearbeiter der Grossstädte zu Tausenden und Abertausenden in einer Arbeiterorganisation zu vereinigen, wie wir sie gegenwärtig in Italien haben. Selbst in Deutschland, wo es viele gut organisierte und ausgedehnte Arbeitervereinigungen gibt, ist die Bewegung der Landarbeiter nur unbedeutend. Die socialistische Partei, deren Anhänger sich mit Ausnahme der südlichen Gegenden fast ausschliesslich aus den grossen Industriestädten recrutieren, übt dort nur geringen Einfluss auf die Landbevölkerung. Das gleiche

finden wir auch in Österreich, obgleich die Arbeiterbewegung in Galizien von den Landarbeitern ausging. Aber weder der allgemeine Charakter noch der ökonomische Zweck dieser Landarbeiterbewegung kann mit der italienischen verglichen werden. Etwas Ähnliches finden wir in Belgien und in Dänemark, wo die Socialdemokratie es verstanden hat, in die Landbevölkerung einzudringen und dort mit grossem Erfolg zu wirken. Aber auch diese Bewegungen, hauptsächlich die in Belgien, sind ihrem Charakter und ihrer Ausdehnung nach verschieden von der ländlichen Arbeiterbewegung in Italien. Während die belgischen Landarbeiter Genossenschaftsbildungen unter den kleinen Grundbesitzern, für die Production wie für den Consum, erstreben, trägt die italienische Bewegung vor allem den gewerkschaftlichen Charakter des Widerstandes. Sie versucht, die Arbeiterlöhne zu erhöhen und die Pachtverträge zu verbessern.

Um ein gutes Beispiel für die heutige Bewegung der italienischen Landarbeiter zu finden, müssen wir in die englische Geschichte von 1872 bis 1875 zuruckgreifen. In jener Zeit entstand unter Leitung von Joseph Arch eine lebhafte Bewegung unter den englischen Landarbeitern, die einen hartnäckigen, aber leider erfolglosen Kampf gegen die Grossgrundbesitzer führten. Dieser Bewegung aber fehlten gleichwohl die für die italienische Landarbeiterbewegung charakteristischen Merkmale: die Ausdehnung auf die ganze Bevölkerung und der sie beseelende socialistische Geist.

Die Bewegung der italienischen Landarbeiter bildet somit eine ganz besondere Erscheinung in der europäischen Arbeitergeschichte, deren Studium, nach ihrem Ursprung, ihrem Charakter und ihrer ökonomischen und politischen Wirkung, von hohem Interesse ist.

I

Eine Landarbeiterbewegung von grosser Bedeutung, die in gewisser Weise als Zündfunken der gegenwärtigen Bewegung betrachtet werden kann, hatten wir im Jahre 1893 in Sicilien. Infolge einer wirksamen Propaganda der socialistischen Partei bildeten sich in ganz kurzer Zeit Hunderte von Arbeiterverbänden, zu deren Anhängern alle möglichen Arbeiterkategorien, Landarbeiter, Bergleute, Handwerker und Fabrikarbeiter zählten. Die Bewegung dehnte sich jedoch hauptsächlich auf die Landwirtschaft aus, und unter allen Organisationen, wie Hilfsvereine, Consumvereine und dergleichen, waren die Widerstandsverbände die stärksten; es ist auch kein Zweifel, dass diese Bewegung grossen Erfolg hatte. In verschiedenen Gegenden erfolgte eine Erhöhung der Tagelöhne, und die Pachtverträge gestalteten sich mehr zu gunsten der Landarbeiter. Auch viele Staatsbeamte gehörten diesen Vereinen an, die neben ihren rein ökonomischen Interessen auch ein stark politisches, socialistisches Ziel verfolgten. Leider war diese Bewegung nur von kurzer Dauer. Das ruhige und wohlbedachte Vorgehen der Parteiführer konnte nicht verhindern, dass es bei den heissblütigen Südländern, die bis vor kurzem noch ein halbtierisches Leben geführt hatten, bald zu blutigen Zusammenstössen kam. Dazu trug meistens auch das unbedachte und herausfordernde Einschreiten der Regierung bei, die von den Grundbesitzern, die natürlich dieser Bewegung feindlich gesinnt waren, aufgehetzt wurde.

Wie bekannt, öffneten diese traurigen Ereignisse Crispi den Weg zu seiner Macht. Sobald er an die Spitze der Regierung kam, verhängte er über Sicilien den Belagerungszustand, die Parteiführer liess er verhaften, die Organisationen löste er auf.

Die gegenwärtige Bewegung ist viel jüngeren Bestandes und erstreckt sich auf eine ganz andere Gegend. Die Wiege dieser neuen Bewegung ist die Provinz Mantua, eine der fruchtbarsten Gegenden Oberitaliens, die schon vor langer Zeit von den Socialdemokraten erobert wurde. Diese Provinz hat schon früher einmal eine ausgedehnte Bewegung der Landbevölkerung erlebt. Im Jahre 1884 versuchten dort die Landarbeiter, einen Massenstrike zu veranstalten, der aber von der Regierung, die damals ganz offen mit den Gutsbesitzern Hand in Hand ging, mit

Gewalt unterdrückt wurde. In späterer Zeit wurden zunächst Consumvereine, Unterstützungsvereine, Bildungsvereine gegründet, in denen aber die socialistische Lehre, die damals zum erstenmal im marxistischen Sinne in Italien Eingang gefunden hatte, grosse Verbreitung gewann, so dass 1899, als die ersten Strikes der Landarbeiter ausbrachen, sich die Proletarier um die Führer der socialistischen Partei sammelten und sämtliche Vereine der Landarbeiter sich zu einem grossen Bunde zusammenschlossen. Im Februar 1901 zählten die dem Bunde angehörigen Organisationen 40 231 Mitglieder, und die Ordnung, der Zusammenhalt und die Standhaftigkeit, die darin herrschten, erweckten bald die volle Aufmerksamkeit der italienischen Presse. Rasch suchten die benachbarten Provinzen Mantua nachzuahmen. Die Socialisten Oberitaliens stellten sich im ganzen Tale des Po an die Spitze der Bewegung und gründeten in kurzer Zeit einen der grössten Arbeitervereine, den Italien aufzuweisen hat. Als im November 1901 die Landarbeiter ihren ersten nationalen Congress abhielten, nahmen 704 Organisationen mit zusammen 145 000 Genossen daran Teil, und im darauffolgenden Jahre zählte der Bund 1235 Vereine mit zusammen 228 000 Mitgliedern.

Diese Angaben lassen schon die beiden wesentlichen Charakterzüge der Bewegung erkennen. Das eine Merkmal ist, dass die Bewegung nicht durch einen unerträglichen Lebenszustand oder von der ärmsten, gedrücktesten Volksclasse hervorgerufen wurde. Im Gegenteil, sie hatte ihren Ursprung in den wirtschaftlich vorgeschrittensten Gegenden, und an ihrer Spitze stehen kluge und verständige Leute. Wenn man in Italien die Lebensverhältnisse der Bevölkerung der verschiedenen Provinzen vergleicht, so findet man, dass im allgemeinen die Zustände in Sardinien, Sicilien und ganz Süditalien viel schlimmer sind, als in Mittel- und Oberitalien, wo auch die Bodenerträge sich viel günstiger gestalten. In Süditalien dehnen sich die Arbeiterbewegungen gewöhnlich viel zu schnell und zu heftig aus — wie 1893 in Sicilien —, was zur Folge hat, dass sie meist nur ein kurzes Leben haben. Anders in Oberitalien, wo die Landbevölkerung bereits durch die socialistische Propaganda und vorhergehende Organisationsarbeit geschult ist, so dass ihre Bewegungen einen viel festeren und lebenskräftigeren Charakter tragen.

Das zweite Merkmal der gegenwärtigen Bewegung ist, dass sie durch die Verbreitung neuer, vorgeschrittener Gedanken, die eine bestimmte Auffassung des socialen Lebens und seiner Verpflichtungen enthalten, hervorgerufen wurde. Tatsächlich ist das Bestehen und Prosperieren der gegenwärtigen Arbeiterbewegung fast ausschliesslich den Socialisten zu verdanken. Mitgewirkt haben freilich auch zwei andere politische Parteien, nämlich die Republikaner und die Klerikalen, aber nur in sehr beschränktem Masse. Die Klerikalen haben, wenn man von dem sehr ausgedehnten Bauernstand in den Provinzen Venedig, Emilia und Romagna absieht, nur in einigen Gegenden der Lombardei eine ernsthafte Bewegung gegen die Gutsbesitzer eingeleitet. In anderen Gegenden, wo sie katholische Bauernvereine gegründet haben, verfolgten sie nie einen andern Zweck, als den, für strikende Arbeiter Ersatz zu schaffen und so in gewisser Weise eine Erhöhung der Lebenshaltung der unteren Classen zu verhindern. Die Republikaner haben nie sonderliche Erfolge erzielt. Nachdem ihr politischer Einfluss in der Romagna und den Marken sich vermindert hat, sind sie dazu übergegangen, die Methoden und die Taktik der Socialisten nachzuahmen. Dies hatte aber nur zur Folge, dass die Socialisten in kurzer Zeit das Feld beherrschten. Der erste Congress der Landarbeiter, der am 24. und 25. November 1901 in Bologna stattfand, stellte sich, trotz einer schwachen Opposition von seiten weniger Republikaner, die einige tausend Landarbeiter aus Ravenna vertraten, auf direct socialistischen Boden. Diese Entscheidung aber könnte zu verschiedenen Missverständnissen führen. Es entsteht die Frage, ob die Bewegung der Landarbeiter ihrem Wesen nach eins ist mit dem Socialismus, und ob diese grosse ökonomische Bewegung einen hervorragend politischen Charakter be-

sitzt. Diese Frage ist zwar nicht neu. Sie wurde vor einiger Zeit hauptsächlich von Turati und mir erörtert, somit brauche ich hier nur die von mir dargelegten Ansichten zu wiederholen.

Eine Arbeiterbewegung, die unter katholischem oder republikanischem Namen entsteht, entfernt sich zweifellos von dem Ziele, das sie erreichen will. Die politischen und religiösen Grundsätze, die sie vertritt, haben nichts zu tun mit dem wesentlichen Zwecke der Bewegung, denn die ökonomische Hebung der Arbeiterklasse hat keine Beziehungen zu den rein politischen Streitfragen. Ob dem Landarbeiter ein mehr oder minder günstiger Pachtvertrag gewährt wird, hat mit der Frage einer republikanischen oder klerikalen Regierung gar nichts zu tun. Die Verbindung zwischen der Landarbeiterbewegung und der republikanischen und klerikalen Propaganda ist nur eine rein äusserliche. Das gleiche aber kann von der socialistischen Propaganda nicht gesagt werden, denn der Socialismus bedeutet die vollkommene Emancipation des Proletariats von der Knechtschaft des Capitals. Jede Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ist ein Stück Befreiung vom Drucke des Capitalismus und, ob man es zugeben will oder nicht, ein Stück Übergang zum Socialismus. Als in Bologna die in der socialistischen Lehre unterrichteten und von Socialisten geleiteten Landarbeiter bezeugten, dass diese letztern es waren, die ein neues Licht in ihr Leben einführten, da bewiesen sie nur, dass sie genau wussten, welchen Endzweck ihre Bewegung verfolgte. Dies war nur der Ausdruck einer Anschauungsweise und noch nicht ein politischer Act; mit andern Worten: es war das Bekenntnis zu einem vorgesetzten Ziele, nicht ein Massenübergang zu einer bestimmten politischen Partei.

Einen Beweis, dass die Landarbeiterbewegung nicht mit der socialistischen Partei identificiert werden kann, liefert der auf dem Parteitag in Imola von Montemartini erstattete Bericht, in dem aus taktischen Gründen davon abgeraten wurde, der Bewegung einen ausgesprochen socialistischen Charakter zu geben. Die Mehrzahl der italienischen Socialisten ist davon überzeugt, dass man die Bewegung ihren eigenen Weg verfolgen lassen müsse, ohne darauf zu bestehen, dass alle, die daran teilnehmen, sich der socialistischen Partei anschliessen. Die Hauptaufgabe ist, das Aufsteigen dieser Arbeiterschicht zu begünstigen, die, sobald sie erst genügend Kraft errungen hat, nicht nur für den Socialismus eintreten, sondern auch im stande sein wird, der socialistischen Parteiorganisation neues Leben zuzuführen.

II

Betrachten wir nun, aus welchen Elementen die Classe der Landarbeiter sich zusammensetzt und mit welchen Mitteln sie kämpft.

Die verschiedenen Organisationen, die sich in so grosser Anzahl in Italien gebildet haben, umfassen vier Kategorien von Arbeitern:

1. Landarbeiter mit festen Tagelöhnen, die je nach der Jahreszeit und der Art der Arbeit wechseln. Diese können nicht auf dauernde Arbeit zählen und sehen sich in der Winterzeit zu einer langen und schwer zu ertragenden Arbeitslosigkeit gezwungen. Diese Classe ist sehr zahlreich in Oberitalien und unter dem Namen *Tagelöhner (braccianti)* bekannt.
2. Landarbeiter, die einen bestimmten Lohn beziehen, teils in Geld und teils in Naturalien. Sie sind grösstenteils für Hut und Pflege des Viehs bestimmt und erhalten freie Wohnung auf den Bauernhöfen. Diese Kategorie führt den Namen *Verpflichtete (obbligati)*. Diejenigen, die besonders für die Pflege des Hornviehs bestimmt sind, heissen *bifolchi* oder *Ackerburschen*.
3. Landarbeiter, die den Ernteertrag mit dem Landherrn teilen. Sie haben Pachtverträge, die je nach der Gegend wechseln; aber auch im günstigsten Falle bleibt dem Arbeiter zufallende Teil hinter der wahren Hälfte zurück. Diese Kategorie finden wir hauptsächlich in Mittelitalien. Es sind die *mezzadri* oder *Halbbauern*.

4. Kleinbauern, die selbst ihr Land bebauen. Wir finden sie meistens in bergigen Gegenden. Sie sind die hartnäckigsten Gegner aller Organisationen, nur wenige von ihnen nehmen an der gegenwärtigen Bewegung teil.

Infolge dieser grossen Verschiedenheit der Elemente variiert natürlich auch die Gestaltung der Vereine und ihre Kampfmethod. Die Kleinbauern vereinigen sich gewöhnlich zur Versorgung mit landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln und Verwertung ihrer Producte. Dessen ungeachtet herrscht unter ihnen ein Geist der Solidarität mit den anderen Landarbeitern, und das Verhalten der vereinigten Kleinbauern in der Provinz Rovigo während der Massenstrikes im Jahre 1902 ist hierfür ein charakteristisches Zeichen. Diese Kleinbauern verpfändeten sogar ihre Grundstücke, um den strikenden Tagelöhnern zu Hilfe zu kommen. Die hauptsächlich in Mittelitalien arbeitenden Halbbauern sind auch vereinigt, wie die anderen Landarbeiter. Ihr Bestreben geht dahin, ihre Pachtverträge zu verbessern und ihren Anteil an der Ernte zu erhöhen. Unter der Führung der Socialisten aber verfolgen sie vor allem den Zweck, statt des halben Anteils am Gewinn einen festen Lohn zu erhalten. Die Ansicht der Socialisten geht dahin, dass, solange diese Leute von der Illusion geblendet bleiben, sie seien Mitbesitzer der Grundstücke, die sie bearbeiten, der unter ihnen herrschende conservative Geist noch lange fortzuauern wird. Bei einer Umgestaltung ihrer jetzigen Verträge in solche mit festen Tagelöhnen lassen sich diese Landleute viel eher zu neuen Ideen bekehren. Aus diesem Grunde hat auch die Bewegung der beiden erstgenannten Kategorien, der Tagelöhner und der Verpflichteten, die hauptsächlich in Oberitalien zahlreich vorkommen, den Charakter einer modernen Arbeiterbewegung angenommen. In der Tat haben diese Arbeiter die gleiche Rechtsstellung, wie die gewerblichen Arbeiter, und können somit auch die gleichen Kampfmethoden anwenden.

Über die ökonomischen Verhältnisse der kleinen Grundbesitzer kann man sich schwer genaue Angaben beschaffen, da die landwirtschaftlichen Verhältnisse sich in jeder Provinz anders gestalten. Immerhin ist festgestellt, dass, während im Süden die Landwirtschaft im Rückgange und nur wenig ergiebig ist, sie in Oberitalien, wo der Boden fruchtbarer ist und neue, verbesserte Bestellungsverfahren eingeführt sind, einen grossen Aufschwung genommen hat. Ein getreues Bild dieser verschiedenen Verhältnisse geben die Tagelöhne, die im Süden geradezu Hungerlöhne geworden sind, während sie gegen Oberitalien hin und hauptsächlich in den reicheren Provinzen des Potals stufenweise zunehmen. Freilich, besonders hoch sind sie auch da nicht. Die Tagelöhner verdienen selbst in den günstigsten Fällen im Durchschnitt höchstens 300 bis 400 Lire im Jahre. Es sei noch bemerkt, dass, um diesen Lohn zu erzielen, auch die Frauen der Tagelöhner zu gewissen Zeiten und für gewisse Arbeiten mithelfen müssen.

Die Verpflichteten und die Ackerburschen sind etwas besser bezahlt und haben eine sichere Existenz, da sie nicht der Arbeitslosigkeit während des Winters ausgesetzt sind. Aber auch die Bestgestellten dieser Kategorie sind keineswegs zu beneiden. Während diese traurigen Verhältnisse der Landarbeiter seit vielen Jahren unverändert geblieben sind, hat die Landwirtschaft in Oberitalien grosse Fortschritte gemacht. Durch die Einführung verbesserter Behauungsmethoden und die Verwendung von Kunstdünger wurde der Bodenertrag bedeutend erhöht, während auf der anderen Seite die Regierung durch den hohen Getreidezoll den Preis des Getreides in einer gewissen Höhe zu halten versuchte. Dieser Fortschritt aber liess um so mehr das ungleiche Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern erkennen. Während diese ihren Gewinn erhöhten, war es den Arbeitern versagt, aus der verbesserten ökonomischen Lage der Landwirtschaft Nutzen zu ziehen. Die gegenwärtige Arbeiterbewegung hat eben den Zweck, die Tagelöhne im Verhältnis zum Mehrertrag des Bodens zu erhöhen. Die Strikes der Landarbeiter im Jahre 1901 verliefen fast alle zu gunsten der Strikenden, da in Oberitalien der erzielte Mehrertrag

eine Erhöhung der Arbeitslöhne zuliess. Nach der Erkämpfung dieser Lohn-erhöhung aber, die in einigen Provinzen auf 15% berechnet werden kann, ist eine weitere Steigerung vorläufig nicht zu erwarten.

III

Betrachten wir nun den Verlauf der Bewegung.

Wir wollen vorläufig zwei der wichtigsten Anhaltspunkte nehmen, nämlich die Zahl der Organisierten und die Kraft der Strikes. Die Zahl der dem nationalen Bunde der Landarbeiter angehörigen Vereine betrug Ende 1901 704 mit 145 000 Mitgliedern. Bis Ende 1902 stieg ihre Zahl auf 1235 Vereine mit insgesamt 228 000 Mitgliedern. Die Anzahl der Strikes hingegen nahm in dieser Zeit ab. Für 1901 können ungefähr 700 Strikes angenommen werden, von denen die meisten in Oberitalien stattfanden. 1902 hingegen überschritt ihre Zahl nicht 200, davon ungefähr die Hälfte in Süditalien. 1903 und 1904 haben die Strikes vorwiegend den Süden berührt; in Oberitalien fand überhaupt nur ein einziger Strike von Bedeutung statt, und zwar in Ferrara. Der scheinbare Widerspruch zwischen Zunahme der Organisation und Abnahme der Strikes erklärt sich leicht, wenn man bedenkt, dass die Bewegung der Landarbeiter zwei verschiedene Perioden durchlaufen hat, die einzeln zu untersuchen sind. Die erste oder Entwicklungsperiode kennzeichnet sich durch die häufig vorgekommenen Conflicte zwischen den Arbeitern und dem Capital. Die Organisationen bildeten sich zum Zwecke der Strikes, und diese — sei es, dass sie das Capital in schwacher Position fanden oder dass sie nach Erringung höherer Löhne noch immer einen guten Gewinn für das Capital übrig liessen — verliefen fast immer zu gunsten der Arbeiter. Vielen schien es merkwürdig, dass eine Bewegung in der schwierigen und gefährlichen Form von Strikes ihren Anfang nehmen solle. Es ist auch nicht zu leugnen, dass, wenn man die langen Vorbereitungen bedenkt, die für die Bewegung des gewerblichen Proletariats nötig waren, man erstaunen muss über die Leichtigkeit, mit der die erst seit kurzem organisierten Landarbeiter zu kämpfen und zu siegen verstanden. Zwischen Industrie und Gewerbe und der Landwirtschaft bestehen aber wesentliche Unterschiede, die eine ganz verschiedene Kampfaktik verlangen. Vor allem muss man den grossen Unterschied der zwischen der Gleichartigkeit der industriellen und der Ungleichartigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmungen herrscht, im Auge behalten. Während sich die ersteren nur in Bezug auf ihre Grösse unterscheiden, differieren letztere in ihrem innersten Wesen. Auf der einen Seite handelt es sich um Quantitäts-, auf der anderen Seite um Qualitätsunterschiede. Eine kleine bescheidene Werkstatt hat, wenn sie auch nicht über so kolossale Capitalien verfügen kann, wie eine grosse Anstalt, immerhin das nämliche Interesse in Bezug auf die Arbeitslöhne, wie auf die Production. Von einem Massenstrike bedroht, findet die grosse, wie die kleine Anstalt es zweckmässig, sich zum Widerstande zu vereinigen. Zum andern ist es nie die kleine Werkstatt, die sich den Luxus erlaubt, die Arbeitslöhne zu erhöhen, besonders gegen den Willen des grossen Betriebs, der eine gefürchtete Concurrnz ist. Das könnte sie das Leben kosten. Somit muss sie sich stets dem Willen der grossen Unternehmen unterwerfen.

Das ist aber nicht der Fall auf dem Lande. In Gegenden, wo sich die Strikes ereigneten, ist es schwierig, eine gleichartige Schicht von Landwirten zu finden. Hier haben wir neben den Grossgrundbesitzern eine Menge Kleinbauern, ebenso Güter, die vom Besitzer selbst bebaut werden, und wieder andere, auf denen das Halbgewinnssystem eingeführt ist. Diese verschiedenen Arten des landwirtschaftlichen Betriebes haben auch ganz verschiedene ökonomische Interessen, die bei der Drohung eines Strikes klar zu Tage treten. Das hat auch zur Folge, dass mit Ausnahme einiger Gegenden, wo die Landwirtschaft gleichartig ist, die Landarbeiterbewegung keinen festen und einheitlichen Widerstand findet. Statt der Massenstrikes, die sich über

eine ganze Provinz erstrecken, genügen kleine partielle Strikes, und statt eines offenen hartnäckigen Kampfes genügen Streifzüge.

Es bestehen aber noch andere Verschiedenheiten, und einer der Hauptunterschiede zwischen den Bewegungen der gewerblichen und der Landarbeiter ist in den Kampfmitteln zu suchen.

Die englischen Gewerkschaften haben uns gezeigt, dass, um einen langen Widerstand leisten zu können, man unbedingt über einen starken Cassenbestand verfügen muss. In der ländlichen Bewegung finden wir die entgegengesetzte Erscheinung wegen der besonderen Natur der Landarbeit und der Lebensweise des Landvolkes. Landarbeiten können nicht nach Willkür unterbrochen und wieder aufgenommen werden, da Jahreszeit und Bodenbeschaffenheit unbedingt zu bestimmten Zeiten bestimmte Arbeiten erfordern, wenn nicht die ganze Jahresernte zu Grunde gehen soll. Es ist somit leicht verständlich, wie ein Strike in einem kritischen Momente in wenigen Tagen siegreich ausgehen kann. Zum andern sind die Bauern und besonders die Tagelöhner schon an zeitweilige Arbeitslosigkeit gewöhnt, da ihre Beschäftigung nie anhaltend ist, wie die eines Maschinen- oder Fabrikarbeiters. Diese Verhältnisse zwingen den Landarbeiter zur Vorsorge, und so bildet ein Strike, auch wenn er mehrere Wochen dauern sollte, kein so aussergewöhnliches Ereignis für ihn. Dieser Zusammenhang günstiger Umstände gibt auch die Erklärung der merkwürdigen Erfolge der Strikes während des ersten Jahres der Bewegung, sowie deren Zunahme während des zweiten Jahres.

Die Reaction des Capitals liess aber nicht lange auf sich warten. Den leicht erlangenen Siegen folgte hartnäckiger Widerstand, und die Bewegung sah sich gezwungen, behutsamer und vorsichtiger vorzugehen. Es sind hauptsächlich zwei Ursachen, die einen grossen Einfluss auf die Bewegungen der Landleute ausüben, erstens die Umgestaltung der Bebauung des Landes, die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen und die grosse Leichtigkeit, mit der die Gutsbesitzer ihre Arbeitskräfte ersetzen können. In dieser Hinsicht ist die Lage des ländlichen Proletariats ungünstiger, als die der Industriearbeiter. Die Landarbeiten werden fast in allen Provinzen in der gleichen Weise verrichtet. Somit ist es den Gutsbesitzern ein leichtes, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, die keine besondere Lehrzeit benötigen, wie dies bei den gewerblichen Arbeitern der Fall ist. Dazu kommt noch, dass die Tagelöhner schon die Gewohnheit haben, zeitweise in eine andere Provinz auszuwandern.

Die ländliche Arbeiterbewegung befindet sich somit einer ernsthaften Frage gegenüber. Es gilt, die Vereinigung der Arbeiter derart auszudehnen, dass es den Gutsbesitzern bei eventuellen Ausbrüchen von Strikes unmöglich wird, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen.

So finden wir in der ländlichen Arbeiterbewegung zwei Perioden. In der ersten, im Jahre 1901, hatte sie einen offensiven Charakter, mit häufigen siegreich verlaufenen Strikes, in der zweiten Periode dagegen wiegt die defensive Taktik vor; der Bund versucht, sich über ganz Italien auszudehnen und die Strikes zu beschränken, da er zunächst nicht neue Eroberungen machen, sondern nur die schon erzielten Erfolge befestigen will. Diese Entwicklung der Taktik von der Offensive zur Defensive zeigte sich deutlich in den Beratungen des Landarbeitercongresses zu Bologna am 24. Januar dieses Jahres. Auf diesem Congress hat man nicht nur die Widerstandsarbeit der Organisation discutirt, sondern man hat sich auch dahin geäussert, dass die Arbeiter, die sich zunächst zur Gegenwehr organisiert hätten, durch genossenschaftliche Betätigung reichlichen Vorteil haben könnten. Die Consumvereine sollten ihre Überschüsse dazu benutzen, um Credit- und Productiv-abteilungen einzurichten. Man könnte auch Grundstücke pachten und genossenschaftlich ausnutzen. Diese Richtung zur Cooperation zeugt von einer Entwickelung, die auf eine mehr in sich geschlossene, wirksame und dauerhafte Organisation ausgeht.

IV

Welches sind nun die Wirkungen der Bewegung?

Unterscheiden wir vor allem die rein ökonomischen Ergebnisse von den socialen und politischen. Von den ersten ist es schwierig, genaue Angaben zu erhalten, da die Verschiedenheit der Strikes, die Mannigfaltigkeit der teilnehmenden Kategorien (Halbbauern, Tagelöhner, Ackerburschen, Verpflichtete u. s. w.) eine Zusammenfassung höchst schwierig und zu allgemein gestalten würde. Zum andern hat die Bewegung noch zu kurzen Bestand, um mit Gewissheit in ihren Wirkungen beurteilt werden zu können. Das Capital kann bisher nicht behaupten, Gewinn oder Verlust erlitten zu haben, und die Arbeitskraft ist noch nicht im stande, die von ihr erlangenen Vorteile zu bemessen. Es braucht noch lange Zeit, bis hierüber Gewissheit herrscht.

Die politischen und socialen Wirkungen lassen sich dagegen genauer erkennen. Bis vor kurzem war die Landbevölkerung von den Wohltaten der Civilisation ausgeschlossen. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die sich von Geschlecht zu Geschlecht fortpflanzten, blieben trotz der veränderten Zeiten unverändert. Die absolute Herrschaft der Gutsbesitzer erforderte das Einschreiten der Demokratie. Vergeblich versuchten gesetzliche Schutzmassregeln auf dem Lande einzudringen; alle stiessen auf die Unwissenheit der Bevölkerung und die wohlberechnete Sorglosigkeit der Gutsbesitzer, und so blieben einige gesetzliche Vorschriften betreffs der Gesundheitszustände der Arbeiterwohnungen und der Arbeiten in den Reisfeldern stets auf dem Papier. Die Landarbeiterbewegung aber hat diesen Starrsinn alter Zeiten erschüttert. Seit einigen Jahren wohnen wir einem neuen Aufschwung der italienischen Landbevölkerung bei.

Es seien hier nur zwei Bewegungen erwähnt: für das Schutzgesetz für Frauen und Kinder und für die Einsetzung ländlicher Schiedsgerichte. Da haben die Landarbeiter gezeigt, dass sie nicht nur die Lohnfrage im Auge haben, sondern stufenweise neue Rechte erringen wollen, und dieser Aufschwung wird sicher seine Früchte tragen. Es ist nicht zu leugnen, dass die Landbevölkerung noch nicht überall reif ist, diesen Fortschritt mitzumachen. In Süditalien zum Beispiel ist dieses neue Leben erst im Erwachen, doch werden auch in diesen Provinzen die Einheitlichkeit der Verbände und die verbesserten Lebenszustände der Arbeiter bald ihre wohltuenden Wirkungen zeitigen, besser, als es bisher die gesetzlichen Massnahmen vermocht haben. Und den grössten Vorteil aus diesen Bewegungen werden die Socialisten ziehen. Die socialistische Partei findet den grössten Teil ihrer Kräfte auf dem Lande: zwei Drittel der socialistischen Abgeordneten wurden in ländlichen Bezirken gewählt. Das kommt aber teilweise auch daher, dass wir bis vor einigen Jahren noch keine grossen Industriestädte aufzuweisen hatten, und dass die durch frühere demokratische Parteien enttäuschten Arbeiter die neue socialistische Partei mit Misstrauen betrachteten. Die Socialisten mussten deshalb ihr Hauptaugenmerk auf das Land richten, wo die Bevölkerung, die bis dahin von jeglichen politischen Streitigkeiten fern geblieben war, sich leichter von der neuen Propaganda belehren liess.

Diese Propaganda jedoch blieb bis vor kurzer Zeit rein theoretisch. Die Landarbeiter liessen sich von den Socialisten wohl über den Kampf gegen das Capital aufklären, konnten sich aber noch nicht entschliessen, ihren Gebietern Widerstand zu leisten. Die gegenwärtige Bewegung aber hat nun endlich das Werk der Socialisten vervollständigt. Die von ihnen aufgeklärten Landarbeiter kämpfen gegen das Unternehmertum, versuchen ihre ökonomische Lage zu verbessern und beschleunigen dadurch die Überwindung der besitzenden Classen. Diese Umwälzung wird aber auch noch durch ein anderes Moment beschleunigt. Bis vor kurzem wurden die Erhebungen des industriellen Proletariats und der Kleinbürger durch die Unwissenheit und den Aberglauben der Landbevölkerung erstickt. Der revolutionären und demo-

Die litauischen Verhältnisse liegen complicierter, und sie sind den Westeuropäern, von einigen wenigen Fachgelehrten abgesehen, in der Regel vollständig unbekannt. Deshalb sollen sie an dieser Stelle sachgemäss besprochen werden.

Zunächst eine Vorbemerkung. Es gibt auch Litauer innerhalb der preussischen Grenzpfähle, den Nordostrand der Provinz Ostpreussen entlang. Ihre Zahl wird auf etwa 300 000 angegeben. Von diesen preussischen Litauern soll im folgenden nicht weiter die Rede sein. Sie bieten heute ein ähnliches Bild der Passivität, wie etwa die Polen Oberschlesiens vor fünfzehn Jahren. Jedenfalls steht fest, dass der Fall dieser 300 000 Litauer unter preussischer Herrschaft ganz und gar anders liegt, als der Fall der 2 Millionen Litauer unter russischer Herrschaft, und dass ein Analogieschluss von der anscheinend geringen nationalen Lebensfähigkeit der ersteren auf eine vermeintlich ebenso geringe Lebensfähigkeit der letzteren nichts weiter beweisen würde, als die mangelnde Kenntnis des Schliessenden.

Von Preussisch Litauen also abgesehen, hat der Name *Litauen* einen doppelten Sinn. Im weiteren, historischen Sinn umfasst er das einstige Reich der litauischen Grossfürsten, soweit es auch nach der endgiltigen Vereinigung Litauens mit Polen ein staatsrechtlich gesondertes Gebiet blieb. Dies ist ein weites Land mit mindestens 12 Millionen Einwohnern: es reicht von der preussischen Grenze ostwärts bis an den Dnieper und von der kurländischen Grenze südwärts bis weit über Homel hinaus. Den Osten und Südosten dieses weiten Landes aber, drei Viertel der ganzen Fläche, nimmt *Weissruthenien*, das heisst das Sprachgebiet der Weissruthenen, ein. Die Zahl dieses Bauernvolkes beträgt nach der geringsten Schätzung 6 Millionen, wahrscheinlich aber mehr. Der Südrand der litauischen Gouvernements greift übrigens schon in das ukrainische Sprachgebiet hinüber: am Westrand des weissruthenischen Sprachgebiets finden sich polnische Sprachinseln, deren bedeutendste die Stadt Wilna samt Umgebung umfasst. Der ganze Rest aber, der ganze Nordwesten von der Meeresküste bei Polangen südwärts bis gegen Grodno, sudostwärts bis in die Nähe von Wilna, ostwärts bis gegen Dünaburg hin, ist litauisches Sprachgebiet. Dabei ist wohl zu beachten, dass die nördlichen drei Viertel des Gouvernements Suwalki (zwischen Ostpreussen und der oberen Memel) zwar administrativ zu Russisch Polen gehören, tatsächlich aber von Litauern bewohnt sind. Umgekehrt gehören Stadt und Gebiet von Bialystok administrativ zu Litauen, der Bevölkerung nach aber zu Polen, von dem sie erst 1807 durch einen Willkurstreich Napoléons losgetrennt wurden. Das Gouvernement Kowno nebst Teilen der Gouvernements Wilna, Grodno und Suwalki — dies ist also *Litauen* im engeren Sinne.

Die nationalen Verhältnisse werden aber noch weiter compliciert durch den Umstand, dass in Litauen¹⁾, wie so vielfach in den Agrarländern Osteuropas, die grösseren Städte von jeher Centren der schrittweisen Verdrängung der einheimischen durch die herrschende Nationalität waren. In Städten, wie Wilna und Kowno, überwiegt unter den christlichen Städtern noch heute das polnische Element; im Osten Weissrutheniens dagegen, in Städten, wie Witebsk, Minsk, Mohilew, steht heute der russische Einfluss an erster Stelle. Ferner sind die Gutsherren und deren Beamte im eigentlichen Litauen in der Regel Polen, in Weissruthenien teils Polen, teils Russen. Hie und da sind auch noch spärliche Reste des durch hundertjährige Verfolgung fast aufgeriebenen altpolnischen Mittelstandes stehen geblieben, des *niederen Adels*, das heisst von jeher persönlich und politisch vollfreier Mittel- und Kleinbauern. Dazu kommt dann noch die jüdische Bevölkerung, die in den Kleinstädten neun Zehntel und mehr, in den grösseren Städten ein Drittel bis zwei Drittel der Einwohner ausmacht. Diese jüdische Bevölkerung ist hier, wie anderwärts in Osteuropa, sozusagen nur an ihren Rändern der Assimilation durch die

¹⁾ Hier, wie überall im folgenden, wo das Gegenteil nicht ausdrücklich bemerkt ist, ist Litauen im weiteren Sinne gemeint.

herrschenden Nationen erlegen; es gibt in Litauen Polen jüdischer Herkunft und Russen jüdischer Herkunft, am zahlreichsten aber sind die *Nichts-als-Juden*. Und über all dem schwebt auf schwarzen Fledermausflügeln die kaiserlich russische Bürokratie und trachtet unablässig, auf Polizisten, Gendarmen und Kosaken gestützt, über Land und Leute die missfarbige Tünche des officiellen Russentums zu breiten. Man beachte wohl: *Russland ist eine Theokratie*, die einzige wirklich zuverlässige Stütze der Czarenherrschaft ist die russisch-orthodoxe Staatskirche, jener jede Spur selbständigen Denkens erstickende, barbarische Fetischdienst, der mit dem römischen Katholicismus keinesfalls verglichen werden kann. Das Pfaffenrum dieser Staatskirche ist viel zu geistesroh, um sich einer fremden Volkart anpassen zu können; darum ist das unentbehrliche Vehikel der russischen Staatsreligion die russische Staatssprache. Und darum muss das Czarentum allen seinen Untertanen mit Säbel und Knute die russische Staatssprache aufzudrängen suchen, denn erst die Staatssprache macht sie empfänglich für die Staatsreligion. *Russland muss seine Untertanen russificieren*, um sie verdummen zu können. Und wer sich nicht willig verdummen lässt, gegen den wird Gewalt gebraucht. Der classische Boden dieser jahrzehntelang fortgesetzten Gewalttacte gegen Sprache und Religion der Einwohner aber ist Litauen. Die halbe Bevölkerung Litauens, im besonderen nahezu die gesamte Bevölkerung des eigentlichen Litauens, steht unter Ausnahmegesetzen. Diese Ausnahmegesetze bestimmen das ganze Leben, die gesamte geistige Entwicklung der Bevölkerung, sie greifen auch in das wirtschaftliche Leben in hundertfacher Weise hemmend und störend ein. Das Erwachen zur Menschenwürde, das Erwachen zu politischer Activität fängt bei dem Kampf gegen diese Ausnahmegesetze an. Darum ist ohne Kenntnis dieser Ausnahmegesetze ein Verständnis der politischen Strömungen Litauens unmöglich.

Beginnen wir mit jenem chronischen Religionskrieg, von dem man in Polen und Litauen so viel, in Westeuropa kein Wort spricht. In der Grenzzone zwischen den römisch-katholischen Polen und Litauern im Westen und den russisch-orthodoxen Ukrainern und Weissruthenen im Osten wohnen mehrere Hunderttausende, im ganzen vielleicht 1½ Millionen Griechisch-Unierter.²⁾ Das sind Nachkommen von Griechisch-Orthodoxen — die Bezeichnung *russisch-orthodox* wäre für jene Zeiten ein Anachronismus —, die zur Polenzeit, zu Anfang des XVII. Jahrhunderts, unter Beibehaltung der Priesterehe, der slawischen Liturgie und einer autonomen Kirchenverfassung mit eigenen Bischöfen den Papst zu Rom als ihr geistliches Oberhaupt anerkannten. Zum Teil nahmen sie mit der Zeit auch die polnische Sprache an; der Mehrzahl nach sind sie aber Ukrainer beziehungsweise Weissruthenen geblieben. Zur Zeit der Teilung Polens hatte das griechisch-unierte Bekenntnis längst tiefe Wurzeln im Volksbewusstsein geschlagen. Russland aber erkannte die Existenz dieser Confession überhaupt nicht an, sondern behandelte und bestrafte die Griechisch-Unierten als abtrünnige Söhne der russischen Staatskirche. Und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Der griechisch-unierte Bauer oder Tagelöhner lässt sich mit seiner Braut nicht in der Dorfkirche trauen, denn in der Dorfkirche haust, von Gendarmen beschützt, der kaiserlich russische Pope, der dem Volke ein Greuel ist; er lässt auch seine Kinder nicht in der Dorfkirche taufen. Er sucht lieber insgeheim einen griechisch-unierten oder im Notfall einen römisch-katholischen Priester auf. Schwört er aber vor Gericht, dass sein Weib ihm rechtmässig angetraut sei und dass seine Kinder ehelich seien, so wird er als Meineidiger ins Gefängnis oder nach Sibirien geschickt. Solange er lebt, ja über seinen Tod hinaus, in alle Zukunft hinein macht der russische Pope immer von neuem Anspruch auf ihn, sein Weib

²⁾ Unter Einrechnung jener, welche die Ostgrenze Russisch Polens entlang südwärts bis gegen Galizien hin wohnen, aber ohne die galizischen Griechisch-Unierten. In Oesterreich bilden nämlich die Griechisch-Unierten eine staatlich anerkannte Confession; die Ukrainer Ostgaliziens (Ruthenen) gehören grösstenteils diesem Bekenntnis an und betrachten es als ihre Nationalreligion.

und alle seine Nachkommen, und was der Pope fordert, das erzwingt mit blankem Säbel der Kosak. Sich etwa durch vorgeblichen Übertritt zum römischen Katholizismus oder zum Protestantismus aus der Klemme zu helfen, ist unmöglich, da der russische Staat einen Übertritt von der Staatskirche zu einer bloss geduldeten Confession nicht anerkennt, vielmehr als Verbrechen straft. Auch wenn ein griechisch-uniertes Mädchen einen römischen Katholiken oder einen Protestanten²⁾ heiratet, verfallen die Kinder dem russischen Popen. Die Kirchensteuern für die Zwingburg der Orthodoxie, in welche die alte Dorfkirche verwandelt wurde, werden mit Waffengewalt eingefordert. Nicht selten werden die *Widerspenstigen* (dies die amtliche Bezeichnung für die Griechisch-Unierten) von Kosaken mit Sabelnheben in die Kirche gehetzt!

Unter einem anderen Ausnahmegesetz stehen die römischen Katholiken in Litauen: es dürfen keine neuen katholischen Kirchen gebaut und die bestehenden nicht restauriert werden. Wer eine auffällige katholische Kirche durch eine Reparatur vor dem Einstürzen bewahrt, kommt ins Gefängnis. Wer ein umgesturzes katholisches Kreuz wieder aufrichtet, kommt ins Gefängnis. Dazu kommt hin und wieder zur Abwechselung die gewaltsame Wegnahme eines katholischen Gotteshauses zu gunsten der Staatskirche. Widersetzen sich die Bauern, so werden sie eben erschossen.

Nun zu den nationalen Ausnahmegesetzen. Dass, soweit die Controle der russischen Bureaukratie reicht, das gesamte Unterrichtswesen russisch und nur russisch ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Auch die einst berühmte polnische Hochschule zu Wilna ist längst zu einer Russificierungsanstalt herabgesunken. Soweit das Volk in seiner Muttersprache lesen lernt, geschieht dies insgeheim, den staatlichen Schulbehörden zum Trotz. Einzig in den jüdischen confessionellen Volksschulen wird das Jüdische neben dem Russischen geduldet, aber auch das nur, weil die russische Regierung die Juden zu sehr verachtet, um sie zu richtigen Russen machen zu wollen. Dafür ist den jüdischen Schülern der Zutritt zu den höheren Lehranstalten durch eine Reihe der scandalösesten Ausnahmebestimmungen erschwert, so dass nur wenige von ihnen durch all diese Wolfsfallen hindurch ans Ziel kommen. Was ferner den Erwerb von Grund und Boden anlangt, so besteht ein ganzes System von Ausnahmegesetzen, bestimmt, den polnischen und litauischen Grundbesitz schrittweise zurückzudrängen und seine Verschleuderung zu Spottpreisen an russische Käufer zu erzwingen. Dass den Juden der Erwerb von Grundbesitz so gut wie völlig unmöglich gemacht ist, bedarf kaum der Erwähnung. Ebenso braucht kaum erst gesagt zu werden, dass in ganz Litauen das Russische die ausschliessliche Amtssprache ist, und dass die Regierung mit besonderem Eifer bemüht ist, die ehemals im Lande herrschende polnische Sprache womöglich selbst aus dem Privatleben zu verdrängen. Aber man glaube ja nicht etwa, dass die russische Regierung die Bauernvölker der Weissruthenen und Litauer gegen den polnischen Adel begünstigt. Um eine solche nützliche Demagogie zu treiben, dazu ist sie viel zu barbarisch und zu gemein. Am brutalsten ist sie doch immer gegen die Schwächsten. Versuche, das Weissruthenische zur Schriftsprache zu erheben, lässt die Regierung grundsätzlich nicht aufkommen, so dass die illegale, revolutionäre Literatur zur Zufluchtstätte dieses löblichen Strebens geworden ist. Das Litauische aber war schon seit Jahrhunderten eine Schriftsprache, als Russland die Litauer in seine Klauen bekam. Nun bedient sich die Litauer der lateinischen Schrift. Das war höchst fatal für die russischen Popen, die an dem unglücklichen Volk ihre Bekehrungsversuche vornahmen, ihm den Aufstandsteufel austreiben sollten; denn das wäre kein richtiger Pope, der die ketzerischen lateinischen Buchstaben zu lesen wüsste. Folglich wurde unter der glorreichen Regierung Murawiew's, des Henkers, verordnet, dass litauische Bücher und Schriften ausschliesslich nur mit russischen Lettern gedruckt werden

²⁾ Protestanten — zum Teil Calvinisten — gibt es in Litauen in geringer Zahl noch von der Reformationszeit her sowohl unter den Litauern, als auch unter den Polen.

dürfen. Alsbald wurden mit russischen Lettern gedruckte Bekehrungstractätlein unter das Volk gestreut. Das Volk aber warf diese Tractätlein mit Abscheu von sich. Die Druckorte der litauischen Literatur wurden ins Ausland verlegt und die in altgewohnter Weise gedruckten Schriften heimlich über die Grenze geschmuggelt. Dieser Zustand dauerte vierzig Jahre, von 1864 bis 1904. Während dieser vierzig Jahre war jedes litauische Buch ohne Rücksicht auf seinen Inhalt ein verbotenes Buch, vom Gebetbuch bis zum Lustspiel und von der Fibel bis zur Übersetzung einer Liebknechtschen Broschüre. Wahrlich, ein Schauspiel ohne gleichen: die Lebensgeister eines ganzen Volkes nährten sich vierzig Jahre lang ausschliesslich von geschmuggelter Literatur! Erst im Frühling dieses Jahres hat die Regierung, schwer bedrängt durch den Krieg mit Japan und geängstigt durch die immer drohenden Zeichen revolutionärer Unzufriedenheit in Litauen, dieses ungeheuerliche Verbot beseitigt. Und so wenig passt die Aufhebung dieses Verbots in das russische Regierungssystem hinein, dass dieses Zurückweichen des Czarentums vor dem armen Bauernvolke vielen als der Anfang vom Ende erscheint.

Soll ich nun auch noch alle die niederträchtigen Chicanen, Intriguen und Miss-handlungen aufzählen, denen die Juden im Czarenreiche auf Schritt und Tritt ausgesetzt sind? Ich will es mir ersparen. Ein Wort genügt: *Kischinew!* Allerdings, in gewisser Hinsicht verfährt die russische Regierung mit den Juden gerade umgekehrt, wie mit den Polen und den Litauern. Die letzteren möchte sie gerne aus ihrer Heimat hinausdrängen: die Juden aber hat das Czarentum aus dem eigentlichen Russland vertrieben, um sie nach Polen und Litauen hineinzu-dringen. Sie sind ein fremdartiges Element, unter den jetzigen Verhältnissen nur schwer oder gar nicht zu assimilieren. Vom Standpunct einer centralisierungs-wütigen Regierung aus gesehen, muss also ihre Anwesenheit als eine Schwächung der Volkskraft erscheinen. Darum wünscht das officielle Russland seinem eigenen Volke möglichst wenig von diesem *störenden* Element, seinen Feinden, den Polen und den Litauern, dagegen möglichst viel davon. Darum umfasst der Ansiedelungs-
rayon, wohin um 1890 herum die fruher über ganz Russland verbreiteten Juden verbannt wurden, im wesentlichen Litauen und Polen nebst einigen Landstrichen im Sudwesten. Aber auch hier ist ihnen eine gleichmässige Ausbreitung über die ganze Fläche unmöglich gemacht. Da sie auf bisherigem Bauernland nicht wohnen dürfen und auch auf Herrenland nur bedingungsweise, so ist ihnen das platte Land tatsächlich fast völlig verschlossen. Obendrein erlischt ihr Ansiedelungsrecht 50 Werst vor der Reichsgrenze. So pferchen sie sich denn in den Städten eines relativ schmalen Gebietes eng zusammen. Vor allem in Litauen, ganz besonders aber in Weissruthenien; in Städten, wie Minsk, Mohilew, Homel, ist die Bevölkerungszahl gewaltig angeschwollen durch die Einwanderung der vertriebenen russischen Juden.⁴⁾ Da aber das wirtschaftlich und culturell noch sehr rückständige flache Land einfach noch keine so grossen Städte braucht, da es eine so grosse Zahl von Händlern, Handwerkern und Industriearbeitern einfach nicht zu beschäftigen vermag, so ist die Folge dieser Zusammenpferchung ein grauenhaftes Elend. Ein Glück noch, dass die scharenweise Auswanderung des jüdischen Proletariats nach England und America als Sicherheitsventil wirkt. Dass aber ein solches plötzliches und massenhaftes Zu-strömen von grösstenteils bettelarmen Fremden in bis dahin ziemlich stille Provinz-städte nicht wohl stattfinden konnte, ohne sich den Einheimischen peinlich fühlbar zu machen, ist klar; dass die russische Regierung dieses psychologische Moment ausnutzt und wozu sie es ausnutzt, ist bekannt.

Auf welche Art konnte sich nun auf solchem Boden der Socialismus entwickeln? Seit vierzig Jahren hat eine despotische Regierung alles getan, um die vorhandenen Gegensätze zwischen den einzelnen Völkerschaften künstlich zu vertiefen und zu

⁴⁾ Die Einwohnerzahl von Homel dürfte neuestens wieder im Abnehmen sein, da, wie verlautet, seit der vorjährigen behördlich organisierten Judenhetze viele Juden auswandern.

verbittern. Jede Nationalität ist durch einen Wall von Sonderrechten und künstlich geschaffenen Sonderinteressen isoliert. Kein Wunder, dass auch der Socialismus bei jeder einzelnen Nationalität zunächst seine eigenen Wege ging. Unter den polnischen Arbeitern der Städte wirkt seit Jahren mit gutem Erfolg die *Polska Partya Socjalistyczna* (*Polnische socialistische Partei*), der sich neuerdings auch eine Reihe autonomer jüdischer Ortsgruppen angegliedert hat. Die Städte mit zahlreichem russisch-jüdischen Proletariat wurden zu Centren des *Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland* — einer Partei, die, wie immer man über ihr nationales und staatsrechtliches Programm auch urteilen mag, jedenfalls wegen ihrer ehrlich socialistischen Denkweise, ihrer unermüdlichen Ruhrigkeit und ihres oft tollkühnen Mutes das höchste Lob verdient. Beide Parteien existieren aber wesentlich nur in den Städten. Von den paar polnischen Sprachinseln abgesehen, kann ostwärts von der litauischen Sprachgrenze die Agitation unter dem Landvolk eben nur in weissruthenischer Sprache mit Erfolg betrieben werden, und diese Aufgabe hat in den letzten Jahren die *Weissruthenische revolutionäre Gemeinschaft* auf sich genommen, mit welcher die *Polnische socialistische Partei* gute Nachbarschaft hält. Auf welchem Wege aber soll der Socialismus in die Hütten und Werkstätten des verschlossenen, misstrauischen litauischen Volkes eindringen?

Die polnischen Socialisten können das nicht machen. Denn es gibt nur wenige Polen, denen das Litauische nicht Spanisch ist, und diese wenigen sind in der Regel Gutsherren oder gutsherrliche Beamte, bekehren sich also nur selten zum Socialismus.⁵⁾ Unsere polnischen Agitatoren können also in der Regel an den litauischen Arbeiter erst dann heran, wenn er durch jahrzehntelangen Aufenthalt in einer Stadt, wie Wilna oder Kowno, polonisiert worden ist. Würde die Agitation aber ausschliesslich bei solchen Arbeitern anpacken, dann bliebe der Kern des Volkes davon unberührt. Und selbst wenn Polen die Agitation in litauischer Sprache führen würden, so würde das Misstrauen des von polnischen Gutsherren ausgebeuteten Volkes ihre Tätigkeit lahmlegen. Noch viel weniger ist daran zu denken, dass die Agitation unter dem von russischen Beamten und Gendarmen bis aufs Blut gegemignen Volke von Russen, oder gar daran, dass sie in russischer Sprache geführt würde. Es gibt nur einen Weg: Litauer müssen die Agitation in ihrer und des Volkes Muttersprache und Herzenssprache führen. Diesen Weg haben die Genossen betreten, die sich vor einer Reihe von Jahren als *Litauische socialdemokratische Partei* constituirt haben. Die *Polnische socialistische Partei*, die anfangs, solange die junge Partei selbst den Weg zum Volke noch nicht recht gefunden hatte, der neuen Erscheinung mit begreiflicher Skepsis gegenüberstand, hat seither die Existenzberechtigung der litauischen Partei nachdrücklich anerkannt und bemüht sich redlich, mit der jüngeren Bruderpartei gute Cameradschaft zu halten. So haben im Frühjahr 1904 die *Polnische socialistische Partei*, die litauische Partei, die *Weissruthenische revolutionäre Gemeinschaft* und die lettische Socialdemokratie gleichzeitig je ein Flugblatt über den Krieg ausgegeben, das die Unterschriften aller vier Parteien trug; ferner wurde zur diesjährigen Maifeier in Litauen ein Flugblatt verbreitet, das von der *Polnischen socialistischen Partei* und der litauischen Socialdemokratie gemeinsam unterzeichnet war. Grenzfehden zwischen den beiden Organisationen sind ab und zu vorgekommen, weil es eben nicht immer leicht ist, zu entscheiden, wo der bloss oberflächlich polonisierte Litauer aufhört und der Pole litauischer Herkunft anfängt; aber derlei leicht begreifliche Zwischenfälle ändern nichts an unserer unerschütterlichen Überzeugung, dass die Existenz einer selbständigen litauischen socialdemokratischen Partei vollauf berechtigt, dass sie unbedingt notwendig ist.

⁵⁾ Obschon unter dem fürchterlichen politischen Druck, der in Litauen und auch in Russisch-Polen herrscht, derlei Bekehrungen immerhin etwas häufiger vorkommen, als in Ländern mit halbwegs normalen politischen Zuständen.

Vielleicht wird der Leser fragen, wie es komme, dass unter den geschilderten Umständen überhaupt eine socialdemokratische Bewegung gedeihen kann. In einem ruckständigen Agrarlande, wo von den nicht sehr zahlreichen Industriearbeitern obendrein ein grosser Teil dem Landvolke sprachfremd gegenübersteht. Nun, zunächst hat die Erfahrung im Laufe der letzten zehn Jahre mehrfach gelehrt, dass gerade in typischen Agrarländern eine hart arbeitende, empfindlich ausgebeutete Landbevölkerung recht wohl im stande ist, aus sich heraus eine kräftige socialistische Bewegung zu erzeugen; man denke an die Emilia in Italien, an Niederrungarn, an Ostgalizien! Dann aber ist zu bedenken, dass die Zahl der Industriearbeiter litauischer Nation tatsächlich in die Hunderttausende geht; nur arbeiten diese Industrieproletarier eben meistens nicht in Litauen, sondern in der Fremde — in den Städten der baltischen Provinzen, in England, in America. Wo immer diese Auswanderer in grosseren Massen zusammen arbeiten, dort greift auch der Socialismus um sich. Gerade in America wurden schon litauische socialistische Broschüren gedruckt, noch ehe es daheim eine litauische Socialdemokratie gab. Wohlgemerkt aber, es handelt sich in der Regel nur um eine zeitweilige Auswanderung. Früher oder später kehrt der ausgewanderte litauische Arbeiter in sein Heimatdorf zurück. Er bringt nicht nur erspartes Geld mit, sondern auch Kenntnisse und Ideen. Die Saat des Socialismus fällt also sozusagen in aufgelockertes Erdreich.

Und nun vergegenwärtige man sich, was auf der Brüsseler Conferenz geschehen ist. Der Wunsch der Litauer, als besondere Nation anerkannt zu werden, wurde von zwei Seiten angefochten: von russischer und von angeblich polnischer Seite.

Von russischer Seite, nämlich von dem Genossen Plechanow, ständigem Einwohner von Genf, gebürtig aus Russland. Der hat erklärt, von einer litauischen Socialdemokratie noch nie etwas gehört zu haben. Das glaube ich ihm gern; man müsste schon ganz phänomenal feinhörig sein, um am Ufer des Genfersees zu hören, was in den litauischen Wäldern vorgeht. Aber darauf kommt es auch gar nicht an. Gerade weil Genosse Plechanow ein Russe ist, sollte er aus internationalen Gründen strengstens jeden Schein vermeiden, als ob er sich in analoger Weise ein einseitiges Verfügungsrecht über den litauischen Socialismus anmasste, wie die russische Regierung über Land und Volk von Litauen.

Der zweite Einspruch wurde erhoben von Rosa Luxemburg. Diese Delegierte vertritt die sogenannte *Socialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens*, eine Gruppe, die ihre Anhänger ausschliesslich in den Industriezentren Polens besitzt, in erster Linie in Warschau und in Bialystok, einer Stadt, die, wie schon eingangs erwähnt, nur im Polizeisinne zu Litauen gehört. Die Mitglieder dieser Gruppe sind Polen und polnische Israeliten; schwerlich ist auch nur ein einziger Litauer dabei. Und niemals hat diese Gruppe auch nur eine Zeile in litauischer Sprache gedruckt. Wenn sie sich trotzdem *Socialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens* nennt, so hat das ungefähr ebensoviel zu bedeuten, wie wenn der Czar unter vielen anderen Titeln auch den eines *Herzogs von Holstein und Oldenburg* führt.

In jener Debatte auf der Brüsseler Conferenz fiel aber noch etwas anderes, viel Wichtigeres vor, wovon der gedruckte Bericht des internationalen Bureaus leider kein Wort erwähnt. Der Genosse Walecki, der auf der Conferenz die *Polnische socialistische Partei* im russischen Staatsgebiet, die *Polnische socialistische Partei* im preussischen Staatsgebiet und die polnische Socialdemokratie in Österreich vertrat, der Vertreter von mindestens neunundzwanzig Dreissigstel aller polnischen Socialisten also, wies in ausführlicher sachlicher Rede die volle Berechtigung des Wunsches der Litauer und die Haltlosigkeit der Luxemburgischen Einwände nach. Demnach hat der Vertreter derselben polnischen socialistischen Partei, die nötigenfalls die nationalen Rechte des polnischen Volkes so nachdrücklich zu wahren weiss, das gute Recht der litauischen Genossen rückhaltlos anerkannt; die Delegierte Rosa Luxemburg aber, deren Jünger auf dem russischen socialdemokra-

tischen Parteitag die russischen Genossen geradezu anflehen, sie möchten Polen doch ehebaldigst russifizieren, und den Saal verliessen, als man sich russischerseits bei allem Centralismus darauf nicht einlassen mochte — dieselbe Rosa Luxemburg scheint nun eine Tendenz zu vertreten, die darauf hinausläuft, die Litauer zwangsweise zu polonisieren.

Westeuropäischen Lesern mag die ganze Sache unwichtig erscheinen. Wer wird auch soviel Aufhebens machen von einem Bauern- und Arbeitervölkchen von 2 Millionen Seelen, ohne Monarchen, ohne Reichstag, ohne Armees, ohne Polizei! In Wirklichkeit ist die litauische Angelegenheit ein Präjudiz von weittragender Bedeutung. Es handelt sich nicht um die 2 Millionen Litauer allein, sondern um alle europäisch civilisierten Nichtrussen unter russischer Herrschaft, im ganzen um mindestens 50 Millionen Culturmenschen. Man bedenke wohl: nur die Freiheit erzieht zu kritischem Denken. Darum denkt die übergrosse Mehrzahl aller Osteuropäer nicht kritisch, sondern fanatisch. Eine Resolution, die ein westeuropäischer Congress, wenn auch nur sozusagen im Vorbeigehen, votiert, wird dort in Osten sofort als unfehlbares Orakel ausposaunt, dessen Buchstabe über Leben und Tod entscheidet. Lehnt nun der Amsterdamer Congress den Anspruch der Litauer und vielleicht gar auch jenen der Armenier ab, so liegt darin für die naive centralistisch gesinnten russischen Socialdemokraten der Freibrief, ja die Aufforderung, alle nichtrussischen socialistischen Parteien im Czarenreich als *bürgerlich-nationalistische Gruppen* zu bekämpfen. Ein verderblicher Bruderkrieg würde entbrennen, der die Entwicklung des Socialismus in ganz Osteuropa auf lange Jahre hinaus zerrütten würde. Der sich freuende Dritte aber hiesse Herr von Plehwe.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Über die internationale EISEN- UND STAHLproduction in der ersten Hälfte des Jahres 1904 bringt der Londoner *Economist* einen Überblick, der die Lage, vor allem Englands und Americas, nicht besonders günstig und hoffnungsvoll erscheinen lässt.

Nach dem *Economist* beruht die jüngste Wiederausdehnung der amerikanischen Erzeugung viel zu wenig auf einem entsprechenden realen heimischen Bedarf; den Anstoss gab vielmehr die starke Verbilligung der Erze (1903 im Durchschnitt 4 Dollars pro t, in dieser Saison nur 2½ Dollars). Das Product muss um jeden Preis, stärker denn je, Unterschlupf im Ausland erstreben; vor allem in England sucht und findet man Aufträge, aber zu Preisen, die 15 und 25 s. pro t niedriger stehen, als beim Inlandsabsatz, der selber schon viel ungünstiger, als früher, sich stellt. Der Rückschlag kann somit rasch zurückkehren. Jedenfalls ist an eine glatte

Fortsetzung des jahrelangen Aufschwungs so bald nicht zu denken. Die Vereinigten Staaten produzierten 1900 13 789 242 t Eisen und Stahl, 1903 dagegen nicht weniger, als 18 009 252 t — sogar 19 Mill. t wären wahrscheinlich überschritten worden, wenn das Jahresende nicht bereits eine starke Contraction gebracht hätte. Die Wochenherzeugung, die im Juni 1903 bis auf 415 000 t gestiegen war, fiel im December bis auf 250 000 t herab. Die erwähnte Verminderung der Produktionskosten ergab dann im Mai wieder die stattliche Monatsproductionsziffer von 1 534 000 t.

Englands Production ist dagegen in den letzten Jahren fast stabil geblieben: von 9,3 Mill. t glitt man 1901 nicht allzu tief, auf 7,76 Mill. t herab, das Jahr 1903 hatte dann wieder 8,8 Mill. t als Productionsergebnis. Indes, Nichterweiterung ist schon etwas Unerfreuliches, und eine gesteigerte amerikanische Concurrenz wäre deshalb im Augenblick doppelt unangenehm. Man glaubte endlich an eine umfassende Einschränkung der bisherigen Notausfuhren seitens Deutschlands

das nach dem *Economist* 1903 30 % seiner Erzeugung zu 20 % niedrigeren Preisen ins Ausland abgestossen hätte; aber den deutschen Consum sieht der Berichterstat- ter gleichfalls nur sehr langsam und un- sicher sich heben. Freundlichere Aus- sichten böten sich England nur dadurch, dass in letzter Zeit fleissig an der Ver- besserung der Productionsmethoden ge- arbeitet und vieles früher Versäumte nachgeholt worden sei. Stahl werde im Middlesbro'-District bald so billig er- zeugt werden können, wie irgendwo in den Vereinigten Staaten, nach denen neuer- dings die europäischen Techniker immer häufiger ihre Studienreisen richteten.

× Auch das SCHIFFSBAUgewerbe ist offenbar noch lange nicht auf Rosen ge- bettet. Nach *Lloyds Register* waren (Kriegsschiffe ausgeschlossen) Ende Juni in England Schiffe mit 993 088 t in Bau, gegen 1 028 099 t im Vorjahre, das selber schon als Rückgangsjahr zu verzeichnen war. Relativ noch stärker wäre freilich die Depression im Ausland zu spüren. Hier waren Ende Juni im Bau (in t):

	1904	1903	1902
in den Vereinigt. Staaten	122 389	101 431	102 871
„ Deutschland	124 574	133 223	134 703
„ Frankreich	83 286	115 737	116 717

Die Ziffern verdeutlichen übrigens den enormen Vorsprung, den England noch immer auf diesem Gebiete hat. Die lau- fende Erzeugung der angeführten drei Länder zusammen kommt kaum einem Drittel der englischen Tätigkeit gleich.

Das Jahrbuch von *Lloyds Register* weist weiter für 1903 den Vorsprung Englands im Schiffsbesitz und dessen Ver- mehrung in genauen Ziffern auf. Der Tonnengehalt aller Handelsflotten der Welt erfuhr danach 1903 eine Vermehrung um 1 146 058 t, wovon nicht weniger, als 501 779, von England beansprucht wur- den (gegen 458 499 t im Vorjahre). An Dampfern und Seglern ergeben sich für die verschiedenen Länder die nachstehen- den Gesamtmengen:

	Tonnengehalt		Zu- respect.
	1903	1904	Abnahme
England	14 889 571	15 391 350	+ 501 779
Deutschland	3 283 247	3 399 807	+ 86 560
Verein. Staaten	3 611 056	3 849 400	+ 237 444
Norwegen	1 653 740	1 717 654	+ 63 914
Frankreich	1 622 016	1 693 366	+ 71 350
Italien	1 180 335	1 187 566	+ 7 231
Russland	809 648	840 515	+ 30 867
Spanien	764 447	754 855	- 9 592
Schweden	721 116	751 533	+ 30 417
Holland	658 845	687 529	+ 28 684
Japan	726 818	671 417	- 55 401
Dänemark	581 247	597 984	+ 16 737
Österr.-Ungarn	578 697	585 156	+ 6 459

Die Ziffer für die Vereinigten Staaten er- scheint hierbei vielleicht zu gross: es sind die Schiffe im Verkehr auf den grossen Seen (mit 1 259 000 t respective einer Vermehrung um 129 000 t) mitgerechnet. Deutschland hatte im vorjährigen Zeit- raum (1903 gegen 1902) eine ansehn- lichere Zunahme zu verzeichnen (144 000 t).

× Die relative Langsamkeit der Aufwärts- bewegung tritt aus den kürzlich veröffent- lichten Zusammenstellungen des *Deut- schen Ökonomen* über die deutschen Emissionen im ersten Halbjahr 1904 gleichfalls hervor. Die Zahl der neu ge- gründeten ACTIENGESELLSCHAFT- EN betrug 59 gegen 42 im ersten Se- mester 1903, das aufgebrachte Actien- capital aber betrug 70,46 Mill. M. gegen 77,98 Mill. M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das ganze Jahr 1903 hatte eine Capitalsumme von 300,04 Mill erge- ben, darin war aber im zweiten Halbjahr die Gesellschaft Krupp allein mit 160 Mill. M. enthalten, die wegen ihrer aussergewöhnlichen Grösse bei Verglei- chungen ausscheiden muss. Ohne sie be- trug das Actiencapital der neugegründe- ten Gesellschaften 1903 nur 140,04 Mill. M., das Doppelte der im jetzt abge- laufenen Halbjahr aufgebrachten Summe, so dass man also das Vorjahr und dieses Jahr ungefähr gleich einschätzen könnte. Doch spielen hier besondere Umstände eine Rolle. Vor allem fällt auch ins Ge- wicht, dass, was früher Actiengesellschaft wurde, seit 1892, und zwar in zunehm- dem Masse, lieber die Form der Gesell- schaft mit beschränkter Haftung an- nimmt.

× Mit der begonnenen deutschen ERNTE haben natürlich auch die Schätzungen der Welternte wieder grössere Bedeutung und lebhaftere Beachtung gewonnen. Für Deutschland haben die, eine Zeitlang we- gen der anhaltenden Dürre herrschenden starken Befürchtungen fast allgemein aufgehört, wenn auch der vorjährige glänzende Ertrag von niemandem erwar- tet wird. Dafür haben sich, infolge über- mässiger Nässe im Süden, die america- nischen Weizenschätzungen beträchtlich vermindert, während nach wie vor auf die Maisernte grosse Hoffnungen gesetzt wer- den. Der Saatenstandsbericht aus Peters- burg lautet überaus hoffnungsfreudig, doch begegnet er starkem Misstrauen;

private Mitteilungen aus Südrussland erwarten ein ganz anderes Bild, und der russischen Regierung mit ihren Anleihebedürfnissen liegt erklärlicherweise daran, das Vertrauen auf Russlands Hilfsquellen zu festigen. Über den Ertrag der Donauländer hört man ziemlich pessimistische Urteile, besonders die Lieferfähigkeit Rumäniens wird viel niedriger, als im Vorjahr, geschätzt. Eine bestimmte Tendenz des Marktes und Handels hat sich jedoch noch nicht herausgebildet — wohl ein Anzeichen, dass abnorm ungünstige oder auch günstige Verhältnisse kaum erwartet werden.

× Die oft geschilderten Anläufe, Rumäniens PETROLEUMgewinnung rasch zu erweitern, für den Absatz besser zu organisieren und gegen die monopolistische Stellung der amerikanischen *Standard Oil Co.* auszuspielen, erfreuen sich offenbar der Unterstützung der rumänischen Regierung — das Eingreifen der deutschen Grossfinanz ist unseren Lesern bekannt. Ministerpräsident Sturdza erklärte neulich auf einer officiellen Reise im Petroleumrevier, man gedenke den Americanern möglichst keinen Fussbreit rumänischen Landes zu überlassen. Rumänisches Petroleum wolle man in erster Linie nach den Ländern absetzen, die auch rumänisches Getreide beziehen. Die Äusserung ist, wörtlich genommen, zum mindestens unklar. Des Rätsels Lösung ist jedoch kaum so fernliegend: Rumänien wurde sich rascher zur Anerkennung höherer Agrarzölle bequemen, wenn seiner Petroleumproduction eine raschere Entfaltung, durch Capitalzufluss und unter Umständen durch handelspolitische Vergünstigungen, seitens der Getreidebezugsstaaten gesichert scheint.

× KURZE CHRONIK. Am 25. Juni beschlossen die *Deutsche Bank* und die *Dresdner Bank Capitalserhöhung* von 20 und 30 Mill M., also auf 180 und 160 Mill. M.; am 28. Juni folgte *Schaaffhausen* mit einer Actiencapitalvermehrung um 25 Mill. M. — Am 1. Juli endete der *Pommerbankprocess* mit der Verurteilung von Schultz zu 3½ Jahren Gefängnis und 30000 M. Geldstrafe, von Romeick zu 3 Jahren und 6000 M. — Das Kalisyndikat ist, unter stärkerer Berücksichtigung der jüngeren Werke, auf je 5 Jahre erneuert worden.

×

LITERATUR. Die bedrängte Lage der Landwirtschaft hat die öffentliche Aufmerksamkeit nicht nur auf die neuentstandenen internationalen Concurrenzverhältnisse stärker, als früher, gelenkt, sondern auch auf die Beziehungen unserer Agrarproduction zu den Inlandsmärkten und zum Consum. Die Absatzorganisation unserer Landwirtschaft ist lange in den Kinderschuhen stecken geblieben, zum Schaden sowohl des vom Handel überverteilten und ausgewucherten Producenten, wie des überteuerten Consumenten. Der Kleinbetrieb der Bäckerei, der Fleischerei, der Consumentenversorgung mit Milch hemmt dann wieder Fortschritte, die von der Landwirtschaft ausgehen könnten. Trotzdem haben sich schon grosse Umgestaltungen vollzogen, und weitere Neugestaltungen bereiten sich vor. Die entscheidenden Versuchsfelder bieten natürlich unsere Grossstädte. Hier können sich die Landwirte leichter zu Lieferungs- und Preisorganisationen zusammenfinden; auch das Grosshandels-capital bedrängt und ersetzt hier am ehesten den kleinen schmarotzenden Zwischenhandel; auch Consumentenorganisationen finden meist den besten Boden und jedenfalls das weiteste Wirkungsfeld. Dies verschafft dem ungemein fleissigen und reichhaltigen Werk von Dr. August Creuzbauer: *Die Versorgung Münchens mit Lebensmitteln* (München, Ernst Reinhardt), einem Ergebnis mehrjähriger Arbeit, ein ganz aussergewöhnliches Interesse für den Volkswirt. Von den Zufuhrquellen des Fleisches, der Milch, von der Marktorganisation und dem Zwischenhandel, von den Lebensmittelgewerben (Metzgerei, Bäckerei) erhalten wir ein eingehendes geschichtliches und statistisches Bild. Ferner ist den städtischen Verwaltungsmaßnahmen, die sich auf den Verkehr mit Vieh und Fleisch, mit Brot, mit Milch beziehen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

MAX SCHIPPEL

Politik

Die WAHLRECHTSREFORMBEWEGUNG hat in Baden und Hessen doch noch zu einem Erfolge geführt, während in Sachsen und Bayern der Versuch einer Änderung der bisherigen Gesetzgebung bekanntlich gescheitert ist. In Bayern versuchten die Liberalen, die die Wahlreform zum Scheitern gebracht hatten, ihr Renommée dadurch noch zu retten, dass sie in der bayerischen Abge-

ordnenkammer rasch vor Toresschluss noch einen Wahlgesetzentwurf als besonderen Antrag einbrachten, der aber kaum ernst gemeint sein konnte, jedenfalls nicht ernst genommen wurde. Erfolgreich abgeschlossen hat die Reformbewegung im Grossherzogtum Baden. Freilich ist der Fortschritt gegen bisher nicht bedeutend. Die socialdemokratischen Vertreter haben denn auch keinen Anstand genommen, ihr Votum gegen die Reform abzugeben. Es sind der ersten Kammer so viele Concessionen gemacht worden, dass der Fortschritt der directen Wahl zum Landtag bei der Gesamtbeurteilung die vielen mit in Kauf zu nehmenden reactionären Bestimmungen kaum noch aufzuwiegen vermag. Die Freude am directen Wahlrecht wird auch dadurch vergällt, dass der Kreis der Wahlberechtigten gegenüber dem Reichstagswahlrecht überaus stark eingeschränkt ist. Immerhin soll nicht verkannt werden, dass die Wahlrechtsreformbewegung in Baden nicht so ergebnislos verpufft ist, wie in Sachsen und Bayern. Auch im Grossherzogtum Hessen dürfte die Wahlreform zu einem glücklichen Abschluss führen. Die zweite hessische Kammer hat das Wahlrechtsgesetz fertiggestellt, und es ist nicht anzunehmen, dass das Gesetz bei der ersten Kammer und der Regierung noch auf Widerspruch stossen wird. Im Grossherzogtum Hessen besteht der Hauptfortschritt gleichfalls in der Beseitigung des indirecten Wahlrechts, an dessen Stelle die directe Wahl tritt. Freilich sind auch in Hessen manche Wünsche unerfüllt geblieben, die Bestimmungen des Gesetzes entsprechen noch lange nicht den Forderungen der Socialdemokratie. Trotzdem haben die Vertreter der socialdemokratischen Partei den Fortschritt, der in der Erringung der directen Wahl liegt, so hoch veranschlagt, dass sie für das Gesetz stimmten.

× DER GEHEIMBUNDPROCESS, der in den Tagen vom 12. bis zum 25. Juli in Königsberg gegen eine Reihe von Personen verhandelt worden ist, die durch Beteiligung am Vertrieb von Schriften nach Russland den Bestand des russischen Reiches gefährdet haben sollen, hat zu Enthüllungen geführt, die für alle die Behörden, die an der Inscenierung des Königsberger Processes beteiligt waren, äusserst belastend sind. Es ist kaum zu glauben, was in einem Rechtsstaat wie Deutschland noch alles passieren kann.

Vor allem schon das eine: dass der ganze Process schon formell der rechtlichen Basis entbehrte, dass das ganze Verfahren eingeleitet wurde auf Grund von Denunciationen eines russischen Consuls, die sich in der öffentlichen Verhandlung nach den Gutachten der Sachverständigen als falsch herausgestellt haben. Ohne die Denunciationen auf ihren wahren Wert hin zu prüfen, verhängte man über die Beschuldigten die Untersuchungs-haft. Steuer- und Polizeibehörden arbeiteten in recht fragwürdiger Weise einander in die Hände, um die *Verbrecher* zu entlarven. Dabei vergesse man nicht die Haltung der Regierung, die im Parlamente den Königsberger Process gegen die Socialdemokratie auszuspielen versuchte und sich der russischen Interessen in einer Weise annahm, dass sie sogar die falschen Citate des russischen Consuls, durch die allein die Einleitung des Processes ermöglicht wurde, gutgläubig als echt hinnahm und sie gegenüber den Vertretern einer deutschen Partei auszuspielen für gut fand. So leichtthin wird also in Deutschland eine schwere Anklage erhoben, so leichtthin und willig stellen Regierung, Verwaltung und Justiz ihre Dienste dem russischen Nachbar zur Verfügung, dass sie nachher vor der ganzen Welt als die Getäuschten Revue passieren müssen! Die herbe Kritik, die dabei abfällt, verdient das officielle Deutschland in vollem Masse. Und das Ende vom Liede ist schliesslich: Man zog mit lautem Trompetengeschmetter aus, um die schwarzen Pläne der Socialdemokratie gegen Russland an den Pranger zu stellen, und kehrt zurück mit dem niederdrückenden Bewusstsein: da haben wir wieder einmal gründlich dafür gesorgt, dass das Wasser für die Mühlen der Socialdemokratie nicht versiegt. Die Anklage wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung musste trotz allen Sträubens fallen gelassen werden, nur die *Geheimbündelei* blieb übrig. Zwei der Angeklagten wurden gänzlich freigesprochen, und die übrigen erhielten sämtlich geringere Freiheitsstrafen, als der Staatsanwalt beantragt hatte. Dies das Ergebnis der Action, die der Justizminister im Parlament mit den pathetischen und nun so blamablen Worten *tua res agitur* angekündigt hatte!

Wahrhaftig, man möchte fast die heissen Bemühungen unserer Gegner bewundern, nur ja den Agitationsstoff für die Socialdemokratie nicht ausgehen zu lassen. Die-

Socialdemokratie kann wieder die Hände ruhig in den Schoss legen, die Gegner sorgen schon ganz allein dafür, dass sie üppig gedeiht.

X

Die Abschaffung des congreganistischen Unterrichtes in FRANKREICH ist nunmehr beschlossene Sache, nachdem der Senat die entsprechende Gesetzesvorlage Anfang Juli angenommen hat. Damit hat der Ministerpräsident Combes sein schulpolitisches Programm vollständig durchgesetzt. Zwar suchte man dem Cabinet vor Annahme des Gesetzes durch den Senat noch ein Bein zu stellen. Indes hielt die Regierungsmajorität fest zusammen und wird dies wohl auch noch länger tun, um es der Regierung zu ermöglichen, das Gesetz, das die Abschaffung des congreganistischen Unterrichtes ausspricht, auch vollständig durchzuführen. Gewiss, die Unkosten, die die Ausführung des Gesetzes erfordern, sind sehr hoch. Nach klerikalen Angaben wird das Gesetz allein für den Unterhalt der Schulen in der Stadt Paris 40 Mill. fr. erheischen. Es dürfte indessen verfehlt sein, wenn die Klerikalen glauben, mit Rücksicht auf die hohen Kosten, die die Durchführung des Gesetzes erfordern, den französischen Steuerzahler gegen die Regierung wild machen zu können. Auch die katholische Presse in Deutschland glaubt nicht an einen baldigen Sturz des Ministeriums Combes. Nach ihr deuten vielmehr alle Anzeichen darauf hin, dass die kirchenfeindliche Entwicklung fortschreiten und die katholische Kirche in Frankreich eine Krisis durchzumachen haben werde, die der zur Zeit der grossen Revolution nicht nachstehen dürfte.

X

KURZE CHRONIK. Die Wahl für die spanischen Cortes, die am 23. Juni stattfanden, ergaben eine grosse Mehrheit für die Regierungspartei. — Am 30. Juni wurde im preussischen Abgeordnetenhaus das Ansiedelungsgesetz in 3. Lesung angenommen. — Zwischen Deutschland und England ist ein Schiedsabkommen unterzeichnet worden. — Der bisherige Präsident von Mexico Porfirio Diaz wurde wiederum auf 6 Jahre zum Präsidenten gewählt. — In Norderney fanden zwischen dem Reichskanzler Grafen Bülow und dem Präsidenten des russischen Ministercomités von Witte Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag zwischen Russland und Deutschland statt. — Am

14. Juli ist der frühere Präsident der früheren Republik Transvaal, Paul Krüger, gestorben.

RICHARD CALWER

Sociale Communalpolitik

Eine der wenigen Städte, in denen die Socialdemokratie die Mehrheit in der Gemeindevertretung besitzt, und wohl die einzige grössere Stadt, in der dies der Fall ist, ist MÜLHAUSEN i. E. Hier kam die Socialdemokratie durch einen Compromiss mit der Demokratie zur Herrschaft. Sehr bald aber haben die Demokraten auf die gemeinschaftliche Arbeit verzichtet und der socialdemokratischen Fraction es überlassen, den von dem früheren Regiment der Notabeln vollständig in den Dreck gefahrenen Gemeindegarren herauszuholen und weiter zu schleppen. In der Tat ist Mülhausen das Musterbeispiel für die Verwaltung einer socialdemokratischen Majorität, die unter den ungünstigsten Verhältnissen zur Herrschaft kam, einen unendlichen Haufen vernachlässigter Arbeit vorfand und zugleich sich allein auf ihre Kräfte angewiesen sah, da nicht nur die bürgerliche Demokratie, sondern auch das höhere Beamtenum die Fahnenflucht ergriff. Die Leistungen unserer Genossen haben sogar der *Cölnischen Zeitung* imponiert. Schrieb sie doch in einer Correspondenz aus Elsass-Lothringen die folgenden anerkennenden Worte, denen der Hass gegen den Klerikalismus allerdings wohl die so günstige Färbung gegeben hat: »Was nun die Leistungen des neuen Gemeinderates angeht, so muss anerkannt werden, dass er mit dem Schlenndrian der guten alten Zeit gründlich aufgeräumt und eine Reihe nützlicher und notwendiger Massnahmen getroffen hat. Auch solche Mülhauser, die die demokratisch-socialdemokratische Coalition auf dem Rathause gründlich verabscheuen, müssen doch zugeben, dass der neue Gemeinderat in den paar Jahren seiner Wirksamkeit mehr geleistet hat, als sein notabler Vorgänger in Jahrzehnten.« Die socialdemokratische Mehrheit kann mit voller Berechtigung auf ihre bisherige Tätigkeit stolz sein. Dass sie in erster Linie die Interessen der Arbeiterklasse, überhaupt der Minderbesitzenden vertreten hat, ist selbstverständlich. So hob sie den Octroi auf verschiedene notwendige Lebensmittel auf und übernahm die Lohn- und Besoldungssteuer bis zu gesetzlichen Höchstbeträge von 1300 M. Jahresverdienst auf die Stadtcasse. Bei

diesen Steuerreformen, die durch die engen Schranken des geltenden Rechtes begrenzt waren, fand sie in der bürgerlichen Demokratie die erbittertsten Gegner. Auch in Mülhausen hörte wieder einmal die Demokratie beim Geldbeutel auf. Von anderen Reformen, die während der letzten Jahre von der socialdemokratischen Mehrheit durchgeführt wurden, nennen wir die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für Volksschüler, die Einrichtung von Notstandsarbeiten, die Einführung einer allgemeinen Dienst- und Lohnordnung für die städtischen Arbeiter, die Festsetzung von Minimallöhnen und Maximalarbeitszeiten für die Arbeiter, die von den Unternehmern städtischer Arbeiten beschäftigt werden, etc. Ferner hat der Gemeinderat die unbedingt notwendige Canalisation, die damit zum Teil zusammenhängende Neupflasterung respective Asphaltierung der Strassen, den Bau von neuen Schulhäusern etc. in Angriff genommen. Für die Durchführung dieser Arbeiten hat er die Aufnahme einer Anleihe von 20 Mill. M. beschlossen. Diese Anleihe war der Wahlspeck, mit dem die feindlichen Parteien — und das waren diesmal alle bürgerlichen Parteien, von den Demokraten Blumenthalscher Richtung bis zu den Klerikalen schwärzester Couleur — bei den Erneuerungswahlen, die am 12. Juni und im zweiten Wahlgang am 19. Juni stattgefunden haben, die Mülhauser Bürger anzulocken suchten. Die *Zufallsmehrheit der Roten* sollte gründlich vernichtet werden. Es kam aber anders. Statt mit einer Niederlage endigten die Gemeinderatswahlen mit einem glänzenden Siege der Socialdemokratie, die alle ihre Kandidaten durchsetzte. Es war ein geschickter taktischer Zug unserer Genossen, dass sie von den neun freigewordenen Gemeinderatsitzen nur fünf für sich verlangten und daher auch nur mit einer Liste von fünf Kandidaten auftraten. Diese Zahl reichte aus, um die Mehrheit zu stabilisieren — 20 von 36 Sitzen gehören nunmehr der Socialdemokratie —, und die Beschränkung zeigte den Gemeindegewählern, dass die Socialdemokratie durchaus nicht die Absicht hat, ihre politischen Gegner vom Rathause und der Mitarbeit auszuschliessen. Zugleich erreichte sie damit die Spaltung der bürgerlichen Parteien, von denen jede die von der Socialdemokratie nicht beanspruchten vier Sitze für sich zu erringen hoffte. Die Wahl be-

deutet eine schwere Niederlage der Demokraten, die gegen 600 Stimmen im zweiten Wahlgange verloren. Der Gemeinderat setzt sich nunmehr aus 20 Socialdemokraten, 12 bürgerlichen Demokraten und 4 Centrumskatholiken zusammen, wovon letztere, der katholisch-socialen Richtung angehörig, im Wahlkampfe ausserordentlich radical taten. Wie sich diese Herren in der praktischen Mitarbeit besonders in Arbeiterfragen bewähren werden, wird eine andere Frage sein, sicher aber dazu beitragen, auch in die Reihen der zahlreichen katholischen Arbeiter Aufklärung zu tragen. Die grosse Bedeutung dieses socialdemokratischen Gemeindegewahlsieges besteht vor allem darin, dass er eine feste Majorität schafft und damit dieser Majorität die Möglichkeit gewährt, freier und ungehinderter, namentlich auch gegenüber dem in vielen Fragen als hinderndes Moment im Wege stehenden Berufsbürgermeister, die Umgestaltung der Gemeindeverwaltung nach den fortgeschrittenen Grundsätzen unserer Gemeindepolitik vorzunehmen. Er hat ferner bewiesen, dass eine kluge Politik, wie sie unsere Genossen verfolgt haben, der Socialdemokratie Sympathieen auch in solchen Kreisen verschafft, die nicht als das eigentliche Recrutierungsgebiet unserer Partei gelten.

×
Wir führen heute die Berichterstattung über den Gesetzentwurf der bayrischen Regierung, betreffend Einführung einer GRUNDWERTABGABE, und über den Antrag Dr. Jäger und Genossen, betreffend Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden, (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, II. Bd., pag. 861 ff. und 1904, I. Bd., pag. 78ff) zu Ende. Der Jägersche Antrag kam aus der Ausschussberatung in der folgenden Fassung an das Plenum zurück: Es sei die Staatsregierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher in den Grossstädten und in allen Gemeinden, deren Volkszuwachs innerhalb der letzten Zählungsperiode den Landesdurchschnitt bedeutend (etwa um das Fünffache) überschritten hat, eine Beteiligung von Staat und Gemeinde an der beim Besitzwechsel festzustellenden Steigerung des reinen Bodenwertes (unverdienter Wertzuwachs) in der Weise einführt, dass beide Teile einen angemessenen Betrag von diesem Wertzuwachs erhalten,

wobei die Gemeinden ihren Anteil zur Förderung des Wohnwesens der minderbemittelten Classen verwenden sollen, der Staat seinen Anteil theils für raschere Tilgung der Bodenzinse, theils zu Wohnungszulagen an die staatlichen Beamten und Bediensteten verwendet. In der Plenarberatung über die Ausschussfassung wurde nichts Neues vorgebracht. Die Regierung verhielt sich sehr ablehnend gegenüber diesem Antrage, der von dem Finanzminister sogar für einen Eingriff in das Privateigentum, für eine gewisse Vermögensconfiscation, erklärt worden war. Auch von der Socialdemokratie wurde der Antrag abgelehnt aus den gleichen Gründen, die wir in unserer früheren Rundschau dargestellt haben. Der Antrag des Ausschusses wurde trotzdem angenommen.

Interessanter sind die Schicksale, die die Regierungsvorlage, betreffend Grundwertabgabe, zu erleiden hatte. Der Entwurf war, nachdem er in der Commissionsberatung nur geringe Abänderungen erfahren hatte, in der Abgeordneten-kammer mit allen gegen eine Stimme angenommen worden. Auch die Socialdemokratie hatte dafür gestimmt, obschon sie die Teilung des Ertrages zwischen Staat und Gemeinde aufs entschiedenste bekämpft und die Sätze der Steuer als zu niedrig bezeichnet hatte. In der Kammer der Reichsräte wurde dagegen der Entwurf mit Stimmengleichheit abgelehnt. Hier bezeichnete man denselben als den ersten Schritt zur Vermögenssteuer, vor der natürlich die Herren Reichsräte als Angehörige des Grosscapitalismus die aufrichtigste Furcht empfinden, sprach von einem Ausnahmegesetze gegen den Grundbesitz und was dergleichen Tiraden mehr waren. Alle Bemühungen des Finanzministers waren umsonst. Als der Entwurf gefallen war, reichte dieser, dessen Budgetaufstellung durch die Ablehnung sehr unangenehm aus dem Gleichgewicht gebracht wurde, sein Entlassungsgesuch ein. Dass er dasselbe dann später wieder zurücknahm, ist für uns hier gleichgiltig. Die Vorgänge zeigen aber, welch gewaltigen Rückhalt die Terrainspeculation in den regierenden Classen besitzt, und wie schwierig auch die geringsten Reformen auf dem Gebiete der Bodenpolitik gegen sie durchgesetzt werden können.

✕ Einem höchst interessanten Versuch auf dem Gebiete der Schulhygiene hat die

Stadt Charlottenburg mit dem Beschluss, eine WALDSCHULE für kränkliche Kinder zu errichten, begonnen. Wie überall, befindet sich auch in den Charlottenburger Gemeindeschulen eine nicht geringe Anzahl von Schülern und Schülerinnen — auf 12- bis 1400 bezifferte sie der Berichterstatter der Stadtverordnetenversammlung —, die aus Gründen ihrer schlechten Gesundheit nicht mit den übrigen Schülern gemeinsam unterrichtet werden können. Für sie ist die Schulluft zu schlecht, die Pause zu kurz und die Anstrengung eines 4- bis 5stündigen Unterrichtes zu gross. Es sind das vornehmlich Kinder, die mit schwereren chronischen Krankheiten, wie Lungenleiden, Herzkrankheiten, schwere Anämie und Scrophulose, behaftet sind, die aber doch nicht krank genug sind, um in einem Krankenhause Aufnahme zu finden. Bleiben sie in der Schule, so liegt die Gefahr vor, dass ihr ursprünglich leichteres Leiden sich verschlechtert. Zugleich werden durch sie die gesunden Schüler im Unterricht zurückgehalten. Ohne besondere Fürsorge bleiben diese schwachlichen Kinder in der geistigen Ausbildung zurück, erreichen nur mit Mühe die Reife für die erste Classe und verlassen körperlich und geistig minderwertig die Schule. So gut, wie die Gemeinde für die Kinder mit geistigen Defecten, die Schwachsinnigen, durch die Errichtung besonderer Hilfsclassen erfolgreich ge-orgt hat, ebenso sehr hat sie die Pflicht, auch für diese Classe von Kindern zu sorgen, die auch von der Wohltat der Ferien-colonien meist ausgeschlossen sind, weil ihre Zahl zu gross und die Verantwortung für deren Leiter zu schwer ist. Durch die günstigen Erfolge des *Volkshilfsstättenvereins vom Roten Kreuz* und durch einen im Vorjahre ausgeführten Versuch mit einer Walderholungsstätte für kranke Kinder durch Herrn Dr. Becher angeregt, hatte die Charlottenburger Schulverwaltung bereits die Berathung über die Errichtung einer solchen ähnlichen Anstalt begonnen. Beschleunigt wurde die Sache dann durch eine Resolution der Stadtverordnetenversammlung, die den Magistrat ersuchte, der Einrichtung von Schulsanatorien näher zu treten. Der Magistrat arbeitete nun ein Project aus, das die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung fand. Das Eigentümliche an diesem Projecte gegenüber den bisherigen Walderholungsstätten, wie sie bereits an anderen Orten be-

stehen, ist die Verbindung von hygienischer und pädagogischer Fürsorge. Wie schon der Name besagt, haben wir es hier nicht mit einer reinen Walderholungsstätte für kränkliche Kinder zu tun, sondern mit einer Combination einer voll ausgestatteten normalen Schule mit einer Erholungsstätte. Die Waldschule ist für 100 bis 120 Kinder vom 7. bis 14. Lebensjahr bestimmt, die in 6 aufsteigenden Classen. Knaben und Mädchen gemeinsam, unterrichtet werden sollen. Von einer Einrichtung der untersten Classe wird zunächst abgesehen, da für die Schüler des ersten Schuljahres der Weg zu weit ist. Der Unterricht soll täglich nur 2 bis 2½ Stunden betragen, so dass die vorgesehenen zwei Classenzimmer täglich von mehreren Abteilungen nach einander benutzt werden können. Auf jede Classe sollen etwa 20 Schüler kommen. Als Lehrer sind Gemeindegemeinschaftslehrer und -Lehrerinnen in Aussicht genommen, zur Beaufsichtigung bei den Spielen ausserdem noch eine Hilfslehrerin, oder eine Kindergärtnerin. Der Turnunterricht soll ausschliesslich im Freien stattfinden, der naturwissenschaftliche und geographische gleichfalls, soweit dies möglich. Die Mädchen sollen in der freien Zeit auch mit passenden Handarbeiten beschäftigt, und die grösseren von Zeit zu Zeit auch zu Hilfeleistungen in der Hauswirtschaft herangezogen werden. Die aufzunehmenden Schüler werden vom Schulärzte ausgewählt. Kinder mit ansteckenden Krankheiten sind selbstverständlich ausgeschlossen, daher finden auch Tuberculöse mit Auswurf keine Aufnahme, ebensowenig Schüler mit nicht compensierten Herzfehlern oder offener Scrophulose oder Kinder, welche an Epilepsie, schwerer Hysterie oder an Veitstanz leiden. Die Waldschule soll eine Tageserholungsstätte sein, die Schüler sollen also den ganzen Tag im Walde zubringen. Bei der Ankunft im Walde erhalten die Kinder sogleich $\frac{1}{8}$ l Milch oder einen Teller mit Hafergrütze und eine mit Butter bestrichene Schrippe, und zum zweiten Frühstück wiederum $\frac{1}{8}$ l Milch. Zum Mittagbrot Suppe, durchschnittlich 100 g Fleisch und 200 g Kartoffeln und Gemüse. Zum Vesper nochmals $\frac{1}{8}$ l Milch und eine mit Mus bestrichene Schrippe und endlich vor Antritt des Heimweges gegen Abend eine Suppe mit einem Butterbrot. Vom Mittagbrot bis zur Nachmittagsmilch sollen die Kinder auf dem grünen Waldteppich

oder auf bequemen Stühlen sich ausruhen, womöglich etwas schlafen. In der übrigen Zeit werden sie classenweise unterrichtet, oder sie beschäftigen sich mit Spielen, Turnen, Handarbeiten, Lesen und dergleichen.

Der im Walde hochgelegene Ort ist von dem Mittelpunct Charlottenburgs circa $3\frac{1}{2}$ km entfernt. Für die schwächeren Kinder aus entfernteren Bezirken sind Abonnements auf der elektrischen Bahn in Aussicht genommen. Auf der Waldparcette kommt eine Döckersche Schulbaracke, eine Wirtschaftsbaracke, eine offene Halle, eine Wasch- und Badebaracke, Brunnen und Abort zur Errichtung. Die wirtschaftliche Verwaltung der Anstalt hat der *Vaterländische Frauentverein*, Abteilung für Lungenheilstätten, übernommen. An Verpflegungskosten sind für jedes Kind täglich 50 Pf. vereinbart. Die Eltern sollen für ihre erkrankten Kinder die Pension wieder erstatten. Nur bei nachgewiesener Mittellosigkeit kann ganze oder halbe Befreiung eintreten. Mindestens einmal in der Woche soll ein Arzt die Schule besuchen. Die einmaligen Ausgaben sind auf 20 625 M., die laufenden Ausgaben für die vier Monate Juli bis October auf 11 120 M. berechnet. Den Ausgaben stehen Einnahmen von 4800 M. gegenüber. Man darf gespannt sein, welche Resultate dieser Versuch, Schule und Erholungsheim zu verbinden, in sanitärer und pädagogischer Hinsicht ergeben wird. Fallen dieselben, wie anzunehmen, günstig aus, so ist damit ein Weg gezeigt, die mangelhaften Gesundheitsverhältnisse unserer Volksschüler in zweckmässiger Weise zu verbessern.

×

×
KURZE CHRONIK. In Zwickau haben die Stadtverordneten nach einem Antrage des Rates beschlossen, in die Bezirksschulen den unentgeltlichen Schwimmunterricht für Knaben einzuführen. Leipzig, Dresden und Chemnitz sind in dieser Frage schon vorangegangen. — Auf der 22. Generalversammlung des *Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnwesens* bildete den Hauptgegenstand der Tagesordnung ein vom Geheimrat Küster ausgearbeiteter Gesetzentwurf, betreffend Umlegung von Grundstücken zur Erschliessung von Baugeländen und Bildung geeigneter Baustellen in der Rheinprovinz. Der Gesetzentwurf sieht als Organ die Umlegungscommission und die Generalcom-

mission als entscheidende Instanz vor. In der Debatte bekämpfte Oberbürgermeister Adickes mit Recht die Übertragung der städtischen Umlegungen an die landwirtschaftlichen Zusammenlegungsbehörden. Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit der Gründung einer Baubank für zweite Hypotheken. — Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung hat es abgelehnt, für das projectierte grosse Volksbad die Summe von 800 000 M. als zweite Hypothek herzugeben. Ebenso lehnte sie den socialdemokratischen Antrag, das Volksbad durch die Stadt errichten und betreiben zu lassen. ab. — Der Wurzen Stadtrat hat den Antrag der Gewerkschaften auf Errichtung eines Gewerbegerichtes, der schon seit 14 Jahren immer wieder gestellt wird, wiederum wegen Mangels eines Bedürfnisses abgelehnt.

X
LITERATUR. Unter dem Titel *Damaschke und die Hausagrarien, eine Antwort auf das Steuerprogramm der Bodenreform, von einem Hausbesitzer* /Dresden, E. Pierson/ hat Dr. F. Pabst eine Schrift herausgegeben, in der er das Steuerprogramm der Bodenreformer einer scharfen, aber durchaus zutreffenden Kritik unterwirft. Im Anschluss an die Resultate dieses kritischen Teiles entwickelt er dann ein selbständiges Steuerprogramm der Hausbesitzer. Auch Pabst gibt zu, dass der unverdiente Wertzuwachs besteuert werden soll. Er will ihn aber nur da besteuert wissen, wo eine wirklich realisierbare Leistungsfähigkeit von der Steuer getroffen wird, so dass keine Abwälzungsbestrebungen eintreten werden. Eine solche steuertechnisch nutzbare Leistungsfähigkeit sei beim Boden- und Hausbesitz aber nur in einem Falle vorhanden, nämlich allein da, wo der Wertzuwachs, sei es als Einnahmesteigerung, sei es als realisierter Gewinn, wirklich in die Erscheinung getreten ist. Nach Pabst kann daher die zukünftige Besteuerung des Coniuncturgewinnes an Grund- und Hausbesitz nur erfolgen 1. durch eine Verkehrssteuer vor reinen Coniuncturgewinn bei Grundeigentum ohne laufenden Nutzertrag, erhoben beim Besitzwechsel, und 2. durch eine laufende nach dem Ertrage sich bemessende Coniunctursteuer beim ertraggebenden Grund- und Hausbesitz, ergänzt durch eine Coniuncturgewinnsteuer, die beim Besitzwechsel erhoben wird. Dagegen verwirft er eine besondere Umsatzsteuer neben der

Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses, da sie nur zu einer Steigerung der Mieten führen würde, und verlangt die Aufhebung der heutigen Grund- und Gebäudesteuer, da dieselbe doch nur auf die Mieter abgewälzt werde und, soweit die Abwälzung nicht erfolge, eine nicht zu rechtfertigende Sonderbesteuerung eines wirtschaftlichen Berufes darstelle. Durch die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses soll aber dieser nicht ganz für die Gemeinschaft abgefangen werden, sondern nur ein Teil desselben nutzbar gemacht werden. — Karl Mayer: *Städtische Bauordnungen (Schriften der Österreichischen Gesellschaft für Arbeiterschutz, 5. Heft)* /Wien, Franz Deuticke/ gibt einen kurzen Überblick über die Gesichtspunkte, die in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung bei dem Entwurfe einer Bauordnung zu berücksichtigen sind. Die beigegebenen Pläne erleichtern das Verständnis des Textes. — Die Thissen-Trimbornsche Schrift *Sociale Tätigkeit der Gemeinden* /M. Gladbach, Centralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland/ hat in der neuen (2.) Auflage eine gänzliche Umarbeitung und Erweiterung erfahren. Noch mehr, als bei der ersten Auflage, haben sich die Verfasser darauf beschränkt, typische Beispiele ausführlicher zu beschreiben, und auf die vollständige Aufzählung des Materials verzichtet. Sie haben ferner nur solche Aufgaben der communalen Socialpolitik behandelt, die ziemlich allgemein als spruchreif betrachtet werden. Obwohl vom Standpunkte der Socialpolitik des Centrums aus verfasst, zeigte das Buch die Tendenz nicht in der unangenehmen Form, wie sie uns zum Beispiel in der Jägerschen *Wohnungsfrage* entgegentritt. Wenn wir auch selbstverständlich über die Bedeutung zahlreicher Einrichtungen der communalen Socialpolitik anderer Auffassung sind, als die Verfasser, — das ist besonders bei dem III. Capitel: *Communale Förderung von Handwerk und Kleingewerbe*, bei den Capiteln *Arbeitsnachweis* etc. der Fall — so kann das Buch dennoch als eine bequeme und ziemlich vollständige Übersicht über die sociale Tätigkeit der Gemeinden zum Gebrauch empfohlen werden. Auf jeden Fall ist es wertvoller, als das Buch *Damaschkes Aufgaben der Gemeindepolitik*, das es durch Vollständigkeit, grössere Übersichtlichkeit in der Anordnung des Stoffes

und richtigere Auffassung von der Bedeutung der einzelnen Institutionen übertrifft.

HUGO LINDEMANN

Socialistische Bewegung

Der 7. bayrische LANDESPARTEITAG wurde am 26. und 27. Juni in Augsburg abgehalten; er war von 61 Delegierten besetzt; ausserdem war die Landtagsfraction anwesend. Dem Bericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, dass in Bayern zur Zeit 25 454 Parteigenossen politisch organisiert sind. Der parlamentarische Bericht der Landtagsfraction wurde nach kurzer Debatte gutgeheissen. Ein grosser Teil der Verhandlungen wurde ausgefüllt mit der Debatte über die Wahlrechtsfrage. Segitz hatte hierüber das Referat und schlug eine Resolution vor, die einstimmig Annahme fand. In der selben wird das bayrische Volk aufgerufen, die Reform des Wahlrechts mit verdoppelter Kraft weiter zu betreiben und die endliche Entscheidung darüber zum Hauptpunct der kommenden Landtagswahlen zu machen; in diesem Sinne erklärt der Parteitag, dass die socialdemokratische Partei ihrer Überlieferung getreu den Wahlkampf von allen übrigen Parteien unabhängig und in voller Schärfe führen werde.

×

Der Parteitag in Bremen wird sich voraussichtlich mit einigen Fragen der ORGANISATION zu beschäftigen haben. Da sind einmal die Wünsche nach Vereinheitlichung der Parteiorganisation, die immer lauter werden und mit deren Verwirklichung in einzelnen Kreisen und Provinzen man bereits vorgegangen ist. Das Breslauer Parteiorgan macht den Vorschlag, einen über ganz Deutschland ausgedehnten socialdemokratischen Parteiverband zu gründen und denselben in ganz der gleichen Weise auszubauen, wie die gewerkschaftlichen Centralverbände: der Parteivorstand an der Spitze, in den Provinzen Parteisecreteure, welche die Agitation und Organisation betreiben, und vor allem feste Beiträge an die Hauptcasse der Partei. — Ein anderer Punct im Organisationsstatut, welcher einer Neuregelung bedarf, ist der der Schiedsgerichte. Hier wird der Vorschlag gemacht, ein ständiges Schiedsgericht einzusetzen.

×

Bei den Mülhauser (Ersatz-) GEMFINDERWAHLEN wurden die 5 socialdemokratischen Candidaten mit 4405 bis 4450

Stimmen gewählt. Die Socialdemokratie hat damit die Mehrheit im Gemeinderat (20 von 36 Sitzen) behauptet (vergl. auch die Rubrik *Sociale Communalpolitik*, pag. 658). Durch den Wahlausfall ist der socialdemokratischen Partei unter anderm auch die Wiedererlangung des Abgeordnetenmandats zum Landesausschuss für Elsass-Lothringen bei der in zwei Jahren stattfindenden Neuwahl gesichert.

×

Bei den LANDTAGSWAHLEN im Herzogtum Coburg-Gotha haben unsere Parteigenossen ihre bisherige Stellung nicht behaupten können. Im gothaischen Speciallandtage hatten sie bisher 9 von 30 Sitzen inne; diesmal gewannen sie im ersten Wahlgange nur 6, während sie in einem Kreise in Stichwahl stehen. Im coburgischen Speciallandtage hatten sie bisher nur eins von 11 Mandaten und haben dieses jetzt verloren.

×

Die PARTEIPRESSE entwickelt sich in der erfreulichsten Weise; immer mehr der kleineren Blätter gehen in Parteieigentum über, avancieren von Wochenblättern zu Tageszeitungen, vermehren ihren Maschinenbestand, während die grösseren ihre Auflage ständig vergrössern und in der Technik, Verwaltung und Redaction unausgesetzt Verbesserungen vornehmen. So erscheint seit dem 1. Juli der *Volksfreund* in Karlsruhe in eigener Druckerei, und zwar erheblich vergrössert. Das *Volksblatt für Gotha* wird vom 1. October an täglich erscheinen, statt, wie bisher, dreimal in der Woche. Für das *Norddeutsche Volksblatt* in Bant ist eine Verbesserung in redactioneller und technischer Beziehung in nächster Zeit zu erwarten. Schliesslich werden auch die *Pfälzische Post* in Ludwigshafen und das *Volksblatt für Anhalt* in Dessau nächstens in eigenen Druckereien hergestellt werden. Die Auflage des *Hamburger Echos* hat die 40 000 überschritten! Die Hamburger Genossen sind demnach nicht mehr weit davon, dass die Hälfte der socialdemokratischen Reichstagswähler Abonnenten des Parteiblattes sind.

Seit Anfang Mai erscheint in Berlin, wenn auch nicht als officielles Parteiblatt, das von Eduard Bernstein herausgegebene *Neue Montagsblatt*. Das Blatt, die erste socialistische Montagszeitung überhaupt, ist bestrebt, die Lücke auszufüllen, die das Nichterscheinen des *Vorwärts* am Montags hinterlässt.

Die schweizerische Arbeiterpresse umfasst gegenwärtig 30 Blätter, und zwar 14 politische, wovon 3 täglich, 2 wöchentlich dreimal, 5 wöchentlich zweimal und 4 wöchentlich einmal erscheinen; von den 13 Gewerkschaftsblättern erscheinen 7 wöchentlich und 6 alle 14 Tage; das Genossenschaftswesen wird durch 2 alle 14 Tage erscheinende Blätter, die politische Satire durch ein Monatsblatt *Der neue Postillon* vertreten, ausserdem erscheinen der *Grütlikalender* und der *Arbeiternotizkalender*.

Ein socialistisches Organ in italienischer Sprache geben jetzt unsere New Yorker Parteigenossen heraus. Das Unternehmen ist finanziell gesichert, und die Redaction übernehmen einige italienische Genossen. Der *Avanti*, so heisst das neue Organ, soll unter den circa 5 Millionen Italienern, welche sich in den Vereinigten Staaten aufhalten, verbreitet werden.

× Die Wahl-niederlage der Arbeiterpartei in BELGIEN hat naturgemäss zu Auseinandersetzungen zwischen den Parteigenossen über die in Zukunft einzuschlagende Taktik geführt. Auch der Parteivorstand hat am 22. Juni in Brüssel eine Sitzung abgehalten, in der über die Frage der Taktik verhandelt wurde. Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme einer Resolution, die mit den Worten beginnt: »Der Parteivorstand erinnert die Arbeiterklasse daran, dass die demokratischen und socialen Reformen nur erreicht werden können durch kraftvolle und beharrliche Anstrengungen socialistischer Propaganda und Organisation.« Es wird in der Resolution sodann weiter zum Ausdruck gebracht, dass die Arbeiterpartei ausschliesslich socialistische Propaganda zu betreiben habe, indem sie sich der Organisation und der Erziehung der Arbeiterklasse widme.

× Die neuesten Angriffe MILLERANDS auf das Ministerium Combes werden von seinen ehemaligen engeren Parteifreunden auf das entschiedenste missbilligt. So nehmen in der *Humanité* nach einander die Genossen Viviani und Jaurès das Wort. Aus dem Artikel Vivianis klingt es wie ein Abschied, den der ehemalige Freund einem, der sich abgewandt hat, nachruft. Millerands Wesen sei erfüllt von Ungeduld und Nervosität; wenige Zeit habe genügt, um die bewundernswürdigen Qualitäten von ehemals, die guten Werke

einer schaffensreichen Periode vergessen zu machen. Jaurès warnt zum letztenmal seinen ehemaligen Mitkämpfer. Bemerkenswert ist, wie er das Vorgehen Millerands psychologisch zu erklären sucht. Millerand, so schreibt Jaurès, gehe zweifellos von der Auffassung aus, dass, wenn er nur erst die Macht wieder in den Händen habe, es ihm ein leichtes sein werde, seine jetzigen Helfershelfer abzuschüteln und wieder, getreu seinem Programm, für die Demokratie und den socialen Fortschritt zu arbeiten. Damit glaube er auch die Umstände, unter denen er zur Macht gelangt, wieder vergessen machen zu können. »Die Männer, welche aus Streberei oder Rancune den Feind anrufen gegen ihre eigene Partei, bilden sich ein, dass, einmal Sieger, sie den Feind werden dupieren und die Leitung ihrer Partei wieder übernehmen können.« Das sei der geheime Gedankengang, welcher die Handlungen Millerands seit Monaten leite. »Dieser zeigt eine grosse Menschenverachtung und einen grossen politischen Irrtum, eine bedauernswerte und kindliche Illusion.« Wenn es Millerand morgen gelingen würde — so führt Jaurès weiter aus — das Ministerium Combes mit Hilfe der Klotz, der Doumer, der Leygues und der ganzen klerikalen und nationalistischen Rechten zu stürzen, wenn er sodann eine Regierung constituieren würde, deren Chief oder Inspirator er sein würde, so würde er von der Contrerevolution, deren Werkzeug er gewesen, nicht mehr loskommen. »An die Macht gekommen durch den Klerikalismus und Nationalismus, durch Herrn de Mun und durch Doumer, würde Millerand deren Slave und Werkzeug sein.«

× Bedauerlicher Weise ist ein weiterer Abschluss aus dem *P. S. F.* zu verzeichnen: Gabriel DEVILLE, über dessen Persönlichkeit und Bedeutung für den Socialismus man hier nicht viel Worte zu verlieren braucht, ist von der Seineföderation ausgeschlossen worden, weil er die Autorität des neugeschaffenen *Conseil national*, bestehend aus dem *Comité inter-fédéral* und der Kammerfraction, nicht anerkennen wollte. Ausserdem hat er bei einigen Kammerabstimmungen sich von seinen Fraktionscollegen getrennt; böses Blut machte es, dass er auch gegen Vaillants Milizantrag stimmte. Es wird von diesen Dingen noch ausführlicher in dieser Zeitschrift die Rede sein.

×

×

Trotz der Zerwürfnisse innerhalb der Socialdemokratie ITALIENS (vergl. den Artikel Leonida Bissolatis *Nach Bologna*, pag. 599ff.) hat diese in der letzten Zeit eine Reihe Wahlsiege erfochten. So gewann bei den Ersatzwahlen von Bergamo der socialistische Candidat Maioroni den Sitz mit 1386 Stimmen gegen den Candidaten der vereinigten Reactionäre, der 924 Stimmen erhielt. In Macerata (Umbrien) wurde der socialistische Candidat Antolisci mit 1723 Stimmen gegen 1329, die der Regierungscandidat erhielt, gewählt.

Der Jahresbericht der Socialdemokratie SCHWEDENS über das Jahr 1903 zeigt, dass sich die Partei wieder gut weiter entwickelt hat. Die Mitgliederzahl betrug Anfang des Jahres 49 190 und stieg bis zum Jahreschluss auf 54 552 Mitgliedern. Die grösste Mitgliedschaft ist Stockholm mit 18 021 Mitgliedern, dann folgt Malmö mit 7345. Die Jahresabrechnung der Partei schliesst mit einer Bilanz von 54 231 Kro. Im Berichtsjahr wurden vom Parteivorstand zwei besoldete Agitatoren angestellt.

KURZE CHRONIK. Eine reiche Belastung fand im Monat Juni das *Strafcomito* der deutschen Genossen. Insgesamt wurde erkannt auf 8 Jahre, 5 Monate und 3 Tage Gefängnis, sowie 4738 M. Geldstrafe. — Die Vertretung der Gesamtpartei auf dem internationalen Congress in Amsterdam wurde den Genossen Bebel, Pfannkuch und Singer übertragen. — Auf dem Grabe unseres Parteigenossen Franz Hofmann (Chemnitz) ist ein Grabenkmal errichtet worden. — Von der im Verlage des *Vorwärts* erschienenen Broschüre *Der Zukunftsstaat der Junker* (vergl. pag. 568), die die Herrenhausreden enthält, sind bereits 60 000 Exemplare abgesetzt, und noch immer ist starke Nachfrage. — Im *Socialist*, dem Organ der japanischen Socialisten wird in unerschrockener Weise der Protest gegen den Krieg fortgesetzt.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Nachdem die *Generalcommission* nunmehr die Statistik über die Stärke und Leistungen der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1903 veröffentlicht hat, können wir ein umfassendes Bild der ENTWICKELUNG DER GEWERKSCHAFTEN geben. Über die Mitglie-

derzahlen können wir kurz berichten, da wir diese Seite der Sache bereits in voriger Rundschau erörtert haben. Es hatten die Gewerkschaften im Durchschnitt des Jahres 1903 Mitglieder 887 698 gegen 733 206 im Jahre 1902, also eine Zunahme um 154 492 (21 %) gegen 55 696 (8,2 %). Nur in den Jahren 1896 und 1897 war eine relativ grössere Mitgliederzunahme zu verzeichnen, doch waren die wirtschaftlichen Verhältnisse damals um vieles günstiger, als 1903. Die Jahresschlussziffern, die wir in voriger Rundschau veröffentlicht haben, weisen übrigens um mehr als 50 000 Mitglieder mehr auf, als der Jahresdurchschnitt 1903 beträgt, so dass auch die zukünftige Entwicklung der Gewerkschaften die besten Aussichten bietet. Übrigens haben sich im Jahre 1903 3 Centralorganisationen der *Generalcommission* angeschlossen, die vorher ausserhalb derselben standen, die Wäschearbeiter, Portefeuller und die Blumenarbeiter mit insgesamt rund 3300 Mitgliedern. Die ausserhalb der *Generalcommission* stehenden Gewerkschaftsorganisationen berücksichtigt, ergibt sich folgendes Bild. Es hatten Mitglieder:

	1902	1903	Zunahme 1903
Centralverbände	733 206	887 698	154 492
Localistische Vereine	10 090	17 577	7 487
Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften	102 851	110 215	7 364
Christl. Gewerkschaften	179 799	192 607	12 808
Unabhängige Vereine	56 595	68 724	12 129
in summa	1082 541	1276 821	194 280

Von den einzelnen Organisationen haben nur die localistischen eine grössere relative Zunahme, als die der *Generalcommission* angeschlossenen Gewerkschaften, deren Fortschritte auch erheblich grössere sind, als die aller Organisationen zusammengekommen.

Betrachtet man das Verhältnis der Organisierten zu den Berufsangehörigen, so waren die Ergebnisse der Berufszählung des Jahres 1895 vergleichsweise angezogen, im Jahre 1903 von rund 5 Millionen organisationsfähiger gewerblicher Arbeiter rund 1/4 Million oder rund 25 % gewerkschaftlich organisiert, 887 698 oder 17,70 % davon in den der *Generalcommission* angehörenden Gewerkschaften.

Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen hat im Jahre 1903 ebenfalls und zwar bedeutenden Zuwachs erfahren. Es waren in 28 Gewerkschaften organisiert 40 666 Arbeiterinnen, 12 448 mehr, als im Jahre 1902. Doch liegt die Organisation der Arbeiterinnen noch sehr

im argen; von den weiblichen Berufsangehörigen der betreffenden 28 Berufe waren 1903 nur 4,36 % organisiert. Da bleibt also noch viel zu tun.

Wie die Mitgliederbewegung, so hat auch die Finanzgebahrung der Gewerkschaften im Jahre 1903 aussergewöhnliche Fortschritte gemacht. Die 63 der *Generalcommission* angeschlossenen Verbände hatten im Jahre 1903 eine Einnahme von 16 419 992 M. (gegen 11 097 744 im Jahre 1902) und eine Ausgabe von 13 724 336 M. (10 005 528). Es verblieb am Jahresschluss insgesamt ein Cassenbestand von 12 973 726 M. Die höchsten Einnahmen hatten: die Metallarbeiter 2 814 000 M., die Buchdrucker 1 964 000 M., die Maurer 1 960 000 M., die Holzarbeiter 1 263 000 M., die Zimmerer 655 000 M. und die Bergarbeiter 631 000 M. Ein erfreuliches Zeichen für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen ist es, dass sie es verstanden haben, in den letzten 10 Jahren ihre Beiträge ganz bedeutend zu steigern und trotzdem ihre Mitgliederbestände zu erhöhen. So hatten die Holzarbeiter 1894 26 141 Mitglieder und 7,27 M. Einnahme. Diese betrug im Jahre 1903 15,85 M. pro Kopf bei 79 732 Mitgliedern. Bei den Metallarbeitern betrug die Beitragsleistung 7,62 respective 17,58 M. pro Kopf jedes Mitgliedes, der Mitgliederbestand stieg von 33 406 auf 160 135. Die Maurer hatten eine Beitragsleistung von 6,85 respective 19,38 M. bei 12 580 respective 101 155 Mitgliedern, die Zimmerer steigerten ihre Beitragsleistung von 8,59 auf 24 M., ihren Mitgliederbestand von 8127 auf 27 265. Die grössere Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zeigt sich vor allem auch in den Ausgaben. Dieselben betruhen beispielsweise für Rechtsschutz 150 721 M., für Gemassregelnunterstützung 250 310 M.; für Reisunterstützung 613 870, für Arbeitslosenunterstützung 1 270 053 M., für Krankenunterstützung 944 059 M., für Invalidenunterstützung 189 442. Not- und Sterbefallunterstützung 301 961 M., Strikeunterstützung 4 512 812 M., für Verbandsorgane 890 070 M. Diese gewaltigen Zahlen zeigen uns die Leistungen der Gewerkschaften, soweit sie sich ziffernmässig ausdrücken lassen; viel grösser sind ihre Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet, für die es einen solchen Ausdruck nicht gibt. Und welche erhebliche Arbeit die Gewerkschaften auf diesem Gebiete zu leisten hatten und geleistet haben, das deuten schon die Aus-

gaben für Strikeunterstützung an deren Höhe gegen die des Vorjahres mit 1 930 329 M. auffällt.

Diese Leistungsfähigkeit steigert sich von Jahr zu Jahr. Wir verweisen dafür auch auf die Verbesserung des Vermögensbestandes der Organisationen in den letzten 10 Jahren. Im Jahre 1893 hatten die Gewerkschaften einen Cassenbestand von 800 579 M., im Jahre 1903 von 12 570 972 M.

Zum Schluss sei noch ein Bild der Gesamteinnahmen und -ausgaben aller Organisationen für das Jahr 1903 gegeben. Es hatten 1903 eine

	Jahres- einnahme M.	Jahres- ausgabe M.	Cassen- bestand M.
Centralverbände . . .	16 419 992	13 724 339	12 973 726
Localistische Vereine	—	—	—
Hirsch - Dunckersche	—	—	—
Gewerkvereine . . .	929 412	804 227	1 229 576
Christl. Gewerksch.	1 131 605	938 393	745 107
Unabhängige Vereine	283 011	297 144	331 591
in summa	18 764 920	15 674 070	15 296 970

Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen Deutschlands verfügten 1903 also über 1 276 821 Mitglieder, eine Einnahme von 18 764 920 M., eine Ausgabe von 15 674 070 M. und einen Cassenbestand von 15 296 970 M.

×

×

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker in Berlin hat ein neues Verzeichnis der Tarifanerkennungen nebst einem Adressenverzeichnis der Tariforgane und deren Mitglieder erscheinen lassen. Das Verzeichnis, das am 30. April 1904 abgeschlossen ist, weist gegen das letzte Verzeichnis (30. April 1904, siehe *Sozialistische Monatshefte*, 1904, I. Bd., pag. 412) bedeutsame Fortschritte der TARIF-BEWEGUNG bei den Buchdruckern auf. Es lagen am genannten Zeitpunkt Anerkennungen vor aus 1382 Städten von 4 559 Firmen und 41 483 Gehilfen. Der Gewinn für die Tarifsache seit Erscheinen des letzten Verzeichnisses beträgt demnach: 102 Städte, 500 Firmen, 2800 Gehilfen. Tarifschiedsgerichte bestehen in 39 Orten (+3), paritätische Arbeitsnachweise an 42 Orten (+6).

Allgemach macht sich auch in weiteren Unternehmerkreisen ein grösseres Verständnis für Tarifverträge im Gewerbe bemerkbar. So haben sich kürzlich die Arbeitgeberbesitzer des Berliner Gewerbegerichts einhellig für Tarifverträge ausgesprochen. In den Gewerben und Branchen, wo solche Verträge eingeführt seien, hätten sie den

Frieden und die Einigkeit gefördert und der Allgemeinheit gedient. Die infolge der selben eingesetzten Schlichtungskommissionen functionierten ausgezeichnet, und es sei deshalb die Schaffung solcher Tarifverträge empfehlenswert. Auch die Berliner Handelskammer hat sich in gleichem Sinne geäußert. Sie hat beantragt, bei Submissionen die Bedingung zu stellen, nur solche Unternehmer zuzulassen, die sich verpflichten, die Löhne zu zahlen, die in den Tarifverträgen der betreffenden Branche festgelegt sind.

Anders der *Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten*, der auf seiner am 26. Juni in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung ein Eingehen auf die Frage der Tarifgemeinschaft, als für seine Branche noch lange nicht spruchreife, abgelehnt hat.

Wichtig für Tarifgemeinschaften ist ein Reichsgerichtsurteil, das die Rechtsgiltigkeit des zwischen dem Metallarbeiterverband und den Schwabacher Silberschlägern abgeschlossenen Tarifvertrages anerkennt. Nach demselben waren bei den vertragschliessenden Unternehmern nur Mitglieder des Metallarbeiterverbandes zu beschäftigen. Nichtsdestoweniger war in einem solchen Betriebe ein Mitglied des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, Fetz, beschäftigt worden, er wurde aber auf die Mahnung der Gewerkschafter Müller und Röpner entlassen. Fetz strengte nun gegen die beiden letztgenannten eine Schadensersatzklage an, die nunmehr vor dem Reichsgericht, als der letzten Instanz, abgewiesen worden ist. In dem Urteil wird ausdrücklich die Berechtigung zu dem Abschluss von Tarifverträgen mit Bestimmungen über den Ausschluss bestimmter Personenkreise anerkannt. Die Entscheidung ist um deswillen so wichtig, weil in vielen Fällen Tarifverträge sich nur wirksam durchführen lassen, wenn sie Bestimmungen, wie die vor dem Reichsgericht erfolglos angefochtene des Schwabacher Silberschlägertarifs, enthalten.

Im Maihefte des *Reichsarbeitsblattes* befindet sich auch eine Übersicht über die **ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG** in den deutschen Fachverbänden, die allgemeines Interesse verdient. Danach zahlen Arbeitsloserunterstützung am Ort 45 Verbände (26 Gewerkschaften, 17 Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine und 2 selbständige Vereine), die einzeln aufzuführen zu weit führen würde. Carenz-

zeit, Beginn und Höhe der Unterstützung ist in diesen Verbänden natürlich sehr verschieden. Die Dauer der Unterstützung beträgt höchstens 3 Wochen in 1 Organisation, 4 Wochen in 5 Organisationen (darunter 2 Hirsch-Dunckersche), 30 Tage in 1 Organisation, 5 Wochen in 2 Organisationen, 36 Tage in 1 Organisation, 40 Tage in 2 Organisationen, 24 Tage in 5 Organisationen (darunter 2 Hirsch-Dunckersche), 7 Wochen in 2 Organisationen (darunter 1 Hirsch-Dunckersche), 8 Wochen in 6 Organisationen (darunter 4 Hirsch-Dunckersche), 60 Tage in 2 Organisationen, 70 Tage in 7 Organisationen (darunter 4 Hirsch-Dunckersche), 13 Wochen in 6 Organisationen (darunter 4 Hirsch-Dunckersche), 140 Tage in 1 Organisation. In 9 Organisationen (darunter 1 Hirsch-Dunckersche) steigert sich die Dauer der Bezugsberechtigung je nach der Zahl der Beitragswochen. Diese wenigen Zahlen zeigen uns schon die grosse Verbreitung der Arbeitslosenunterstützung auch bei den freien Gewerkschaften. Und von Jahr zu Jahr wächst die Zahl der diese Unterstützung führenden Gewerkschaften, wie ja seit dieser Zusammenstellung mehrfach zur Einführung der selben geschritten worden ist.

×

In der zweiten Juniwoche fanden die **VERBANDSTAGE** der Schuhmacher, Hutmacher und Brauer statt. Die *Schuhmacher* tagten zu Berlin. Für die durch Urabstimmung beschlossene Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurden die Unterstützungssätze normiert. Entsprechend dem Beitrag von 20, 35 und 50 Pf. pro Woche soll gezahlt werden an Arbeitslosenunterstützung pro Woche für 40 Tage — in einem Jahr 3, 4,50 und 7,80 M., an Krankenunterstützung pro Woche für 78 Tage in einem Jahr 3, 3,30 und 6,60 M. Die Reiseunterstützung beträgt in allen Classen 1 M. pro Tag. Unterstützung in Notfällen soll unter Umständen auch an ledige Mitglieder gezahlt werden. Die Sterbeunterstützung soll für männliche Mitglieder 20 bis 80, für weibliche 10 bis 40 M. betragen, zahlbar vom zweiten Jahr ab, steigend bis zum 20. Mitgliedsjahre. Das Strikereglement wurde verbessert. Anträge auf Verlegung des Sitzes des Vorstandes und der Zeitung nach Berlin, die zu unerquicklichen Debatten führten, wurden mit erheblicher Majorität abge-

lehnt. Die Gehälter der Beamten wurden etwas erhöht. Eingehende Erörterung fand der Punct *Bekämpfung der Heimarbeit* und die Frage der Tarifgemeinschaften. — Die *Hutmacher* hielten ihren Verbandstag in Dresden ab. Der Beitrag und die Staffelunterstützung wurden erhöht, die Reise- und Arbeitslosenunterstützung wesentlich verbessert, die Unterstützungssätze heraufgesetzt. Es wurde Abschluss collectiver Arbeitsverträge befürwortet. — Die *Brauer* tagten in Frankfurt a. M. Die Beiträge wurden von 30 auf 40 Pf. für männliche, von 15 auf 20 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Dafür werden an Krankenunterstützung nach 1jähriger Mitgliedschaft pro Tag 1 M. bis zu 45 Tagen, und bis zu 90 Tagen nach 7jähriger Mitgliedschaft für männliche Mitglieder, für weibliche bei der gleichen Unterstützungsdauer 50 Pf. pro Tag gezahlt. Die gleichen Unterstützungssätze und Bedingungen gelten für die Arbeitslosenunterstützung. Beschlossen wurde noch die Anstellung von sechs besoldeten Gaubeamten und Erleichterungen bei Anstellung besoldeter Localbeamten. Die Strikeunterstützung wurde ebenfalls verbessert. — Die *Graveure* und *Ciseleure* hielten ihren Verbandstag in der vierten Juniwoche in Cöln ab. Der Beitrag wurde von 30 auf 40 respective 50 Pf. erhöht, ebenfalls die Unterstützungssätze der Arbeitslosen-, Strike-, Reise- und Umzugsunterstützung. Der Verbandsvorsitzende wurde zum besoldeten Beamten bestellt. Ferner wurde der gesetzliche Achtstundentag und einheitliche Arbeitsvermittlung, die sich in Händen der Arbeiter zu befinden hat, gefordert.

× ×
 Die *Gewerkschaftscommission* ÖSTERREICHS veröffentlicht in ihrem Organ *Die Gewerkschaft* die Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der österreichischen Gewerkschaften. Danach ist die Zahl der Centralvereine im Jahre 1903 von 47 auf 51 gestiegen, während die Localvereine von 241 auf 192 gesunken sind. Die Zahl der den Ortsvereinen angeschlossenen Ortsgruppen stieg von 1397 auf 1623. Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften betrug 154 665, mit den Arbeiterbildungsvereinen zusammen 177 592, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 19 487 Mitgliedern (14,41%) bedeutet. In Wien gehören den Gewerkschaften 44 504 männliche und 3649 weibliche Mitglieder an; es sind das 31,13% der Gesamtmit-

gliederzahl Österreichs. Die grösste Gewerkschaft ist die der Eisenbahner mit 28 036 Mitgliedern, ihr folgen die der Eisen- und Metallarbeiter mit 16 667, der Textilarbeiter mit 11 932, der Buchdrucker mit 10 997 und der Holzarbeiter mit 10 747 Mitgliedern. Die bestfundierte Gewerkschaft ist die der Buchdrucker mit einem Vermögensstand von 202,29 K. pro Kopf der Mitglieder. Der Gesamtdurchschnitt des Vermögensbestandes aller Gewerkschaften beträgt aber nur 24,62 K. pro Mitglied; die meisten der kleineren Gewerkschaften haben nur einen Vermögensdurchschnitt von weniger als 15 K. Über die Cassenverhältnisse noch folgende Generalziffern: Die Einnahmen der Gewerkschaften beliefen sich im Jahre 1903 auf 5 540 547 K., die Ausgaben betragen 2 705 153 K. Unter den Ausgaben befinden sich für Arbeitslosenunterstützung 474 968 K., für Kranken-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenunterstützung 575 636 K. Der Vermögensstand der gesamten Organisationen, der Ende 1902 3 411 582 K. betrug, ist im Berichtsjahre auf 3 838 150 K. gestiegen. Von diesem Vermögensstand entfallen auf die Buchdrucker allein 2 224 585 K. Langsam, aber stetig vorwärts geht es auch mit der Widerstandskraft der österreichischen Gewerkschaften.

× ×
 Über die gewerkschaftliche Bewegung in UNGARN finden wir in der *Gewerkschaft* einige Angaben. Danach hat die ungarländische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1903 ebenfalls einen grossen Aufschwung genommen. Das zeigen schon die Mitgliederzahlen. Es waren am Schlusse des Jahres 1903 organisiert in den Gewerkschaften 39 315 Männer und 1833 Frauen, gegen 14 330 respective 940 am Jahresschluss 1902 und 9255 respective 744 am Jahresschluss 1901. Besonders einige Landesorganisationen haben sich riesig emporgeschwungen. Der Eisen- und Metallarbeiterverband begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1903 seine Tätigkeit. Er verfügte am Schluss des Jahres schon über 7500 Mitglieder. Einen noch erfreulicheren Aufschwung hat der Bauarbeiterverband zu verzeichnen, aber auch die Organisationen der Schneider, Holzarbeiter, Schuhmacher, Buchdrucker und Buchbinder haben schöne Erfolge aufzuweisen. Die Gewerkschaften Ungarns haben mit ständigen schweren Verfolgungen der Behörden zu kämpfen gehabt. Wirkte das auf der einen Seite hemmend

auf ihre Entwickelung durch die erheblichen persönlichen Opfer, die fortgesetzt notwendig waren, so trug es doch auch zur inneren Festigung und Vereinheitlichung bei; womit wieder bewiesen ist, dass behördliche Unterdrückungen den Fortschritt der Arbeiterbewegung eher fördern als hemmen.

Mit dem Aufschwung der ungarländischen Gewerkschaften sind auch ihre Erfolge gewachsen, was allein schon die grosse Zahl der in den beiden letzten Jahren siegreich durchgeführten Strikes beweist.

X
KURZE CHRONIK. Der Centralverband des Massage-, Bade- und Krankenpflegepersonals tritt nach dem Ergebnis einer Urabstimmung am 1. Juli in den *Verband der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter* über; die *Sanitätskarte*, das bisherige Organ des ersten Verbandes erscheint vom gleichen Zeitpunkt ab als Agitationsbeilage des Organs der Gemeindearbeiter, der *Gewerkschaft*. — Ein *Verein deutscher Correctoren* wurde am 26. Juni in Berlin begründet, als integrierender Teil des Buchdruckerverbandes. — Im *Verbande der Dachdecker* fand die von der letzten Generalversammlung beschlossene Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung statt. Dieselbe hatte das bedauerliche Resultat, dass die Einführung der Unterstützung abermals mit grosser Mehrheit abgelehnt wurde. An Stelle der Arbeitslosenunterstützung tritt nun am 1. Juli dieses Jahres eine Sterbeunterstützung mit Sätzen von 30 bis 50 M. — Bei der *Gewerbegerichts-wahl* in Coblenz siegten die Candidaten der freien Gewerkschaften gegen die der christlichen, während in Duisburg, Aachen und Eupen Stadt die Christlichen siegten.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

U
 nter starker Beteiligung von 423 Delegierten, die 194 deutsche Consum- und Productivgenossenschaften vertraten, und in Anwesenheit einer grossen Anzahl Gäste wurde am 13. Juni in Hamburg der erste ordentliche **GENOSSENSCHAFTSTAG** des *Centralverbandes deutscher Consumvereine* eröffnet. England hatte 8 Vertreter entsandt, Holland 4, Dänemark 3, die Schweiz 2 und Frankreich 1. Ferner waren vertreten die Gewerkschaften der Lagerhalter, der Handlungsgelhilfen, der Handels-, Transport- und Ver-

kehrsarbeiter und der Bäcker. Reichsregierung und Senat hatten ihr Nichterscheinen mit der *Lage der Dienstgeschäfte* und den *Umständen* entschuldigenden lassen. Es ging aber auch so.

An die Begrüssungsreden der Gäste, die alle von Fortschritten in ihren Heimatländern zu berichten wussten, schloss sich der vom Vorsitzenden Radestock erstattete *Geschäftsbericht des Vorstandes* an. Der Vorstand hat in diesem 1. Jahre bereits fleissig gearbeitet. Er hat die Umgestaltung der früheren Schriftleitung der *G. E. G.* zum Secretariat des Verbandes bewerkstelligt, die Vorarbeiten zur Errichtung einer Angestelltenversicherungscasse erledigt und die Tarifverhandlungen mit den Bäckern und Handelsarbeitern geführt. Auch beteiligte er sich durch Delegationen an mehreren ausländischen Congressen.

Sodann folgte der sehr eingehende *Bericht des Verbandssecretairs* Heinrich Kaufmann, der eine Systematik der verschiedenen Genossenschaftsarten und einen Situationsbericht über den Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung im allgemeinen und der im *Centralverband* organisierten im besonderen gab, auf dessen ausserordentlich wertvolles, in Nr. 25 der *Consumgenossenschaftlichen Rundschau* zusammengestelltes Material wir aufmerksam machen wollen. Nachfolgend einige Zahlen des selben. Nach der von der *Preussischen Centralgenossenschaftscasse* aufgenommenen zuverlässigsten Statistik bestanden in Deutschland am 1. Januar 1904 22 131 Genossenschaften mit 3 208 324 Mitgliedern. Davon waren Creditgenossenschaften 13 686 (mit 1 818 624 Mitgliedern), Consumgenossenschaften 1741 (818 915), landwirtschaftliche Bezugs- und Verwertungsgenossenschaften 538 (106 479) und Productivgenossenschaften 40 (3648). Kaufmann ergänzt diese Zahlen noch für die Consumgenossenschaften, deren Gesamtzahl er unter Hinzuziehung der nicht eingetragenen Vereine auf 1915 mit 1 023 644 Mitgliedern, einem Gesamtumsatz von rund 250 Mill. und einem Reingewinn von 25 Mill. M. schätzt. Davon gehörten dem *Centralverband* Ende 1903 666 Vereine an, wozu noch 18 Productivgenossenschaften traten.

Über die Frage der Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherungscasse für die Angestellten, deren Referent Verbandsvorstand Schmidtchen war, entspann sich

eine ziemlich lebhafte Discussion. Es zeigte sich, dass die Versammlung, wie die Leitung des *Centralverbandes* in ihrer Mehrheit selbst, mit dem vorgelegten, auf Grund der staatlichen Versicherungsgesetze ausgearbeiteten Entwurf nicht zufrieden war, da insbesondere die Beiträge zu hoch und das dafür Gebotene zu gering seien. Es wurde daher der Vorstand beauftragt, unter Mitwirkung von drei vom Genossenschaftstag gewählten Mitgliedern zu prüfen, ob sich nicht auf dem Boden der freien Versicherung oder im Anschluss an eine bestehende Versicherungscasse ein günstigerer Modus finden lasse, und dem nächsten Genossenschaftstag eine entsprechende Vorlage zu machen.

In einem sehr gediegenen Vortrage gab Dr. Reinhold Riehn eine Übersicht über den Stand der Besteuerung der *Consumvereine* in den verschiedenen deutschen Einzelstaaten, dabei die Ungerechtigkeit jeder Besteuerung der ja nicht dem Erwerbe ihrer Mitglieder dienenden Consumgenossenschaften nachweisend. Sodann referierte Geschäftsführer Lorenz von der *G. E. G.* über die Organisation des genossenschaftlichen Wareneinkaufs und Verbandsdirector Barth über die *consumgenossenschaftliche Eigenproduction*. Im Anschluss an den letztgenannten Vortrag machte Ingenieur Diesel-München eine Reihe interessanter Vorschläge zur Beschleunigung dieser Entwicklung, die er übrigens auch in gedruckter Form (siehe pag. 671) den Teilnehmern des Genossenschaftstages vorlegte. Leider nahm niemand Veranlassung, auf das von ihm Gesagte in zustimmendem oder kritischem Sinne einzugehen.

Der nächste Punct der Tagesordnung, der *collective Arbeitsvertrag* mit den in den Genossenschaften des *Centralverbandes* beschäftigten Personen wurde nur zum Teil vor dem allgemeinen Forum des Genossenschaftstages verhandelt, sofern nämlich Verbandssecretair Kaufmann einen die allgemeinen Gesichtspuncte der Frage behandelnden Vortrag hielt. Die Prüfung und Durchberatung der vorgelegten Tarife (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1904, I. Bd., pag. 249 und 497) geschah in Sonderverhandlungen der die betreffenden Arbeiterkategorien beschäftigenden Genossenschaften und Vertreter der ersteren. Der Entwurf der Bäcker, dessen Forderungen, wie allseitig

anerkannt wurde, sich innerhalb bescheidener Grenzen hielten, wurde mit 18 gegen 16 Stimmen den Genossenschaften zur Einführung empfohlen; der der Handels- und Transportarbeiter erwies sich dagegen als unannehmbar, es soll der Verbandsvorstand mit dem Vorstand dieser Gewerkschaft erneute Verhandlungen zwecks Vorlage eines neuen Tarifs zum nächsten Genossenschaftstag treten.

Ferner empfahl der Genossenschaftstag den Vereinen die Einführung von vorübergehend oder für bestimmte Bezirke dauernd zu constituierenden *Schiedsgerichten* zur Schlichtung von Differenzen zwischen den Genossenschaften und ihren Lagerhaltern.

Das ausscheidende Vorstandsmitglied Schmidchen, sowie die drei Ausschussmitglieder von Elm, Poppig und Staudinger wurden einstimmig wiedergewählt und sodann der in jeder Beziehung befriedigend verlaufene Genossenschaftstag nach zweitägiger Dauer geschlossen.

X X
Ihm folgte am 15. und 16. Juni die 10. ordentliche *GENERALVERSAMMLUNG DER G. E. G.*, die gleichfalls eine imposante Beteiligung in- und ausländischer Delegierten aufwies. An den vom Geschäftsführer Scherling erstatteten Geschäftsbericht, den wir bereits besprochen (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1904, I. Bd., pag. 496), knüpfte sich diesmal eine etwas lebhaftere Debatte. Die *G. E. G.* ist jetzt gross genug und steht gefestigt genug da, um auch etwas Kritik vertragen zu können; ja, eine solche liegt sogar in ihrem Interesse, wenn sie nur von dem aufrichtigen Bestreben, das Wohl des Unternehmens zu fördern, dictiert ist. Von diesem demokratischen Rechte wurde also mehrfach Gebrauch gemacht, indem von verschiedenen Seiten die etwas kostspielige Verwertung der Gesellschaft und sonstige kleinere Missstände beanstandet wurden. Die Geschäftsführung gab die gewünschte Auskunft und erklärte die hohen Spesen als zum Teil durch aussergewöhnliche Umstände veranlasst. Demnach dürfen wir also in dieser Beziehung eine Besserung erwarten; es wird jedenfalls auch die kleine Aussprache ihr Teil dazu beitragen.

Die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung der Geschäftsführer erfolgte einstimmig. Zur Verteilung des Reingewinns lagen Anträge vor, statt der vorgeschlagenen 40 % den gesamten Reingewinn dem Genossenschafts-

vermögen zuzuschreiben. Obgleich diese Anträge ziemlich allgemeiner Sympathie begegneten, wurden sie als statutenwidrig vom Vorsitzenden nicht zur Abstimmung gebracht. Wir können diese Auffassung nicht teilen, da der betreffende statutarische Passus nur besagt, dass mindestens 40 % zurückzulegen sind, also eine höhere Zuweisung nicht ausschliesst. Es wurde sodann die von der Verwaltung vorgeschlagene Verteilung genehmigt, nach der also $2\frac{0}{100}$ (nicht 2%, wie es in unserem ersten Bericht irrtümlicherweise hiess) Rückvergütung auf den Umsatz der angeschlossenen und $1\frac{0}{100}$ auf den der nicht angeschlossenen Vereine rückvergütet werden wird.

Geschäftsführer Lorenz machte sodann noch sehr interessante Angaben über die Errichtung der Seifenfabrik in Aken. Er erwähnte die Schwierigkeiten, die der Erwerb des Terrains durch einen vorzeitigen Artikel in einem socialistischen Blatte verursacht wurden, und gab dann eine Übersicht über die durch die Anlage entstehenden Kosten. Das 28 822 qm grosse Terrain selbst, das aber für mehrere Fabriken Raum bietet, hat 49 548 M. gekostet. Die Baulichkeiten sind auf 470 000 M. veranschlagt, die technischen Anlagen auf 160 000 M., der Gleisanschluss auf 29 500, die Kosten des ganzen Unternehmens, das eine tägliche Leistungsfähigkeit von 400 Ctr. Seife haben und die grösste Seifenfabrik Deutschlands sein wird, also auf rund 700 000 M. Davon sind 325 000 M. bereits durch Vereine gezeichnet; der Rest wird durch Hypotheken gedeckt werden müssen. Als Ort für die nächste Generalversammlung und den Genossenschaftstag wurde Stuttgart bestimmt, dessen Consumverein sein 40jähriges Jubiläum feiert. Eine gemeinsame Dampferfahrt nach dem schönen rot-weiss-grünen Eiland beschloss die von einem frischen fröhlichen Geist getragene Hamburger Genossenschaftstage.

× Unsere landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung ist soeben dabei, sich eine bedeutsame Institution zu schaffen. Der Reichsverband hat die Errichtung einer LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTSSCHULE beschlossen, die der theoretischen und praktischen Ausbildung von Genossenschaftsbeamten, Geschäftsführern, Verbandsrevisoren, Wanderlehrern u. s. w. dienen soll. Die Schule wird ihre Tätigkeit Ende

September mit einem fünfwöchentlichen Unterrichtscursus in Darmstadt beginnen, der für alle Teilnehmer vollständig kostenlos sein wird. Aus den für den Lehrplan vorgesehenen Gegenständen nennen wir: Genossenschaftsrecht, allgemeine und genossenschaftliche Buchführung, Geld- und Creditwesen, genossenschaftliche Verwaltungslehre, Eisenbahntarifwesen.

Auch für unsere Consumvereine, besonders bei der rapiden Ausdehnung dieser Bewegung, besteht das dringende Bedürfnis nach einer solchen centralen Ausbildungsstelle, wo der zukünftige Geschäftsführer das comprimierte Wissen und die Erfahrung von Genossenschaftsgenerationen in sich aufnimmt, zu deren mühsamer empirischer Aneignung er sonst zum Nachteil des von ihm geleiteten Unternehmens oft viele Jahre braucht. Die genossenschaftliche Unerfahrenheit, besonders in den Verwaltungen junger Consumvereine in grösseren Städten, richtet oft mehr Schaden an, als der Fernstehende ahnt, da die Begeisterung und Opferwilligkeit des guten Kernes unter den Mitgliedern die Bewegung über diesen toten Punkt hinauszutragen pflegen. Hier erwächst also unserem jungen rührigen Centralverbände eine schöne und hoffentlich in nicht zu ferner Zeit zu lösende Aufgabe.

×

Was wir bereits in unserer letzten Rundschau (pag. 573) als Befürchtung aussprachen, das ist inzwischen schneller, als gedacht, zur Tatsache geworden: der preussische Eisenbahnminister hat an sämtliche Eisenbahndirectionen eine Verfügung gerichtet, die das genossenschaftliche COALITIONSRECHT DER EISENBÄHNER illusorisch macht. Herr von Budde will die Übernahme von Verwaltungsstellen in Consumvereinen durch seine Eisenbahner, sowie die Hergabe von fiscalischen Räumlichkeiten zum Geschäftsbetrieb nur in Fällen gestattet wissen, wo ein unabweisbares Bedürfnis vorliegt. Ein solches Bedürfnis ist aber nach seiner Ansicht nur vorhanden, 1. wenn die Bediensteten zu weit von den geschäftlichen Mittelpunkten wohnen, 2. wenn dauernde Teuerungsverhältnisse in dem betreffenden Orte herrschen, 3. wenn andernfalls ein Beitritt der Eisenbahner zu gefährlichen Consumvereinen zu befürchten ist.

Der Wunsch eines Herrn, wie der Herr Eisenbahnminister, ist natürlich Befehl,

und der aus der ganzen Verfügung nur zu deutlich herausleuchtende Wunsch, die Eisenbahner möchten überhaupt keine Consumvereine gründen, wird schon die entsprechenden Massregeln zeitigen. Da nun der Beitritt zu gewöhnlichen Consumvereinen, in deren Verwaltungen ja meistens Socialdemokraten mit sitzen, auch verboten ist, so ist den Eisenbahnbefindeten damit ein ihnen von der Verfassung gewährleitetes Staatsbürgerrecht glattweg abgeschnitten. Werden sich Mutige finden, die gegen eine solche rechtswidrige Behandlung öffentlich Opposition zu machen wagen?

×
KURZE CHRONIK. Im Juni sind in Württemberg und Hessen consumgenossenschaftliche Landesorganisationen geschaffen worden, deren Hauptzweck die Abwehr gegnerischer Angriffe, insbesondere drohender Steuerchicanerungen, durch Eingaben, Agitation, Abhalten von Protestversammlungen, Verfassung von Flugblättern u. s. w. ist. — Auf dem 16. Verbandstage der elsässischer Consumvereine am 19. Juni in Lutterbach wurde nach ziemlich erregter Debatte ein Antrag, dem *Centralverband deutscher Consumvereine* beizutreten, mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. — In der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung wurde die *Umsatzsteuer*-vorlage in der Fassung des Magistrats, die also die Genossenschaften unter gewissen Bedingungen freilässt, angenommen. — Dem auf der Generalversammlung der dänischen Grosseinkaufsgesellschaft in Odense gegebenen Geschäftsbericht zufolge hat die Gesellschaft im letzten Jahr einen Umsatz von 19 765 000 Kr. und einen Überschuss von 287 000 Kr. erzielt, von dem eine 4½-prozentige Rückvergütung verteilt werden soll; die Generalversammlung beschloss die Errichtung einer Seifenfabrik und einer Seilereifabrik.

×
LITERATUR. Als Festschrift zum 1. ordentlichen Genossenschaftstag hat Heinrich Kaufmann im Auftrage der G. E. G. eine *Geschichte des consumgenossenschaftlichen Grosseinkaufs in Deutschland* (Hamburg, *Centralverband deutscher Consumvereine*) herausgegeben. In knappen Umrissen schildert er das Werden und Vergehen der ersten Grosseinkaufsorganisation in Mannheim Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, um sodann eine ausführliche Ge-

schichte unserer heutigen Grosseinkaufsgesellschaft, ihres Entstehens, ihrer Kämpfe und ihrer Erfolge zu geben. Das Buch ist mit zahlreichen Abbildungen, sowohl der Geschäftsräumlichkeiten, als auch aller Personen, die als Leiter, Aufsichtsräte und Angestellte mit der Gesellschaft in Beziehung stehen oder standen, geschmückt. — Rudolf Diesel hat die Ideen und Vorschläge, die er dem Genossenschaftstag vorgelegt hat, auch als Broschüre unter dem Titel *Genossenschaftliche Eigenproduction* (München, Ernst Reinhardt) veröffentlicht. Um die Entwicklung zur Eigenproduction zu beschleunigen, regt Diesel die Errichtung einer *Centralgenossenschaftsbank deutscher Consumvereine* an, die durch Ausgabe von fest verzinslichen Schuldscheinen, die als Blancoindossaments von Hand zu Hand gehen können, die Mittel zur Errichtung weiterer Productivbetriebe beschaffen soll. Die Haftung geschieht 1. durch entsprechende Erklärung der an der Bank beteiligten Consumvereine, 2. durch die Verpfändung der ganzen Betriebe. Diesel glaubt, dass unter diesen Umständen das Publicum die Cassen der Bank mit Capitalsangeboten bestürmen werde. Dessen sind wir nun allerdings nicht so gewiss, da die grossen Capitalisten nicht gern eine ihnen feindliche Institution unterstützen, die kleinen aber, die Sparcasseneinleger, die immer lieber sicher gehen, zunächst zurückhaltend sein werden. Noch mehr scheint uns eine allzu starke Beschleunigung des Entwicklungstempos an dem Mangel an geeigneten leitenden Persönlichkeiten zu scheitern. Immerhin sind die Dieselschen Vorschläge durchaus beachtenswert und verdienen eine eingehende Prüfung, da eine solche Bank uns möglicherweise doch schneller, als auf dem bisherigen Wege einer allmählichen Capitalansammlung aus den Überschüssen, unserem Ziele näher führen wird. — Unter dem Titel *Die Umsatzsteuer im Dresdener Stadtparlament* (Dresden, Kaden & Co.) ist von Hermann Fleissner der stenographische Bericht über die letzten Verhandlungen der Dresdener Stadtverordneten, die zur Annahme dieses steuerlichen Monstrums führten, herausgegeben worden. Fleissner schiebt dem Protokoll eine kurze orientierende Einleitung voraus, in der er die gesamte Opposition, also bürgerliche Linke und Socialdemokratie, zu einem Zusammengehen bei den nächsten Stadtratswahlen auffordert, um die

jetzige reactionäre Mehrheit hinauszu-
fegen. — Die der Jugend erzählte *Geschichte der Consumvereine in England* von Isa Nicholson ist jetzt vom *Verband schweizerischer Consumvereine* in deutscher Übersetzung herausgegeben worden; sie eignet sich durch ihre hübsche Ausstattung, die vielen anschaulichen Bilder und durch den ansprechenden gemütvollen Ton so recht zum Agitationsschriftchen, und zwar nicht nur für die heranwachsende Jugend. Die Verfasserin, eine sehr tätige Genossenschaftlerin, ist leider vor kurzem einem längeren schweren Leiden erlegen.

Im *Archiv für Socialwissenschaft und Socialpolitik* ist eine Arbeit von F. Wetzelar-Kilzer erschienen, betitelt *Die Preise der Consumvereine und der Detaillisten*. Sie stellt das Ergebnis einer Reihe von Untersuchungen zusammen, die über Preise, Gewicht, Qualität, Verhältnis der Preise zum wirklichen Wert der Waren einer Anzahl Privatgeschäfte in Frankfurt a. M. und des dortigen Consumvereins vorgenommen wurden. Je nach den Gesichtspunkten, nach denen die Untersuchungen vorgenommen wurden, weisen die Tabellen natürlich sehr verschiedene Resultate auf. Das massgebendste ist wohl das derjenigen Tabelle, die das Verhältnis der Preise zum Detailwert angibt. Sie zeigt folgende Reihenfolge: Warenhaus, das auch einzelne Colonialwaren führt, 88,48%, Grossdetaillist mit Filialen 98,42%, Consumvereinsladen 102,91%, Kleinhändler in der Nähe des Consumvereins 115,36%, anderer Kleinhändler 126,96%, Grossdetaillist mit 1 für die vornehmere Kundschaft berechneten Laden 134,24%, Kleinhändler in der Altstadt 137,67%. Man sieht, dass der Consumverein, dessen 3-procentige Rückvergütung hier noch nicht in Berücksichtigung gezogen ist, ziemlich gut abgeschnitten hat, obgleich der selbe erst seit 4 Jahren besteht, mit verhältnismässig hohen Spesen zu rechnen hat, also noch keineswegs auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist. In gleich objectiver Weise durchgeführte Untersuchungen in anderen Städten mit entwickelteren Consumvereinen würden jedenfalls noch günstigere Resultate aufweisen.

GERTRUD DAVID

Frauenbewegung

Die bürgerliche Frauenwelt hat einen grossen Augenblick erlebt. In der Woche vom 13. bis zum 18. Juni haben

sich in Berlin die Vertreterinnen von 7 bis 8 Millionen Frauen zum INTERNATIONALEN FRAUENCONGRESS zusammengefunden. Der Wert solcher Tagungen liegt selbstverständlich nicht auf dem Gebiet positiver Arbeit. Die kann bei solcher Gelegenheit weder geleistet, noch nach Verdienst und in vollem Umfang gewürdigt werden. Wohl aber werden hier grössere Gesichtspunkte gewonnen, wertvolle Anregungen persönlicher und sachlicher Art werden gegeben, fruchtbringende Beziehungen werden angeknüpft. Rückständigkeiten treten im scharfen Licht internationaler Beleuchtung doppelt stark hervor und beflügeln die reformierende und abwehrende Tatkraft.

Darum sollte es aber auch vor allen Dingen Sache der Veranstalter solcher Massenmeetings sein, Kleines und Kleineliches, Wesenloses und Unwesentliches, zumindest in diesem Zusammenhang klein und unwesentlich, auszuschalten und nur die grossen Gesichtspunkte in knapper und doch erschöpfender Darstellung zu entrollen. Daran hat es der Congress aber fehlen lassen. Ein Blick auf das alle Betätigungsgebiete der Frau bis auf die kleinsten Enclaven umfassende Programm der Tagung musste selbst den Unkundigsten davon überzeugen, dass hier weniger mehr gewesen wäre. Vorausgesetzt selbst, dass überall die tüchtigsten, mit ihren Specialgebieten wohlvertrauten Kräfte zu Referentinnen bestellt waren: eine Förderung ihrer Einzelbestrebungen konnten sie von dem Congress nicht erwarten, während es der Sache selbst zweifellos förderlicher gewesen wäre, wenn die Überblicke über das Gesamtarbeitsgebiet einer Section von einer Stelle ausgegangen wären, wenn die übersichtliche und erschöpfende Behandlung einiger Centralpunkte mit anschliessender gründlicher und freier Discussion die Richtung gebenden Probleme in ihrer ganzen Fülle und Grösse gezeigt und geklärt hätte. So wuchs die Zahl der Vorträge ins Ungemessene, die Eindrücke jagten, übertürmten und überstürzten sich, und manches ging verloren oder wurde minder wirksam, was bei einer besseren Ökonomie der Zeit und Kräfte in ganz anderer Weise zur verdienten Geltung hätte kommen können. Dieser Mangel ist indes der Unerfahrenheit geschuldet und schmälert im übrigen keineswegs das Verdienst der tüchtigen Führerinnen und Leiterinnen der Veranstaltung.

Die Berichterstattung muss sich an einer summarischen Übersicht genügen lassen. Eröffnet wurde der Reigen der internationalen Veranstaltungen durch die am 3. und 4. Juni tagende Konferenz für Frauenstimmrecht, die zur Gründung eines *Weltbundes für Frauenstimmrecht* führte. Sein Programm verlangt auf Grund der eingeborenen Menschenrechte die gleiche persönliche Freiheit und die gleichen politischen, gesellschaftlichen und sittlichen Rechte für Mann und Weib und nimmt als derzeitigen Ausgangs- und Brennpunkt aller einschlägigen Bestrebungen den Kampf um das Frauenstimmrecht. Dem Bund haben sich bis heute 10 Staaten angeschlossen, von denen 7, die Vereinigten Staaten, Deutschland, England, Holland, Norwegen und Schweden, bereits Organisationen zu gunsten des Stimmrechts besitzen. In der Schweiz, Österreich-Ungarn, Neuseeland werden solche erst angestrebt. Einstweilen sind diese Länder nur durch Einzelmitglieder vertreten. Bereits zu einem günstigen Ende geführt ist die Sache des Frauenstimmrechts in 5 australischen Colonieen. Dort besitzen die Frauen bereits das Stimmrecht und bedienen sich seiner in mustergiltiger Weise und zum Besten des Staatsganzen. Ein besonderes Relief bekam die Stimmrechtskonferenz durch die Gegenwart und tätige Teilnahme ihrer ältesten Propagandistin, der 84jährigen Vorkämpferin für Frauenrechte Susan Anthony. Zu bedauern ist, dass die deutschen Propagandistinnen des Stimmrechts nicht den Mut hatten, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu verlangen, sondern sich mit einem verlausulierten Censurwahlrecht zufrieden geben wollen, während die Führerin der gemäßigten Richtung, Frau Marie Stritt, sich für das Wahlrecht ohne jede Einschränkung aussprach.

Der Arbeitswoche des allgemeinen Congresses gingen Festlichkeiten voraus, wie die Feier im Lettchhaus, der Begrüssungsabend in der *Philharmonie*. Und höfische Empfänge und Ehrungen mannigfacher Art bei der Kaiserin, dem Kanzler, dem Minister des Innern u. s. w. bildeten den bunten Rahmen, in den die Verhandlungen gespannt wurden, während zur gleichen Zeit die dem kaufmännischen Gewerbe angehörenden Frauen nach dem Willen der Regierung und durch die Kraft des Gesetzes auf Jahre hinaus entrechtet wurden, da die neu geschaffenen Kaufmannsgerichte nur um den Preis des

Verzichtet auf das active und passive Wahlrecht der Frau von der Regierung zugestanden wurden.

Die Generalversammlung des *I. C. W.* (*International Council of Women*) fand am 8. Juni statt. Nach den einleitenden geschäftstechnischen Verhandlungen discutierte man Anträge betreffend: a) Massregeln gegen den internationalen Mädchenhandel, b) das Frauenstimmrecht, c) die Vertretung im *I. C. W.* nach politischen und nationalen Gesichtspunkten. d) den Ort der nächsten Generalversammlung. Aus den Berichten sind die von Neusudwales und Frankreich hervorzuheben. Aus dem ersteren geht hervor, wie weittragend die Interessen- und Einflussphäre der Frauen geworden und wie sehr sie zum Heile der ganzen Entwicklung ist. Besonders bemerkbar machte sich das in der Gesetzgebung und zu Wahlzeiten. In Frankreich umschliesst der Bund auch die Arbeiterinnengewerkschaften, was als ein Anfang der Solidarität des gesamten Frauentums in bestimmten Fragen anzusehen ist.

Ausserordentlich zu begrüßen ist auch, dass das bisherige dürftige Arbeitsprogramm des Frauenweltbundes dadurch eine Bereicherung erfuhr, dass man die energische Bekämpfung des Mädchenhandels und den Kampf für die Erringung politischer Rechte neu aufnahm. Der eigentliche Congress setzte Montag, den 13. Juni, mit den Sitzungen sämtlicher Sectionen ein, in denen an diesem einen Tag 50 Vorträge gehalten wurden. In ähnlicher Weise an jedem der folgenden Tage, insgesamt 300 Vorträge. Eine besondere Würdigung selbst hervorragender Leistungen ist unter solchen Umständen unmöglich. In der Abteilung *Frauenbildung* nahmen die Erörterungen über Coeducation, Frauenbildung, und Mutterschaft, wie die über Volksgärten der wohlverdienten breiten Raum ein. Frau Henriette Goldschmidt forderte Verstaatlichung der Kleinkinderschulen. Hervorzuheben sind die Volksbildungsbestrebungen in Dänemark, wo alljährlich etwa 14- bis 15 000 Bäuerinnen durch Wandercourse unterrichtet und fortgebildet werden. Aus America wird mitgeteilt, dass zur Zeit dort 28 000 Frauen dem Universitätsstudium obliegen. Mitzerwähnen ist eine Nachmittagsversammlung des *Vereins preussischer Lehrerinnen*, die sich mit dem staatlichen Zwangscolibat beschäftigte. Fräulein Lischnewska führte mit Fug aus, dass diese Massregel, die

den Lehrerinnen das Glück von Heim und Familie, von Liebe und Mutterschaft raubt, durch nichts zu rechtfertigen sei und dass gerade die Frau, die Mutter ist, sich am besten für die doch durchaus mütterliche Erziehungsarbeit eignet.

Auf die unter der bewährten Leitung von Alice Salomon stehende Section II, deren Verhandlungsgegenstand das weite Gebiet des Frauenerwerbs und der Frauenberufe war, concentrirte sich naturgemäss das lebhafteste Interesse. In das Elend der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen Italiens, der sogenannten *Reismädchen*, eröffnete das Referat von Frau Albelloni-Bonetti einen ergreifenden Einblick. Durch den Einfluss schlechter Ernährung, ungesunder Arbeit und überlanger Arbeitszeit geschwächt, fallen sie zu Tausenden — die Rednerin nannte 15000 in einem Jahr — der Malaria zum Opfer. Die bekannten Bilder von dem Elend der Heim-, wie überhaupt der gewerblichen Arbeiterin ergänzten diese Schilderungen aus dem Leben landwirtschaftlicher Arbeiterinnen. Auch die Lage der Handlungsgeschilfinnen, der staatlichen Beamtinnen und der Hausangestellten gelangte zu ausführlicher Besprechung, ohne dass dabei wesentlich neue Gesichtspunkte zu Tage getreten wären.

Besonderes Interesse konnten die Verhandlungen über das Krankenpflegerinnenwesen und die Bühnenkünstlerinnen beanspruchen. Die Organisation der Pflegerinnen ist in erfreulichem Fortschreiten begriffen. Sie will unabhängig von den kirchlichen Orden Verbände schaffen, die eine gründliche und umfassende Ausbildung, staatliche Prüfung und staatlichen Schutz zur Voraussetzung haben und ein hochwertiges Pflegerinnenmaterial heranzubilden sollen, das auf entsprechende materielle Entlohnung und Altersversorgung Anspruch erheben kann. Ganz mittelalterlich muten dagegen die Zustände in der Blütenlaufbahn an. Die schlechte Bezahlung in Verbindung mit dem geforderten Toilettenaufwand zwingt die Schauspielerinnen des unteren oder mittleren Genres geradezu, in der Prostitution die Haupterwerbsquelle, im Beruf, wie Adele Schreiber ausführte, nur die Möglichkeit zur Erhöhung des Marktwertes zu suchen. Eine Abhilfe dagegen ist in erster Linie durch den Anschluss an beziehungsweise den Ausbau bestehender Organisationen und Rechtsvertretungen zu erlangen. Ein günstiges Bild von der Lage der Frau als Journalistin entwarf Eliza Ichen-

häuser. Fräulein Alice Salomon führte an der Hand eines reichen Materials aus, dass die Lohnfrage der centrale Punct des Frauenerwerbs sei. Frau Marie Lang unternahm es, einem uralten Frauenberuf zu einem Recht zu verhelfen, indem sie den Wert der Hausfrauenarbeit ins rechte Licht rückte und in warmen Worten dazutun versuchte, dass die erhaltende und den Consum regelnde Tätigkeit der Hausfrau für das Volks- und Familienwohl ebenso bedeutsam sei, wie die eigentliche Erwerbsarbeit.

Und ein Loblied auf die Arbeit an sich stimmte die Americanerin Frau Perkins-Gilman an. Die Arbeit ist ihr die organische Lebenserhalterin, der damit verknüpfte Erwerb ein Moment, das lediglich in unseren derzeitigen Wirtschaftszuständen begründet ist.

Zu längeren und teilweise zugespitzten Auseinandersetzungen kam es in einigen Sitzungen der Rechtssection. Gegen die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts wandte sich Fräulein Lida G. Heymann. Für einen umfassenden Arbeiterinnenschutz traten die Vertreterinnen aller Länder ein, mit alleiniger Ausnahme einer holländischen und einer finländischen Dame. Beim Capitel *Kirchliches und communales Wahlrecht* traten die Gegensätze zwischen bürgerlicher und proletarischer Auffassung scharf hervor. In Deutschland ist bekanntlich hier alles noch Zukunftsmusik. In England und Norwegen ist das communale Wahlrecht an bestimmte Besitztitel gebunden, doch hat das für dort neuerrungene Recht in Norwegen insofern schon günstig gewirkt, als die Wählbarkeit der Frauen in Schulbehörden, Gefangenen- und Armenverwaltungen ihnen Gelegenheit gab, den Befähigungsnachweis zu bringen und Stimmung für das volle Stimmrecht der Frauen zu machen. Auch das Thema *Arbeiterinnenorganisation* wurde ausgiebig behandelt. In den englischen Gewerkschaften sind bis jetzt 130000 Frauen organisiert. Ausserdem finden sich überall mehr oder weniger eingebürgerte und gut organisierte Verbände von Handelsgestellten, Lehrerinnen, Telegraphistinnen etc.

Den Gegensatz zwischen dem zahmen Petitionieren bürgerlicher deutscher Frauenrechtlerinnen und dem Fordern und Agitieren socialdemokratischer Arbeiterinnen charakterisierte Lily Braun. Bei der Besprechung des politischen Rechts platzten die Geister scharf auf ein-

ander. Hier kamen ebenso die Divergenzen und Häkeleien zwischen den verschiedenen Richtungen des bürgerlichen Frauentums zum Ausdruck, wie die tiefe Kluft, die die bürgerlichen von den proletarischen Frauen trennt. Im Angesicht des Bescheides über die Kaufmannsgerichte höfische Empfänge! Das rechtfertigt nachträglich die ablehnende Haltung, die die führenden proletarischen Frauen dem Congress gegenüber eingenommen haben und die im übrigen recht sehr zu bedauern ist.

Einen breiten, aber gewiss nicht allzu breiten Raum nahmen auch die Belehrungen und Auseinandersetzungen über den derzeitigen Stand der verschiedenen Ehrechte, des Rechtes der unehelichen Kinder, des Rechtes auf Erziehung etc. ein. Das Recht auf Mutterschaft wurde energisch betont, ebenso das des unehelichen Kindes. Auch die Frage der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf wurde in den Kreis der Erörterung gezogen. Dagegen wurde das Recht des Kindes auf Erziehung einschliesslich des unentgeltlichen Schulunterrichts und der Lehrmittel nicht genügend gewürdigt. Auch schreckte man davor zurück, die gleichen Rechte wie für die ehelichen, in vollem Umfang für die unehelichen Kinder zu fordern.

Im Reich der sozialen Einrichtungen und Bestrebungen ist wacker gearbeitet worden und mancher schöne Fortschritt zu verzeichnen. Aus den Referaten und Discussionen ging hervor, wie eifrig und eingehend man sich allenthalben mit der ältesten Domäne weiblicher Hilfs-tätigkeit, der Armen-, Kranken- und Convalescentenfürsorge, der Kinderfürsorge etc., befasst hat. Ebenso eifrig hat man neuere Aufgaben betrieben, wie die Gefangenenfürsorge und die Alkoholbekämpfung und ganz besonders sein Augenmerk auf die Sittlichkeitsfrage mit allen ihren Annexen gerichtet. Dabei kam jene Auffassung zur Geltung, die eine Besserung der Zustände in erster Linie von einer Erziehung der männlichen Jugend zur Keuschheit erwartet, aber auch jene andere, fortgeschrittenere, die mit Anna Pappritz, der ausgezeichneten und warmherzigen Kennerin der einschlägigen Verhältnisse, in den wirtschaftlichen Zuständen und Mängeln den Nährboden der Prostitution sieht und dafür hält, dass eine wirksame Bekämpfung der Unsittlichkeit nur möglich ist, wenn man die Lage der arbeitenden Frauen

verbessert. Als Bekämpfungsmittel der unausbleiblichen Folgen der Prostitution schlug Fraulein Pappritz die Bestrafung jeglicher Übertragung von Geschlechtskrankheiten, Ausdehnung der Krankenversicherung, Aufhebung des Odiums, das Geschlechtskranken heute noch angeheftet wird, und ihre unentgeltliche Behandlung vor.

In zwei weiteren Abendver-ammlungen wurde über den Stand der Stimmrechtsfrage und über das Verhältnis der Frauenbewegung zu den politischen und confessionellen Parteien geredet. Man kam bezüglich des letzten Punctes zu dem Resultat, dass die gemeinsamen Fraueninteressen ein Zusammenhalten auf neutralem, interconfessionellem Boden verlangen.

Es ist in Berlin ein tüchtig Stück Arbeit geschafft worden, und Veranstalterinnen wie Teilnehmerinnen können zufriedenen sein. Zu bemängeln ist noch, dass man der Tagung durch Erhebung eines ziemlich hohen Eintrittsgeldes einen plutokratischen Charakter gab, und zu bemängeln ist weiter, dass mit Ausnahme der Ausführungen von Ika Freudenberg und einiger gelegentlicher Bemerkungen von Else Lüders niemand des führenden Anteils gedachte, der den proletarischen Frauen in allen Fragen der Politik und Socialpolitik, sowie auf weiten Gebieten socialer Fürsorge zuzusprechen ist. Und dass die Damen einen so hohen Wert auf den Empfang bei der Kaiserin legten, stellt ihrer Einsicht ein schlechtes Zeugnis aus: verdanken sie doch nur dem Zufall, dass dem Kaiserpaar eine Tochter geboren worden ist, die Anteilnahme der höchstgestellten Frau des Reiches.

× ×
 Zu Pfingsten hielt der *Landesverein preussischer Volksschullehrerinnen* in Cassel seine 5. Generalversammlung ab. Da der innerhalb der Lehrerinnenschaft herrschende Geist von höchster Bedeutung für die Frauensache sowohl, wie für unser ganzes VOLKSSCHULWESEN ist, seien die Leitsätze wiedergegeben, die sich an die beiden Hauptreferate schlossen. Der über *gemeinsame Erziehung der Geschlechter* gipfelte darin: »Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter ist für alle Schulen anzustreben. Männern und Frauen ist der gleiche Anteil an der Erziehungsarbeit auf allen Stufen zu sichern.« Nach dem Vortrag *Die Volksschule und der Kampf gegen die Unsittlichkeit* wurden folgende Leitsätze angenommen: »1. Die Unsittlichkeit mit ihren

Folgeerscheinungen, den venerischen Krankheiten, bedroht im hohen Masse die Lebenstätigkeit und darum die Zukunft des deutschen Volkes. Sie ist durch wirtschaftliche, durch sanitäre und erzieherische Mittel zu bekämpfen. 2. Der Kampf gegen die Unsittlichkeit setzt am wirksamsten bei der heranwachsenden Generation ein. Daher hat sich die Schule und zwar die Volksschule, die Fortbildungsschule und die höhere Schule an ihm zu beteiligen. Im Verlauf von Punct 3, *Aufgaben der Volksschule*, wird dann noch ausgeführt: »Da Frauenarbeit infolge ungenügender Berufsvorbildung der Frauen am schlechtesten bezahlt wird; da ein hoher Procentsatz der aus der Volksschule entlassenen Mädchen infolge der niedrigen Löhne aus Not der Prostitution verfällt, so kann die Volksschule nur dann mit Erfolg die Unsittlichkeit bekämpfen, wenn die obligatorische Fortbildungsschule eingeführt und wenn sie eine Berufsschule wird, die die Erwerbsfähigkeit der Mädchen erhöht.«

X

Das, was der Frauencongress zu tun vergass, geschah von seiten der SOCIAL-DEMOKRATISCHEN FRAUENBEWEGUNG. Am 17. Juni fand in Berlin eine Versammlung statt, in der Genossin Zetkin in der ihr eigenen überzeugenden und fortreissenden Art das Schicksal des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte glossierte und zu energischer Agitation für das allgemeine, gleiche Frauenwahlrecht aufforderte. Auch im übrigen sind proletarische Frauen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands mit schönem Erfolg in der Agitationsarbeit tätig gewesen, und dieser Agitation ist ein geistiger und ökonomischer Rückhalt dadurch gegeben worden, dass man Genossin Baader, die jahrelang in aufopfernder und uneigennützigster Weise als Vertrauensperson neben ihrer Berufsarbeit wirkte, seit dem 1. Juli eine Besoldung gibt, die es ihr ermöglicht, ihre ganze Zeit und Kraft in den Dienst ihrer Aufgabe zu stellen.

X

In HOLLAND ist man im Begriff, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes einen Schritt vorwärts zu tun. Das Schutzalter wird von 16 auf 17 Jahre erhöht; der zehnstündige Maximalarbeitstag für Frauen und Jugendliche wird in Fabriken und Werkstätten eingeführt, mit Ausnahme der Textilbetriebe, die den

Elfstundentag beibehalten sollen. Das letztere ist ein Zugeständnis an die Industriellen, und eine lebhaftige Agitation dagegen ist bereits im Gange. In gesundheitsgefährlichen Betrieben ist die Festsetzung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche auf 7 respective 8 und 9 Stunden dem Ermessen des Ministers anheimgegeben. Leider hat man davon abgesehen, die Kinder in ausreichender Weise vor Ausbeutung zu schützen, indem man sie vom 12. Jahre an zur Lohnarbeit zulässt.

X

KURZE CHRONIK. Im Anschluss an den internationalen Frauencongress ist in Berlin ein *Bund jüdischer deutscher Frauenvereine* gegründet worden, der die örtlichen Vereinigungen zum Kampf wider den Mädchenhandel und zu inneren Aufgaben verschiedenster Art zusammenfassen will. — Ferner hat in der zweiten Hälfte des Juni in Düsseldorf eine Tagung stattgefunden, deren Hauptzweck war, das Interesse der Frauenwelt für den aus wirtschaftlichen wie ethisch-ästhetischen Gründen überaus wertvollen Gartenbau zu gewinnen beziehungsweise zu festigen. — Der schwedische Reichstag hat einer Schulreform zugestimmt, die für einzelne Orte den für beide Geschlechter gemeinsamen Realschulunterricht vorsieht. — Mit 182 gegen 68 Stimmen hat sich das englische Unterhaus für das Frauenstimmrecht zu den Parlamentswahlen ausgesprochen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich einer so gewaltigen Mehrheit gegenüber nurmehr auch das Oberhaus willfährig zeigt. — Das Schul- und Kinderschutzgesetz im Staate New York hat zur Folge gehabt, dass in der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit (es besteht seit einem Jahre) bereits 7000 in Fabriken erwerbstätige Kinder ermittelt wurden, die zwar älter, als 14 Jahre, waren, aber nicht die nötige Schulbildung nachweisen konnten. Es wurde hier in zweckentsprechender Weise eingeschritten. — Der Verband der Textilarbeiter Deutschlands ist in den letzten 2 Jahren von 29 740 auf 60 235 Mitglieder gestiegen; die Zahl der weiblichen Mitglieder erhöhte sich von 4288 auf 13 998, ein schöner Beweis dafür, dass der geschlossene Unternehmerangriff von Crimmitschau das solidarische Empfinden gestärkt hat. Hoffentlich geht es auch in Zukunft auf dieser Bahn in energischer Weise vorwärts.

HENRIETTE FÖRTH

WISSENSCHAFT

Socialwissenschaften

Die deutsche Literatur über den ANARCHISMUS ist eine ausserordentlich dürftige. Das macht: Einen eigentlichen Anarchismus hat es in Deutschland, im Gegensatz zu einigen romanischen Ländern, nie gegeben. Was sich in den neunziger Jahren in Berlin *Anarchisten* nannte, das waren äusserst harmlose Leute, die vergeblich die äusseren Merkmale revolutionärer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung suchten und sich daher unbefriedigt von ihr abwandten, zum Teil sympathische Menschen, die keine andere Herrschaft erschütterten, als die über ihr eigenes Denken, und ihre überschüssige Begeisterung schliesslich in *neuen Gemeinschaften* und dergleichen sich abklären liessen. Gleichwohl ist es nicht uninteressant, und gerade auch für deutsche Socialisten, die Gedankengänge des Anarchismus kritisch zu betrachten. Einmal wegen der Massnahmen der Regierungen, die unter dem Vorwand, sich gegen irgend einen Anarchismus wehren zu müssen, tatsächlich gegen die socialdemokratische Bewegung rüsten, sodann auch, weil eine theoretische Gegenüberstellung der anarchischen und der socialdemokratischen Doctrin häufig gerade bei den Schichten der Studierten und Gebildeten den Socialismus durch den Anarchismus verduckeln lässt und deshalb dem Socialismus Anhänger — mitunter sehr begabte — entzieht. Wie denn auch ästhetisch der Anarchismus dem Socialismus überlegen zu sein scheint. Eine kurze sachliche Darstellung der eigentlichen Grundgedanken und Ziele der anarchischen Gesellschaftsauffassung ist daher sehr zu begrüssen; eine solche liegt jetzt in der soeben erschienenen Schrift von Dr. W. Borgius *Die Ideenwelt des Anarchismus* /Leipzig. Felix Dietrich/ vor. Auch diese Analyse des Anarchismus geht, wie die meisten, davon aus, dass ein grundlegender Unterschied zwischen den Lehren des Anarchismus und denen des Socialismus statuiert wird, der darin zu erblicken sei, dass der Anarchismus die uneingeschränkte Freiheit des Individuums, die Abschaffung jeder staatlichen Organisation anstrebe, während der Socialismus den Staat selber beibehält und in demokratischem Sinne ausbaue, also gerade eine Herrschaft, nämlich die der Mehrheit, errichte. In der Tat ist es dieser

principielle Gegensatz, der häufig zur Gegenüberstellung von Individualismus und Socialismus geführt hat. Dass dem eine durchaus irrige Auffassung des Socialismus zu Grunde liegt, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden. Auch der Socialismus hat als Bewegung, die auf die Befreiung der Menschen schlechthin gerichtet ist, zum eigentlichen Endziel die absolute Freiheit der einzelnen Persönlichkeit. Da aber eine solche absolute Freiheit der einzelnen in Folge der Beziehungen von Mensch zu Mensch und der Notwendigkeit der Bedürfnisbefriedigung nicht existieren kann, vielmehr der einzelne sich eine Einschränkung gefallen lassen muss, eben im Interesse seiner Individualität, so sucht der Socialismus einen Gesellschaftszustand herbeizuführen, wo, um mit Kant zu reden, die Freiheit des einzelnen mit der aller anderen zusammenbestehen kann, und daraus allein, also gerade aus individualistischen Gründen, folgt dann der socialistische Staatsgedanke. Der sogenannte *Anarchismus* als sociale Theorie unterscheidet sich vom Socialismus dadurch, dass er, einmal die absolute Freiheit des Individuums als Ziel festgestellt, es unterlässt, die nötigen Consequenzen zu ziehen, die doch wohl zu einer festen Organisationsform führen würden. Die überaus klare und objective Darstellung der Ideenwelt des Anarchismus, die Borgius in der genannten Schrift gibt, zeigt gerade diese Halbheit des anarchischen Denkens. Auch Borgius legt das Hauptgewicht darauf, dass der Anarchismus den Staat als Zwangsorganisation aufhebt und an dessen Stelle die *freien Vereinigungen* setzt, denen man sich nach Belieben anschliessen und aus denen man nach Belieben wieder austreten kann. Er stimmt hierin mit Stammler überein, der den Anarchismus als «eine sociale Organisation bloss auf Grundlage von Conventionalregeln» definiert hat. Nun ist es aber in Wahrheit nur ein äusserer Unterschied, ob der einzelne durch den directen Zwang des Staates oder den indirecten Zwang vermittelst der Furcht vor den natürlichen Consequenzen seines Verhaltens zu einer bestimmten Handlungsweise veranlasst wird. Auch die *freien Vereinigungen* können nicht darauf verzichten, dass der einzelne, der ihnen angehört, sich ihren Normen fügt. Die Freiheit, dass der, dem diese Normen nicht mehr passen, seine Mitgliedschaft aufkündigt, ist tatsächlich nur eine for-

male, da diese seine Mitgliedschaft in der anarchistischen Gemeinschaft ja gleichzeitig die Grundlage seiner ganzen Existenz darstellt. Der einzelne kann getrennt von der Organisation — mag diese nun *Staat, Föderation, Wirtschaftscommune* oder sonstwie heißen — den Produktionsprocess zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse nicht bewältigen, der Austritt aus der Vereinigung würde also seinen ökonomischen Ruin bedeuten. Aus diesem Grunde muss er sich fügen, so dass die Freiheit des Individuums dort genau so aufgehoben wird, wie in irgend einer Zwangsorganisation. Der Anarchismus leidet also an den selben menschlichen Unvollkommenheiten, deren sich der Socialismus von vornherein wohl bewusst ist. Ja, der *indirecte Zwang* in den anarchistischen Verbänden ist weit schlimmer, engt das Individuum weit mehr ein, als der in einer noch so straff gegliederten staatlichen Organisation. Während der Staatsbürger doch nur den Staatsgesetzen nachzukommen hat, die in einem demokratischen Gemeinwesen in ausführlichen und öffentlichen Beratungen von Fachleuten und von den geistig Hervorragenderen der Nation verfasst sind, bewirkt der *indirecte Zwang* ein Sichfügen unter die Lebensgewohnheiten und Traditionen zuweilen geistig weit zurückgebliebener Schichten, eine Herabdrückung der Einzelpersönlichkeit.

Der Anarchismus rechnet damit, wie Borgius sehr treffend ausführt, dass der ganze Mechanismus der Gesellschaft auch so functionieren würde, ohne staatliche Reglementierung. Nun, um so besser. Wenn alles aber ohnehin geschieht, was durch den staatlichen Zwang hätte bewirkt werden können, so schadet die Existenz dieses staatlichen Zwanges auch nicht, da er ja dann nie angewandt werden könnte. Umgekehrt, wenn der staatliche Zwang in Action treten muss, so ist dies ein Beweis dafür, dass nicht alles von selber geht, und dann ist dieser Zwang auch notwendig.

Der Anarchismus kämpft, insoweit er sich in seinem Ziel in Gegensatz zum Socialismus stellt, gegen ein Phantom. Er supponiert einen Socialismus, der nur aus reiner Freude an staatlicher Reglementierung die einzelnen bevormundet und drillt, um dann von der Höhe der *individuellen* Auffassungsweise diesen Socialismus zu verwerfen. Sowie der Anarchismus aber selber zur Construction irgend eines Gesellschaftsideals vor-

schreitet, kommt er factisch, wenn auch nicht in den juristischen Fictionen, auf das Gesellschaftsideal des Socialismus (vergl. meine Artikelserie *Die anarchistischen Lehren und ihr Verhältnis zum Communismus im Socialistischen Akademiker*, 1895, pag. 273 ff., wo ich die völlige Übereinstimmung des von einem Individualismus ausgehenden Gesellschaftsideals mit dem Socialismus nachzuweisen versucht habe). Nicht auf die einzelnen juristischen Formen kommt es an, die doch immer wieder zeitlich und örtlich durch andere Factoren bestimmt werden, als durch den Willen der Beteiligten, sondern auf die factische Bewältigung der Aufgaben, die für die Menschen notwendig sind. Die eigentliche Administrative bildet den Kern des Problems, das durch die anarchistische Terminologie in keiner Weise vereinfacht oder seiner Lösung näher gebracht wird. Der Cassenwart der anarchistischen Vereinigung wird es nicht leichter haben, als der Finanzminister des socialistischen Staates. Die Gestaltung der Dinge wird vielmehr von der ganzen Entwicklung der Productivkräfte und von den psychologischen Factoren abhängen, die durch ein noch so ausgeklügeltes sociales System gar nicht berührt werden.

Dass überhaupt durch eine formale Neuordnung an dem Wesen der Dinge kaum etwas geändert wird, dafür bietet der interessante Abschnitt über die Ehe in der Borgius'schen Schrift ein Beispiel. Als die eigentlich anarchistischen Anschauungen auf diesem Gebiet bezeichnet Borgius die in dem kürzlich erschienenen Buch *Die Eigenen* von Ruedebusch dargestellten. Nach Ruedebusch ist es unmöglich, dass ein Mann in einem einzigen Weibe, und ebenso natürlich [?] umgekehrt, ein Weib in einem einzigen Manne, alle Seiten des Idealwesens vereinigt findet, deren er zur wirklichen Ergänzung seines Wesens bedarf. Der „einzige logische Ausweg aus diesem Dilemma“ ist der, „nach Bedarf gleichzeitig verschiedene Persönlichkeiten des andern Geschlechtes zu wählen“. Es ist also eine Organisation notwendig, in der die Form einer Einzel-ehe oder überhaupt einer Ehe in geschlechtlicher Hinsicht aufgehoben und an deren Stelle der unbeschränkte Verkehr aller Individuen des einen mit allen des anderen Geschlechtes gesetzt ist. „Sobald die Menschheit hierzu erst den Mut gefunden hat, ist das Glück auf dem Ge-

biete des geschlechtlichen Lebens erreicht. Ist dem wirklich so? Man kann dieser Meinung wohl die andere dagegen halten, dass die eigentlichen Schwierigkeiten und die eigentlichen Conflictte auf diesem Gebiet nicht sowohl der Form der Einzelehe oder der conventionellen Verpflichtung — worunter auch die sogenannte *freie Liebe* zweier Individuen eingerechnet ist — geschuldet sind, als vielmehr auf rein psychologischem Gebiet liegen, ja im letzten Grunde vielleicht mit den eigentlich sexuellen Vorgängen nur wenig zu tun haben. Ob durch bloße Veränderung der äusseren Form, wie Ruedebusch meint, die *Besitzzeifersucht* aufgehoben werden kann, oder ob diese *Besitzzeifersucht* nicht im tiefsten Wesen des Menschen selbst liegt, weil sie zu seiner geistigen Selbsterhaltung notwendig ist, ob nicht auch hier vielleicht sich Unterschiede zwischen beiden Geschlechtern zeigen, wo Ruedebusch die selbstverständliche Gleichheit des Empfindungslebens voraussetzt — dies alles bildet das Problem, das auch durch eine anarchistische Form nicht gelöst wird, solange die Menschennatur selber nicht auch durch *freie Vereinbarung* geändert wird.

Ist so der Anarchismus als eine dem Socialismus theoretisch gleichberechtigte und gegenüberzustellende Gesellschaftsdoctrin nicht anzuerkennen und muss gerade bestritten werden, dass der Anarchismus eine logisch in sich geschlossene Theorie vom Gesellschaftsleben darstellt, so bleibt der eigentliche Unterschied zwischen Anarchismus und Socialismus tatsächlich nur in den Mitteln zu suchen, die zur Erfüllung des Zieles dienen sollen. Hier auf sollte bei den Darstellungen des Anarchismus das entscheidende Gewicht gelegt werden; und hier dürfte der Grund für die politische Bedeutungslosigkeit des Anarchismus im Gegensatz zur politischen Kraft der socialistischen Bewegung zu suchen sein.

Es ist erfreulich, dass man überhaupt wieder derartig allgemein theoretische Unternehmungen anstellt, wie Borgius dies in seiner Schrift tut, so wenig solche Deductionen auch die eigentlich complicierten socialistischen Probleme aufzuheben im stande sind. Die Borgius'sche Schrift ist übersichtlich eingeteilt, und die Darstellung eine überaus fesselnde. Die eigentliche Quintessenz der anarchistischen Doctrin wird dem Leser vorgeführt, ohne dass freilich die Unterschiede der einzelnen anarchistischen Theoretiker mit

berücksichtigt werden. Das wäre auch in dem eng begrenzten Rahmen dieser Schrift nicht möglich gewesen. Seine eigene Ansicht hat der Verfasser nicht dargelegt, sondern lediglich ein objectives Bild der Ideenwelt des Anarchismus in directer Rede gegeben. Es wäre indessen zu wünschen, dass er dieser ausgezeichneten Schrift bald eine zweite folgen liesse, die die hier vermisste kritische Beurteilung der anarchistischen Doctrin und Taktik enthält.

JOSEF BLOCH

KUNST

Bildende Kunst

Zu gleicher Zeit sind in der Berliner Nationalgalerie Werke SCHWINDS UND BÖCKLINS ausgestellt gewesen. Die Schwind-Ausstellung war zur Erinnerung an die 100. Wiederkehr des Geburtsjahres dieses Malers veranstaltet worden; und im selben Gebäude konnte eine kleine Anzahl von Böcklinschen Gemälden aus Privatbesitz öffentlich gezeigt werden, welche von ihren Besitzern geliehen waren. Es waren in erster Reihe *Nereide und Triton*, ferner zwei Fassungen der *Toteninsel*, die mit dem völlig verdunkelten Meer und Himmel, von denen sich, bräunlich warm beschienen, die Felsenmauern abheben, und die zweite, bei der über dem Horizont ein heller Luitstreif die Wolkenschwere durchreißt, so dass Insel und Baummassen sich stellenweise dunkel vom Hintergrund abheben. Die Idylle *Herbstgedanken*, diese stärkste Verbindung von Grün und Blau im coloristischen Werk des Meisters, eine kleine, blumenstreuende Flora, der den Fischen predigende Franciscus und die Halbfigur der Judith mit dem Haupt des Johannes. Nahezu ein Menschenalter scheidet die Geburtsjahre der beiden Romantiker, und der Unterschied zwischen ihnen bezeichnet die inzwischen geschehene Entwicklung der deutschen Malerei. Schwind ist zu verstehen als der Fortsetzer der deutschen Bilderhandschriftenmaler, welche, wenn auch im Miniaturformat, doch im selben Geist einer abgekürzten Formbehandlung das Körperliche darstellten. Auch er behandelt die Gestalt sehr allgemein, nimmt die charakteristischen Besonderheiten von Geberde und Stellung als bekannt und wirkt mehr durch Beweglichkeit der Phantasie und Leichtigkeit der Gruppierung, als durch Vertiefung der Besonderheit von Stehen und Gehen, Greifen und Halten. Seine Menschen

sind Typen, wie sie dem Märchen geziehen, alle Prinzen gleichen einander, und alle jungen Schönheiten sind eines Geschlechts. Kraft und Pathos der Bewegung sind ihm fremd, und eine Illusion des Hin und Her wird eigentlich nur durch Gruppenbildung erreicht, nicht durch ein zu Ende Verstehen der Einzelgestalt. Und schliesslich wirkt das Milieu, die Traulichkeit von Architektur-ecken und die Sinnigkeit des Naturgefühls mehr fast, als das menschliche Leben. Umdeutungen von Naturmächten ins Menschliche, wie jener scheinbar aus Wurzelverästelungen entsprungene Rübzahl, rufen die stärkste Überzeugung von ihrer Gegenwart hervor. Aus alledem folgt, dass von Rechts wegen der äusserste erlaubte Massstab dieser Kunst weit unter der Lebensgrösse liegt. Fast kann man sagen: je kleiner, je besser. Jedenfalls ist das Mass der nach Weimar gehörigen aquarellierten Zeichnungen von den *Sieben Raben* — dem Hauptziehungspunct der Ausstellung — die Grenze, jenseits deren die Leere beginnt. Man empfindet sie bereits in den Skizzen zu den Motiven aus deutschen Opern für das Wiener Opernhaus und in den Cartons für die Wartburgfresken, und sie wird bedrohlich, wo Schwind im lebensgrossen Massstab bei Behandlung der Psychefabel mit Raphael wetteifert. — Eine besondere Stellung in dem Werk des Meisters nehmen die Bildchen ein, in denen er mit behaglicher Wärme von irgend einer Wirklichkeit berichtet, in der doch immer etwas Ausserordentliches steckt. Ein Greifspiel buntgekleideter Mädchen mit ihren Reifröcken — sehr bunt, denn dieser Maler war kein Colorist, und er wusste wohl, warum er die Farbe fast immer so stark dämpfte —, eine auf der Brücke im Menschentreiben stillstehende Dame, die vielbewunderten Schätze der Schack-Galerie: das junge Ding, welches morgens sein Schlafzimmerfenster öffnet, und die *Hochzeitsreise* gehören so gut zu dieser Gruppe, wie das kleine Gemälde der Berliner Sammlung, wo Schwind berichtet, wie die Herzogin von Orléans ihm bei der Arbeit an den Wartburgfresken half. Bei alledem ist es nicht eine Auskunft darüber, wie sich Welterscheinung und Menschenbild in den Augen unseres Zeitalters spiegeln, was wir von diesem Künstler erfahren, und so ist er bei aller Liebenswürdigkeit keiner von denen, an die eine Entwicklung anknüpfen kann.

Keiner, wie dann Böcklin wurde, der auch das Märchenhafte nur in höchst concreter Gestalt, manchmal mit einem Aufwand von Detail, bildete, dass auch dem ungläubigsten Verstand die Einsicht aufgehen muss: diese Wesen und Geschehnisse haben ihre unbestreitbare Existenz.

× Als Hauptstück seiner letzten Ausstellung führte Cassirer KLINGERS *BLAUE STUNDE* von neuem vor. Dieser im Werk des Künstlers einzige Versuch, die Freilichtmalerei ernst zu nehmen — und das unter erschwerenden Bedingungen. Zwei Beleuchtungen, ein letzter kalter Tagesschein und eine für den Beschauer verdeckte Flamme streiten sich um das Recht, drei Frauenacte zu beleuchten. Niemals hat Klinger vor- oder nachher Gestalten so ihrem organischen Zusammenhange widersprechend durch fremdartige Farben zerreissen lassen. Vor- und nachher hat er die Farben vielmehr als Mittel der Zusammenfassung einer Einheit und zur Trennung von anderen Körpern und Raumsphären angewendet. So steht dies Gemälde da, als ein besonderer Markstein der Epoche, als die impressionistische Auffassungsweise in Deutschland eindrang und sich, wenn auch noch so vorübergehend, auch diesen Künstler tributpflichtig machte, der seinem ganzen Wesen nach von dieser Art, zu schauen, meilenweit entfernt ist.

× Ein kleines Document für den WANDEL DER KÜNSTLERISCHEN AUFFASSUNG in den letzten Jahren ist das Wahrzeichen der deutschen Abteilung in der Saint Louiser Weltausstellung: ein geschmiedeter Adler nach dem Modell von August Gaul (Ausführung durch die Firma Armbruster in Frankfurt a. M.) In der knappen Formbehandlung und Ausdrucksschärfe hat der Vogel eine starke Verwandtschaft mit gotischen Bronzeadlern, wie sie als Lesepulte in Kirchen häufig stehen. Auch an japanische Plastik kann man denken, die sich in so vielen Punkten mit deutscher Gotik berührt. Was diese Figur aber besonders interessant macht, ist die Erinnerung an jenen anderen Adler in aufgeregtem Kampf mit einer Schlange, der von der gleichen Firma in der Pariser Ausstellung aufgerichtet war. Damals war jede Feder einzeln kraus gespreizt, waren die Fittiche weit ausgereckt. Jetzt ist das ganze Gefieder eng an den Körper gelegt,

dessen Form deutlich zur Geltung kommen soll und an den aus demselben Grunde die Flügel eng angeschlossen sind. Das ist ein Fingerzeig, welchen Weg in zwischen die künstlerische Auffassung von der Überschätzung des unruhig Malerischen zur klaren Formdurchbildung eingeschlagen hat. Es ist nicht nur ein Zufall, dass diesmal hier ein anderer Künstler zu Wort kam, als vor vier Jahren.

X KURZE CHRONIK. Der bayrische Landtag bewilligte einen Jahreszuschuss von 1000 M. für die Versuchsanstalt und Auskunftsstelle für Maltechnik, welche seit vielen Jahren mit der technischen Hochschule in München verbunden ist. Dies verdienstliche Institut strebt unter der Leitung von A. W. Keim danach, den vielen Übelständen ungesunder Techniken und unhaltbarer Materialien Einhalt zu tun. — Die preussische Regierung plant eine dauernde Kunstausstellung, für welche bauliche Veränderungen in dem Arnimschen Palais zu Berlin, Pariser Platz 4, vorgenommen werden sollen. — Unter der Bezeichnung *Ausstellung Kurfürstendam* hat sich in Berlin eine Gesellschaft gebildet, welche auf dem Kurfürstendamm ein Gebäude errichten will, das für eine Reihe von Jahren an die Berliner Secession und an den *Deutschen Künstlerbund* vermietet werden soll; zur Erlangung von Bauplänen ist eine beschränkte Concurrenz ausgeschrieben worden. — An die Kunstschule in Weimar ist *Sascha Schneider* berufen worden.

ANNA PLEHN

DIVERSA

Bücher

Neben dem Adel und dem wurzelkräftigen Bauerntum findet der moderne [!] Staat eine seiner stärksten Grundlagen in der Geistlichkeit. Diese Weisheit ist gewissermassen das Objectiv, durch welches Paul LIMAN in seinem Buch *DER KAISER* /Berlin, C. A. Schwetschke & Sohn/ das Bild Wilhelms II. aufgefassen hat. Ergüsse eines altpreussischen Gemütes, erfüllt von Bismarcksehnsucht und Groll ob der Zurücksetzung des *historischen Conservativismus* in diesen unzuverlässlichen Zeitläuften. — Aber wenn uns eine Ahnung nicht trägt, so dürften trotz der reckenhaften Tendenz am Ende nicht gerade kühle, wissende Canalrebelln diesem Buche zum Ruhme hoher Auflagen verhelfen. Es ist ein Product,

dem weit eher die Haufen schlichter Philister bürgerlichen Sinnes und Standes verfallen sind. Sie schätzen noch die gruselige Sensation, wenn einmal so recht kolossal Riesiges gesagt wird. Ach, wo bliebe ohne die treuen Seelen die undankbarste aller Schreibungen, solche *Geschichtsschreibung* der eigenen Zeit! Man kann auch von falschen Prämissen zu richtigen Ergebnissen gelangen. Es stehen Wahrheiten in dem Buch, aber das Buch ist keine Wahrheit. Es ist in der Hauptsache eine tönende Zusammenstellung altbekannter Daten und Facten und sagt dem ernststen Frager irgend welcher politischen Richtung nichts. Denn das ist ja zu erwarten, dass ein klares Facit nicht gezogen, ein reiner Wein nicht eingeschenkt werden kann. Ein gewundener Pfad führt durch zwölf Capitel, da wächst viel Psychologisches und Kritisches, und da blühen auch die schuldigen Complimente an die bedeutende Persönlichkeit. Alle Psychologie, alle Kritik und alles Bedauern des Bedauerlichen, aller Freimut Posas und aller Trotz des Prometheus wird in den Intervallen der Spannung harmonisch formuliert zu unbewusst byzantinischen Sentimentalitäten und Trivialitäten: »Im Sonnenlicht schreitet der Kaiser dahin, aber das Sonnenlicht blendet, er strebt zu schimmernden Höhen, aber der Weg führt vorbei an Schroffen und Schlünden« — so heisst es am Schluss des Buches. Wir konnten aber keine Rührung empfinden. Und ebensowenig konnten wir mit besagten Philistern das Gruseln erlernen, wo es ausgesprochen wird, dass »die Schattenseiten der Impulsivität mit besonderer Stärke gerade im Berufe des Herrschers hervortreten« und dass »allzu oft die Erkenntnis des zureichenden Grundes fehlt«. Ja, unsere Gänsehaut ist nicht einmal in Action getreten, wo die Analogieen zur Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. an die Reihe kommen und wo der schon längst zum Überdruß abgeleierte Widerspruch zwischen *blauem Dämmerungszauber der Romantik* und moderner *angelsächsischer Lebensauffassung* aufgewärmt wird. Nur dort fühlten wir uns erschüttert, wo das Furchtbare gerügt wird, dass anstatt eines Limburg-Stirum jetzt schon die Isidor Löwe, Bleichröder, Markus und Ballin zu Hofe fahren....

FRANZ LINDHEIMER

X Für das Studium der geistigen Strömungen an der Jahrhundertwende, als geschichtliches Document, mögen die

drei Aufsätze von Heinrich MEYER-BENFEY: *MODERNE RELIGION, SCHLEIERMACHER, MAETERLINCK* / Leipzig, Eugen Diederichs/ wertvoll und nützlich sein, ebenso, wie sie für den nahen Geistesverwandten, für den, der ähnlich fühlt und der Fähigkeit des Ausdrucks ermangelt, eine Erhebung und Erbauung darstellen dürften. Als Erbauungsbuch für eine ziemlich eng begrenzte Gemeinde hat sie der Autor wohl auch gedacht. Und so hat das Büchlein seine berufenen Kritiker eigentlich nur in dem Kreis, für den es geschrieben ist: hat es da einen Müden gestärkt oder einen Durstigen gelabt, so hat es wohl im Sinne des Autors gewirkt.

Als *unberufener Kritiker* muss ich aber ganz entschieden Einspruch erheben gegen die Ausdehnung des Wortes *Religion* auf Begriffe, die himmelweit von dem doch nachgerade geschichtlich festgelegten Begriff entfernt sind. Es heisst, der Confusion Tür und Tor öffnen, von einer Religion ohne Gott und ohne Unsterblichkeitsglauben zu reden, die keinem Ruhebedürfnis oder Trostverlangen entgegenkommt und eigentlich nichts ist, als eine poetisch-optimistische Art, sich mit einigen Grundtatsachen der modernen wissenschaftlichen Erkenntnis abzufinden. Für H. Meyer-Benfey müsste zum Beispiel Moleschotts *Kreislauf des Lebens* in den Schlusscapiteln ein religiöses Erbauungsbuch sein. Gegen diese willkürliche Dehnung des Begriffs *Religion* muss man im Interesse der Klarheit protestieren. Die Auffassung des Lebens als einer Kette von Ursachen und Wirkungen ohne aussermenschlichen Sinn ist irreligiös und bleibt es, wenn man sie mit noch so vielen schönen Phrasen und Citaten bestickt. Wenn ich mich mit dem Gesetz von der Erhaltung der Kraft über den Tod eines geliebten Menschen trösten kann, so mag das ein schönes Zeugnis sein für die menschliche Fähigkeit, selbst Steine auszusaugen: Religion ist es nicht. Auch der Cultus der Lebensempfindung als solcher — *l'art pour l'art* — hat nichts Religiöses, ebensowenig wie das Gemeingefühl mit allem Lebendigen.

Hier handelt es sich um Ersatzgefühle der Religion, die ein Recht haben auf neue Worte, die weniger nach Verdummung und Knechtschaft riechen. Gerade, weil der Autor nicht zu denen gehört, die der wissenschaftlichen Weltanschauung einige Consequenzen abhandeln wollen, bedauern wir seinen Versuch, neuen Wein in alte

Schläuche zu füllen. Auch scheint uns sein Buch selbst der beste Beweis, dass eine Glaubens- und Gefühlsgemeinschaft, eben die Meyer-Benfeysche *moderne Religion*, die sich in einer ästhetisch-lebensbejahenden Betrachtung des wissenschaftlich Erkannten findet, als gemeinsamer seelischer Grund für eine grössere Anzahl nicht möglich ist. Den leeren Raum zwischen den wissenschaftlichen Grundsteinen und Grenzpfählen scheint nun einmal der moderne Mensch auf eigene Faust ausfüllen zu wollen. Ich glaube, die übergrosse Mehrheit der Leser, die die Voraussetzungen des Autors annehmen, geht von ihm genau so leer weg, wie sie gekommen. Dass dem so ist, trotz der schönen Sprache und der unverkennbaren Echtheit und Wärme der Überzeugung, liegt doch wohl daran, dass das Buch etwas darbietet, was nur in den allerseeltensten Fällen ein Mensch vom andern nehmen kann.

ODA OLBERG

X

X

Das neue Buch von ELLEN KEY: *ÜBER LIEBE UND EHE* / Berlin, S. Fischer/ ist wieder eine Zusammenfassung verschiedener Essays, die sich auf das selbe Gebiet beziehen, und enthält gerade dadurch, dass jeweilen ein einzelnes Thema nur auf der Fährte verfolgt wurde, auf der es zu einer glücklichen Lösung geführt werden kann, ohne dass dann die Collisionen, die mit anderen, ebenso wichtigen Fragen entstehen, berührt werden, ein gut Teil Widersprüche, die zuweilen zwar scheinbar gelöst werden, aber eben nur scheinbar. Ähnlich, wie vor zwanzig Jahren Laura Marholm das Gären und Werden in der Frauenwelt unter klare Gesichtspunkte zu ordnen versuchte, will auch Ellen Key das Gesamtbild der inneren und äusseren Lage der Frau von heute geben, zu dem die Frauen selber in ihren Büchern, wie Mosaiksteine, persönliche Bekenntnisse, Erlebnisse und Erregenschaften zusammengetragen. Ellen Keys grosses Mutterherz umfasst uns alle mit ihrer Liebe, und der Wunsch, uns glücklich zu sehen und ein neues, froheres Geschlecht heraufzuführen, macht die Idealistin zur Utopistin, deren Vorschläge zur Besserung durch Decrete und Verordnungen aber nur als Ausfluss des guten Willens gewertet werden können. Doch tut uns Ellen Key heute schon Gutes und leitet auf den Weg zur Erlösung, indem sie sich auf eine hohe Warte stellt, von der aus sie die Bewegung übersieht und göttig, aber schonungslos, unser Frauen-

geschlecht kritisiert. — In der Entwicklungslinie der geschlechtlichen Sittlichkeit trat ein grosser Moment ein, als Luther das Recht und die Macht der Sinnlichkeit anerkannte, freilich blieb die Welt hier stehen, und das evangelische Christentum predigte die Heiligkeit der Ehe starr, als irgend eine Zeit zuvor. Die Monogamie, die doch in der Wirklichkeit nie tatsächlich inne gehalten wurde, war die einzige gebilligte Form für die Beziehung der Geschlechter zu einander, und doch war dadurch das Endziel noch lange nicht erreicht: »eine immer seelenvollere Sinnlichkeit, eine immer sinnlichere Beseeltheit«. Auch für Ellen Key steht die notwendige Einheit von Ehe und Liebe unerschütterlich fest, freilich nach der Idee jenes französischen Revolutionärs, der den Paragraphen *Die sich lieben, sind Mann und Frau* vorschlug. Während zur Zeit der Minnesänger der Frau in der Liebe gleiche — und mit der Ehe durchaus nicht zu vereinbarende — Rechte ohne weiteres zugewilligt wurden, hat die evangelische Zeit vor allem sie ganz in den Dienst des Mannes gestellt, sie sollte nur Harmonie und Ruhe für den Mann bedeuten; die Zukunft aber will, dass in der neuen Liebe »der Mann von der Frau auch Gedanken, die Frau vom Manne auch Gefühle verlangen soll«. Aber gerade heute hat die Frau auf der Suche nach der Erkenntnis ihrer Persönlichkeit fast durchweg die sonnige, gesunde Ruhe, die Opferfreudigkeit der früheren Frau verloren, sie ist zu stolz geworden, um von den törichten Jungfrauen die Kunst zu lernen, wie man den Mann immer fesselt, und erst, wenn die Frau so weit sein wird, dass sie liebt, wie unsere Mütter, ihre Reize entfaltet, wie die Lilien des Feldes, und denkt und kämpft, wie die Frau von heute, wird sie die Priesterin der neuen Liebe geworden sein. Nur der tief Sittliche entdeckt den feinen Unterschied zwischen neuer Sittlichkeit und alter Unsittlichkeit. Es müsste die Freiheit der Liebe gewährleistet werden, die dem jungen Menschen gestattet, seinen Liebesdrang auszuleben, die dem Kinde junge Eltern gibt und die kommende Generation veredelt. Freilich setzt da der grosse Conflict ein, dass junge Eltern von der Heiligkeit des Kindes noch nicht durchdrungen sein werden und dass die Liebe der Jugend in den weitaus meisten Fällen nicht die Lebensliebe ist. Vor allem müssten da höhere Löhne, schönere Lebensbedingungen geschaffen werden, und

es müsste nicht die Liebe, sondern die Freiheit der Kinderzeugung begrenzt werden; denn nur unter Bedingungen, die für die Gattung günstig sind, dürften Kinder gezeugt werden. Dagegen ist Ellen Key eine entschiedene Gegnerin des *ledigen Kindes*. Sie macht einer Mutter den Vorwurf grösster Selbstsucht, wenn sie von vornherein dem Kinde das Glück entziehen will, auch von einem Vater geliebt zu werden. Die Lösung ist nicht dadurch geschaffen, dass die Frau selbständig wird, denn die schönen Worte *Arbeitsfreiheit, Arbeitsfreude* bedeuten in Wirklichkeit Arbeitssclaverei und Arbeitsleid, das einzige Leid, das unsere Zeit voll erlebt. Es bleibt immer wahr, dass die übrige Sittlichkeit einer Frau in tieferem Zusammenhange mit ihrer geschlechtlichen Sittlichkeit steht, als es bei dem Manne der Fall ist. Eine Frau kann sich in ihrer Liebe täuschen, aber sie darf nicht von vornherein ein Kind von einem Manne empfangen, von dem sie weiss, dass er nie dem Kinde Vater sein wird. Wenn einzelne Frauen aus tiefster Not heraus der Welt ein Kind *schenken*, so ist es doch wieder etwas anderes, als wenn eine andere ein Kind *kriegt*. Auf der ganzen Linie aber ist die Tendenz erstanden, sich von der Mutterschaft zu befreien, als Ausdruck des grossen Kampfes zwischen Einzelleben und Geschlechtsleben, und die Frau steht am Scheidewege, ob die Familie aufrechterhalten bleiben soll in der alten Form, oder ob sie als Concurrent des Mannes auf das Feld der Arbeit ziehen soll. Heute lebt die grosse Mehrzahl der Frauen jahraus jahrein *über ihre Kraft*. Es soll aber nach Ellen Key nicht die Familie, sondern nur das Familienrecht umgestaltet werden, unter anderem auch dadurch, dass die Hausarbeit der Frau wie irgend eine andere Arbeit gewertet und bezahlt wird und die Heimlosigkeit aufhört. Dass zur Schaffung wirklicher Ehen freie Scheidung die erste Bedingung ist, versteht sich von selbst. Je vielseitiger eine Persönlichkeit ist, desto weniger bleibt sie unverändert und desto weniger kann sie einen Bund fürs Leben schliessen; dennoch, meint Ellen Key, werde der Wille zur Treue späterhin stärker sein, da er gleichbedeutend ist mit dem Willen, den tiefsten Forderungen der eigenen Persönlichkeit treu zu sein. Und die Kinder? Die werden zu dem kommen, der sie mehr liebt oder besser erzieht oder den sie selber wählen, oder gleich-

mässig zwischen beiden Gatten verteilt. Dann kommen noch die Vorschläge für ein neues Ehegesetz und die schon erwähnten Pläne für die Zukunft. — Wer wollte leugnen, dass das Buch ein Schatzkästlein ist und voll von grossen und schönen Gedanken? Aber dennoch hat der Mann — ich weiss im Augenblick nicht, wer es ist — nicht ganz unrecht, wenn er sagt, die englischen Schriftsteller, und mit ihnen Ellen Key, landen immer nach den mühseligsten Umwegen wieder in der Spiessbürgerlichkeit. Wenn Ellen Key doch wieder zu der Einzelhe als Glücksform für die Menschheit gelangt, so hat sie sicherlich damit das schönste Ideal aufgestellt, das ausgedacht werden kann, aber sie ist eben wieder von dem Punkte ausgegangen: *Die Frau ist . . .* Und gerade das ist ja die Er rungenschaft unserer Zeit, dass man die feste Formel für Mann und Weib zu durchbrechen sucht, dass nur der Menschenwert gelten soll. Es gibt doch Männer wie Frauen, die nur einmal lieben und dadurch zu der Höhe ihrer Entwicklung gelangen, es gibt Männer wie Frauen, die hundertfältig Segen zu geben vermögen dadurch, dass sie wandelbar sind in ihren Empfindungen, es gibt Männer wie Frauen von aussergewöhnlicher Lebenskraft, die in immer neuen Varianten neue, vollwertige Geschöpfe zu zeugen vermöchten, es gibt eine körperliche Treue, die mit der Seele nichts zu schaffen hat, und eine seelische Treue, auch wo die Sinne Abwechslung suchen, es gibt Frauen, die Kinder gebären und keine Mütter sind, und Frauen, die ein Mutterherz haben für mehr, als sie je gebären könnten, es gibt Frauen, die auch, wo sie als Gattin und Mutter dastehen, männlicher sind in ihrer Intelligenz und in ihrem Charakter, als mancher Mann, und wieder solche, die draussen im Lebenskampf stehen und nichts weiter sind, als nach Liebe und Hingebung sich sehndende Geschöpfe. So bleibt uns als unanfechtbares Axiom des Buches der eine Gedanke, den Ellen Key, nicht nur als die höchste Quintessenz des Buches, sondern der Zukunftsentwicklung überhaupt, ausspricht: Für den, der mehr als einmal liebt, kann es keinen anderen sittlichen Massstab geben, als für den, der nur einmal liebt: den Massstab der Lebenssteigerung. . . Die Liebe darf nicht unfruchtbar bleiben. Sie muss Leben geben, wenn nicht neuen Wesen,

so doch neuen Werten, sie muss die Liebenden selbst bereichern und durch sie die Menschheit.

×

×

Ein ander Lied, ein weltlich Lied möchte man das Buch von HEDWIG DOHM: *DIE MÜTTER* /Berlin, S. Fischer/ nennen. Hedwig Dohm zeigt uns die Frau als Mutter des Babies, als Mutter, Haus- und Berufsfrau, als Mutter der erwachsenen Tochter, als Schwiegermutter der Zukunft und als alte Frau, und kühler und verstandesmässiger, als Ellen Key, schildert sie die Verhältnisse, wie sie tatsächlich sind, und nicht, wie sie sein sollen, und rückt vor allem der Ansicht, dass die Mutter von Natur aus die beste Erzieherin des Kindes sei, scharf zu Leibe. In den Grundgedanken treffen sich ja die beiden Frauen immer wieder, nur würde Ellen Key wohl kaum dem weitgehenden Eingriff der Aussenwelt, wie ihn Hedwig Dohm für die Erziehung der Kinder durch Kindergarten und Schule wünscht, beistimmen, denn Hedwig Dohm sieht darin die Lösung der Frage, ob die Frau Mutter- und Berufspflichten gleichzeitig und gut erfüllen könne, besonders auch, wenn die Hauswirtschaft in der Weise eingerichtet sein wird, dass sie nicht mehr so viel von der Kraft der Frau absorbiert. Durch eine gewisse Emancipation von dem, was unter dem Namen *Mutterliebe* geht, und was so oft nur Familienegoismus, Pose, Tändelei ist, kommt die Frau wieder mehr zu ihrem Recht als Mensch, sie verliert nicht vor lauter Aufopferung für das Kind ihre schönsten Lebens- und Schaffensjahre, um dann, wenn das Kind ans Ziel gelangt ist, nur noch als so eine Art notwendiges Übel mitgeschleppt zu werden. Das echte Mutterempfinden, das, wie Hedwig Dohm annimmt, ins transcendente Gebiet hinüberreicht, wird darum nicht geschmälert werden, und der Segen der Mütter, die auch Menschen sind, unendlich viel grösser sein. Eine Menge trefflicher Beispiele aus dem Kinderleben illustrieren ihre Ansichten, nur ist die Frage der Mutterschaft so ganz von derjenigen der Beziehungen der Frau zum Manne losgelöst, die doch unendlich vielfach mit hineinspielt, dass das Buch nicht so tief, die Frage packt, wie sie zu packen wäre. Die feine, geistreiche Art, in der es geschrieben ist, macht aber, dass es gute Pionierdienste zu verrichten vermag.

IDA HÄNY-LUX.





FERDINAND LASSALLE · NACH EINEM ALTEN PASTELL-
BILDE